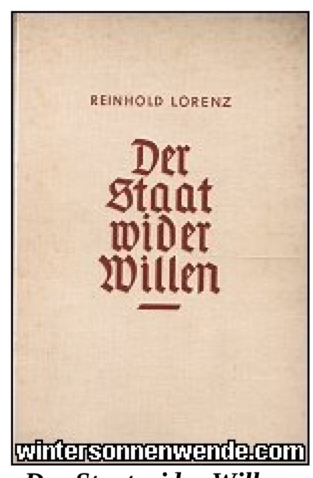
Der Staat wider Willen
Österreich 1918-1938

Dr. Reinhold Lorenz,
Professor an der Universität Wien

Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin © 1940.
Diese digitalisierte Version © 2012 by **The Scriptorium.**
Alle Illustrationen stammen aus dem Original.
Druckversion 2019 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Der Staat wider Willen: Österreich 1918-1938.
Dr. Reinhold Lorenz.

Inhalt:



Von der Gründung Deutschösterreichs zum Anschluß 1918 - 1938. Eine Dokumentensammlung:

Die Freiheit und das Himmelreich
gewinnen keine Halben!

(Leitspruch des unter Verbot und Kerkerdrohung stehenden *Österreichischen Beobachters* zur Jahreswende 1937/38.)

Vorwort

Kaum zwei Monate nach dem festlichen Vollzug des Anschlusses durfte ich einer doppelten Einladung in die gastliche Stadt der Auslandsdeutschen folgen. An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Stuttgart (Dekan Prof. Pongs) sprach ich über Österreich in Mitteleuropa seit 1914 und darauf gab ich in einer Versammlung der Angehörigen des Deutschen Auslands-Instituts mit seinem Leiter Herrn Dr. Csaki an der Spitze eine Art Augenzeugenbericht über das eben vollzogene weltgeschichtliche Ereignis. Es wurde mir von verschiedenen Seiten nahegelegt, diese beiden innerlich zusammenhängenden Glieder deutsch-mitteleuropäischer Zeitgeschichte zu einer übersichtlichen Darstellung zu ergänzen. Das traf sich mit einem inneren Bedürfnis von mir: In den Gedanken und Gesprächen vieler sorgenvoller Stunden der fünf nun endgültig der Vergangenheit angehörigen Jahre Diktatur in Österreich hatte sich Zug um Zug von selbst eine kritische Analyse dieses Systems ergeben, das den in St. Germain besiegelten Staat wider Willen scheinbar zu einem Ideal erhob und damit nur sein um so gründlicheres Ende vorbereitete. Um so früher wird das Erlebnis fast unbegreiflicher Verirrungen und die glücklicherweise gegenstandslos gewordene Drohung einer nationalen Katastrophe einem weiteren Abstand von den Dingen Platz machen. Deshalb ergreift der Historiker hier noch als Zeitgenosse das Wort und gedenkt dabei besonders der besten seiner akademischen Schüler, die als Kameraden der ostmärkischen "Illegale" an der Verwirklichung des Ideals der "gesamtdeutschen Geschichtsauffassung" schon selbst tätigen Anteil nahmen.

Der Verfasser

Vom "Kriegsreich" der Mittelmächte zum Notstaat von St. Germain

Am 12. November 1918 beschloß die im Wiener Parlamentsgebäude zusammengetretene deutsch-österreichischen Nationalversammlung - einen Tag nach dem Verzicht des letzten habsburg-lothringischen Kaisers auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte - einstimmig ein Staatsgrundgesetz ganz besonderer Art. Es erklärte den eben neugegründeten Staat "Deutschösterreich" für einen "Bestandteil der Deutschen Republik". Auf Grund des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes lösten die bisher der Monarchie angehörigen, nichtdeutschen Völker alle Gemeinschaft mit Wien. Aber hatte jene revolutionierende Losung, als deren Schildträger die Westmächte und vor allem der demokratische Heiland unter dem Sternenbanner erschien, nicht auch die Deutschen ohne Rücksicht auf die bisher geltenden Grenzen geistig überwältigt und war sie nicht auch von den Mittelmächten in rechtsverbindlicher Form als Friedensparole angenommen worden? So beriefen sich denn in der Stunde, da jeder ein neues Heim sich sicherte, die Deutschen Österreichs - es waren ja in dem griechischen Tempel am Franzensring zunächst noch alle Abgeordneten deutschen Bekenntnisse aus den früheren Parlament versammelt - mit Stolz und Freude auf das Selbstbestimmungsrecht, das sie auf die größere Gemeinschaft des Reiches verwies und mitten im Zusammenbruch der bisherigen Donaugroßmacht offenbar auch ihrem Schicksal einen tieferen Sinn verleihen sollte. Hatte doch ihr Blutzoll (29 Gefallene von 1000 Soldaten) sogar die anderen deutschen Stämme hinter sich gelassen.

Als in diesen Spätherbstwochen 1918 sich endlich die Weltkriegsfronten aus Erde, Stahl und Feuer auflösten, und an Stelle der bis zuletzt nicht eindeutig erreichten Waffenentscheidung die Umrisse der kommenden Friedensordnung treten sollten, da verwandelte sich allenthalben Grauen und Größe des Krieges in einen Rausch des Jubels, als ob die abgeschüttelte Last der vergangenen Jahre

allein den hemmungslosen Genuß der "Freiheit" rechtfertigen würde. Wenn drüben im November-Deutschland der "Sieg des Volkes über den Obrigkeitsstaat" gefeiert werden konnte, so verlor sich auch Ungarn, dem nicht weniger Furchtbares bevorstand, in einen Taumel der Freude über die ihm zugefallene, volle staatliche Unabhängigkeit. Aber auch auf Seite der Gewinner dieses unter dem Namen Wilsons vor sich gehenden, grausamen Spiels von Kriegsnot und Friedenslist ließ man sich, mehr als gerechtfertigt, vom Glück der Stunde überwältigen. Da erstand, noch über die Grenzen vor seiner ersten Teilung hinausgreifend, das neue Polen; da bildete sich, weit über den Umfang seines eigenen Volkstums, ja selbst der historischen, böhmischen Länder hinaus die Tschechoslowakei; da erfüllte das Königreich Rumänien die kühnsten Träume seiner Irredenta und aus Serbien erstand wie mit einem Zauberschlage das dreieinige Königreich der Südslawen. Warschau, Prag, Bukarest, Belgrad wurden so über Nacht Brennpunkte von neuen Machtkreisen, die mit ihrer eigenen, völkischen Forderung da und dort in Widerspruch gerieten, wobei freilich die Tschechen die andern noch weit hinter sich ließen. Ihnen allen erschien damals die französische Vorherrschaft in Europa als Ursprung und Bürgschaft ihrer Freiheit, die aus dem Triumph der demokratischen Westkoalition über die Mittelmächte, über die Deutschen, über Österreich und Ungarn phönixgleich hervorgegangen sei.

Begann aber damit das neue, politische Leben der Ostvölker nicht mit einem verhängnisvollen Trugschluß? Gewiß gab damals für die Machtverteilung in dem breiten Vielvölkerraum zwischen Deutschland und Rußland die mit den westlichen Großmächten verbundene Rebellion gegen das dynastische Mitteleuropa vor 1914, die bis zu den **ausgewanderten Volksgenossen im fernen Amerika** ihre Wellen geworfen hatte, den Ausschlag. Doch das an der Oberfläche nur durch den gänzlichen Zusammenbruch der deutschen und der österreichischen Politik gekennzeichnete neue Mitteleuropa von 1918/19 ist im Grunde die Schöpfung des nun sogar oft im eigenen Lande verleugneten, deutschen Frontsoldaten gewesen. Er hatte durch die Zurückdrängung Rußlands tief nach dem Osten und durch die Zerstörung des Panslawismus als geschichtlicher Macht erst die volklichen Einigungen ermöglicht, die jetzt ihre Machtspitze mit Frankreich gegen Deutschland vereinigten. Ohne seine weltbewegenden Taten und im Sinne der Pariser Allianzen wären Warschau, Prag, Bukarest, Belgrad nichts als die Hauptstädte moskowitischer Satrapien geworden. Hinter den gegen Rußland erreichten Ostlinien der Mittelmächte waren erstmalig die Südslawen und die Rumänen, die Tschechen und Slowaken, die Polen und die kleineren Ostseevölker unter ein und derselben politischen Ordnung vereinigt - ein Vorgang, der für die Zukunft des 20. Jahrhunderts viel wesentlicher geblieben ist als die blutleeren, der Wirklichkeit unkundigen, aber die Geister verwirrenden, vom Washingtoner Kapitol herunter verkündeten Lehren Wilsons. Allein welche wirtschaftliche Aussichten hat "der Deutsche Krieg" allen Ostvölkern durch die Befreiung der Donau und der Weichsel von allen politischen Barrieren und die dann leicht mögliche Verbindung von ost- und westmitteleuropäischen Strom- und Wirtschaftsgebieten eröffnet, an deren Stelle nun noch mehr Zollschranken als vorher und eine völlige Abhängigkeit von den raumfremden Westmächten traten! Dabei täuschte nur die gleichzeitige, weltpolitische Aktionsunfähigkeit des demokratisierten Deutschland und des bolschewisierten Rußland über die Unhaltbarkeit einer Stellungnahme der Ostvölker und ihrer westlichen Protektoren hinweg, die jede sinnvolle Neuordnung in dem nun einmal auch von 80 Millionen Deutschen bewohnten Mitteleuropa unmöglich machte und damit auf weite Sicht die asiatische Zersetzung der uns und dem Nahen Osten gemeinsamen Bluts- und Kulturwerte begünstigte.

Aber wir müssen diese Überlegungen auf Deutschland selbst zurückwenden. Die Tragödie der nach **Bismarck** führerlosen Mittelmächte hob schon mit dem ersten Schritt über die polnisch-russische Grenze an und sie steigerte sich mit jedem ihrer großen, auch von der feindlichen Welt bestaunten Ostsiege nur noch mehr. Denn die dadurch eingeleitete, unaufhaltsame Selbstzerstörung des seit **Friedrich dem Großen** und **Maria Theresia** eingewöhnten (nur durch Napoleon vorübergehend aufgehobenen) Grundverhältnisses der drei dynastischen Ostmächte bedeutete eine Revolution, der die Träger der bisherigen, staatlichen Ordnung nicht gewachsen waren. Die dynastischen Lösungsversuche z. B. in der polnischen Frage blieben unzulängliche Improvisationen und **die verräteri-**

schen Experimente des Hauses Parma-Bourbon waren im Grunde nur von der hilflosen Einsicht eingegeben, daß das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis zwischen 1879 bis 1914 so oder so seinem Ende entgegengehe. Die Bilder von Kabinettsintrigen eines sinkenden Herrschertums, um die nach dem Friedensschluß sonst unvermeidliche deutsche "Vorherrschaft" abzuwenden, erhielten noch im Kriege einen diese Perspektive immer wieder durchbrechenden Hintergrund von großzügigen Zusammenschlußarbeiten auf wirtschaftlichem und wehrpolitischem Felde. Die amtliche und verantwortliche Politik gelangte gerade im Zuge von unvermeidlichen Reaktionen auf die Sixtus-Diplomatie zum höchst bemerkenswerten deutsch-österreichisch-ungarischen Zollunionvertrag von Salzburg und zur Vorbereitung eines entsprechende Militärbündnisses, wie es ungeachtet aller Waffenbrüderschaft vor dem Kriege nicht denkbar gewesen wäre, und es ist kein Zufall, wenn die dabei geistig führenden Männer (Richard Riedl, Glaise-Horstenau und Bardolff) noch **20 Jahre später am tatsächlichen Vollzug des Anschlusses** ihren Anteil hatten. Aber entbehrten diese großzügig dem Gebot der Stunde folgenden, mitteleuropäischen Arbeiten schon des unmittelbaren Einsatzes der höchsten Führung der beiden monarchischen Reiche, so daß alle anderen Absichten sich ihnen untergeordnet hätten, so war es um das Verhältnis zwischen Kriegszielformung, öffentlicher Meinung und parteimäßiger Mehrheitsbildung ebenso schlecht bestellt. Der ursprüngliche "Burgfriede", der das amtliche Verbot der Kriegszieldebatten einschloß, wich dem offenen Kampf der Reichstagsmehrheit um die Festlegung Deutschlands auf einen Frieden "ohne Annexionen und Kontributionen", als ob der Friedenswille oder vielmehr die Fähigkeit zur Durchsetzung des Friedens bloß durch Verzichte und nicht vielmehr durch politische Neuschöpfungen unter Beweis zu stellen sei. Aber auch die dagegen aufgebotenen, aktivistischen Gegenkräfte versagten durch ihre Unfähigkeit zu einer überzeugenden Umgrenzung des alles entscheidenden, deutschen Kriegszieles in Mitteleuropa und im Nahen Osten, dem alle außerhalb gelegenen, an sich noch so wünschenswerten Pläne geopfert werden könnten. Der so im Ergebnis gerade nach dem Untergang des alten Rußland, in einer Stunde gewaltigster militärisch-politischer Möglichkeiten sichtbar eingetretene Verfall der nationalen Willensbildung verquickte die außenpolitische Zielsetzung völlig mit innenpolitischen Machtansprüchen, wie etwa die Reichstagsmehrheit der sogenannten Friedensresolution von 1917 geradezu die Weimarer Koalition von 1919 vorwegnahm.

Auf anderer Ebene bildete das erst mit Mai 1917 vom jungen Kaiser Karl einberufene Parlament des österreichischen Vielvölkerstaates unter Zurückstellung des Parteipolitischen bei all den Tschechen, Polen und Südslawen fest umrissene, national-politische Gruppen aus, die unmittelbar zu den staatsgründenden Nationalräten des Spätherbstes 1918 hinüberleiteten. Nur die Deutschösterreicher, die auch weiterhin in den bürgerlich-völkisch ausgerichteten Deutschen Nationalverband, in die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten zerfielen, sie beschränkten sich auf innenpolitische Reformwünsche, Unterstützung des deutschen Bundesverhältnisses und (abgesehen von den Marxisten) auf allgemeine Siegeshoffnungen. Der Kampf der volklichen Feinde der Deutschösterreicher gegen Staat und Dynastie schien ihnen, entgegen Schönerers Warnungen, den überlieferten "Patriotismus" nur noch zu rechtfertigen, der durch ihre namenlosen Opfer dafür immer neue Weihe bekam. Erst als die Unhaltbarkeit der Lage immer offenkundiger wurde und mit dem Oktober-Manifest Kaiser Karls sich die völlige Umgliederung der historisch-territorialen Verhältnisse Südosteuropas ankündigte, da trat endlich auch der Zusammenschluß der deutschösterreichischen Abgeordneten zu einer (provisorischen) Nationalversammlung in Erscheinung. Nach all dem Vorangegangenen und in Ermangelung einer wirklichen Führerbegabung fiel nun zum Unterschied von den andern Nationalparlamenten in Wien den Sozialdemokraten die leitende Rolle zu, weil sie ja am leichtesten den notwendig gewordenen Bruch mit der altösterreichischen Vergangenheit vollzogen. Unter diesem Gesichtspunkt gewann ihre hemmungslose Opposition gegen die materiellen und gegen die moralischen Staatsnotwendigkeiten besonders während der letzten zwei Kriegsjahre scheinbar sogar noch eine Möglichkeit zu fruchtbarem Einsatz in der geschichtlichen Verantwortung. Die von ihren Urhebern als Angriffswaffe gegen die Mittelmächte gemeinte Losung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Demokratie war von der reichsdeutschen wie von der deutschösterreichischen Linken als eine doktrinäre, gegen den gespenstischen Annexionismus sehr brauchbare Formel aufgegriffen worden. Nun, da mit durch ihre Schuld die Macht der deutschen Mitte

Europas in Nichts zerronnen war, trat mit einem Male die parlamentarische Demokratie in ihre unerbittliche Bewährungsprobe ein. Es war eigentlich zuerst das Selbstbestimmungsrecht der andern, das aus den Trümmern jahrhundertealter, wenn auch oft schlecht genug bewährter Vielvölkergemeinschaft ein neuartiges, deutschösterreichisches Staatswesen hervorgehen ließ, dessen Geburtsurkunde schon seine Preisgabe zugunsten einer neuen, höhern politischen Gemeinschaft hervorhob. Denn erst hiermit war ein Brennpunkt des Gemeingefühls gegeben, der noch das anhebende Chaos aufhielt, und verzweifelte Pläne, wie einen "Anschluß" Vorarlbergs an die Schweiz, überfällig machte. Sinnbildlich für seine elementare Wucht ist die Durchschlagskraft der an der Stelle des monarchischen Schwarz-Gelb gehißten Ostmark-Farben Rot-Weiß-Rot gewesen. Sie waren damals für die Ostmark Bekenntnis zum Reich, als dieses selbst eines einigenden Fahnensymbols entbehrte. Und die später ebenso wie die Farben mißbrauchte, zum Ersatz für das Deutschlandlied dienende "Bundeshymne" - ein Versuch Renners, selbst ein Alpenländerbundeslied abzufassen, ist der Lächerlichkeit verfallen - war ursprünglich ein schlichtes Lied an die deutsche Heimat Österreich von dem steirischen Pfarrer Ottokar Kernstock, der als der ersten einer auch das Hakenkreuz im roten Felde besang.

Dieses Bekenntnis Deutschösterreichs zum Reiche in der Stunde von dessen größter Erniederung ließ die Welt aufhorchen, mochte es auch denen nicht unerwartet kommen, die sich die Zerstörung des Bismarckschen Mitteleuropa zum Kriegsziel gesetzt hatten und deshalb den Ereignissen nicht so unvorbereitet als der Deutsche selbst begegneten. Sogar die Führer der tschechoslowakischen Irredenta hatten in früheren, vertraulichen Überlegungen zugegeben, daß das Ende der Habsburger-Monarchie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes den Anschluß der deutschen Österreicher an das Reich nach sich ziehen würde. Italien begünstigte, schon um einer späteren Habsburger-Restauration vorzubeugen, eher eine solche Entwicklung und England hätte von sich aus nichts dagegen einwenden können. Nur Frankreich hat darin von allem Anfang an und ohne irgendwelche Bedenken sozusagen eine Todsünde wider den Geist des Sieges, die dauernde Zerstörung der deutschen Machtgrundlagen, gesehen und danach gehandelt. Wenn die Dritte Republik mit unter dem Einfluß Italiens und der "Tschechoslowaken" ihre Hand vom Hause Bourbon-Parma zurückzog, was auch Clemenceaus persönlicher Stellungnahme vollständig entsprach, so richtete nun "der Vater des Sieges" um so mehr seine brutalen Schläge gegen jeden Versuch zur Verwirklichung des "Anschlusses", wie das Vokabel damals in den politischen Sprachschatz der Franzosen einging. Wilson aber hätte an diesem Punkte in besonderm Maße den Widerspruch zwischen seiner Welterlösungslehre und seiner Feindseligkeit gegen alles Deutsche, zwischen maßloser Ausdehnung und Verantwortlichkeiten und der Unkenntnis der Tatsachen empfinden können. Seine Weigerung, mit der kaiserlichen Regierung in Wien weiter zu verhandeln, hat im Oktober 1918 die Sprengladung entzündet, die den Einsturz des mitteleuropäischen Gebäudes herbeiführte. Jetzt legte er **in der Anschlußfrage** nur eine große Gleichgültigkeit an den Tag, da er sein schiedsrichterliches Gewissen in diesem Falle frei von formalen Verpflichtungen wußte und ihm das Fingerspitzengefühl völlig dafür fehlte, welche Folgen ein so entscheidendes Versagen der Demokratie für sein ganzes europäisches Werk über kurz oder lang nach sich ziehen müßte. So begann die Arbeit der Gegenseite seit dem November 1918 mit der Setzung von Tatsachen, als ob das Wiener Anschlußgesetz überhaupt nicht vorhanden sei, und nachdem man der nationalen Hochflut das Wasser genügend abgegraben hatte, ging man zur Schaffung einer förmlichen Sperre für die Zukunft über.

Der Deutschösterreicher von 1918/19 war nach dem Aderlaß des ihn vor allen andern erschöpfen Krieges, unter dem Druck eines furchtbaren Waffenstillstandes und, da auch jede Hilfe aus dem novemberlichen Deutschland ausblieb, auf Notlösungen in seinem staatlichen Wiederaufbau und sogar auf eine gewisse Zusammenarbeit mit den ihm feindlichen Nachfolgestaaten und Großmächten angewiesen, um nicht in Hunger, Not und Kälte vollends unterzugehen, ehe die von der Weltgerechtigkeit erhoffte Entscheidung noch gefallen war. In eigentümlicher Weise vermengte sich die parlamentarische Illusion der Zeit mit der Absicht zur Herstellung eines bloßen Übergangsverhältnisses bei der Feststellung der Grundeinrichtungen der jungen rot-weiß-roten Republik. Ihre politische Zentralgewalt bestand eigentlich nur aus verschieden gestuften, proportional gebildeten Aus-

schüssen der drei großen Parteien, ob sie nun die auf Grund des Listenwahlrechtes hervorgegangene Konstituierende Nationalversammlung, der Staatsrat oder die Staatsregierung hießen; fehlte ja selbst die Person eines Staatsoberhauptes, in deren Aufgabenbereich der 1. Präsident der Nationalversammlung, der Sozialdemokrat Seitz, eintrat. Die bisherigen Kronländer, die, ungeachtet teilweiser feindlicher Einbrüche, jedes für sich über einen festeren, inneren Zusammenhang als der Reststaat allein verfügten, behielten sich ein weitgehendes Sonderleben vor; sie hingen mit Wien hauptsächlich auf dem Wege der gemeinsamen Parteistruktur und des notwendig gemeinsamen Verkehrs mit der Außenwelt zusammen. Aber weit jenseits der Alpengaue reichte der grundsätzliche Hoheitsanspruch dieses provisorischen Deutsch-Österreich hinaus: Die sudetendeutschen Abgeordneten des letzten altösterreichischen Parlaments mit Dr. Lodgman als führendem Kopf nahmen an der Konstituierung des neuen Staates und an seinem Anschlußgesetz in vollem Maße teil und das Gebietsgesetz der Republik bezog in Zusammenhang damit und gleichzeitig in äußerster Folgerung aus dem Selbstbestimmungsrechte außer dem geschlossenen, sudetendeutschen Gebiete sogar die Sprachinseln des böhmisch-mährischen Raumes ein. Die von den Tschechen vertriebenen regionalen Regierungen der Sudetendeutschen ließen sich protestierend in Wien nieder und die feierlichen Kundgebungen der deutschböhmischen Städte am Tage des Zusammentritts der Wiener Verfassunggebenden Nationalversammlung, zu der sie keine gewählten Vertreter mehr hatten entsenden können, erstickte **ein Blutbad; der 4. März 1919** blieb **ein Fanal sudetendeutscher Vergewaltigung.** Freilich wäre der "Anschluß" der Sudeten- an die Alpendeutschen wieder nur im Zusammenhang mit einem föderativen Zusammenschluß aller mitteleuropäischen Deutschen und in einer Ordnung der Gleichberechtigung mit den Nachbarvölkern durchführbar gewesen.

Als in gehörigem Abstand nach der reichsdeutschen Friedensdelegation auch eine deutschösterreichische Abordnung zur Entgegennahme eines Vertragsentwurfes nach Paris eingeladen wurde, da war es klar, daß diese wider alle Vernunft und Billigkeit ohne jede Fühlungnahme mit der deutschen ihre Sache würde durchfechten müssen. Obwohl Pichon als Herr des Quai d'Orsay durch seinen besten, damals verfügbaren Diplomaten, Mr. Allizé, in Wien seit März 1919 alle Künste gegen den Anschluß spielen ließ, klammerten sich die deutschösterreichischen Politiker an die Hoffnung, gerade in der ihnen aufgenötigten, selbständigen Rolle die Resonanz der deutschen Sache noch verstärken zu können. Der Gegensatz zwischen den Westmächten und Italien, der die Weiterführung der Konferenz im Frühjahr bedrohte, eröffnete tatsächlich zeitweilig Aussichten, die in der Zusammenarbeit zwischen Wien und Berlin, Rom und Budapest viel spätere, erfolgreiche Kombinationen hätten vorwegnehmen können. Doch die Hilflosigkeit des damaligen Reiches, die Bolschewisierung Ungarns und auch der Charakter des vorfaschistischen Italiens entzogen wieder jede Voraussetzung für eine solche Auflehnung gegen die drei demokratischen Diktatoren von Paris. Die unter der Leitung des gemäßigt sozialdemokratischen Staatskanzlers Dr. Renner stehende, aus den drei großen Parteien gebildete Delegation in St. Germain ging, zumal nach der Annahme des **Versailler Diktats** durch die Weimarer Nationalversammlung, zur sogenannten westlichen Orientierung über, um wenigstens die westungarische und die kärntnerische Frage günstig zu lösen und eine leidliche, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten zu erreichen. Der endgültige, nach Protest der Wiener Nationalversammlung doch von Renner selbst am 10. September gezeichnete Staatsvertrag von St. Germain trägt neben den Namen der neuen "Alliierten" Kramarsch, Benesch, Pasic, Dmowski usw. lapidar die Unterschrift des "Tigers" Clemenceau, indessen Wilson und Lloyd George sich persönlich schon mit den Lorbeeren von Versailles zufrieden gaben.

Der Widersinn dieses Diktats ist aber gerade von den Franzosen früher als der ihm verwandter, anderer Erzeugnisse des verderblichen Siegerwahns erkannt worden. Man verwendet den dem großen Reiche zugedachten "Vertrag" ohne viel Umstände als Modell für das internationale Gesetz der kleinen, auch noch um jeden Anspruch auf die Sudetengebiete gebrachten (ja sogar um Grenzstreifen zugunsten der Tschechen beraubten) "Republik Österreich", wie darin der Staat wider Willen von seinen gewalttätigen Geburtshelfern benannt wurde. Entgegen allen noch so begründeten Vorstellungen und ohne einen Funken Staatsräson hielt man an der Fiktion fest, in dem Vertragsgegner von St. Germain die geschlagene Großmacht Österreich zu vergewaltigen und zu bestrafen, so wie eben

mit Deutschland vorgegangen war. Da gab es sowohl Bestimmungen über Flotte, Kabel u. ä., die ohnedies jedem Anspruch Deutschösterreichs entzogen waren; da gab es problematische Friedensfundamente wie Kriegsschuldthese und Entwaffnungsverpflichtungen, Wiedergutmachungsverpflichtungen und Völkerbundssatzung (ohne eigene Mitgliedschaft) ganz à la Versailles! Hier wie dort traten die Nachfolgestaaten als kriegführende Verbündete auf Seite der alliierten Hauptmächte auf, um einen Ring von 27 "Siegerstaaten" aller Rassen und Erdteile um die Opfer der neuen Weltordnung zu schließen. Die Anschlußforderung des deutschen Volkes fand scheinbar damit ihre Erledigung, daß die in einem eigenen Artikel der beiden Diktate verankerte "Unabhängigkeit" Österreichs als unabänderlich festgelegt wurde, es sei denn, der Rat der Genfer Liga würde einer Änderung zustimmen - was angesichts von dessen Einstimmigkeitsklausel nur als Utopie gemeint sein konnte. Da wenigstens vorläufig trotz aller, vielleicht sogar tödlicher Verluste und Verpflichtungen, die Einheit des Deutschen Reiches noch aufrecht geblieben war, mußten die sechseinhalb Millionen Südostdeutschen der Republik Österreich das lebendige Material eines europäischen Pufferstaates abgeben, dessen man längs der Kreuzungsstelle italienischer und französischer Hegemonieansprüche und nord- und südslawischen Ausdehnungsdranges dringend bedurfte. Nur unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Rettung des Burgenlandes und Südkärntens nach tapferer Selbstverteidigung - sowie der spätere, praktische Verzicht auf die Geltungmachung mancher erpreßter Rechtsansprüche zu erklären. Hiermit war von nun an das eine, äußere Gesetz der österreichischen Existenz vorgezeichnet; ihr anderes, inneres aber blieb die gerade in der gemeinsam erlittenen Vergewaltigung neu bestätigte Schicksalsgemeinschaft Deutschland-Österreich. Allein ein einziger, ganz kurzer Artikel unter den hunderten beider Pariser Diktate sprach von ihr und dies nur, um ein anscheinend unübersteigliches Hindernis dagegen aufzurichten. Hier, in der Bestätigung oder Beseitigung des Anschlußverbotes lag von da an die weltpolitische Bewährungsprobe unserer Nation, nachdem mit ihrem Zweiten Reich zugleich auch ihr "Kriegsreich" untergegangen war, das innerhalb seiner so erweiterten Grenzen die großdeutsch-mitteleuropäische Frage erstmalig über Bismarck hinausgreifend gestellt, aber nicht mehr gelöst hatte.

Ein Gefühl grenzenloser Ohnmacht lähmte die Schwingen, nachdem der Flug deutscher Utopie ins verheißene Zeitalter internationaler Gerechtigkeit sofort in die grausamste Enttäuschung übergegangen war. Es bleibt der politischen Phantasie das Ausmalen der Möglichkeiten unbenommen, die ein großzügiges Eingehen der bisherigen Feindmächte auf den Anschlußwunsch der deutschen Demokratie nach sich gezogen hätte. Jedenfalls hat seine Nichterfüllung die unmittelbar aus dem Zusammenbruch der Monarchien hervorgegangenen, politischen Formen von Grund aus vergiftet, wofür ja das Schicksal der wiederaufgezogenen, großdeutschen und nun ihres eigentlichen Sinns beraubten 48er-Trikolore sinnbildlich wurde. Gewiß begrüßte auch das damalige "Weimar" nicht zuletzt in der Programmrede des Außenministers Brockdorff-Rantzau das von der Donau herüberschallende Anschlußbekenntnis; der deutsch-österreichische Gesandte nahm an den Verhandlungen des Weimarer Verfassungsausschusses teil, und in der Verfassungsurkunde vom 11. August 1919 selbst fand ein Satz über die künftige Mitgliedschaft Deutschösterreichs im Reichsrat als der Ländervertretung Platz. Doch vor der Schaffung vollzogener Tatsachen, denen die Friedensmacher an verschiedenen Stellen Europas nachgaben, schreckte dies hungernde und hadernde Deutschland schon aus Furcht vor der gänzlichen Lostrennung der besetzten Rheinlande zurück und beugte sich einer alliierten Note, welche den Widerruf jenes Verfassungsartikels verlangte, wenn er dann auch absichtlich in einer formal unzureichenden Weise geschah.

In Wien und noch mehr in den Alpenländern wurde freilich die Anschlußidee schon aus der eigenen Notlage heraus als wesentlich empfunden und kam noch lange nicht zur Ruhe, als der Kampf um die Grenzen mit der glücklichen Kärntner Volksabstimmung und der ungünstigen Regelung der Ödenburger Frage zum Abschluß gekommen war. Die neue Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 suchte zwar unter den Auswirkungen von St. Germain vom ausgesprochenen Provisorium durch Betonung der (hier aus einer vorhandenen strafferen staatlichen Zusammenfassung hervorgehenden) Länderföderation zu mehr stabilen Formen zu gelangen, wie denn erst sie im Bundespräsidenten ein Staatsoberhaupt geschaffen hat. Aber seine Befugnisse - acht Jahre lang bis 1928 bekleidete diese

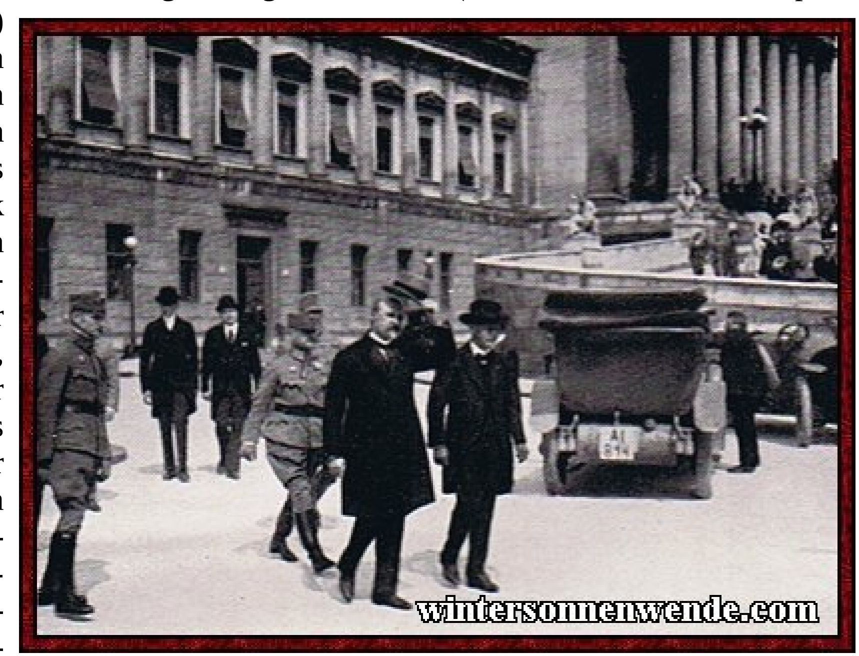
Würde der anschlußfreundliche Privatgelehrte Dr. Michael Hainisch - blieben doch weit unter denen des Reichspräsidenten; wurden doch sogar die Bundesminister vom Parlament, d. h. von den Parteiausschüssen "gewählt". Die neuösterreichische Staatswerdung war eben, indessen die Bundesländer mit Einschluß des dazukommenden Burgenlandes ein kräftiges Eigenleben als Gaue entwickelten, noch sehr unvollkommen und die wortreiche neue Verfassungsurkunde mit ihren Symbolen war ein Notbehelf, die wie die erste noch dazu an der blutleeren "reinen" Rechtslehre des jüdischen Professors Kelsen litt. Die ungeschriebene, aber wirksame Verfassung der Zentralgewalt des Landes ergab sich wie seit je und eh nach dem Oktober 1918 aus einer Kombination des Kräfteverhältnisses der drei hauptsächlichen, politischen Parteien und der "unpolitischen", ebenfalls aus der Monarchie ererbten Bürokratie!

Auch die nach dem Zerfall des K. u. K. Heeres noch beibehaltene höchst bescheidene Wehrmacht nahm nicht eine der Reichswehr vergleichbare Stellung als Element einer echten Staatsgewalt ein, sondern blieb eine innenpolitisch bestimmte und aus Spargründen sogar wesentlich unter der bewilligten Zahl von 30 000 Mann gehaltenen Truppe. Chef der allen marxistischen Einflüssen ausgesetzten und noch dazu pazifistischen Volkswehr von 1918 bis 1920 war der jüdische Staatssekretär Dr. Julius Deutsch, der sich nach seinem Sturz auf die Organisierung des sogenannte Republikanischen Schutzbundes, einer proletarischen Zivilwehrformation, verlegte. Minister des reorganisierten und verbürgerlichten Bundesheeres aber blieb von 1920 bis 1933 der christlichsoziale Parteipolitiker Carl Vaugoin. Das war gleichzeitig für die Dauerhaftigkeit der Oktoberverfassung bezeichnend, da sogleich mit den ersten nach ihr vorgenommenen Wahlen die innenpolitischen Machtkreise in ein gewisses Gleichgewicht gebracht wurden, das den Bürgerlichen die Bundesregierung und den Sozialdemokraten die Verwaltung der Bundeshauptstadt überließ. Dabei handelte es sich nicht so sehr darum, daß Wien (aus dem historischen Lande Niederösterreich ausgeschieden) nun eins der neun Bundesländer darstellte, als vielmehr um die angesichts der kleinösterreichischen Verhältnisse überragende, hier zusammengeballte Wirtschafts- und Steuerkraft, über die das rote Rathaus fast souverän verfügte - galt es doch all die Jahre hindurch immer wieder einen förmlichen Ausgleich zwischen den einander widerstrebenden Finanzsystemen des jeweiligen bürgerlichen Ministers und des Wiener Finanzreferenten oder eigentlich -diktators Hugo Breitner, eines ehemaligen jüdischen Bankfachmannes, zu finden. Dabei nahm Breitner, der sich inmitten des Kreuzfeuers zwischen bürgerlich-jüdischer und marxistisch-jüdischer Presse sehr wohl behauptete, energisch den Vorteil wahr, den er gegenüber seinen wechselnden Kollegen vom Ministerium durch seine unbedenklichen Rückgriffe auf die Wiener Kapitalreserven hatte, während der "unabhängige" Staat und seine Währung nicht aus den Kreditsorgen und der Kreditsuche im Ausland herauskamen.

Mochten die regierenden Faktoren mit mehr oder weniger Unvermögen die Einlösung der Kreditversprechungen der Großmächte betreiben, um das ohne viel Überlegung zur Selbständigkeit verurteilte Staatswesen vor dem sonst ganz sichern Untergang im Chaos zu retten, so bestärkte dies nur weiteste Schichten der Bevölkerung in ihrer Überzeugung vom Herannahen der bald unvermeidlichen, letzten Entscheidung und da schien trotz allem, was an Tributversklavung und Inflation, Besetzungsschrecken und rotem Aufruhr aus Deutschland gemeldet wurde, nur eine Stellungnahme an der Seite des Reiches möglich. Die in Berlin geltend gemachte, eigene, verzweifelte Lage traf dagegen in der Ostmark auf das ursprüngliche richtige Gefühl, daß der mit dem Anschluß von selbst sich einstellende nationale Aufschwung wohl eher den Weg ins Freie finden würde als das zermürbende Feilschen um die Ausführungsbestimmungen des Diktats, das damals deutsche Außenpolitik hieß. Als der für das ganze Staatsgebiet (anläßlich der Annahme der neuen Verfassung) in Aussicht genommene Volksentscheid undurchführbar erschien, begannen die kerndeutschen Bundesländer - Tirol und Salzburg voran! - von sich aus Abstimmungen mit einem wunderbaren, fast einstimmigen Anschlußbekenntnis! Dieses allein vermochte die Parteienzerklüftung der Zeit wenigstens in einigen großen Momenten zu überwinden. Es wäre durchaus abwegig, die sinkenden Wahlerfolge der Großdeutschen Volkspartei zum Maßstab der Anschlußbestimmung im damaligen Österreich zu machen, wenn auch diese aus dem früheren Deutschen Nationalverband hervorgegangene rechtsbürgerliche Gruppe die Anschlußforderung voranstellte, wie es auch der ihr einigermaßen verwand-

te Landbund tat. Entscheidend für die Beurteilung der Lage dagegen kann gelten, daß die Bejahung der Anschlußidee in allen Parteiprogrammen, in allen politischen Kundgebungen von einigem Rang aufscheint - ein unbedingt überzeugende Ausdruck der Volksmeinung, wenn auch die Verallgemeinerung der Anschlußidee unvermerkt ihrer Zielstrebigkeit Abbruch tun mochte und noch mehr ihre Vermengung mit bürgerlichen oder gar marxistischen Sonderanschauungen Gefahren in sich barg. Am ehesten können die zwei großen Bünde, de damals den lebhaftesten Aufschwung erreichten und schon die Feindschaft der Marxisten und das Mißtrauen der Bürgerlichen erfuhren, der auf dem strengen Rassenstandpunkt begründete Deutsche Turnerbund und der Deutsche Schulverein (besonders in seinen in die Jugendbewegung hineinreichenden Schülergruppen), und dazu die sogar für das Reich richtungweisende Deutsche Studentenschaft der Hochschulen als Wegebereiter für einen kommenden Nationalsozialismus angesehen werden. Nur in Salzburg, wo die Nationalsozialisten schon im Volksabstimmungskampf hervortraten, und Hitler und Göring von München her zu Besuch kamen, war der Einfluß der damals wesentlich auf Bayern beschränkten Freiheitsbewegung unmittelbar spürbar und verband sich hier auch auf gemeinsamen Tagungen mit der längst im Sudetendeutschtum heimischen, gewerkschaftlich ausgerichteten älteren nationalsozialistischen Partei.

Gemäß der rein parlamentarischen Grundlegung des neuen Staates trat seit seiner Geburtsurkunde eine Vielzahl von politisch tätigen Personen in Erscheinung, die meisten nur deshalb, weil sie Funktionäre einer Partei waren; einige wenige hingegen, die mehr hätten bedeuten können, wurden wieder durch das Parteiensystem in den Niederungen ewiger "Packelei" (wie man hierzulande den politischen Kuhhandel bezeichnete) festgehalten. Die drei Präsidenten der Nationalversammlung, von denen die ersten Kundgebungen des neuen Gemeinwesens an das deutsch-österreichische Volk gezeichnet waren, repräsentierten die Parteien in der damals zeitgemäßen, soziologischen Treue: der Sozialdemokrat **Seitz,**der spätere, bekannt gut gekleidete Wiener Bürgermeister, der als ehemals von Lueger gemaßregelter Lehrer das gegen die Schwarz-Gelben rebellierende Wiener Kleinbürgertum mit der eigentlich marxistischen Arbeiterbewegung zusammengeführt hatte; der Christlich-soziale **Hauser,** der langjährige Linzer Landeshauptmann, obwohl Prälat und in der Monarchie sogar Geheimer Rat, der jungen Anschlußidee ergeben, und sich wie nur einer in der neuen Demokratie gut zurechtfindend; der "Großdeutsche" **Dinghofer,** vorher mit den Stimmen des freisinnig-nationalen Bürgertums Bürgermeister von Linz, von Beruf Richter und mehr "objektiv" als begeisternd in seiner Anschlußarbeit. Die rot-schwarze Koalitionsregierung, die St. Germain unmittelbar zu verantworten hatte, besaß in der Zeit der häufigen Abwesenheit Renners von Wien den christlichsozialen Agrarier Jodok **Fink** aus Vorarlberg zum Vorsitzenden, einen Mann, der selbst den Pflug zu führen verstand und trotz vorgerückten Alters als Parlamentarier eine erstaunliche Gewandtheit bestätigte; als er sehenden Auges das Scheitern seiner Idee von neuer Bauerndemokratie erlebte, zog er sich wieder mehr und mehr ins Ländle zurück.



Präsident Seitz und Staatssekretär Dr. Deutsch gehen vom Parlament zur Volkswehrdefilierung und Arbeiter-Maifeier. 1. 5. 1919.

Der einmalige Repräsentant des "demokratischen" Versuchs einer "Regierung der Arbeiter, Bauern und Bürger" aber war der Staatskanzler Dr. Karl **Renner,** der als Haupt der Friedensdelegation von allen Deutschösterreichern damals der Welt am bekanntesten war. Dieser viel mehr professoral als

sozialistisch auftretende, schon sehr "gemäßigte" Sozialdemokrat hatte seine Karriere vom wissenschaftlichen Beamten der Parlamentsbibliothek und politischen Schriftsteller durchlaufen. Seine ihm bis zuletzt treu gebliebene Eigenschaft, aus jeder Lage irgend etwas Positives herauszufinden oder wenigstens herauszusuchen, machte ihn 1918/20 so unbestritten zum Mann der Stunde, daß ihm sogar die Unterzeichnung des Diktats (die er zum Unterschied zu Brockdorff-Rantzau vornahm) von niemandem andern abgenommen werden brauchte. Wohl fand er gegenüber dem Haß und Vernichtungswahn der Feinde manch Wort von Würde und Bedeutung, doch sein politischer Charakter verlor sich vielzusehr in den Übergängen seiner Generation, um sich in einem Wettersturm ohnegleichen durchzusetzen. Clemenceau wußte, daß der Mann, der von ihm jetzt den "Anschluß" forderte, seine bisherige Gelehrtenarbeit an die politisch-juristische Konzeption eines großösterreichischen Völkerbundesstaates gewandt hatte. Renner selbst empfand wohl gar nicht die Gefahr der von ihm schon in St. Germain eingeschlagenen, taktisch gemeinten "westlichen Orientierung" (die damals auch Antibolschewismus bedeuten sollte) und die Aussichtslosigkeit des nachher auf Grund altösterreichischer Gewohnheiten versuchten Kurses der Annäherung an die Tschecho-Slowakei (die freilich die unentbehrlichen Kohlen als Druckmittel benützte und sich auch gegen die von Horthy-Ungarn her drohende "Reaktion" anbot). Renners ganzes System, das die drei Parteigruppen für einige Notlösungen unter einen Hut brachte, ist im Grunde nichts als Taktik gewesen, die ausreichte, solange die Grenzen des Landes nicht einmal im Umriß feststanden und das der Wiener Regierung noch unterstehende Gebiet zeitweilig sogar in der Schnittlinie der Räterepubliken Budapest und München lag. Viel mehr als der nie in den Massen herrschende Renner drohte sein dem Heeresverderber Jul. **Deutsch** und dem berüchtigten Chefredakteur der Wiener *Arbeiterzeitung* **Austerlitz** rassen- und seelenverwandter, damalige Staatssekretär Dr. **Otto Bauer** zum Schicksal des jungen Gemeinwesens zu werden. Er trat das Erbe des am Tage vor der Ausrufung der Republik verschiedenen, ersten nominellen Chefs der Auswärtigen Angelegenheiten Deutschösterreichs, des Dr. Viktor Adler, an - beide typische, durch den Marxismus sich politisch emporarbeitende, aus der jüdischen Bourgeoisie stammende Gehirnmenschen, nur daß der Jüngere auf die von Adler noch zur Schau getragene, altrevolutionäre Biedermannspose (samt Schlapphut) verzichtete. Im Gegensatz zu Renner hatte Otto Bauer sich schon in seiner Jugendschrift eine dialektische Theorie des "proletarischen" Nationalismus zurechtgelegt - er war ja schließlich ein Fabrikantensohn aus dem deutsch-böhmischen Industriegebiet - und jetzt trat er mit messerscharfen Argumenten für den Anschluß an die deutsche "Republik" ein, ohne vom Glauben des Deutschen an das "Reich" auch nur einen Hauch zu verspüren, aber auch ohne bei der angerufenen Solidarität der Internationale Eindruck zu machen.

Im Gegenteil, der um Otto Bauers "Austromarxismus" entbrennende Streit bot den von gewissen kapitalistischen und klerikalen Kreisen angezettelten und vom Ausland geförderten Umtrieben gegen den Anschluß einen brauchbaren Ansatzpunkt: der soziale Stellungskrieg gefährdete in seinen Auswirkungen auch die wesensverschiedene, um die Volkseinheit geführte Volksbewegung, und begünstigte die wirtschaftlichen Gesichtspunkte der anhebenden Bürgerblockpolitik. Das Pendel war zuerst ungemein nach links ausgeschlagen. Die sozialdemokratische Führung hielt die ihr hörigen Massen vor "Unbesonnenheiten" zurück, wie sie etwa beim sinnlosen Sturm der sogenannten Roten Garde der Volkswehr auf das Parlamentsgebäude schon am 12. November 1918 zutage traten und die auf das Schuldkonto von jüdischen Literaten nach Art des "rasenden Reporters" Egon Erwin Kisch oder des nachmals hochkonservativen Franz Werfel, der damals noch zum "Sturm auf die Paläste" aufrief, zu setzen waren. Auch die vom Ausland her genährten kommunistischen Anschläge vom 17. April und vom 15. Juni 1919 scheiterten und Revolten wie Berlin hat Wien zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesehen. Dafür setzte der Staatssekretär **Hanusch** eine in Europa bisher unbekannt großzügige Sozialgesetzgebung ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit von Staat und Wirtschaft durch; die Sozialisierung von einzelnen Großbetrieben veranlaßte kostspieligste Versuche, Adelstitel und Orden wurden restlos beseitigt, alle Erzherzöge landesverwiesen, das habsburgische Vermögen zugunsten der Kriegsinvaliden beschlagnahmt, aber auch die Kriegsanleihen wurden nach dem bösen Worte "Krone ist Krone" restlos entwertet usf. - das alles "verfassungändernd" mit den Stimmen der eingeschüchterten Bürgerlichen! Die karlistischen Staatsstreichversuche von 1921 in

Ungarn gewannen nur für die Hinauszögerung der Landnahme des Burgenlandes Bedeutung. Im Fortgang der Zeit kristallisierte sich aber im Rahmen der demokratischen Freiheiten und Einrichtungen eine Abwehr, die, durch ihre Geldgeber ermutigt, gegen die bürgerliche Flaumacherei auf der ganzen Linie Stellung nahm. Ergab sich hiermit außer der Gefahr einer sozialen Reaktion statt der Aufrichtung einer echten Volksgemeinschaft nicht auch eine Verdunkelung des nationalen Hochziels? So konstruierte etwa der junge Wiener Professor Othmar **Spann** in seinen überfüllten Vorlesungen unter dem Titel "Der wahre Staat" ein berufsständisches, romantisches Idealgebäude ohne Bezogenheit auf Volkstum, Raum und Rasse, speiste den antimarxistischen Affekt ohne die Würde des Politischen in der Geschichte wiederherzustellen. Um so mehr blickte der für den Tagesgebrauch bestimmte "Antimarxismus" der Wiener Klerikalen **Schmitz, Vaugoin** und **Kienböck** zurück auf die gute, alte Zeit und ersparte sich über der Sorge um den bedrohten Lebensstand des Bürgers - die Arbeiterlöhne liefen während der nun wild einsetzenden Inflation noch am leichtesten mit - eine grundsätzliche Neuorientierung in der Welt ringender junger Völker.

Man hielt nach Persönlichkeiten Ausschau, welche die Schrift der neuen Zeit zu lesen verständen, dem Gegner geistig überlegen wären und doch wenigstens mit einem Teil ihres Wesens im alten Österreich verhaftet sein sollten. Renner hatte, wie wir gesehen, auch in diese Richtung weisende Qualitäten, kam aber als Erwählter der Roten, sobald er einmal über die leidige Reorganisierung der Volkswehr gestürzt war, nicht mehr in Frage. Sein unmittelbarer Nachfolger, der klerikale Professor Michael **Mayr** aus Innsbruck, zuerst Vorsitzender eines von allen Parteien beschickten "Proporzkabinetts", nach Annahme der Oktober-Verfassung und den Wahlen von 1920 der erste "Bundeskanzler", stützte sich schon auf eine rein bürgerliche Mehrheit; er verfügte aber nicht einmal bei den ihm nahestehenden Christlichsozialen der Bundesländer über die nötige Autorität, die noch im Kampfe um inflationshemmende Ententekredite und die Durchführung der von der Entente bekämpften Länderabstimmungen für den Anschluß vollends aufgerieben wurde. Die in den beiden nationalen Gruppen im Parlament, Großdeutsche Volkpartei und Landbund, tonangebenden Männer gelangten schon wegen der Mehrheitsverhältnisse niemals wirklich an die Führung im Staate, wenn sie auch u. a. den Vizekanzlerposten und die Berliner Gesandtschaft in der Regel besetzten. Von ihnen hat der Beamtenvertreter Dr. **Waber** immerhin den einzigen, ernstgemeinten Versuch gemacht, der nach Friedensschluß noch immer andauernden ostjüdischen Zuwanderung nach Wien den Riegel vorzuschieben; in der Friedensdelegation haben die der bürgerlich- oder bäuerlich-nationalen Richtung zuzuzählenden Wiener Professoren **Franz Klein** und **Schönbauer** fachlich ausgezeichnete, wenn auch im Erfolg vergebliche Arbeit geleistet und der hervorragende Handelspolitiker Richard **Riedl** konnte den als ersten deutsch-österreichischen Gesandten in Weimar und Berlin wirkenden jüdischen Professor Ludo Moritz Hartmann auf diesem wichtigsten "Auslands"posten ablösen. Für die Übernahme des Bundeskanzleramtes aber ließ sich nach Mayrs ruhmlosem Abgang der in der ganzen Umsturzzeit als "parteiloser", hoher Beamter bewährte Präsident Joh. **Schober** überreden. Doch auch er vermochte damals nicht das rettende Ufer zu gewinnen. Als er nach seiner Enttäuschung in der Ödenburger Frage sich durch einen gemeinsam mit Hainisch unternommenen Besuch in Lana Masaryk-Benesch als den Gegenspielern Italiens im Donauraum näherte, da verlor er durch den Abfall der Großdeutschen von seiner bürgerlichen Mehrheit den Boden unter seinen Füßen, woran auch seine Teilnahme an der Genueser Weltwirtschaftskonferenz vom April 1922 nichts mehr änderte. Ihm stand aber die Rückkehr in die Wiener Polizeidirektion offen, die ihn für die Zukunft des österreichischen "Antimarxismus" in eine überlegene Reservestellung rückte.

Doch nun verlangte die Stunde, deren Zeiger beängstigend vorrückte, das verzweifelte Wagnis der Selbstbehauptung auf einem neuen, noch unbekannten Wege. Es war nur in einem Staat wider Willen möglich, daß die rote Opposition selbst ihren undurchsichtigsten Gegenspieler zur Übernahme der "Macht" oder dessen, was man dafür noch ausgab, aufforderte und die überdemokratische Republik Österreich nach dem im Grunde das Parlament verachtenden, ehemals kaiserlichen Polizeichef einen asketischen Prälaten zum Bundeskanzler erhielt.

Seipel, Schober und die kleinösterreichische Daseinsfrage

Zerstörten im Reich **Reparationsverpflichtungen, Besatzungslast** und unproduktive Experimente Wirtschaft und Währung, so besorgte dies zusammen mit derselben innenpolitischen Schwäche in der Republik Österreich schon das Ausbleiben der entscheidenden Auslandshilfe zur Erhaltung einer erzwungenen Staatlichkeit.Wir sahen, die parlamentarischen, im Listenwahlrecht verankerten Parteien und die fachlich tüchtige und anschmiegsame Bürokratie blieben die den Staat repräsentierenden Kräfte auch dann, als die Periode der Kollektivität und des Provisoriums zu Ende ging, die es überflüssig macht, auf die nominellen Träger der Regierungsgewalt in den ersten Nachkriegsjahren näher zurückzukommen. In einer mit dem Sommer 1922 anhebenden, sich auf zehn Jahre erstreckenden Periode sind es nun über dem fortdauernden "demokratischen" Getriebe zwei Männer, die wirklich das Wort führen und in ihrem Wollen und in ihrer Leistung die dem staatlichen Leben Klein-Österreichs anheimgegebenen Möglichkeiten erschöpfen: der Abgeordnete Dr. **Ignaz Seipel,** und **Johann Schober,** der typische hohe Berufsbeamte. Der Salzburger Theologieprofessor und der Wiener Polizeipräsident als Staatsmänner der autoritätfeindlichen Republik vervollständigten den Staat wider Willen. Beide glaubten in ihrem Lande den höchstmöglichen Einsatz unter den einmal gegebenen Verhältnissen schuldig zu sein; beide wurzelten schon mit ihrem Manneserlebnis im staatsbejahenden Deutschösterreichertum der franzisco-josephinischen Spätzeit; beide hatten den Krieg in tätigem "Patriotismus", wie er eben in Deutschösterreich zu Hause war, wenn auch ohne den ihnen verwehrten Fronteinsatz mitgemacht; beide suchten seit dem Umsturz in bewußter Mittlerstellung zwischen anarchischer Revolution und aussichtsloser Reaktion eine realistische Rettungsaktion einzuleiten: So gelangten sie, jeder auf seine Weise, zur Formulierung eines eigentlich nur in der Ostmark verständlichen, bedingten neuen Österreich-Bekenntnisses. Seipel, der geborene Wiener, und der Oberösterreicher Schober, die einander von nun an bis zu ihrer fast gleichzeitigen frühen Sterbestunde so oft in Gemeinschaft oder Gegnerschaft begegnen sollten, glichen sich auch darin, daß sie - aus kleinsten Verhältnissen gekommen - zu persönlichem Ansehen weit über ihren eigentlichen Berufskreis hinaus gelangten und erst dann, und immer im Grunde als Outsider auf die Tummelplätze der damaligen Tagespolitik gerieten. Beide Männer scheiterten denn auch an ihrer ersten politischen Mission, die ihnen unter verzweifelten Umständen aufgenötigt wurde, als die allzeit auf Vorsicht Bedachten lieber im Hintergrund blieben. Es nimmt auch rückschauend wunder, Seipel zum erstenmal als Minister in dem letzten kaiserlichen Kabinett des Professors Lammasch zu treffen, das schon jeder tatsächlichen Regierungsmöglichkeit bar gewesen ist, und fast ebenso trostlos verlief Schobers erste Kanzlerschaft zwischen Kreditsuche, Inflationstaumel und parlamentarischen Oppositionstreibereien, nachdem er auch noch in den letzten, offenen Grenzfragen trübe Erfahrungen gesammelt hatte. Da trat - an Schobers Sturz nicht unbeteiligt - nach Erschöpfung aller Reserven an bürgerlichen Politikern auf einmal Seipel als Bundeskanzler mit einem in der Republik noch nicht erlebten Selbstbewußtsein als Chef einer Koalitionsregierung (Vizekanzler der großdeutsche Abgeordnete und späterer Berliner Gesandte Dr. Felix Frank) vor die Öffentlichkeit.

Professor Seipel hatte in seinem noch im Weltkrieg erschienenen Buch über Nation und Staat die weitgehende Eigenständigkeit des politischen und des kulturellen Bereiches vertreten, und so der Staatsbejahung und dem Kulturwillen des bürgerlichen, traditionsgebundenen Deutschösterreichers eine Art theoretischen und ethischen Fundaments geben wollen. Nun schöpfte er in einem sehr kritischen Augenblick daraus ein Programm zur Rettung eines vom Untergang bedrohten Gemeinwesens, das Österreich hieß und doch nichts mehr mit der weiträumigen Problematik des alten gemein hatte, dem sowohl der Anschluß wie eine Eigenexistenz unmöglich gemacht wurde, und dessen einzige Würde aus dem Bewußtsein einer unzerstörbaren, gesamtdeutschen Kulturgemeinschaft geschöpft werden konnte. Den inneren Feind dieser Republik erblickte Seipel in ihren lautesten Beschützern, den Marxisten und ihren Schrittmachern, und stellte ihnen eine festumrissene bürgerliche Mehrheitsgruppe entgegen, deren nächstes Ziel die "Sanierung" der versinkenden Währung und des völlig verfahrenen Staatshaushaltes sein sollte. Von der eigenen Bevölkerung forderte er dafür Verzicht auf Illusionen aller Art, insbesondere auch sozialpolitischer, und den Entschluß zum Ertragen eines schmerzlichen Schrumpfungsprozesses. An die für das Dasein Klein-Österreichs

verantwortlichen auswärtigen Mächte stellte er das Ansinnen einer sofortigen, umfassenden Hilfeleistung, die erst den Erfolg der geplanten, inneren Maßnahmen verbürgen würde. Das Verhältnis zum Deutschen Reiche nahm schon in seiner ersten Erklärung einen Sonderrang ein, indem dafür die Pflege der Gemeinsamkeit in geistigen und persönlichen Beziehungen bestimmend sein sollte, und dies um so mehr in einer Zeit, die politisch-wirtschaftliche Bindungen aussichtslos mache. Solchen Erklärungen folgte denn auch der Kurs, den Seipel in den kommenden Monaten einhielt, als die Gefahr einer Aufteilung des ohnmächtigen Gebildes von St. Germain durch seine hochgerüsteten, nichtdeutschen Nachbarn offenkundig wurde. Der Bundeskanzler reiste nach Prag, Berlin und Verona, um die Auffassung der am Schicksal Österreichs nächst Interessierten kennenzulernen, und wohl noch mehr, um das Unvermögen ihrer Regierungen - in Deutschland der Erfüllungskanzler Wirth, in der Tschecho-Slowakei Benesch, in Italien die letzte Garnitur vor Mussolini! - zu einer wirksamen Rettungsaktion festzustellen. Auf diesem Umwege und durch die an die Adresse der Westmächte gerichtete Drohung, die Regierung niederzulegen, auch wenn sich kein Nachfolger mehr finde, bereitete sich der Umschwung vor und die Katastrophe trat nicht ein - zu Beginn des nächsten Jahres bewies ja **das Schicksal des kleinen Memellandes,** wie wenig haltbar die Versailler Statuten waren, wenn nur um Deutsche gewürfelt wurde! Gelegentlich der Genfer Herbsttagung, die damals immerhin die Bedeutung eines Diplomatenkongresses für einen großen Teil Europas besaß, entstand das Genfer Protokoll vom 4. Oktober, das zu einer Art zweiten Gründungsurkunde für den Staat wider Willen wurde.

Jede Beurteilung von Seipels Politik und des ganzen von ihm mitentscheidend beeinflußten Abschnittes österreichischer Nachkriegspolitik wird von jenem Genfer Dokument ausgehen, seine Entstehungszeit ebenso wie seine späteren Auswirkungen ins Auge fassen müssen. Gewiß hat die wahrhaft nicht billige, internationale Dollaranleihe erst die Schaffung der Schillingwährung und die Erstellung eines geordneten Haushalts ermöglicht; die Kontrolle durch den nach Wien entsandten hochdotierten Generalkommissär, einen holländischen Verwaltungsbeamten, Dr. Zimmermann, und durch das Genfer Finanzkomitee verstärkten auch die Autorität der Bundesregierung gegenüber der mächtigen, über Wien verfügende und vor keiner Demagogie zurückschreckenden marxistischen Opposition und auch bei den noch immer weitgehend unabhängigen Länderregierungen. Der zum Teil notwendige, wenn auch leider viel zu schablonenhaft durchgeführte Abbau von schließlich 100 000 öffentlichen Angestellten und die Neuordnung der verlotterten, mit Pensionsverpflichtungen aus den Nachfolgestaaten überlasteten Bundesbahnen zu einem sogenannten kaufmännischen Betrieb konnten nur durch solch diktatorischen Nachdruck erzwungen werden. Ja sogar die nur formal über St. Germain hinausgehende Verpflichtung zu politischer und wirtschaftlicher "Unabhängigkeit" auf zwanzig Jahre (die Laufzeit der Anleihe), schloß einen Schutz gegen unerwünschte nachbarliche Ausdehnungsgelüste als unmittelbaren Gewinn in sich, wenn man in Paris und Genf auch schon wieder die Anschlußgefahr in fernerer Zukunft bannen wollte. Man darf sogar anführen, daß in Ungarn und Bulgarien das an Österreich erprobte Verfahren als Modell für ähnliche "Sanierungen" diente, wobei freilich in diesen Fällen die Voraussetzungen für die staatliche Existenz trotz allem bessere waren. So verlor auch die Radikalkur, zu der sich die Regierungen der einzelnen tiefgeschwächten Staaten allein für unvermögend erklärten, dort ihre hauptsächliche Gefahr für die Zukunft, die wieder Boden unter sich hatte und die eigene Verantwortung voranstellte. Anders bewirkte der in Deutschland selbst zwei Jahre später eingeschlagene verwandte Vorgang, **der Dawes-Plan,** eine Verkettung des deutschen Schicksals mit der sich hilfsbereit zeigenden internationalen Hochfinanz, was zusammen mit der weiterlaufenden Tributverpflichtung kein Ende mehr nehmen wollte. Für die Republik Österreich genügte zu demselben bösen Erfolge schon die nun mögliche Täuschung über die Grenzen ihrer Lebensfähigkeit.

Hier setzt tatsächlich die tragische Schuld Seipels ein. Seine schwer faßbare, mit unheilbarer Krankheit ringende, nach außen stets ironisch überlegene, innerlich mit Gewissenskonflikten belastete Persönlichkeit wurde wie keine andere für den Zustand des von ihm gelenkten, höchst problematischen Staatswesens vor der Geschichte repräsentativ, mochte er darüber auch menschlich stets einsam bleiben und durch seine Selbstbeherrschung Ungewißheit über seine letzten Einsichten und

Ziele bewahren - wie ja schon sein Profil sich von seiner ganzen Umgebung als einmalige Erscheinung abhob. Er gehörte als christlichsozialer Parteiobmann der Geschichte des politischen Katholizismus deutscher Zunge an, und er gestattete auch Vergleiche mit staatsbewußten geistlichen Staatsmännern bis zurück zu Richelieu und Melchior Klesl. Er empfand aber mehr als diese entschlossenen historischen Charaktere den unlösbaren Zwiespalt zwischen politischer und religiöser Verantwortung und dennoch glich er in manchen Zügen ihnen weit mehr als den klerikalen Berufspolitikern seiner Zeit, die sich ihm beugten, solange sie ihren Vorteil wahrnahmen und hinter den verschlossenen Türen wider ihn aufschäumten, wenn er seine eigenen Wege ging. Er leistete ihnen Widerstand, als er bei den schwierigen "Sanierungs"-Wahlen von 1923 und dann wieder 1927 der bürgerlich-nationalen Gruppe einen festen Besitzstand auch auf Kosten der eigenen Partei sicherte, und er wich ihnen, als nach Überwindung der ärgsten Sanierungskrise die herkömmliche Länderfronde 1924 auch ihn, dem Wiener, ihre Macht fühlen ließ. Freilich holten sie ihn dann wieder als den "Retter" vor dem "Austromarxismus" zurück, und wirklich trieb unter dieser seiner zweiten Kanzlerschaft die schleichende Vergiftung des Volkskörpers zu der blutigen Auseinandersetzung des 15. Juli 1927, als nach dem Freispruch einiger Heimwehrer verhetzte Massen den Wiener Justizpalast in Flammen steckten und im Abwehrkampf dagegen, mitten im scheinbaren Bürgerfrieden, ein Blutbad weit ärger als je in der Umsturzzeit angerichtet wurde. Das geschah drei Monate, nachdem Seipel durch Konzentrierung aller bürgerlichen Kräfte in einer "Einheitsliste" (mit Einschluß der damaligen Schultz-Gruppe der Nationalsozialisten) anläßlich der April-Wahlen vergeblich Handlungsfreiheit im Parlament angestrebt hatte.



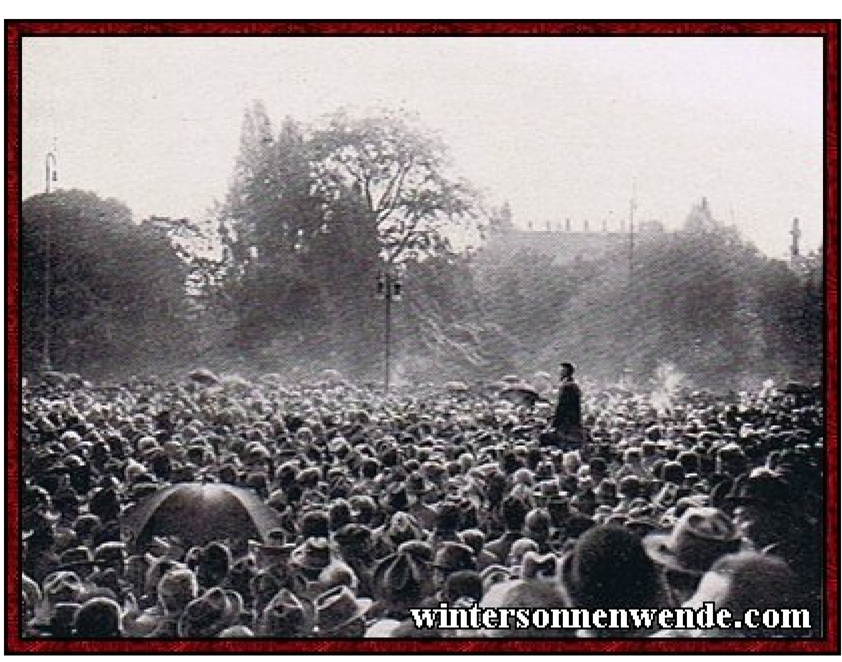
Kommunistische Gedenkfeier auf dem Wiener Zentralfriedhof für die Opfer des 15. 7. 1928.

Damals blieben Seipel als Regierungschef und Schober als Polizeipräsident Sieger auf der Walstatt, indessen der als Rache ausgerufene Generalstreik zuerst an der Selbsthilfe der Bevölkerung in den Alpenländern zusammenbrach. Doch die Sozialdemokratie, die eine beispiellose Hetze gegen den "Kanzler ohne Milde" und den "Arbeitermörder" in der Polizeidirektion entfachte, verharrte nichtsdestoweniger in ihren bisherigen Machtstellungen und nahm von da an zur Wahrung der "Einheit des Proletariats" (die ja ihrer reichsdeutschen Schwesternpartei nicht gelungen war) erst recht den erfolgreichen Wettbewerb mit dem rein moskowitischen Marxismus auf. Der Angelpunkt ihrer Tätigkeit und ihrer Demagogie ist nach wie vor die Wohnbaupolitik gewesen, wo sie, gestützt auf die Finanzmittel Wiens und einiger großer Gemeinden, in jeder Hinsicht Außerordentliches leistete und schon deshalb mit dem Stimmzettel nicht aus dem Sattel zu werfen war. Entgegen Seipels Programm einer stufenweisen Mietenreform versteifte sie sich auf die Erhaltung des den Kriegsverhältnissen angepaßten Mieterschutzgesetzes, obwohl ähnliche Maßnahmen in anderen Ländern längst beseitigt waren und als Folge solch' widersinniger Zustände der private Haus- und Grundbesitz vollständig verfiel, ja zur Beute ausländischer Spekulanten wurde; die Wiener Rathausmehrheit erhöhte sogar noch die Wohnungsnot durch gewissenlose Begünstigung des Zuzugs von Ostjuden, die mit dem Wucher in sogenannten Wohnungsablösen einen willkommenen Erwerbszweig fanden. All dies bildete den Hintergrund für einen freilich gigantischen Bau von "Wohnhausanlagen", die geradezu das Gesicht ganzer Bezirke veränderten und trotz aller bürgerlicher Proteste gegen den Finanzreferenten Breitner aus laufenden Steuereinkünften bestritten wurden. Die begünstigten Teile

der Arbeiterschaft kamen so fast umsonst in den Besitz von Volkswohnungen mit einer gewissen, ihnen bisher unbekannten Kultur; aber ungeachtet der Weiträumigkeit Wiens trat die zeitgemäße Siedlungsidee zugunsten festungsartiger, an gewissen strategisch wichtigen Punkten verteilter Bauten ganz zurück. Vergebens setzte nun Seipel gerade an diesem Punkte die Schlagkraft seines Bürgerblocks zum Gegenangriff an. Die Fronten rechts und links blieben erstarrt. Denn die sozialen Kampfpunkte konnten auch nicht durch weltanschauliche Momente überhöht werden. Die damals vielzitierte "bürgerliche Weltanschauung", die etwa der Seipelschen Einheitsliste entsprechen sollte, bestand außer in der Negation des Marxismus in der Anerkennung eines wenig folgerichtigen *Status quo* auf dem Gebiet der Schul- und Ehegesetzgebung: das Gesetz kannte nach wie vor nur interkonfessionelle, öffentliche Schulen, neben denen freilich zahlreiche, geistliche Internate bestanden; es verblieb aber auch bei der im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811 ausgesprochenen Untrennbarkeit der katholischen Ehe, wodurch in der Praxis das in Europa einzigartige Unwesen der von jeder Instanz rechtlich anders beurteilten "Dispensehen" einriß. Der Gipfel der Widersprüche aber wurde darin erreicht, daß gerade die großdeutsche Abgeordnetengruppe mit Erfolg sich für die Beibehaltung der verkehrt eingestellten alten, ungarischen Gesetzgebung im Burgenlande auf diesen beiden Gebieten einsetzte, weil sie mehr der reichsdeutschen entsprach!

Adolf Hitler, der Führer in die Zukunft, hatte schon August 1923 auf der letzten Zwischenstaatlichen Tagung der Nationalsozialisten in Salzburg für die damals bevorstehenden, ersten Seipel-Wahlen die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben, die allerdings von einigen Gruppen nicht befolgt wurde. 1926 gelang dann Dr. Suchenwirth von Wien aus die Organisierung der eigentlichen deutsch-österreichischen Hitler-Bewegung. Sie lehnte das ihr gleichzeitig mit der Schultz-Riehl-Gruppe zugekommene Angebot der Teilnahme an der Einheitsliste trotz günstiger Bedingungen grundsätzlich ab und beschränkte sich auf die Aufstellung von Zählkandidaturen des "Völkisch-sozialen Blockes", die einen Stamm von 26 000 Wählern ergaben. Die Zeit der echten Entscheidungen war innerhalb der Nation damals noch fern und daher auch für Österreich, wo es kein Parteiverbot gab, noch nicht gekommen. Trotzdem sind schon einem Anacker oder **Horst Wessel** ihre Wiener Studentenjahre zum großen Erlebnis geworden.

Auch die "unpolitische" Anschlußbewegung jener Jahre war auf kein zeitnahes Ziel mehr eingestellt, was der an sich großartige und sogar vom Ausland beargwöhnte Verlauf des Wiener Sängerbundesfestes 1928 bestätigte. Nichtsdestoweniger leistete die unter der gelehrten Führung von Franz Klein und Richard Wettstein stehende Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft wertvolle Vorbereitungen für die erhoffte allmähliche Rechts- und Wirtschaftsangleichung und der von Neubacher und Seyß-Inquart aufgezogene Österreichisch-Deutsche Volksbund erinnert die Welt in einzelnen drastischen Kundgebungen - so in einer Unterschriftensammlung zum zehnten Jahrestag der Republik - an das uneingelöst gebliebene Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher! Beide Vereinigungen, die 1925 als Antwort auf Donauföderationspläne entstanden, hatten Mitarbeiter und Anhänger quer durch alle Parteien hindurch, und übten einen bedeutenden gesellschaftlichen Einfluß aus. Doch trotz mancher Sturmzei-



Erste Anschlußkundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes vor dem Wiener Rathaus. 30. 8. 1925.

chen kam nach keiner Richtung eine befreiende Wendung, als nach dem mit unheimlicher Flammenschrift in die Geschichte des Staates wider Willen eingegangenen "15. Juli" die faschistisch beeinflußte Heimwehrbewegung sich das Recht auf die Straße erkämpfte und dabei auf die Autorität Seipels und Schobers berufen konnte. Ihr, die sich dem Frontsoldatenbund Stahlhelm im Reiche verwandt erklärte, hätte sich nun die Formung der Anschlußidee zu einer neuartigen, über die zwischenparteiliche Lösung von 1918/19 hinausreichenden Volksbewegung als vordringliche Aufgabe dargeboten.



Feier zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg auf dem Wiener Heldenplatz. 2. 10. 1927.

Für den Kanzler war die Heimwehr willkommen als Sturmtruppe des bürgerlichen Antimarxismus, wie er ihn verstand, und wohl auch als Rückenstärkung gegen die eigene Partei, aber eine eindeutige, gegenseitige Verpflichtung kam zum schweren Schaden beider nicht zustande: die als Losung ausgegebene "Überparteilichkeit" vermehrte nur die Zahl der österreichischen Fiktionen um eine neue. Überhaupt blieb Seipel eine eigentliche Entwicklung seiner politischen Ideen und Maßnahmen von 1922 versagt. Die Unfruchtbarkeit von Parlament und Verfassung in den fortdauernden Krisen des 1926 aus der persönlichen Kontrolle des Völkerbundkommissärs entlassenen Staatswesens bestärkte ihn nur in einem weitgehenden Verzicht auf klare Verantwortlichkeiten und Entscheidungen. Seine schon bekannte These von den drei eigenständigen Lebensbereichen gestattete ihm, dem persönlich asketischen Weltpriester, eine von seinen kirchlichen Vorgesetzten beargwöhnte Unbefangenheit auf vielen Gebieten, sie entsprach auch kaum einem folgerichtigen politischen Katholizismus und setzte ihn allenthalben Widersprüchen und Mißdeutungen aus, denen er selten entgegentrat. Während die legitimistische und kapitalistische Reaktion sich auf ihn als den Staatsmann berief, der den "Revolutionsschutt" hinweggefegt und den "Glauben an Österreich" wiederentdeckt habe, konnte es unter dem Regime Schuschnigg geschehen, daß Riedls in Saarbrücken 1935 erschienenes Buch über Seipel, den Volksdeutschen, beschlagnahmt wurde, obwohl es fast nur aus wörtlichen Zitaten bestand und seine These von dem deutschen Volke in zwei Staaten erhärtete. An Stelle der grundsätzlich unabdingbaren, wenn auch damals tatsächlich undurchführbaren Anschlußidee trat die politische Forderung, es gebe für Österreich keine Kombination gegen Deutschland! Zusammenarbeit auf allen Gebieten ohne Verrückung der politischen Grenze!

Seipel verlangte von Europa für den Staat Österreich eigentlich nichts als die Herstellung eines Zustandes, der keine künftige Entwicklungsmöglichkeit verbaue. Damit hatte er die Republik zwar aus einer akuten lebensbedrohenden Lage herausgehoben, aber er vermochte ihr nach der "Sanierung" keine kräftesammelnden oder gar -erhöhenden Ziele mehr zu geben und den innenpolitischen Leerlauf zu unterbrechen. Seine Erwägungen setzten sich über die Gefahren, die sich aus der Gewöhnung an die Genfer Prozeduren von selbst ergaben, hinweg und wandten sich allgemeinen Zielen zu, die er mit Vorliebe auf Vortragsreisen in Deutschland und im Auslande entwickelte. Dazu gehörten an erster Stelle Vorschläge für eine mitteleuropäische Neuordnung, die das Staatliche an sich überhaupt bedeutungsloser machen und für weite Lebensgebiete an seine Stelle eine völkische und, wie er in Übereinstimmung mit vielen Bürgerlichen und Heimwehrern meinte, "berufsständisch" ausgerichtete neue Rechtsordnung setzen würde. Entschieden lehnte er den einmal aufgetretenen

Plan einer Verlegung des Völkerbundssitzes nach Wien ab und unterließ auch 1923/4 Maßnahmen gegen die Anhänger Hitlers. Dagegen bedrohte er nicht allein im Zeitalter des fruchtlosen Genfer Minoritätenschutzes die eigenständige Entwicklung der Volksgruppen, förderte den preußisch-österreichischen Beamtenaustausch und die Zielrichtung der Deutschen Studentenschaft, die damals um ihrer volksbürgerlichen Grundlage willen in Preußen aufgelöst wurde und trotz aller jüdischer Gegenwirkungen in Österreich die im Rahmen der Verfassung überhaupt mögliche Begünstigung genoß. Nicht zufällig gelang in Graz der Durchbruch der nationalsozialistischen Führung in der studentischen Selbstverwaltung für Großdeutschland. Doch sogar dem Wiederaufbruch der Nation unter Adolf Hitler, wie er 1930 sinnfällig wurde, stand Seipel nach seinen bekanntgewordenen Äußerungen etwa im Sinne der bürgerlichen Mittelparteien und nicht der Zentrumspartei gegenüber. Dabei wird man aber nicht übersehen, wie teils zeitlich, teils persönlich bedingt er nach manchen Richtungen zu uns unverständlich gewordenen Kompromissen bereit war. So, wenn er sich nie von jüdisch-kapitalistischen Finanzberatern wie Kunwald und Kienböck trennen konnte, und doch mit der Übernahme der päpstlichen Enzyklika von 1931 in seine Konstruktionen von den an Stelle des Parlamentarismus zu setzenden politisch-sozialen Gewichten und Gegengewichten endete. Jedermann empfand, daß wohl mit durch seine Schuld die Männer, denen er die Nachfolge in seinen Befugnissen überließ, die Abbilder seiner Fehler waren, und er schon vor dem Ende seines Österreichs zu einer fast nur mehr historisch interessanten Gestalt geworden ist. Soweit er die Stimme des Blutes sprechen ließ - wenn es zu einer Abstimmung über den Anschluß käme, dann würden 95 Prozent für ihn sein - behielt er für die Zukunft recht. Aber am Ausgang seiner "Sanierung" schrie das Volk, über das nach der Inflation die Arbeitslosigkeit ihre Geißel schwang, um Brot und Freiheit! Wer wird sie bringen?



Gemeinsame Kundgebung der Wiener Nationalsozialisten und der Frontkämpfervereinigung gegen St. Germain. 14. 9. 1928.

Im Sommer 1929 schwoll die Heimwehrbewegung zu einem stürmischen Gewitter an, dessen Ausgang und Folgen noch ganz ungewiß waren. Einigend für alle Gruppen blieb merkwürdigerweise aber nur die schroff antimarxistische, hier gleichsam vom Parlament auf die Straße und künftig vielleicht auf die Barrikaden verpflanzte Bürgerblocksidee, während die neuen, darüber hinausgehenden Ziele und Entscheidungen ganz unübersichtlich gewesen sind. Vom Fascismus und Nationalsozialismus wurden die "militanten", äußeren Formen übernommen und durch die grüne "Hahnenschwanz"-Uniform stilgerecht dem Heimatlichen angeglichen. Zweifelhaft dagegen stand es von allem Anfang an mit der Anerkennung des Führerprinzips, da weder eine überragende politische Führernatur die stark im Föderalistischen steckengebliebene Bewegung geformt noch diese aus sich selbst eine solche hervorgebracht hatte. In Seipel und Schober besaß sie innerhalb der regierenden Schichten Protektoren und Autoritäten, was aber auch das Beziehen einer klaren Oppositionsstellung zum System als Ganzen immer wieder hinausschob. Ebenso ungelöst wie die Führerfrage und das damit zusammenhängende Verhältnis zu den alten Parteien blieb das Verlangen nach einem politisch-weltanschaulichen Programm; das ein solches vorgebende "Korneuburger Gelöbnis" vom Mai 1930 entstand, ohne Verbindlichkeit für die ganze Heimwehr, erst, als die Stunde zur Tat versäumt war und stellt großenteils eine doktrinäre Arbeit aus der romantischen Glauben und kapitalistische Interessen sonderbar vermengenden Wiener Spann-Schule dar. Die da und dort besonders im

Gebiet der Alpinen Montan-Gesellschaft aufgezogenen grünen "unabhängigen" Gewerkschaften boten schon durch ihre offensichtliche Finanzierung von Unternehmerseite der marxistischen Kritik breite Angriffsflächen. Nur in den deutschbewußten Jungen der vielberedeten "Doppelreihe" lohte oft schon ein Feuer, das die überlebten, politischen und sozialen Formen schließlich verzehren mußte. Die abwechselnden, an der bestehenden Verfassung gemessen legalen oder illegalen Versuche und Ankündigungen einer Machtergreifung, widerlegten sich selbst, da weder der Weg über die Wahlurne noch auch die offene Erhebung ohne einheitliche Führung und Programm durchzusetzen waren. An der Spitze der Bundesführung, die selbst wie eine kollegiale Behörde abstimmte, standen der nationalgesinnte Steirer Dr. Pfrimer und der mit den Klerikalen paktierende Tiroler Dr. Steidle als gleichberechtigter Bundesführer. Der junge, damals noch mehr nach seinen vorteilhaften Seiten bekannte, Starhemberg vertrat nur den oberösterreichischen Heimatschutz; in Wien bestanden gar eine klerikale Gruppe mit dem Major Fey und eine nationale mit dem Alpenvereinsobmann und Schönerer-Biographen Ing. Ed. Pichl an der Spitze nebeneinander. Im ganzen wiederholte sich bei dieser Volksbewegung, gerade soweit sie echt und lebendig war, die politisch fragwürdige Tatsache, daß die ursprünglichen Kräfte in den Länderkantonen zum Ausdruck drängten - oft im schlagwortartigen Gegensatz zum marxistisch verseucht vorgestellten "Wasserkopf" Wien - und daß eine zentrale Zusammenfassung unter dem Nenner "Österreich" sich an dem schier unlösbaren Problem eines Patriotismus in einem Staat wider Willen verbrauchte. So ließ sich auch das Ausland zu Trugschlüssen über Charakter und Aussichten des Hahnenschwanz-Vormarsches, der natürlich besonders das Interesse der benachbarten, fascistischen Großmacht erweckte, täuschen. Dank den blutig bezahlten Erfahrungen mit dem Austromarxismus schien ja das kleine Österreich sogar der Entwicklung im Reiche, wo die Hitler-Bewegung damals noch schwer gegen die Weimarer Demokratie und die bürgerliche Reaktion um die Seele des deutschen Volkes rang, voranzueilen.

Es war die Regierung des in der Anschlußbewegung nicht unbekannten, mehr als Außenseiter in der Christlichsozialen Partei stehenden Industriellen Ernst Streeruwitz, die - an praktischen Erfolgen der letzten Seipels überlegen - im September 1929 als erste nicht parlamentarischen oder föderalistischen Umtrieben, sondern dem die weitesten mittelständischen und bäuerlichen Kreise erfassenden Ruf der Heimwehr nach der "starken Hand" zum Opfer fiel. Nicht mehr der problematische Professor Seipel, sondern Schober, der in der ganzen Welt angesehene "überparteiliche" Polizeipräsident, galt als der Mann des Tages, dem die Parteien ihre Sonderwünsche zum Opfer bringen müßten. Wirklich übernahm er mit Energie die ihm angetragene Aufgabe und packte sie gerade dort an, wo Seipels Mischung von Selbstvertrauen und Skepsis alle Wünsche offengelassen hatte, nämlich in der Auswahl repräsentativer, persönlich unabhängiger Mitarbeiter. Er gewann so Dr. Hainisch, womit er zum erstenmal nach republikanischen Vorbildern ein früheres Staatsoberhaupt in den Ministerrat nahm, und er holte sogar von der Universität Wien zwei Professoren: Heinrich von Srbik, der eben sein Programm einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung der Öffentlichkeit unterbreitet hatte, und Theodor Innitzer, der in seiner Haltung als Rektor noch nicht die Abwege des späteren Erzbischofs von Wien voraussehen ließ. Nur aus dem oben Gesagten aber ist die sofort politisches Mißtrauen erregende Tatsache zu erklären, daß die Bundesführung der Heimwehr nicht in die unmittel-



Bundespräsident Dr. Hainisch und Bundeskanzler Dr. Seipel bei der Zehnjahresfeier der Republik vor dem Stephansdom. 12. 11. 1928.

bare Verantwortung des von ihr geforderten Kabinetts einbezogen war. Der neue Bundeskanzler ging denn alsbald, ohne auf Seipels Schicksal zu achten, Wege einer persönlichen Autorität, die sich von den bisherigen eigenen Anhängern löste und doch nicht den Bruch mit der bestehenden, autoritätsfeindlichen Verfassung wagen konnte. In der Außenpolitik gelang ihm sofort eine umfassende Verständigung mit dem durch Seipels Aufrollung der Südtiroler Frage schwer verstimmten, italienischen Nachbar, die schon auf der Haager Jänner-Konferenz von 1930 in der Österreichs Kreditfähigkeit erhöhenden, förmliche Entlassung aus den praktisch nie eintreibbaren Reparationsverpflichtungen zutage trat. Gleichzeitig nahm er die Ausgestaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen auf einem neuen Gebiete in Angriff und überwand bei seinem Berliner Staatsbesuch die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Handelsvertrages, die sich aus der Gleichrichtung, aber ungleichen Kraft beider Wirtschaften ergaben. Auch in der Innenpolitik erreichte Schober mit der Sicherung einer Verfassungsreform noch im Dezember 1929 rasch den von ihm angestrebten Erfolg, wenn es sich vergleichsweise auch hauptsächlich um den Einbau der präsidialen Elemente der Weimarer Verfassung (Ministerernennung, Parlamentsauflösung, Notverordnungsrecht, plebiszitäre Wahl) in die rein parlamentarische von 1920 handelte; dazu kam noch die grundsätzlich beschlossene Umwandlung des kontrollierenden Bundesrates in eine gleichberechtigte Länder- und Berufsständevertretung. Doch erreichte er nicht mehr die Erprobung dieser bis auf das Ministerernennungsrecht bescheidenen Errungenschaften, weil sie den Parlamentariern zu gefährlich und der Heimwehr unzulänglich schienen. Vor allem blieb durch aufschiebende Parteibeschlüsse der klerikale Wilhelm Miklas (seit Ende 1928 Nachfolger von Hainisch) Bundespräsident von Gnaden einer *ad hoc* zusammengestellten, parlamentarischen Mehrheit, statt einer vom Volk erwählten, repräsentativen Persönlichkeit - als die wohl am ehesten Schober selbst in Betracht gekommen wäre - Platz zu machen.

Niemand ahnte damals, welch verhängnisvolle Bedeutung die Präsidialgewalt gerade auch in einer schwachen Hand gewinnen könne, und was für eine Rolle dabei der als parlamentarischer Berichterstatter über die Verfassungsnovelle erstmalig vor eine größere Öffentlichkeit tretende, junge Tiroler Klerikale Kurt von Schuschnigg spielen würde.

Wenn es die widerspruchsvolle Existenz der Republik Österreich einmal mit sich brachte, daß ein Seipel ihre "Unabhängigkeit" gegen die Marxisten mit den Stimmen der betont "großdeutschen" Parlamentarier rettete, so brauchte ein andermal ein Schober die Tolerierung der Sozialdemokraten, die das kleinere Übel wählten, um die von der Heimwehr herausgeforderte Verfassungskrise schiedlich-friedlich, wie er auch für die Zukunft hoffte, beizulegen. Wenn die Erstarrung der politisch-sozialen Fronten mit auf Seipels unzureichenden Angriff gegen den Austromarxismus zurückzuführen war, so fiel Schober, dem anderen Helden des Bürgertums, unversehens die Aufgabe der Selbstzerstörung der tief unbefriedigten Heimwehr zu. Es kam das Frühjahr 1930 mit der Ausweisung des dem Stahlhelm nahestehenden radikalen Majors Pabst, der Entwaffnungsforderungen des ausländischen Kapitals und dem Streit um das Korneuburger Programm; es folgten schwere Führerkrisen, die mit der Wahl des unberechenbaren, damals übrigens noch als völkisch geltenden, jungen Starhemberg an Stelle Pfrimers und Steidles zum alleinigen Bundesführer endeten. Unter dem Eindruck der reichsdeutschen, in den Septemberwahlen sich ankündigenden Umwälzung fiel der Bundeskanzler selbst - genau ein Jahr nach seiner triumphalen Erhebung - einer Palastrevolution zum Opfer, die sein eigener, nun nach dem Bundeskanzleramte greifender Heeresminister Vaugoin angezettelt hatte. In einem merkwürdigen Stellungswechsel gewann dieser für sein Kabinett sofort Starhemberg und begünstigte die Bildung eines mit den Christlichsozialen in den nun doch unvermeidlich gewordenen Wahlkampf ziehenden "Heimatblocks"; auch Seipel, der seine Bürgerblockidee in größter Gefahr sah und dem bisherigen Kanzler daran Schuld gab, stellte sich für ein belangloses Zwischenspiel als Außenminister zur Verfügung. Schober hingegen ließ sich erstmalig für einen Kampf um das Parlament gewinnen und wurde Führer des nach ihm benannten, aus bürgerlich-nationalen und -liberalen, auch jüdischen Elementen sonderbar gemischten Gegenblocks. Doch dazwischen begann schon die straff unter unmittelbarer Münchener Führung erneuerte, bisher auf unentwegte Kämpfer begrenzte NSDAP. ihre magnetische Anziehung auch über die zerfallenden

Heimwehrgruppen hinaus auszuüben.

In Wahrheit klopfte in diesen Herbstmonaten 1930 schon ein Schicksal vernehmlich an die Tür, das ganz andere Entscheidungen verlangte als die in einem kräfteverzehrenden Staat wider Willen gangbaren. Novemberrevolte, Friedensdiktate und Entmachtung, innere soziale und rassische Zersetzung statt höchster Anspannung, all das traf das Reich und Rest-Österreich gemeinsam - nur die Anschlußforderung der Deutsch-Österreicher erhob sich, wenn auch vergeblich, über die Not des Tages hinaus! Nicht so sehr innendeutsch angesehen, wo für das kleine Österreich das kulturelle und antimarxistische Moment einzusetzen war, doch wohl unter europäischem Horizont konnte die Seipel-Aktion von 1922 als eine Vorwegnahme der Stresemann-Ära mit ihrer Gefahr der Illusionen angesehen werden; die Heimwehrbewegung dagegen wies schon bei aller bürgerlichen Beengung auf den im Reiche damals noch nicht in die Massen gedrungenen, nationalen Aufbruch hin. Erst dann schlug der Sturmwind um, als der geborene Führer der Deutschen, der damals trotz Frontdienst nicht einmal noch die Reichsbürgerschaft besitzende Sohn der Ostmark Adolf Hitler, riesengroß über aller Entzweiung sein Banner emporhob. Noch die Novemberwahlen von 1930 zeigten erst den Umbruch der innenpolitischen Entwicklung an, als die Nationalsozialisten inmitten der neuen "Block"bildung überall auftauchten, das erste Hunderttausend Wähler vor allem aus der Jugend gewannen, aber ohne Vertretung im neuen (überhaupt letzten) Nationalrat blieben. Dagegen erhielt dank der geltenden sonderbaren Wahlordnung die Heimwehr mit weniger Stimmen sieben Mandate, die gerade für ihre künftige, verhängnisvolle Rolle ausreichten, damals aber nur dem neuen Anschlußbekenntnis Starhembergs zu danken waren. Die Partie endete übrigens auch für die verschiedenen Sieger mit Remis; Starhemberg gab die ihm wenig liegende Ministerrolle wieder ab, Vaugoin begnügte sich mit seinem alten Heeresministerium und der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender bildete mit Schober als Außenminister ein Kabinett, das sich wieder auf die alte Seipel-Schober-Mehrheit stützte und gewaltsamen Lösungen auswich, damit auch den "legalen" Vormarsch der österreichischen Nationalsozialisten ermöglichte.

Da führte ein sowohl national- als wirtschaftspolitisch bedeutsamer Schritt, der durch den braunen Vorstoß angeregt, ihn zugleich wohl auch abzuriegeln bestimmt war, einen Kurzschluß herbei, der beinahe gleichzeitig beide deutsche Staaten in Brand gesteckt hätte: Der von Schober und Curtius am 19. März 1931 veröffentlichte deutsch-österreichische Zollunionsvertrag knüpfte noch mehr an die Salzburger mitteleuropäischen Pläne am Weltkriegsausgang an, als an die aus vergeblicher Rücksicht auf Briand zitierten regionalen Organisationsvorschläge im Genfer Paneuropa-Ausschuß; er wollte als Beitrag für eine friedliche Neuordnung des Kontinent gelten, der auch anderen Staaten den Anschluß eröffne. Die Unzulänglichkeit der Machtgrundlage des Zwischenreiches auch noch unter Brüning und außerdem unterlaufene taktische Fehler verwandelten die Hoffnung einiger Frühlingstage unmittelbar in die Drohung eines schreckenvollen Endes der Aktion, wo doch beiderseits der Reichsgrenzen die Absatzkrise und Arbeitslosigkeit ohnedies die mageren Früchte der "Sanierungen" von 1922 bzw. 1924 in Frage stellten. Von der entfesselten Gewalt der Ententeproteste, Völkerbundsentschließungen und einem allerdings zwiespältigen Haager Schiedsspruch wichen Wien und Berlin zurück, ihrer Entschlußfreiheit auch noch durch die Hammerschläge einer künstlich gesteigerten Finanzkrise beraubt. Vom Krach der mit dem Welthaus Rothschild gekoppelten Wiener Credit-Anstalt, die als einzige Österreich verbliebene Großbank auch die in eine Staatshaftung einwilligende Regierung Ender-Schober unter ihrem Sturz begrub, nahm ein wirtschaftspolitisches Unwetter seinen Ausgang, das Deutschland wie ein leck gewordenes Schiff in der Danat-Bank-Krise ganz hart an die Katastrophe heran trieb. Vergebens griff die Londoner City in einem bestimmten Fall zugunsten der Wiener Nationalbank ein, um den österreichischen Markt nicht vollend zum Tummelplatz französischer Herrschaftsansprüche werden zu lassen. Fiel doch damals sogar Briands Präsidentschaftskandidatur einer chauvinistischen Reaktion zum Opfer.

Doch der ursprünglich nur als Gegenschlag gegen die Anschlußgefahr und den Nationalismus der Deutschen geführte Streich von Paris zog immer weitere Kreise, ergriff die an Absatzschwund und politischen Schulden leidenden Donauländer und führte zu einer Reihe von Rettungsversuchen mit Vorzugszollsystemen u. ä., die durch die Namen "Tardieuplan" und "Stresakonferenz" von 1932

gekennzeichnet sind. Die Rivalität der Mächte und die Unmöglichkeit, durch Neubefestigung der Pariser Vorortediktate Rettung zu bringen, schoben mehr als ein unmittelbarer Widerstand der Ender-Schober nachfolgenden Systemregierungen Buresch und Dollfuß die Pläne einer Zusammenkoppelung der Frankreich dienstbaren Nachfolgestaaten mit der fast ausgebluteten Republik Österreich hinaus. Ein vom steirischen Landeshauptmann Dr. Rintelen begünstigter Aufstand der Pfrimer treu gebliebenen Heimwehren, der im September 1931 den Rettungsversuch einer nationalen Diktatur wagte, scheiterte in den Anfängen an seiner Isolierung; nichtsdestoweniger sprach die daraufhin des Hochverrats Angeklagten das zuständige Grazer Schwurgericht einstimmig frei.

Die Bürgerblockidee, die bisher die Christlichsozialen vom Zentrum distanzierte - dort Teilnahme am "demokratischen" Reichsbanner, hier an der "faschistischen" Heimwehr! - aber auch die österreichischen "Großdeutschen" etwa von der Hugenbergrichtung fernhielt, erschöpfte sich unter den Vorzeichen einer neuen Zeit. Die Wiener Politikergruppe (Schmitz, Vaugoin, Kienböck, Mataja), die Seipel stets als Schatten begleitet und das Aufkommen der von ihm anerkannten volksbewußten Gruppen um Rintelen, **Hugelmann**, Drexel, Streeruwitz, Menghin, Eibl, Seyß, Böhm und Wolf verhindert hatte, bereitete sich auf einen Zweifrontenkrieg vor, der in ihrem Sinne freilich auch für das Reich Bedeutung haben sollte. Dabei schob sie junge Männer in die Führung, die dem Nationalismus ihrer eigenen Generation Widerpart leisten würden: Dr. Engelbert Dollfuß, einen Günstling des niederösterreichischen Landeshauptmanns Reither, und Dr. Kurt von Schuschnigg, der die ins Schwarz-Gelbe hinüberschillernden sogenannten Ostmärkischen Sturmscharen der Heimwehr zur Seite zu stellen suchte. Der Bauern- und der Offizierssohn sollten die "österreichische" Reaktion der Seipel-Schober-Periode (die kompromißartig war und bei dem einen wenigstens grundsätzlich deutsche Lösungen zuließ, und bei dem andern sie später sogar begünstigte) auf eine neue, polemische Ebene verlegen.

Lausanner Politik in Österreich (Die erste Ära Dollfuß)

Als Seipel und Schober, diese mehr durch ihre geschichtliche Zwischenstellung zwischen der franzisco-josephinischen Spätepoche und einem volkstumhaft bestimmten neuen Zeitalter, als durch eine Harmonie ihrer Charaktere Verbundenen, im Hochsommer 1932 rasch nacheinander von einem vorzeitigen Tode hinweggerafft wurden, da ist die von ihnen mühsam gewonnene Substanz kleinösterreichischer Staatlichkeit schon in voller Auflösung gewesen. "Reaktion" in jedem Sinne bestimmte die spannungsreichen Monate in Österreich, als drüben im Reiche nach dem Sturz Brünings die Hitler-Bewegung den Weg zur letzten Entscheidung in einer gewaltigen Abfolge unerhörter Wahlkämpfe durchschritt. Der auf die Zollunionsaktion gefolgte Gegendruck der anschlußfeindlichen Mächte und des internationalen, an Österreichs Kleinstaaterei interessierten Finanzkapitals überschnitt sich mit der innenpolitischen Reaktion auf die "Schuldigen" an dem mißglückten Kapitel österreichisch-deutscher Freiheitspolitik. Und beides setzte sich wieder in der Niederhaltung der NSDAP. als der Garantin einer vom Ausland und von Systemparteien unabhängigen Zukunft fort. Darin erblickte auch die Regierung des jungen, aus der christlichsozialen Bauernpolitik hervorgehenden, früher selbst in der Anschlußarbeit tätigen Emporkömmlings Dr. Engelbert Dollfuß ihre Hauptsorge. Wie es schon in jener Vaugoin-Starhemberg-Episode angedeutet war, verzichtete sie endgültig auf den älteren, nur mit Einschluß der Großdeutschen Volkspartei zu verwirklichenden Bürgerblock-Gedanken zugunsten einer mit Einstimmenmehrheit arbeitenden Verbindung von klerikalen Parlamentariern, "demokratischen" Landbündlern und sogenannten Heimatblock-Fascisten nur um der Bekämpfung der "Nazi" willen. So kam trotz Warnungen des Reichskanzlers von Papen und ungeachtet des leidenschaftlichen Protestes der täglich anschwellenden, für den neuen Nationalismus gewonnenen Volksmassen unter Scheingefechten der Regierung mit den Marxisten die Unterzeichnung des Lausanner Protokolls zustand - eine verschlechterte Auflage des längst für überwunden gewähnten Genfer Dokuments vor zehn Jahren und dies bei derselben Gelegenheit, wo das Reich seiner Tributfesseln fast ganz entledigt wurde. Während die mit neuer politischer und wirt-

schaftlicher Unfreiheit bezahlten Kredite schon aus Mißtrauen vor der nächsten Entwicklung im Lande tatsächlich noch lange nicht flüssig gemacht wurden und im wesentlichen nur eine Umwandlung bestehender Schulden bedeuteten, nahm die Einmischung ferner Großmächte in die innerösterreichischen Verhältnisse z. B. in der sogenannten Hirtenberger Waffentransportaffäre, die zwischen Italien, Österreich und Ungarn spielte, beschämende Formen wie vor 1922 an, wobei die Sozialdemokratie noch kurzsichtige Schützenhilfe leistete.

Die Ablösung dieses unmöglichen, zugleich vom politischen Katholizismus der Dollfuß, Schmitz und Schuschnigg, von der pseudofascistischen Rest-Heimwehr Starhembergs, Feys und Steidles, und von dem ins Liberal-Rötliche schillernden Rest-Landbund des Ing. Winkler getragenen Systems schien dicht hervorzustehen. Lokale Wahlkämpfe z. B. für Gemeinderäte und Berufskörperschaften zeitigten jetzt schon ähnliche Ergebnisse wie im deutschen Kernstaat. Die Zerfahrenheit der Verhältnisse steigerte sich noch durch die Unschlüssigkeit der Sozialdemokratie, die den "braunen Fascismus" anders als die Heimwehr wirklich fürchten lernte, und so zwischen dem Vorbild der tolerierenden reichsdeutschen Sozialdemokratie und den offenen Revolutionsdrohungen der kommunistischen Bruderpartei schwankte (Richtungskampf Enner-Seitz gegen Bauer-Deutsch). Der Nationalrat beschloß gelegentlich unter dem Eindruck des heftigen politischen Klimawechsels die vorzeitige Selbstauflösung, um sie dann doch wieder auf einen ungewissen Termin zu verschieben. Wie noch niemals seit dem Herbste 1918 blickte Freund und Feind gebannt auf Deutschland, auf die letzten Schwankungen im Endkampf des Nationalsozialismus gegen das Weimarer Zwischenreich. Aber auch in der Ostmark steigerte sich die Hitze des Kampfes fortwährend und blieben da und dort schon Blutzeugen der Bewegung auf der Strecke! Für die Getreuen Hitlers und ihre von Tag zu Tag sich mehrende Gefolgschaft in Deutschösterreich war freilich durch einheitliche Führung und Organisation das Problem des Volkes in zwei Staaten schon positiv gelöst, wogegen dem Ausland allein auch die Paragraphen von St. Germain, Genf und Lausanne wider den "Anschluß" nichts mehr nützten. Im Inland aber mußte der Doppelkampf gegen Regierung und Marxismus, sofern nur überhaupt der Rahmen der bestehenden Gesetze in keinem wesentlichen Punkte verlassen wurde, binnen kurzer Frist mindestens zur Anteilnahme an der Macht und damit zur ersten Stufe der Befreiung führen. Was bisher auch der Heimwehr nicht gelungen war, die Brechung des jüdischen Pressemonopols in Wien, wurde nun Tatsache dank der hingebungsvollen Arbeit der braunen Presseleute und ihrer fanatischen Kolporteure. Und Göring, Goebbels, Frick konnten 1932 bereits auch in Wien auf überfüllten Plätzen sprechen, an die vorher überhaupt keine politische Partei als Versammlungsort gedacht hatte.

Die für das Reich vollzogene Schicksalswende des 30. Jänner 1933 kündigte die Abkehr von allen bisher versuchten Zwischenlösungen zur gemeinsamen Auferstehung der Nation an und wurde am nächsten Abend in bisher nie erlebten Fackelzügen mit pochenden Herzen und gestrafften Muskeln gefeiert. Doch auch die leidenschaftliche Anteilnahme aller gegnerischen Lager an diesem Ereignis und seinen nächsten Folgen in Deutschland bekundete selbst wider Willen die unlösbare und nun sich jugendlich erneuernde, natürlich-geschichtliche Gemeinschaft, die jetzt vor aller Welt ihre entscheidende Frage an Österreich richtete. Da trat überfallsartig an Stelle des Gesetzes die Herrschaft willkürlicher Gewalt!

Vom Staatsstreich zum Parteiverbot (März - Juni 1933)

Einen Monat und eine Woche nach der Machtergreifung im Reiche fielen für fünf schwere Jahre die Würfel über die innenpolitische Gestaltung Österreichs. Wiederum zeichnete ein gemeinsames Schicksal dem Reiche und Österreich ihren geschichtlichen Weg vor. Und diesmal hätte als sein letzter Abschnitt die Brücke zur Vereinigung betreten werden können: das Großdeutsche Reich als Land der Verheißung von Generationen lag vor uns. Da zogen Zufall und Bosheit wie Irrlichter über den Weg und entfernten Österreich mit jedem Tage, der die Gestalt des Dritten Reiches der Vollendung näher rückte, von dem ihm zukommenden Anteil daran. Höchstens Zerrbilder des neuen

Lebens im reichsdeutschen Kernvolke boten ihm seine Machthaber, um zuletzt doch wie mit Naturgewalt der verleugneten Gemeinschaft von Geist und Blut zu erliegen.

Auf Grund eines vierzehnjährigen, von immer unwiderstehlicheren Erfolgen gekrönten Ringens um die Macht hat **Hindenburg** endlich am 30. Jänner 1933 den Führer an die ihm von der Vorsehung zustehende Stelle berufen und ein daraufhin sogleich herbeigeführter, neuerlicher und endgültiger Wahlsieg verschaffte ihm das letzte, noch fehlende Siegel der Legalität. Die seit Jahren über Versailles-Deutschland nach scheinbarer Besserung doppelt gefährlich drohende Gewitterwolke des schwelenden Bürgerkrieges war damit verscheucht. In Österreich dagegen genügte dem christlichsozialen Parteimann Miklas als Staatsoberhaupt der durch einen vertauschten Stimmzettel ausgelöste Rücktritt des Parlamentspräsidiums, um einem Staatsstreich auf trockenem Wege zuzustimmen. Unter der doppelzüngigen Versicherung, eine Besserung der öffentlichen Verhältnisse "im Geiste der Verfassung" vorzubereiten, wurde dem Volke von da an eine legale, politische Willensbildung überhaupt unmöglich gemacht; nicht, was die nationalsozialistische Überwindung des Parlamentarismus vorsah, die Umbildung und Läuterung des Volkswillens, sondern seine Vergewaltigung wurde das eigentliche Staatsprinzip. Im Reiche trat die gewaltigste Volksbewegung unserer Geschichte mit einem im Feuer von tausend Kämpfen geprägten Programm, Führerstab und Mannschaftskörper, mit einem leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft der Nation die Herrschaft an. In Österreich vereinigte lediglich die Furcht vor dem sonst unvermeidlichen Sturz die Repräsentanten von ein paar überlebten Parteien zu einer Geschäftsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb. Ihr Programm hieß also Selbsterhaltung um jeden Preis und unter der unausgesprochenen Voraussetzung, daß die Neuordnung des Reiches unter dem Druck innerer und äußerer Gegnerschaft alsbald zusammenbrechen müßte. Der Schelm konnte es nicht lassen, die neuen Herren drüben irgendwie als Spiegelbild seiner eigenen Nichtigkeit zu sehen.

Wie kam der Stein ins Rollen, der die bisher mühsam erhaltene Rechtsordnung in Österreich zerschlug? Am 1. März gaben die Eisenbahner aller drei politischen Richtungen in einem kurzen Proteststreik ihrer Unzufriedenheit gegenüber der eben angeordneten Drittelung ihrer kargen Bezüge Ausdruck. Am 4. März kam es in der Frage ihrer Maßregelung zu einer verworrenen Debatte im Nationalrat; bei einer darauf folgenden Abstimmung erklärten seine drei Präsidenten, ohne daß ein wirklich triftiger Grund vorgelegen wäre, infolge formeller Streitigkeiten zwischen den Parteien ihren Rücktritt - wer würde nicht die Aufregung der Parlamentarier verstehen, die angesichts der reichsdeutschen Wandlung den Boden unter ihren Füßen wanken spürten? Aber damit war freilich unversehens ein Ereignis eingetreten, das die Geschäftsordnung nicht vorgesehen hatte. Es sei dahingestellt, ob die von der parlamentarischen Opposition aufgestellte These unanfechtbar sei, daß trotz der Demission die Befugnisse des letzten Präsidenten (des Großdeutschen Dr. Straffner) bis zur Neuwahl seines Nachfolgers nicht als erloschen gelten könnten. Jedenfalls war sie weniger gekünstelt, als die von der Regierung vertretene Auffassung, jene Sitzung dauere, da sie nicht geschlossen worden sei, unbegrenzt fort; da aber kein Präsidium mehr vorhanden sei, fehle gleichzeitig jede Möglichkeit einer parlamentarischen Betätigung, es müßte denn der Bundespräsident mit einer Notverordnung eingreifen. Zweifellos war nun, und das hatte die eingetretene abnormale Lage nur bestätigt, die Stunde der Ablösung für Regierung und Parlament reif geworden. Die Nachrichten jedoch über den entscheidenden Wahlsieg der neuen deutschen Regierung am 5. März und die unmittelbar darauf auch auf Bayern übergreifende Neuordnung der bisherigen Gliedstaaten im Sinne einer starken, einheitlichen Reichsgewalt und nicht zuletzt das Zurückwerfen des Zentrums aus seiner herkömmlichen Schlüsselstellung in der deutschen Innenpolitik rissen jedoch Dollfuß von dem so schmalen Pfad seiner Legalität in ein Abenteuer hinein, an dessen Anfang nicht einmal ein männliches Bekenntnis zum Staatsstreich um angeblich höherer Zwecke willen stand, sondern nur die in der Person des Sektionschefs Dr. Hecht verkörperte jüdische Rabulistik in der Auslegung von Verfassungsparagraphen; ihre Skrupellosigkeit vermochte allerdings das dazu willige Ausland zu blenden und konnte selbst einen entschlossenen Gegner vorübergehend verwirren und lahmlegen. So wurde jener Nervenzusammenbruch einiger Parlamentarier, wozu der Christlichsoziale ebenso wie der Sozialdemokrat und Großdeutsche gehörte -, 1. Präsident war seit den Wahlen von 1930

Dr. Renner -, als "Selbstausschaltung des Nationalrates" zu einem konstituierenden Akt erhoben.

Am 7. März erschien ein Aufruf der Bundesregierung "an das österreichische Volk", der im Grunde das Land aus der Reihe der Rechtsstaaten ausschied; ohne ein anderes staatspolitisches Ziel als die Wahrung der Ruhe und Ordnung zur Fernhaltung wirtschaftlicher Schädigungen anzugeben, machte er das Kabinett Dollfuß, da der gefügige Bundespräsident sich im Hintergrund hielt, zum alleinigen Träger der Staatsgewalt. Denn ausgehend von der Behauptung einer Selbstausschaltung des Parlaments wurden weder Neuwahlen vorbereitet noch auch nur das verfassungsgemäße Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten in Anspruch genommen. Dagegen holte man zum größten Erstaunen der davon betroffenen Bevölkerung das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom Juli 1917 aus den Aktenschränken und verhängte, um sogleich einen Beweis seiner umfassenden Brauchbarkeit zu geben, auf Grund dieses Rechtstitels nebst Einschränkungen der Pressefreiheit ein allgemeines Versammlungs- und Aufmarschverbot. Das solcherart plötzlich ins Schlaglicht der Öffentlichkeit gerückte "Kaffeesurrogatgesetz", wie es in Hinblick auf eine eigentliche Zeckbestimmung genannt wurde, stand zwar aus formalen Gründen tatsächlich in einem Anhang zur geltenden Bundesverfassung. Aber sein neuer Anwendungsbereich, der sich in die Tendenz zu uferloser Ausweitung trug, widersprach sowohl dem Sinn als dem Wortlaut der Verfassung, die doch demselben März-Aufruf zufolge keineswegs als aufgehoben zu betrachten war. Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bundespräsident, dessen Ermächtigungsvollmacht damit von der Regierung umgangen wurde, sich zunächst mit dem Hinweis auf vorübergehende politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten abfinden ließ. Die Regierung Dollfuß selbst mag ja wahrhaftig wenig von der Größe des Geschehens empfunden haben, die in der Gründung des Dritten Reiches der Deutschen lag, aber die Unhaltbarkeit ihrer Rechtsauffassung erkannte sie genau. Deshalb folgte der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments alsbald eine von der Regierung planmäßig durch Zurückziehung ihrer Anhänger aus dem zuständigen Senat des Bundesgerichtshofes herbeigeführte Lahmlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit.

Damit erhebt sich um so eindringlicher die Frage nach den politischen Kräfteverhältnissen, die eine solch gewagte Rechtsbeugung den Machthabern nahelegten und auf lange hinaus ihren Erfolg sicherstellten. Für die an politischem Gewicht und weltanschaulicher Haltung recht ungleichen bisher parlamentarisch-bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit - Christlichsoziale und Landbündler - verlagerte sich der Kampf um die Behauptung ihrer bisherigen Stellung im Staat, die mit demokratischen Mitteln nicht mehr zu halten war, auf die Ebene eines "autoritären", d. h. die politische Willensbildung im Volke bewußt durch äußere Gewalt ablösenden Regimes. Das bedeutete freilich einen Bruch dieser Koalition mit ihrer parlamentarischen Herkunft und mußte bei einiger Fortdauer ihre eigenen Daseinsformen gänzlich verändern. Die grundsätzlich antiparlamentarische Heimwehrgruppe dagegen witterte Morgenluft; ihr Gewicht würde, so schien es, von Monat zu Monat zwangsläufig steigern, wenn auch damit die so lange hinausgeschobene Frage nach ihrem inneren Wert gefährlich dringlich wurde. Der unmittelbare Anlaß für die Bundesgenossenschaft der Heimwehr mit den fast abgewirtschafteten bürgerlichen Parteien lag in der auch für sie abschreckenden Aussicht auf die fälligen Neuwahlen, wobei sie mit mehr Recht als jene aus der Not eine Tugend machen konnte. Aber trotz alledem hatte sie im bloßen Wettlauf mit dem Selbsterhaltungstrieb der andern wenig Aussicht sich gegen die Routiniers des politischen Katholizismus durchzusetzen und jeder ernstliche Versuch zur Durchführung ihres eigenen Programms oder besser ihres unbegrenzten Machtanspruchs hätte sofort die ganze Notgemeinschaft in Frage gestellt. Die unnatürliche Lage des lecken Staatsschiffes erforderte aber von den Lenkern, die den Kurs auch gegen die viel stärker gespeisten oppositionellen Strömungen durchsetzen wollten, ebensoviel Geschmeidigkeit in Täuschungsvermögen als wohldosierten Einsatz der Brachialgewalt. Hierin waren nun Dollfuß und seine engeren Freunde, deren etwas zarterer Konstitution im Bedarfsfalle durch die Heimwehrterroristen der Rücken gesteift wurde, ganz in ihrem Element.

Die Politik des 7. März richtete sich nach dem ganzen Zusammenhang der Ereignisse gegen die Nationalsozialisten. Diese konnten sich nach dem endgültigen Wahlsieg der Partei im Reich auf den unvergleichlichen, sturmerprobten Propagandaapparat der großen Partei stützen und besaßen alle

Aussicht, in Österreich auch gegen den persönlichen Widerstand des Staatsoberhauptes "legal" an die Macht zu kommen. Dabei kam aber eine integrale Lösung, wie sie im Reiche sofort nach dem 5. März angestrebt wurde, noch nicht in Frage und die Person des nur sehr locker dem Kabinett angehörigen Dr. Rintelen stand als der Führer einer solchen "antmarxistischen" Koalition noch lange im Vordergrund. Mit diesen Tatsachen rechnete das gerissene Spiel der Dollfuß-Leute, um die erwartete Gegenwirkung abzuschwächen. Wider Erwarten enthielten ihre ersten Ankündigungen gar keine Kampfansage gegen die "Nazis", und man erklärte die neuen Maßnahmen als Reaktion auf die Auswüchse des Parlamentarismus, als Schritt zur Bändigung des Austromarxismus. So brachte man durch Vertauschung der Rollen der geheimen und der offenen Gegner fürs erste Verwirrung in die öffentliche Meinung. Ja, nicht genug damit, so hieß es, die Nationalsozialisten dürften einer Regierung nicht in den Rücken fallen, die dem Parlamentarismus und Marxismus Fehde ansagte. Der anscheinend so übel behandelten Linken aber gab man gleichzeitig zu verstehen, daß die Politik des kleineren Übels für sie die zeitgemäße sei und die Opposition der papiernen, marxistischen Proteste gegen den "Austro-Fascismus" in beiderseitigem Interesse liege.

Die erste Feuerprobe des Regimes nahm denn einen auch das Ausland überraschenden guten Ausgang. Der Deutschnationale Dr. Straffner, als der zuletzt amtierende Präsident, berief für den 15. März den Nationalrat zu dem alleinigen Zwecke zusammen, um die Fiktion der Regierungsjuristen zu beseitigen, wonach die Sitzung vom 4. März immer noch fortdauere. Die Regierung aber war um Rat gegen diesen unerwünschten Zwischenfall nicht verlegen. Als unverbindliche Zusagen einer späteren Flottmachung des Parlaments nichts nützten, erklärte sie die geplante Sitzung für eine private Angelegenheit der oppositionellen Abgeordneten, die daher unter das Versammlungsverbot falle, und traf offen Vorbereitungen zu ihrer Verhinderung. Am kritischen Tage besetzte ein großes Aufgebot von Polizeibeamten das klassische Gebäude am Seipelring, indessen Züge von Militärautos über die Ringstraße am Roten Rathaus vorbei fuhren. Die Sozialdemokratie aber verzichtete mit einemmal auf die Anwendung ihrer früher so leichtfertig gezückten Streikwaffe und die bürgerlichen Abgeordneten, die allein ohnedies keine kampffähige Abwehr bildeten, begnügten sich ebenfalls mit Protesten. Die Nationalsozialisten selbst - das war der Angelpunkt der gescheiterten Aktion - mußten als Dritte beiseitestehen, da sie doch unmöglich für das Recht eines Parlaments auf die Straße gehen konnten, in dem sie nicht einmal einen Vertreter aufwiesen. So blieb es gegen Recht und Vernunft, aber gestützt auf die Gewalt der Tatsachen bei der "Selbstausschaltung" der Volksvertretung, die durch keine bessere ersetzt wurde. Dadurch ermuntert, holte Dollfuß, lange ehe der erste Monat der Diktatur zu Ende gegangen war, zu einem neuen Streich aus. Die Heimwehr, endlich einmal zum Zug gekommen, verlangte stürmisch sowohl die Auflösung des sozialdemokratischen Schutzbundes und der Kommunistischen Partei, wie die Einsetzung eines Regierungskommissärs für Wien. Der Kanzler bewilligte scheinbar gern die beiden ersten Forderungen, die das Ansehen der Regierung bei allen nach der "starken Hand" rufenden bürgerlichen Kreise zu heben bestimmt waren; er versagte sich aber dem geplanten Staatsstreich gegen das Rote Rathaus als einer Kraftprobe, der er noch nicht gewachsen sei. In Wahrheit veränderte der Auflösungsbeschluß über den Schutzbund, worauf die Nationalsozialisten hinwiesen, nur die Außenseite; die Tolerierung des Bürgermeisters Seitz aber ermöglichte den Marxistenführern, die den Sturz ihrer Genossen im Reiche vor Augen hatten, die ihnen hörigen Massen zu beruhigen und für die Tolerierung des beginnenden Dollfuß-Systems auf Gegenseitigkeit vorzubereiten. Nur der unaufhaltsame Untergang des Marxismus jenseits der Reichsgrenzen spielte einem Kanzler von solchem Format und trotz der damals noch recht lückenhaften staatlichen Machtmittel Möglichkeiten in die Hand, die Seipel und Schober nie besaßen: Streikverbote und sonstige Behinderungen der organisierten Arbeiterschaft, finanzielle Strangulierung des Wiener Rathauses u. ä. Ein entscheidender Schlag aber und vor allem die innere Überwindung der jüdisch-proletarischen Ideologie wäre durch eine Verbreiterung der Front zu den Nationalsozialisten hin möglich gewesen. Es fehlte nicht an einigen Versuchen dazu. Die ostmärkische Hitler-Bewegung und Landesinspekteur Theo Habicht hätten schon im Hinblick auf die damalige schwierige außenpolitische Lage Österreichs wie des Reiches einer geordneten Entwicklung gern die Wege bereitet, und da ihnen an der Belebung des alten Parlaments an sich nichts gelegen sein konnte, wären sie einer wirklichen Reform der Zustände aufgeschlossen gewe-

sen. Dollfuß dagegen kam es, soweit er überhaupt eine eigene Linie einzuhalten wußte, wohl nur auf die Verschleierung seiner Absichten während der Anlaufzeit des Systems an. Dies um so mehr, als es damals trotz Lausanne in seiner eigenen Partei und in der Heimwehr noch immer national-betonte Minderheiten gab. Aber an der Frage der Neuwahlen scheiterte alsbald der Brückenschlag zwischen denen, die sich einer deutschen Zukunft verschworen wußten und denen, die an den bisherigen Zuständen nur das ihnen unbequem Gewordene auszusetzen hatten.

Im Reich hatte Mitte Januar die Lippe-Wahl den Durchbruch zur Macht angekündigt, in Österreich dagegen gab den Machthabern die Teilwahl in den Innsbrucker Gemeinderat im April das Signal zu einer neuen, wesentlichen Erweiterung der Staatsstreichpolitik. Trotz des offenkundigen Drucks von Seite der Regierung und des persönlichen Eingreifens von Dollfuß in den Wahlkampf gingen die Nationalsozialisten als stärkste Partei in Tirol hervor, wo seit je das bevorzugte Versuchsfeld der Heimwehr war und das jetzt als erstes die Segnungen einer Hilfspolizei mit dem Hahnenschwanz genoß. Die Antwort der Wiener Machthaber war ein neuer Verfassungsbruch. Mit dem höhnischen Hinweis auf die Schädigung des Fremdenverkehrs durch politische Kundgebungen erschien eine "kriegswirtschaftliche" Notverordnung, die alle Wahlen in öffentliche Vertretungskörper zunächst für das Sommerhalbjahr unterband. Damit glaubte man sich aller Hemmungen gegen die verhaßten "Nazis" entledigt zu haben, während die Linke diese Entwicklung im Grunde nur begrüßen konnte. - Unter denselben zwiespältigen Zeichen erlebte Österreich einen 1. Mai, der den zunehmenden, verhängnisvollen Abstand vom Reiche aller Welt vor Augen führte. Dort das überwältigende, Herzen und Sinne ergreifende Schauspiel der neugewonnenen Volksgemeinschaft an Stelle der herkömmlichen Verherrlichung des Klassenkampfes; hier eine zur Abschreckung bestimmte Parade staatlicher Machtmittel - die sonst den roten Umzügen dienende Wiener Ringstraße von Maschinen-gewehrschützen und mit spanischen Reitern abgeriegelt; die Tafeln mit der Aufschrift: "Wer weiter-geht, wird erschossen!", blieben den Wienern noch lange in Erinnerung. Der Heeresminister Vau-goin, der an diesem Tage ebenso wie schon am 15. März für das System hinreichende Beweise seiner Wichtigkeit gegeben hatte, trat von da an immer häufiger durch den Radikalismus seiner Einstellung hervor und überzeugte Dollfuß, daß nichts für die Zügelung der in der Heimwehr vereinigten, militanten Kräfte geeigneter sei als die brutale Handhabung der unter christlich-sozialer Kontrolle befindlichen staatlichen Machtmittel. So wurde der Rücktritt Rintelens, der vergeblich auf seine Stunde in der Regierung gewartet hatte, fällig; auch die ständig nach Kompromissen haschenden Landbundminister verloren an Boden. Dafür schwenkte Starhemberg, dem bisher nach dem offenen Abfall der Steirer unter Kammerhofer die innere Opposition gerade der begabteren Heimwehr-Landesführer (wie Dr. Hueber in Salzburg, Alberti in Niederösterreich) viel zu schaffen machte, offen zu Dollfuß über, mit dem zusammen er nun an die "Säuberung" der Hahnenschwanz-gruppen ging. Zynisch erklärte er, daß ihn das Schicksal des Stahlhelms auf diesen Weg verweise, da er nicht umsonst sein Geld in die Heimwehr gesteckt haben wollte, und bei einem vor der Wiener Bevölkerung sehr abfällig begrüßten Aufmarsch der grün-weißen Kolonnen im Schönbrunner Park feierte er ein Fest der Verbrüderung mit dem klerikalen Kanzler.

Je eindeutiger die nationalsozialistische Durchdringung des Reiches wurde, desto mehr wuchs das Interesse an diesem Regierungskurs auch bei Gruppen, die ihm zuerst ablehnend, wenn nicht fas-sungslos gegenüberstanden. Die veränderte Haltung der bürgerlich-jüdischen Presse, die sich all-mählich abzeichnete, ermöglichte der Regierung die Verdichtung ihrer Fäden und ein stärkeres Echo in den kapitalkräftigen Kreisen war nicht weniger wichtig für die ersten Tastversuche ins Ausland. Auch dort, wo man an dem Zustand in Österreich dies oder jenes auszusetzen hatte, über-wog allmählich die Genugtuung über die Zurückdrängung der braunen Flut, die fremden Einflüssen überhaupt keinen Raum mehr gelassen hätte. Die erste Reise des Kanzlers galt der gleichzeitigen Sondierung im fascistischen und vatikanischen Rom, wofür von Anbeginn an genug Verbindungs-männer tätig waren. Die von der französischen Presse groß aufgemachten Befürchtungen waren damals ganz unangebracht und sogar im Vatikan, wo Konkordatsverhandlungen einsetzten, scheint noch die Vorsicht überwogen zu haben. Der erste laute Erfolg sollte dem autoritären Dollfuß erst von der westlichen Demokratie, wie er sie schon in Lausanne-Genf kennengelernt hatte, zuteil

werden, und zwar auf der im ganzen nichtsnutzigen Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Juni 1933. Bis dahin verstand der Kanzler eben seine Hausfehde mit den Nationalsozialisten in einen skandalreichen Bruderzwist mit dem Reiche auszudehnen. Seine Innenpolitik mußte zwangsläufig auf einen Punkt gelangen, wo auch das bisher von jeder österreichischen Regierung geachtete, besondere nachbarliche Verhältnis zu Deutschland in die Brüche ging. Wenn der neuösterreichische Kurs unter Duldung des Liberalismus und eigentlich sogar des Marxismus sich einseitig gegen die nationalsozialistische "Gefahr" wandte und die Möglichkeit eines *modus vivendi* für die Bewegung in der Ostmark schwand, dann verquickte sich der schon vor Hitlers Kanzlerschaft vorhandene tiefe Gegensatz des Reichs zum Geschäftsführer des Lausanner Protokolls mit der zunehmenden, selbstverständlich jeden Deutschen berührenden, inneren Spannung aufs unheilvollste.

Die seit jeher bestehende kämpferische Einheit zwischen österreichischem und reichsdeutschem Nationalsozialismus wurde in eine "ausländische" Einmischung umgedeutet, an der auch die Reichspolitik schuld sei, als ob München und Berlin mit dem Wiener Ballplatz dieselbe Auffassung von Ruhe und Ordnung zu vertreten hätten. Erst als die verfassungswidrige Notverordnungspraxis die im Rahmen der bestehenden Gesetze sich abwickelnde braune Propaganda Schritt für Schritt lahmlegte, und der bis dahin unpolitische Rundfunk für das System eingespannt wurde, gab der Münchner Sender österreichische Lageberichte aus, die Dollfuß zu diplomatischen Einsprüchen veranlaßten. Als aber Mitte Mai der damals bayrische Justizminister Dr. Frank auf der Reise zu Gesinnungsfreunden im Wiener Flughafen landete, empfing ihn im Auftrage der Regierung einer der höchsten Polizeifunktionäre mit dem rasch zum geflügelten Worte gewordenen Gruß, sein Besuch sei unerwünscht! Nachdem Frank in Wien und Graz gesprochen, wurde er genötigt, wegen regierungsfeindlicher Äußerungen das Bundesgebiet schleunigst zu verlassen. Verfolgungen gegen die NSDAP. im Lande und Herausforderungen gegen das Reich und die es nun tragende Partei liefen nebeneinander her und erreichten, nachdem ein allgemeines Uniformverbot für die Braunhemden vorangegangen war, in einem auch für "Ausländer" geltenden Verbot des Hakenkreuzabzeichens ihren Höhepunkt. Damit hat das Wiener Kabinett selbst die Verordnung einer Ausreisesperre der Reichsregierung (die sogenannte 1000-Mark-Sperre), die mit 1. Juni in Kraft trat, herausgefordert. Gewiß haben die Systemmänner vom ersten Bekanntwerden dieser außerordentlichen und in ihren Auswirkungen für breiteste, am Fremdenverkehr beteiligte Volkskreise schmerzliche Maßnahme an großen Worten ihrer Entrüstung über den "Bruderkrieg" nicht gespart und damit sogar auf gewisse mit den österreichischen Verhältnissen nicht vertraute Reichsdeutsche gelegentlich Eindruck gemacht. Die geschichtliche Betrachtung dagegen muß daran festhalten, daß die verfassungswidrigen Verordnungen dem Reichsdeutschen Rechte vorenthielten, die er als Gast beanspruchen konnte, und daß sie ihn bewußt in die Diffamierung des österreichischen Nationalsozialisten einbezogen, was offenkundig ein Schlag gegen die Würde des Reiches war. Neben der darauf zielenden rechtlichen Begründung verfolgte die Sperre selbstverständlich politische Absichten; sie sollte den Wiener Machthabern die lebenswichtige, wirtschaftliche und auch moralische Bedeutung des deutschen Fremden- (oder besser Freundes-) verkehrs drastisch vor Augen führen und auf jeden Fall eine klare Entscheidung für oder wider die gesamtdeutsche Volksgemeinschaft erreichen.

Erst als Dollfuß auch jetzt nicht zurückwich - vorübergehende Rücktrittsabsichten ließ er sich von Vaugoin u. a. ausreden - erweiterte sich der seit Lausanne immer tiefergreifende Gegensatz zwischen Reich und Bundesregierung, Partei und Systemherrschaft zum Kampf auf Leben und Tod. Jetzt erst steigerte die ostmärkische Bewegung, der nach allen möglichen gesetzwidrigen Hemmungen die Auflösung drohte, ihren Widerstand auch über die bisher entsagungsvoll eingehaltene Linie hinaus mit dem Ziel, etwa nach irischem Vorbild eine Regierungsgewalt lahmzulegen, die ihre Stärke nur ihrer skrupellosen Mißachtung der Gesetze und dem Besitz der Bajonette zu danken hatte. Vergeblich drohte der Minister Vaugoin, die NSDAP. würde, ehe die Sonne am längsten geschienen, in Österreich der Vergangenheit angehören. Das Staatsgebilde von St. Germain krachte in allen Fugen. In Hast wurde eine Beeidung aller Beamten auf die "vom Bundespräsidenten eingesetzte" Regierung vorgenommen, die von der Verfassung nichts mehr enthielt; Runderlässe jagten einander, die das (der Regierung mißliebige) Politisieren in Amt und Schule unterbinden sollten; in den Ka-

sernen wurden die Mitglieder des Deutschen Soldatenbundes diszipliniert. Es hagelte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen und Presseverbote. Da die Polizei längst nicht mehr ausreichte, nahm man dem Tiroler Vorbild gemäß Leute aus den "vaterländischen" Wehrverbänden und zu allem bereite Elendsexistenzen als Hilfspolizisten auf. Da bot ein am 19. Juni aus Krems gemeldeter Anschlag auf solch eine Schutzkorpsabteilung, ehe die Schuldfrage auch nur im Groben geklärt sein konnte, den Anlaß, der Nationalsozialistischen Partei Österreichs, allen ihren Gliederungen und dem ihr neuerdings angeschlossenen Steirischen Heimatschutz jede Betätigung zu verbieten. Diese "kriegswirtschaftliche" Notverordnung wurde von nun an das eigentliche Staatsgrundgesetz des unglücklichen, von seinen eigenen Machthabern unterdrückten Landes; die Unterscheidung zwischen dem herausgegebenen Betätigungs- und dem unterbliebenen Parteiverbot erhielt höchstens für die Kommentare des Verfassungsbruches von 1933 Bedeutung. Die Verwegenheit dieses Schrittes, die in umgekehrtem Verhältnis zur wahren Bedeutung des Mannes Dollfuß und seiner Regierung stand, schlug damals bei Freund und Feind wie eine Bombe ein und verursacht noch heute Erstaunen. Hier seien nur die beiden hauptsächlichen Begleiterscheinungen des Verbotes hervorgehoben, die auf Jahre hinaus das ganze öffentliche Leben vergifteten und die mit zunehmendem Abstand von dieser Zeit vielleicht nicht mehr voll empfunden werden können.

Vorerst wurde eine beispiellose Umkehrung aller politischen Begriffe eingeleitet; gerade die Machthaber von 1933, die das Volk nicht mehr aufzurufen wagten, setzten sich mit dem "Vaterlande" gleich; sie rechtfertigten alles mit der Verteidigung der österreichischen "Unabhängigkeit" und stellten sich doch jedem auswärtigen Gegner der Selbstbestimmung Österreichs zur Verfügung; sie führten mit dem 19. Juni das Wort von der nationalsozialistischen "Illegale" ein, obwohl sie selbst damals schon die Verfassungsgerichtsbarkeit unterbunden hatten. Der damalige Justizminister Schuschnigg hat in seinem Erinnerungsbuch durch Verschweigen des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes als Quelle der "Legalität" der Dollfußregierung und auch ihres Parteibetätigungsverbotes die Sachlage wider Willen zur Genüge gekennzeichnet. Die Nationalsozialisten, die wahrhaftig vor der Geschichte den Anspruch auf eine nationale Revolution erheben konnten, hatten (zum Unterschied von der Heimwehr) die Formen ihres Kampfes stets den Formen einer Verfassung angepaßt, deren Überwindung mit zu ihren offenen Zielen gehörte. Die bürgerlichen Parteien aber, deren Regierungsausschuß die Macht um keinen Preis - die Zukunft des Landes eingeschlossen - aus der Hand geben wollte, verdankten ihre Mandate allein eben der Verfassung, mit der sie jetzt Fangball spielten. So sah der Ursprung der "Illegale" aus, die dann für das "vaterländische" System zum stehenden Begriff wurde. Das zweite, demoralisierende Unheil aber ergab sich aus der Unterdrückung und Entrechtung einer gewaltigen, nationalen Volksbewegung durch nichts anderes als eine am Ruder befindlichem, nichtsnutzige Minderheit. Die Bewegung nahm den Versuch ihrer Auflösung - denn darauf kam es trotz der unaufrichtigen Umschreibung heraus - ohne offene Auflehnung hin, weil das Verbot an sich den schon vorher eingetretenen Zustand kaum veränderte; ist doch auch der Landesinspekteur der NSDAP., Theo Habicht, obwohl ihn die Deutsche Gesandtschaft zur Dienstleistung einberufen hatte, anfangs Juni ausgewiesen worden. Anderseits war die Regierung auch nach dem 19. Juni nicht in der Lage, die weitere Ausbreitung der "getarnten" Partei auch nur zu verzögern und selbst für die verbotene inländische und reichsdeutsche Parteipresse gab es immer wieder Ersatz in geschickt "getarnten" Zeitungen. Trotz alledem: Das scheinbare Gelingen des Parteiverbots, das bisher auch nüchterner Erwägung als Unmöglichkeit erschien, lieferte Österreich dem hemmungslosen Spiel der unnatürlichsten Kräfteverlagerungen und einem schließlich zur Gewohnheit gewordenen Widerspruch zwischen dem tatsächlich Bestehenden und dem formal Gültigen aus. Mit zunehmender Schwäche stieg der Machtanspruch einer Regierung, deren Thesen nicht einmal ihre Anhänger ernst nahmen, und schließlich behauptete sie sich zum guten Teil infolge ihrer geistigen Ohnmacht, die dem Gegner trotz alledem das Abwarten nahelegte.

Die "Dollfuß-Straße" zwischen "Illegale" und V. F. (Vaterländische Front)

Nur unter diesen Voraussetzungen ist die Gründung und der Aufbau der für Österreich schließlich beinahe zum Verhängnis gewordenen "Vaterländischen Front" zu begreifen. Die Christlichsoziale Partei, die Partei des Kanzlers, war von Anfang an Nutznießerin des sogenannten autoritären Kurses insofern, als er vor allem der Sicherung ihrer Machtstellungen ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung galt. Auf einem Salzburger Parteitag versuchte der Kanzler frischen Wind in die längst schlapp gewordenen Segeln zu blasen; hier gab er unter verstärktem Polizeischutz die angesichts der wirklichen Lage nur aufreizende Losung aus, das angebliche Prinz-Eugen-Wort: Österreich über alles, wenn es nur will! Dabei war er aber sichtlich bemüht, über den unzulänglichen Rahmen der Partei hinaus Stimmung zu machen und die Interessen der Partei selbst auf seine neue Gründung hinzuweisen. Ein Schriftleiter der *Reichspost*, Dr. Kruckenhauser, der bald darauf ganz andere Wege einschlug, legte Dollfuß nahe, ein Bundeskommissariat für Heimatdienst als eine Art Werbezentrale zu gründen und damit eine lockere Organisation der "Vaterländischen" unter dem damaligen Modewort "Front" zu verbinden; sie konnte der Verschleierung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse viel besser als die altgewordenen Parteiorganisationen dienen, was auch gegenüber der egoistischen Kritik der Heimwehr sein Gutes hatte. So rief denn der neuerdings in der Kaiserschützen-Uniform sich gern zeigende Kanzler, der schon die Hoffnung all derer wurde, welche die NSDAP. zu fürchten hatten, in Wort und Bild zum Zusammenschluß einer "Vaterländischen Front" (V. F.) auf; ihr sollten alle Österreicher beitreten, die sich unter seiner Führung zum "freien", christliche, deutschen Vaterlande bekennen und als Zeichen dieser Einstellung stets ein rot-weiß-rotes Bändchen tragen würden! Den Stamm der überraschenden Neugründung mußten der ganzen Aufmachung nach wohl die Christlichsozialen selbst bilden, in der neuen Auffangstellung gegenüber der braunen Hochflut aber fand sich alsbald auch der bürgerliche, mit dem Wiener Judentum und der großen Presse versippte Liberalismus ein. Jedoch das Wichtigste für die Zukunft wurde das Hineinzwängen der in Österreich so weitverzweigten, öffentlichen Beamten und Angestellten in die Neugründung, da eine Verweigerung des Eintritts der Absage an das angestammte Vaterland und dem daraus folgenden Verzicht auf alle erworbenen Rechte gleichgeachtet wurde. Auch hier bewährte sich das neuösterreichische Gesetz der vereinbarten Widersprüche. Gerade die Geringfügigkeit der von den Frontmitgliedern verlangten Leistungen und die berechtigten Zweifel in die Dauer des ganzen Unternehmens hatten zur Folge, daß der Zwangsbeitritt von fast allen Betroffenen zunächst nur als belangloses, äußerliches Zugeständnis aufgefaßt wurde.

So stand eine ziffernmäßig von Tag zu Tag ansehnlichere Organisation da, die obenan die Nutznießer des Systems und an der breiten Basis der Pyramide die sie Duldenden umfaßte. Noch fehlte aber bis auf dürftige Schlagworte, die überwiegend dem Sprachschatz der Christlichsozialen, zum geringeren Teil dem der Heimwehr entnommen waren, das Programm, das schließlich zur Ausstattung einer politischen "Front" gehörte. Auch in dieser Verlegenheit fand Dollfuß einen Ausweg, indem er sich gar nicht auf die eigenen Füße stellte und bei der Autorität der politischen Kirche eine ausgiebige Anleihe aufnahm. Zum Gedenken an **die Befreiung Wiens aus der Türkennot vor 250 Jahren** hatte der neue Wiener Erzbischof für den September einen Allgemeinen Deutschen Katholikentag einberufen, auf dessen Vorbereitung Innitzer, wie sein Neujahrsaufruf noch zeigte, ursprünglich betont volksdeutsche Kreise Einfluß nehmen ließ. Mit den großen Umwälzungen des Jahres wandte sich auch hier das Blatt und gerade das Fernbleiben der Reichsdeutschen benutzte man im Widerspruch mit der Losung des Tages zur Schaustellung der übervölkischen Kirchengemeinschaft auf dem Boden des vom Nationalismus unbezwungenen Wien. Da erschienen Ungarn, Polen und Kroaten in hellen Scharen und neben den Kardinälen von Venedig, Gran und Posen sogar Verdier aus Paris, obwohl an **die Rolle Frankreichs von 1683** lieber hätte nicht erinnert werden sollen. Selbstverständlich wurden die Heersäulen des österreichischen politischen Katholizismus mit staatlicher Hilfe nach Wien in Marsch gesetzt, und Schuschnigg trug ihnen eine akademische Rede über das katholische Gegenreich vor. Dollfuß aber fand nun nach Ausschaltung von Parlament und Volksentscheid endlich seine Tribüne und sein Publikum. Er entwickelte in einer Rede auf dem Trabrennplatz im Wiener Prater die Auffassung, daß das neue Österreich die Überwindung des Klassenkamp-

fes auf dem Wege der Verwirklichung der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* in Angriff nahmen müsse. Die berufsständische Gliederung als Allheilmittel, eine alterprobte Medizin aus dem Heimwehrlager, ließ sich ganz gut mit den vatikanischen Richtlinien vereinigen und so war eine Ideologie angenommen, die dem klerikalen wie dem fascistischen Flügel genügte und je nach Bedarf gegen den Maxismus oder Nationalismus ausgespielt wurde. Ihre werbende Kraft und ihr politischer Gehalt war freilich noch geringer als der seinerzeitige Kompromißversuch eines Seipel oder Schober. Eine gewisse Spannung ergab sich auch zur Denkweise der liberalen Mitläufer der V. F., denen aber die Betonung des Wirtschaftlichen als ausschlaggebenden Faktor und noch mehr das Fehlen der gefürchteten rassisch-völkischen Momente eine Eselsbrücke eröffnete, deren sie sich gerne bedienten. Die bloße Erinnerung an die Forderung der NSDAP. nach freien Wahlen genügte, um der führenden Presse die Unzeitgemäßheit der parlamentarischen Demokratie und die Vorzüge der werdenden berufsständischen ins Bewußtsein zu rufen. Neben dem rot-weiß-roten Bändchen, an dessen Tragen man bald den Beamten erkannte, bestimmte Dollfuß bei jener Kundgebung das (schon in Ordenszeichen der österreichischen Republik aufscheinende) Kruckenkreuz in angeblicher Kreuzfahrerüberlieferung als Symbol der V. F. Das von den Bajonetten der Exekutive geschützte Kruckenkreuz gegen das in den Herzen brennende Hakenkreuz der deutschen Menschen an der Donau und in den Alpen - dies Mißverhältnis wurde zum Sinnbild eines mit sehr ungleichen Mitteln geführten jahrelangen, harten Kampfes!

Kaum waren die festlichen Septembertage der Türkenerinnerung vorbei, für die noch anfangs des Jahres die Einladung **Hindenburgs** nach Wien geplant gewesen, als der Kanzler einer wichtigen Entscheidung innerhalb seines Systems nicht mehr ausweichen konnte. Von einem Totalitätsanspruch der V. F. konnte trotz ihrer Scheinerfolge damals noch nicht die Rede sein. Die Parteien bestanden noch fort, wenn auch die Christlichsozialen, ungeachtet des Einspruches ihrer "demokratischen" alten Garde um Kunschak, sich häuteten zu Nutznießern einer "überparteilichen" Front, die alle Wahlen überflüssig machte - wahrhaft ein Opfer fürs Vaterland, wie die *Reichspost* rühmte, das sich sehen ließ! Aber schon die "Sturmscharen" des Ministers von Schuschnigg dachten als militante Form des Kleriko-Legitimismus keineswegs an Preisgabe ihres Sonderdaseins, und die Teilnahme Starhembergs an der Septemberkundgebung bedeutete nur seine persönliche Verbundenheit mit Dollfuß, dem "Führer" der V. F., während die Heimwehr selbst die Neugründung als lästige Konkurrenz um Geld und Gunst des Bürgertums ansehen mußte. Einen Sonderfall bildete der Landbund des Vizekanzlers Winkler; mit Zustimmung des Kanzlers versuchte der vielgewandte, steirische Politiker über seinen herkömmlichen Wählerkreis hinaus unter der in Österreich von 1848 her respektierten schwarz-rot-goldenen Fahne eine zahme, nationale Opposition zu sammeln. Diese sogenannte Nationalständische Front sah den österreichischen Separatismus und das autoritäre Regime nicht als Dauerzustand an und hoffte, in sonderbarer Verkennung der Lage, ein Sammelbecken für alle politischen Strömungen darzustellen, die den Klerikalismus und den Heimwehrfaschismus ablehnten und doch im Nationalsozialismus nur eine vorübergehende, politische Modeerscheinung erblicken würden. Starhemberg, der ohnedies einen persönlichen Erfolg brauchte, entfesselte nun heftige Heimwehr-Angriffe gegen den "Antifaschisten" Winkler, der am dritten Septembersonntag eine Heerschau seiner "nationalständischen" Mannen in Graz veranstaltete. Doch da offenbarten die jüngeren Teilnehmer so sinnfällig ihre hitlertreue Gesinnung, daß am Ballhausplatz die ganze Gründung als staatsgefährliches Experiment fallen gelassen und Dollfuß die ihm von Starhemberg angetraute Wahl zwischen den beiden Gegnern leicht gemacht wurde. Der Landbundführer trat vom Vizekanzleramt zugunsten des Wiener Heimwehrhäuptlings Fey zurück; seine Sonderfront verschwand von der Bildfläche. Winkler, der mit seinen Kollegen von der Dollfuß-Regierung hauptsächlich die Angst vor Neuwahlen gemein hatte und häufig den Kurs zu bremsen wünschte, wich wie schon vorher Rintelen einem Vertreter der reinen Gewaltlehre. Sie richtete sich freilich mehr als es dem Regierungschef und selbst Starhemberg lieb war, ohne Rücksicht auf deren wiederholte taktische Wendungen, fast gleichmäßig gegen Rechts und gegen Links.

Wichtiger als programmatische Spielarten und als die Ausbreitung der papiernen V. F. blieb der Besitz der Regierungsgewalt für die Männer des März-Staatsstreichs. Berufsheer, Polizei und Gendar-

merie, die "Exekutive", erfreute sich, während Wirtschaft und Kultur verdorrten, der größten Aufmerksamkeit des Systems. Es erregte zwar Sensation, als Dollfuß die Ausbootung Winklers zur Gelegenheit nahm, auch den zum Titulargeneral erhobenen Vaugoin als Präsidenten der Bundesbahnen, wo er seine Personalkünste abermals erproben durfte, abzuschieben. Aber das hatte nur den Zweck, die Stellung des jungen Kanzlers, der wie ein kleiner Mussolini nun auch das Heeresressort mit Unterstützung des legitimistischen Generals Zehner übernahm, im Kabinett unbedingt zu festigen. Die Vaugoin längst geläufige und ihn mit der Heimwehr verbindende Einschätzung der Bajonette als wichtigsten Elements des staatlichen Aufbaus blieb die Staatsraison des "neuen Österreich" und sein juristischer Berater, der Jude Dr. Hecht, eine Hauptperson dieses seltsam christlichen Kurses. Noch unter Vaugoin waren auch an Stelle der ihm ihrer Ähnlichkeit mit reichsdeutschen Modellen wegen stets unsympathischen Tellerkappen-Uniformen die altösterreichischen Muster mit den hohen Kappen eingeführt worden - eine patriotische Errungenschaft, die in entsprechender Weise auch auf Postler, Amtsdiener u. ä. ausgedehnt wurde. Bei der Auslese der Mannschaften gerieten fachliche und politische Bedürfnisse freilich häufig in Widerspruch. Denn hier war die politische Zuverlässigkeit auf höhere Beweismittel als das einfache Tragen des V. F.-Bändchens gestellt. Eigene Sicherheitsdirektoren, die entgegen der geltenden Bundesverfassung das Sicherheitswesen aus der Hand der Landeshauptleute in die unmittelbare Beauftragung der Bundesregierung übernahmen, sorgten für die ständige Verschärfung und Vermehrung der öffentlichen Gewalt.

Im Sommer 1933 erreichte man schon die Zustimmung der Vertragsgegner von St. Germain zur Vermehrung der Bestände und zur Aufstellung eines freiwilligen Schutzkorps aus Mitgliedern der Selbstschutzformationen. Starhemberg hatte vergeblich versucht, der Heimwehr unmittelbar die Anerkennung als staatlicher Wehrkörper zu verschaffen; Vaugoin und Dollfuß ließen sich von seiner, den schwarzen Sturmscharen noch immer überlegenen grünen Privatarmee nicht das Heft aus der Hand nehmen. Nicht minder wichtig als der Einsatz dieser Terroristen für Haussuchungen, Strafexpeditionen u. ä. wurde im Kampf der Regierung gegen das Volk die uferlose Ausdehnung der polizeilichen Verwaltungsstrafen und die damit eng zusammenhängende Einrichtung der sogenannten Anhaltelager, deren besuchtestes die elenden Wöllersdorfer Kriegsbaracken wurden. Den Anhaltehäftlingen wurde für die Dauer ihrer Freiheitsberaubung ein täglicher Unkostenbeitrag aufgerechnet, der den Preisen eines guten Gasthofes entsprechen mochte. Da sie aber angesichts der wirtschaftlichen Lage vieler Opfer uneinbringlich geblieben wären, übertrug man sie auf beliebige andere Personen ihres Wohnortes, die als "Pg." bekannt waren. Denselben "Rechtsgrundsätzen" verdanken die "Putzscharen" ihre Aufstellung, die in den zahllosen Fällen geschah, wo auf Gebäuden und Bäumen, ja selbst an beinah unzugänglichen Felswänden wie der Nordkette oberhalb Innsbruck das Hakenkreuzzeichen und Losungen der Bewegung angebracht wurden. Dennoch gelang immer wieder etwa das Losgehen von Papierböllern oder die Ausschaltung des Lichtstromes bei vaterländischen Veranstaltungen, was allerdings wieder einen Rattenschwanz von Verhaftungen, Disziplinierungen und Bußen nach sich zog. Anderseits machte schon der Besitz des Führerbuches oder -bildes, das Einzahlen oder Empfangen eines Parteimitgliedbeitrages, das Singen auch nur des Deutschlandliedes oder das Anhören des nach Möglichkeit gestörten Münchner Senders straffällig.

Die ganz Europa erregende Frage blieb, für wen die Zeit arbeite? Trotz des für den *Status quo* günstigen Viererpaktes und Italiens damaliger Haltung schien es, daß auch ohne offene Aufruhr die Mittel des Systems sich fast erschöpft hätten, oder wirkte die Nachricht von der geglückten Entführung des Tiroler Gauleiters Hofer aus der Innsbrucker Haft zum Nürnberger Parteitag anders auf Freund und Feind? Flaggenhissung und Bergfeuer an nationalen Festtagen meldeten aller Welt, daß die Bewegung "trotz Verbot nicht tot" sei und erreichten an Werbekraft sicher ganze Versammlungswellen der Zeit vor dem Parteiverbot. Nichtsdestoweniger vervollkommneten sich auf der anderen Seite auch wieder die Maschinerie der Unterdrückung und im November kam es sogar zur Verkündung von Standrecht und Todesstrafe. So zog das System - eine bedenkliche Begleiterscheinung - auch vom Dorfgendarmen bis zum Sektionschef hinauf tausende Personen unabhängig von deren persönlicher Überzeugung als Organe der Staatsgewalt heran und brachte sie von Berufs wegen in einen Gegensatz zur Bewegung. Auch die wirtschaftliche Verelendung und die Unfähigkeit des

Systems zu ihrer Behebung wirkte sich politisch sehr uneinheitlich aus; behauptete doch z. B. der Sicherheitsdirektor von Steiermark geradewegs, die Widerstandskraft der Staatsfeinde sinke mit erlahmender wirtschaftlicher Existenz und erst die Erwerbslosigkeit stelle für die Exekutive die Leute zur Verfügung, die man zu allem verwenden könne! - Schließlich unterlag die Parteiorganisation der "Illegale" naturgemäß einem ständigen, unfreiwilligen Personenwechsel und diese Dezimierung traf in erster Linie die alteingearbeiteten Kämpfer und die zu jedem Einsatz bereite Jungmannschaft. Die Zahl der Männer und Burschen aller Berufe, die für die Bewegung mattgesetzt waren, ehe sie den von manch einem noch in letzter Stunde mit dem Tod an der Grenze gebüßten Entschluß zur Auswanderung ins Reich faßten, stieg unaufhörlich. Eine ganze österreichische Legion entstand, welche die Befreiung ihrer Heimat vorbereiten wollte - indessen hier sich Emigranten breit machten, die dann mit dem österreichischen Separatismus auf Gedeih und Verderb verbunden waren: die großaufgemachte Wochenschrift *Der christliche Ständestaat* des halbjüdischen Münchener Philosophieprofessors Dietrich von Hildebrand als Tummelplatz solcher "österreichischer Menschen" wird für immer ein Dokument dieser traurigen Zeit bleiben.



Von der Polizei beschlagnahmtes Propagandaauto der "Illegale" (mit Papierböllern). 7. 1. 1934.

Der Totalitätsanspruch der "Vaterländischen", der den Titel für die zügellose Ausnützung der Herrschaftsstellung der einen und für die zahllosen Verfolgungen der andern abgab, ist durch und durch unaufrichtig gewesen und barg deshalb den Keim zu Katastrophen in sich. Denn die Regierung blieb nur an der Oberfläche Zerstörerin der Parteiengruppierung vor dem März 1933, die sich aus dem mit gesetzlichen Mitteln unaufhaltsamen Aufstieg des Nationalsozialismus ergeben hatte. Dieser behielt trotz allen Unterdrückungen noch immer die Kraft, auf die keineswegs geklärten Verhältnisse im Kabinett und unter dessen Stützen so oder so Einfluß zu nehmen. Die nach dem Ausscheiden des Landbundes erst recht hervortretenden Gegensätze zwischen Christlichsozialen und Heimwehr legten jedem Teil nahe, die Frucht einer Verständigung mit der "Illegale", die angesichts der internationalen Befestigung des Dritten Reiches auf die Dauer doch unvermeidlich sei, selbst heimzuholen und sich dadurch über den anderen Partner die Vorhand zu sichern. Die nationalsozialistische Führung hatte keinen Grund, den solcherart sich anspinnenden Gesprächen auszuweichen oder ihnen allzuviel Zutrauen zu schenken. Sie gewann dadurch Aussicht auf erhöhte Bewegungsfreiheit und vielleicht sogar auf die Sprengung der feindlichen Koalition. Die Heimwehr hätte wohl den besseren Absprung bieten können, da sie ja im Rahmen des Systems, wie jeder Kenner der Lage wußte, die unentbehrliche und doch benachteiligte Hilfstruppe war und innerhalb ihrer Anhängerschaft sich viele nicht mehr mit dem Steigbügeldienst für den politischen Katholizismus befreunden wollten. Obwohl deshalb auch Starhemberg trotz aller wilden Reden zeitweise Unterhaltungen mit braunen Vertrauensleuten begünstigte, liefen sich all diese Kombinationen an seiner persönlichen Zügellosigkeit und Unberechenbarkeit tot. Etwas weiter gedieh dem Anschein nach die Fühlungnahme mit Dollfuß, der persönlich eine gewisse Einsicht in die Unhaltbarkeit seiner Politik besaß und in seiner staatlichen Schlüsselstellung wie als politischer Taktiker dem Gegenspieler mehr Chancen als der Heimwehrfürst verhieß. Er entsandte im Oktober sogar seinen Minister v. Schuschnigg ins Münchener Braune Haus, allerdings einen Unterhändler, der schon durch sein starres, von sich eingenommenes Wesen so gar nichts vom Brücken-

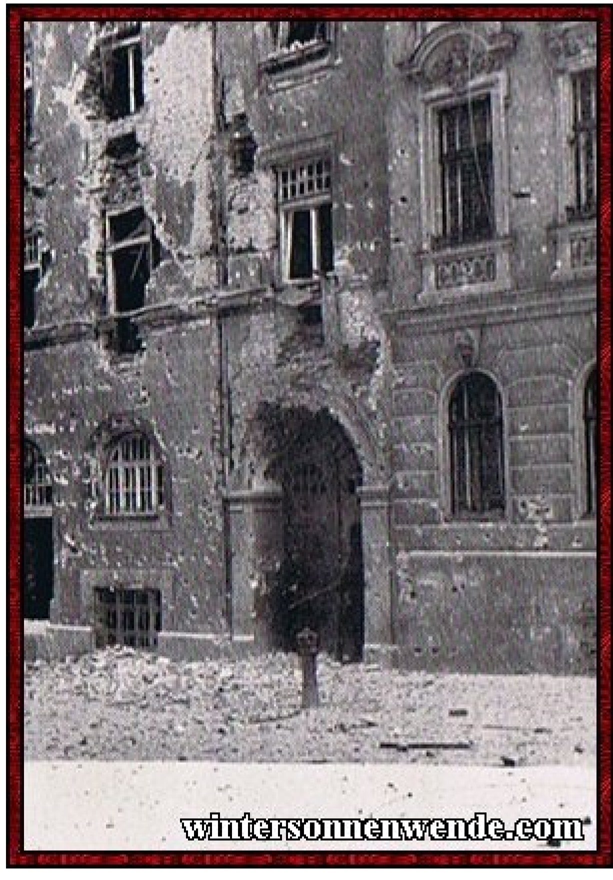
bauer hatte und auch unverrichteterdinge zurückkehrte. Doch am Neujahrstag 1934 hielt der Kanzler eine Rundfunkansprache, die bei Nicht-Eingeweihten durch den Hinweis auf den Deutschland und Österreich gemeinsamen Wunsch nach militärischer Gleichberechtigung auffielt und tatsächlich die Öffentlichkeit auf eine entscheidende Wendung vorbereiten wollte. Denn auf ein Ersuchen des Kanzlers, das in den letzten Tagen des alten Jahres über das Auswärtige Amt geleitet wurde, hatte die NSDAP. einem ernstgemeinten Friedensschritt zugestimmt und der einst ausgewiesene Abgeordnete Habicht sollte mit Dollfuß in der Nähe des Flughafens Aspern eine Zusammenkunft abhalten. Habichts Flugzeug näherte sich schon Wien und die letzten Vorbereitungen zu Empfang und Aussprache waren getroffen, als der Heimwehrminister Fey den Regierungschef unter Einsatz aller Druckmittel umstimmte, ihm die Absendung einer entsprechenden Funkmeldung an den anfliegenden Unterhändler und die Herausgabe eines unversöhnlichen Aufrufs an die Bevölkerung abrang. So wuchs anfangs 1934 die Krisenstimmung in ganz Österreich neuerlich zur Zerreißprobe an.

Da fanden sich die Heimwehrführer wieder in ihrem eigentlichen Element. Sie drängten den Kanzler Schritt für Schritt zum offenen Zweifrontenkrieg. Dem widernatürlichen Dreieck Heimwehr - Klerikale - Sozialdemokratie, das mit verteilten Rollen den Nationalsozialismus niederzuhalten bestimmt war, dürfte Dollfuß selbst keine längere Dauer mehr zuerkannt haben. Daher der Weg bis zu Theo Habicht, und derselben Erwägung dürfte die Überwältigung der roten Arbeiterkammern gleich nach Neujahr zu danken sein. Die November-Wahl zum ersten rein nationalsozialistischen Reichstag hatte bereits bewiesen, welche Mittel der Hitler-Bewegung zur unblutigen Überwindung des Marxismus zu Gebote ständen. Dabei wäre aber in Österreich der ganze Schutzkorps-Terror überfällig geworden und gerade an ihm waren Männer wie Starhemberg, Fey oder Schuschnigg lebenswichtig interessiert. Für sie war auch ein Ereignis wie die widerstandslose Besetzung des Arbeiterkammergebäudes in unmittelbarer Nähe vom Wiener Rathaus ein Zeichen, daß auch die Hauptfestung des Austromarxismus sturmreif geworden sei. Seine Vertreter starteten zwar im Bundesrat, der trotz der Lahmlegung des Nationalrates ohne jede sachliche Arbeit noch immer tagte, und im Wiener Gemeinderat kritische Reden sonder Zahl, die unvermeidlich auch viel richtige Anklagepunkte enthielten, aber ihre Tatenlosigkeit ermüdete ihre eigenen Wählermassen. Hatten sie nicht im Grunde das System selbst untermauert? So sind die einzigen legislativen Gewaltakte gegen die NSDAP., die wenigstens formell sich im Rahmen der Verfassung abspielten, jene Majoritätsbeschlüsse der Landtage gewesen, wo Regierungsparteiler und Sozialdemokraten zusammen den Hitler-Abgeordneten die rechtmäßig erworbenen Mandate aberkannt und dadurch die Zahlenverhältnisse künstlich zugunsten der christlichsozialen Landesbeherrscher verschoben hatten. Deshalb begann der aufgeschlossenere, jüngere "Genosse" selbst die unbezwingliche braune Opposition mit anderen Augen anzusehen und wurde für ihre fortgehende, unterirdische Werbearbeit empfänglich. Das erschütterte wieder den in Seitz und Renner verkörperten Opportunismus und wiegelte die Juden Otto Bauer und Julius Deutsch zu verdoppelter Tätigkeit innerhalb der radikalen Schutzbundkreise auf. Vergebens machte der Landeshauptmann Reither den Versuch, durch eine mit Einsatz von Staatsmitteln großaufgezogene Bauernkundgebung am 2. Februar ein "demokratisches" Kompromiß mit den Roten vorzubereiten. Der Untergang der reichsdeutschen Sozialdemokratie wurde auf jeden Fall zum Schicksal des Austromarxismus, wenn in Österreich auch zuletzt nur äußere Gewalt entschied, die sich in putschartigen Heimwehrforderungen an die Landeshauptleute ankündigte.

Von der Februarrevolte zur Julierhebung 1934

So näherten sich anfangs des Jahres hinter dem Rücken des noch nach Ausgleich ausspähenden Dollfuß zwei innenpolitische Heersäulen zur erbarmungslosen, offenen Austragung längst entscheidungsreifer Gegensätze. Die Christlichsozialen selbst hielten abgesehen von dem früheren Wiener Seipel-Flügel (Schmitz, Vaugoin) bis zuletzt an Kompromißmöglichkeiten fest. Da verkündete am Sonntag, dem 11. Februar, anläßlich einer Heimwehr-Gefechtsübung am Bisamberg Vizekanzler

Fey in einem drohenden Prophetenton, daß schon am nächsten Tag die Entscheidung fallen würde. Tatsächlich entzündeten sich am 12. Februar, als die Marxisten eine Waffensuche im Linzer Parteiheim mit gewalttätiger Gegenwehr beantworteten, in überraschender Folge schwere, blutige Unruhen in mehreren Teilen Österreichs. Ausschlaggebend wurde der Kampf um die Wiener Proletarierhochburgen, nämlich die Arbeiterheime und weitläufige Gemeindebauten, auf die sich der im Ernstfall sofort wieder schlagkräftige Schutzbund stützte. Die Regierung mußte sogar Geschützbatterien zur Niederringung des Aufstandes eingreifen lassen und drei bis vier Tage durchhallte Schlachtenlärm die Straßen der Millionenstadt Wien; die ganze Polizei war wie einst an jenem schwarzen 15. Juli mit Karabinern ausgerüstet und die Staatsgebäude mit Maschinengewehrnestern und vorgelegten Drahtverhauen gesichert. Nur einem Zufall, der die Brigittenauer Schutzbündler vom Eingreifen abhielt, verdankte man die Abwendungeiner sehr ernsten, militärischen Krise, die für die von Truppen und Heimwehr geführte Aktion durch Schließung des Ringes von roten Trutzburgen dies- und jenseits des Donaustromes entstanden wäre. Parteiverbot, Sieg von "Exekutive" und Schutzkorps waren schon am ersten Tag entschieden, als die Generalstreikparole gerade von der Arbeiterschaft der lebenswichtigen Betriebe zum größten Teil nicht befolgt wurde. Sehr vorteilhaft war für die Regierung das Fernbleiben der inneren Stadt von Kampfhandlungen und so besetzte sie schon am 13. Februar das Rathaus, erklärte den Bürgermeister Seitz für abgesetzt, den Gemeinderat für aufgelöst und ernannte den christlichsozialen Kommunalpolitiker Schmitz, der damals als heftigster Gegner der Roten gelten konnte, zum Bundeskommissär für Wien - die Heimwehr hatte wieder einmal in der Methode gesiegt, die Klerikalen in der Personenwahl. Aufständen in den Industriegebieten von Leoben und Steyr brachen unter dem MG.-Feuer der Heimwehr zusammen. Der von Starhemberg und Fey bei diesen Aktionen bewiesene, persönliche Mut soll nicht geleugnet werden; aber sie bewegten sich im Bürgerkrieg wie in ihrem angeborenen Element, als ob andere Lösungen zur Neuordnung des Staates nicht die weitaus wünschenswerteren wären und der blutige Einsatz zur Erringung der äußeren Freiheit der einer Nation einzig würdige sei. "Unsere Maschinengewehre sind gut eingeschossen!" sollte Starhemberg noch im



Das Ottakringer Arbeiterheim nach Artilleriebeschießung. 13. 2. 1934.



Artilleriefeuer auf dem Marx-Hof in Wien-Heiligenstadt (kilometerlange Wohnhausanlage der Gemeinde mit festungsartigen Türmen und Toren zur Beherrschung des Geländes der Franz-Josephs-Bahn und der Donau-Kanal-Ebene). 13. 2. 1934.

Rausch des "100prozentigen Siegfriedens" am Ende dieses blutigen Jahres in offener Versammlung ausrufen!



MG-Stellung in einer Wiener Vorstadtstraße. 13. 2. 1934.

Welcher in Wien noch nicht erlebte schauerliche Siegeszug, als unter Voranritt Feys 49 Särge mit Februaropfern der Regierungsseite sich über die Ringstraße zwischen den verelendeten und zermürbten Massen hindurch bewegten! Und damit der Tragödie das Satirespiel nicht fehle, blieb der angekündigte fünfzigste Sarg aus, weil ein gefallener Offizier des Heimatschutzes als ehemaliger Bosniake islamischer Religion nicht des christlichen Leichenbegräbnisses teilwerden durfte! Für die Gegenseite aber arbeiteten die neueingeführten Standgerichte zur Vermehrung der Opfer, und so wurde auf Grund einer kriegswirtschaftlichen Notverordnung u. a. der Schutzbündler Münichreiter als Schwerverwundeter an den Galgen gebracht. Den jüdischen Anführern Bauer und Deutsch gelang die Flucht nach Brünn, wo sie mit Hilfe der in der Tschecho-Slowakei tonangebenden Linken eine Art Büro zur Revolutionierung Österreichs errichteten und die endlich eingestellte Wiener *Arbeiterzeitung* als oft über die Grenze geschmuggeltes illegales Organ weiter herausgaben. Damit war aber das Ende der von ihnen seinerzeit propagierten "Internationale Zweieinhalb" nicht mehr aufzuhalten. Die meisten Marxistenführer, darunter Seitz und Renner, der neue Finanzgewaltige im Wiener Rathause Dr. Danneberg und die den offenen Kampf überhaupt ablehnenden roten Funktionäre in den Ländern mußten schon der Heimwehr wegen in Haft genommen werden; die ihnen angedrohten Schauprozesse wurden aber nie durchgeführt. Die eigentliche Ursache des raschen Mißlingens der Revolte lag freilich nicht allein in der technischen Überlegenheit von Militär und Schutzkorps über den Schutzbund (der, nebenbei gesagt, seine Ausrüstung noch während des Verbotes durch Schmuggel von Preßburg her ergänzen konnte), sondern mehr noch in der Müdigkeit der bisher rot organisierten und geführten Massen, die samt ihren Führern am Ende ihrer Weisheit angelangt waren. Sie nahmen die Auflösung der noch immer großen Sozialdemokratischen Partei, und die vorläufige Einstellung ihrer in Jahrzehnten durchgegliederten wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Organisationen mit dumpfem Grollen widerstandslos hin. Und doch täuschte sich niemand darüber, daß die Lage in Österreich nach dem blutigen Februar eine völlig andere war als die im Reiche nach der friedlichen Überwältigung des Marxismus im vorhergegangenen Frühjahr. Von der Regierung aus gesehen erhob sich von da an das Problem der Versöhnung von Reaktion und Sozialismus, Arbeiterschaft und autoritärem Staat, das zum Anlaß einer neuen Reihe von Scheinlösungen wurde.

Die Februarrevolte mit dem Zusammenbruch des durch seine Hitler-Furcht schon längst ausgelaugten Austro-Marxismus zog wie eines jener Gewitter über Österreich hin, die durch schwerste Spannungen am Horizont ausgelöst werden, das ganze Land aufwühlen, ihre Opfer verlangen und doch die Wetterlage nicht zum Befreienden wenden. Die autoritären Anhänger des offenen Bürgerkrieges rühmten sich, einen Zwei-Fronten-Sieg errungen zu haben. War nicht mit der erstickten roten auch die unterirdische braune Gefahr plötzlich in weite Ferne gerückt? Die Nationalsozialisten waren am 12. Februar anscheinend vor die Versuchung gestellt gewesen, als dritte Partei in die blutige Auseinandersetzung zwischen ihren weltanschaulichen Feinden einzugreifen und zwar entweder durch Hinzutritt zur Opposition, deren Waagschale das Übergewicht zu geben, oder aber der Regierung

durch ein Bündnisangebot das Gesetz des Handelns vorzuschreiben. Gegen beide Möglichkeiten sprachen jedoch sehr gewichtige Gründe. Denn die Bewegung durfte auch unter dem Druck einer sehr schwierigen Lage weder mit den an jüdisch-marxistischen Interessen und Führer verkauften Aufständischen noch mit den Systemleuten, ihren bisherigen Peinigern und Zuchtmeistern, eine auch nur kurze Wegstraße gemeinsame Sache machen. Sie mußte durch ihr Beiseitestehen eine sich im Augenblick bietende Chance preisgeben, um der Zukunft willen, in der sie nach ihrem eigenen Gesetz die mißhandelte Arbeiterschaft und den verratenen, autoritären Gedanken würde zusammenführen können. Zunächst schien diese Neutralität allerdings nicht nur den Februarsiegern eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Politik, sondern sie zog für die deutsche Sache sogar über die Grenzen Österreichs hinaus den schwerwiegenden Nachteil nach sich, daß die Behauptungen über die Entkräftung der braunen Opposition zunehmend Glauben fanden.

Vergeblich warnte des Führers Rede vom 30. Jänner. Nur kurze Zeit hindurch entstand für Dollfuß aus dem betonten Fascismus seiner Heimwehrverbündeten die Gefahr, von den europäischen Linksparteien her einer außenpolitischen Offensive ausgesetzt zu werden. Wir wissen schon, wie bereitwillig Prag seine Grenzen den roten Emigranten öffnete, und Benesch selbst gab damals eine für die österreichischen Machthaber außerordentlich unfreundliche Erklärung ab. Richtunggebend für die Überlegungen am Ballhausplatz aber war vielmehr der neue Kurs Doumergue in Paris, so kurzlebig für Frankreich der autoritäre Versuch des alten Herrn währen sollte; der 9. Februar an der Seine hat wohl die Zögernden an der Donau erst zum 12. Februar ermutigt. Die von der Tradition des Quai d'Orsay bestimmten Gesichtspunkte der Sicherung eines "unabhängigen" Österreich um jeden Preis beherrschten Frankreichs öffentliche Meinung und stillten auch bei dem tschechischen Verbündeten die vorübergehend aufgetretenen Interventionsgelüste. Italien dagegen fand seine Auffassung der österreichischen Dingen durch die Tat bestätigt und seinen in der Hirtenberger Angelegenheit mit dem Landesverrat spielenden austromarxistischen Todfeind zu Boden geworfen. In raschem Zuge gewann es nun für seine Donaupolitik einen bestimmt umrissenen Rahmen. Es vereitelte durch persönliches Eingreifen des Staatssekretärs Suvich, der nach Berlin auch Wien und Budapest besucht hatte, die Absicht der Bundesregierung, beim Genfer Bund ein Verfahren gegen die angebliche Einmischung des Reiches einzuleiten, und setzte vielmehr unmittelbar nach der Entscheidung auf der Wiener Straße am 17. Februar eine Dreimächteerklärung gemeinsam mit Frankreich und England durch; darnach sollte die Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit zu den Elementen ihrer gemeinsamen Politik gehören und im Bedarfsfalle auch den Gegenstand gemeinsamer Beratungen bilden. Mit dieser Rückendeckung gegen die Westmächte und die ihnen nahestehende Kleine Entente ausgestattet, konnten die Römischen Protokolle vom März eine weitgehende wirtschaftliche und politische (und wohl auch ideologische) Zusammenarbeit Italiens mit Österreich und Ungarn festlegen. Die zusätzliche Erklärung über eine allfällige Erweiterung des Kreises der drei Teilnehmerstaaten, unter denen selbstverständlich schon dem Range nach Italien die unbedingte Führung zukam, ist zwar nie in Kraft getreten, hat aber später als dynamische Tendenz große Bedeutung gewonnen, da sie für jeden der drei Partner Ansatzpunkte sowohl zu Deutschland und zu Jugoslawien wie anderseits zur Tschecho-Slowakei bieten konnte. Für Österreich selbst brachte der Vertrag dank der Opfer, welche die italienische Wirtschaftspolitik im Sinne der von der ersten Stresa-Konferenz empfohlenen Präferenzen auf sich nahm, den entscheidenden Versuch, seine Staatlichkeit abseits der Genfer Internationale durch eine regionale Gemeinschaftsarbeit, die das Friedensdiktat noch nicht kannte, aufzubauen.

Der Abschluß der Römerprotokolle durch Dollfuß stärkte seine innenpolitische Stellung auch gegenüber der Heimwehr, die er damit auf ihrem eigensten Felde - der Annäherung an das fascistische Italien - mattgesetzt hatte. Er ging nun planmäßig an die Aufrichtung einer scheindemokratischen Fassade, die auch seinen Freunden in Westeuropa das demokratische Gewissen erleichtern mochte. Die erste Etappe auf diesem Wege war die Neuordnung der Wiener Verhältnisse, wo Schmitz auf Grund einer neuen verfassungändernden, kriegswirtschaftlichen Notverordnung förmlich zum Bürgermeister ernannt und mit einem entsprechend ausgesuchten, "ständischen" Rat der Stadt Wien umgeben wurde. Das gewagteste Experiment ist dabei die Berufung des Privatgelehrten Dr. Ernst

Karl Winter zum Vizebürgermeister mit dem Auftrag einer Versöhnung der Arbeiterschaft gewesen. Er ging nicht auf Schmitz, sondern unmittelbar auf Dollfuß zurück und hatte bei erfolgreichem Fortgang der Aktion ganz Österreich im Auge. Winter schien in seiner widerspruchsvollen Mischung von konservativ-katholischem und marxistischem Gedankengut eine Art legitimistischer Volksfront-Theoretiker, der richtige Mann zur Ergänzung des Systems; für dessen Deutschbewußtsein war allerdings die Förderung eines Mannes von dem geradezu krankhaften Deutschenhaß Winters, der in seinen Studien bis auf Herzog Rudolf IV. zur Rechtfertigung jedes Separatismus zurückgriff, hinlänglich bezeichnend. Seine hemmungslose Verquickung von Katholizismus und Politik hatte ihn nicht daran gehindert, in der jüdisch-marxistischen *Arbeiter-Zeitung* in offenen Briefen an den Bundespräsidenten die Regierung Dollfuß des Verfassungsbruches zu überführen - nur ein Mann seines Schlages durfte die im damaligen Österreich verwehrte Wahrheit aussprechen! Nach dem 12. Februar aber steckte er plötzlich um und fing an, sich selbst als denjenigen anzusehen, der die ihrer Führung beraubte Arbeiterschaft in den Hafen des Dollfuß-Staates zu steuern berufen sei. Sein abgründiger Haß gegen die NSDAP. und seine Feindschaft gegen den Heimwehr-Fascismus, worin er sich auch jetzt nicht änderte, bildeten gleichsam die Angelpunkte dieser Drehung, die ihn für Dollfuß brauchbar machte. Seinem Einfluß wurde zunächst auch der rote *Vorwärts*-Verlag ausgeliefert, wo dieselben jüdischen Schreiberlinge wie bisher, wenn sie nur die Kritik am System einstellten, ihrer Sympathie für Volksfrontideen nachgehen und ihr Gift gegen das Dritte Reich verspritzen konnten. Ähnlich stand es mit der Neuordnung des Bildungswesens an den Volkshochschulen. Auf dieser Grundlage führte Winter in Wien und anderwärts seine Diskussionsabende durch, die freilich durch die geringe Zurückhaltung der kommunistischen Teilnehmer bald öffentliche Skandale und das Eingreifen der Polizei heraufbeschworen. Wichtiger für den Fortgang der Ereignisse als diese groteske "Aktion Winter", die eigentlich nur den Beweis für die unbegrenzten Möglichkeiten der Hitler-Opposition im neuen Österreich lieferte, wurde die Schwenkung des Judentums nach dem Sturz der ihm so nahestehenden marxistischen Führergarnitur; nun folgten den bürgerlich-liberalen Juden auch die ziffernmäßig starken Stützen der bisherigen Rathausherrscher, die kleineren jüdischen Existenzen vorwiegend galizianischer Herkunft, in der Bejahung des Systems nach und vertrauten ihm ihren Schutz, natürlich nicht ohne Gegenleistung, an. Aber auch in den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen, die sich schwer vollzogenen Tatsachen widersetzten, erhielt das System mit dem 12. Februar eine gewisse Rechtfertigung, die in ihren Augen noch durch die Haltung der streitbaren Kirche unterstützt wurde.

Die erste öffentliche Bündniserklärung zwischen Staat und Kirche auf dem Katholikentag hatte zwar die nach der Verkündigung des Reichskonkordats für das System befürchtete Krise gebannt. Denn die damals noch vorsichtige Kurie machte die Ratifizierung des für sie inhaltlich idealen Schuschnigg-Konkordats von einer Stabilisierung der österreichischen Verhältnisse abhängig und lehnte die Verbindung mit dem notverordneten Staatsrecht ab. Einen Nachhall des Katholikentages bildeten die Papstworte, das österreichische Volk sei so glücklich, die Regierung zu besitzen, die es verdiene. Aber anfangs Dezember wurde sämtlichen Geistlichen die weitere Ausübung ihrer Mandate in öffentlichen Vertretungskörpern untersagt, was der *Reichspost* den unüberlegten Schreckensruf entlockte, ob etwa nun auch am Vatikan die Grundsätze des Dritten Reiches bevorzugt würden. Eine zur selben Zeit abgehaltene katholische Arbeitstagung in Wien zeigte zum Unterschied vom September ein neues Aufsteigen volksgebundener Grundsätze bei der jungen Generation. Unmittelbar darauf aber erfolgte ein jäher Rückschlag, der auf die mit Dollfuß stark sympathisierenden Bischöfe von Linz und Granz zurückgegangen sein dürfte, und auch den schwachen Kardinal Innitzer von Wien vor den Wagen politisierender Kleriker spannte: Ein Weihnachtshirtenbrief des österreichischen Episkopats verkündete - im Österreich von St. Germain! - den Vorrang des Staates vor der Nation und brandmarkte Verfehlungen gegen die seit dreiviertel Jahren ganz willkürlich ausgeübte Regierungsgewalt wie Verkündungen gegen die göttliche Ordnung; dazu kam die Verwerfung der nationalsozialistischen Weltanschauung ganz ohne Rücksicht darauf, daß die reichsdeutschen Bischöfe nach der Machtergreifung ihre früheren ähnlichen Erklärungen wesentlich anders gedeutet wissen wollten. So geriet, als die vom Vatikan an das Reichskonkordat geknüpften Hoffnungen versandeten, die kuriale und die episkopale Politik immer mehr in einen vollständigen Gleichschritt mit

den Bedürfnissen des Dollfuß-Staates, der unter seine vielen anderen und oft widerstreitenden Verpflichtungen an auswärtige Gönner auch die des päpstlichen Stützpunktes in Mitteleuropa aufnahm. Sobald der ungeheuerliche Anspruch, mit der Enzyklie *Quadragesimo anno* als Richtschnur das katholische Musterland für die ganze Erde zu werden, durch die Kurie selbst anerkannt war, gewann das System-Österreich eine weitere, nicht zu verkennende Resonanz in der Welt. Ein Wechsel wurde da ausgestellt, dessen Einlösung doch jedem unbefangenen Betrachter sehr zweifelhaft sein mußte. Aber nach der Heimholung der Römischen Protokolle, die allerdings als politische Aktion einer starken und beweglichen Großmacht einen wesentlich anderen Charakter hatten, erhielt Dollfuß aus dem geistlichen Rom die neuerliche Zusage der sofortigen Inkraftsetzung des österreichischen Konkordats (das in der Ehegesetzgebung sogar über das Jahr 1811 zurückgriff) für den Zeitpunkt, an dem er seine Verfassung unter Dach gebracht hätte.

Dollfuß verantwortete als Sieger über die Februarrevolte, umgeben von seinen ungleichen Verbündeten Fey-Starhemberg auf der einen, E. K. Winter auf der anderen Seite, gleichzeitig eine fascistische, eine volksfrontartige und eine ständisch-kuriale Richtung der "autoritären" Politik - der letztgenannten gehörte freilich allein sein Herz, aber alle drei einigte der Wille zur Unterdrückung der NS.-Bewegung und zur Verwirrung des Volkes, ja auch zur Irreführung des Auslandes. Die Überlegenheit der christlichsozialen VF.-Männer über die beiden Flügelrichtungen, die sich an sie anklammerten, zeigte alsbald die Inkraftsetzung der sogenannten Maiverfassung von 1934, die allerdings jenen gemeinsamen Zwecken hervorragend zu dienen geeignet war. Die Linke träumte von Wiederherstellung der Demokratie, die Rechte verlangte nach Macht, nicht nach Paragraphen, der Kanzler aber hatte von dem "christlichen Demokraten" Dr. Ender schon längst einen Verfassungsentwurf ausarbeiten lassen, der im geeigneten Moment gleichsam statt des illegitimen Kindes Kriegswirtschaftliche Notverordnung unterschoben, der Kritik an der bisherigen Staatsstreichkunst den Boden entziehen sollte, ohne für den Eingeweihten etwas am Wesen der Sache zu ändern. Die Rechtskontinuität mit der bisherigen Bundesverfassung, auf die Miklas und Dollfuß scheinbar so großen Wert legten, hätte freilich nach deren klaren Wortlaut nur durch eine Volksabstimmung über ihre beabsichtigten Gesamtänderung hergestellt werden können. Da aber gerade die Behinderung des Volkswillens als treibende Absicht hinter jeder Handlung der Regierung stand, schied der Gedanke daran aus. Vielmehr kam gegen Ende April auf einmal die über ein Jahr lang zurückgehaltene Notverordnung des Bundespräsidenten heraus, die den Nationalrat wieder flottmachte und ihn für den 30. April einberief.

Diese Versammlung war nun nichts anderes als ein nach den Bedürfnissen der Regierung reduziertes Rumpfparlament, das vollständige Zerrbild einer Volksvertretung, da schon der Nationalrat selbst längst seine vorzeitige Auflösung als notwendig anerkannt hatte. Nur sei erwähnt, daß kriegswirtschaftliche Notverordnungen nicht allein die sozialdemokratischen Mandate für ungültig erklärt, und damit die Mehrheitsverhältnisse des Hauses grundlegend zugunsten der bisherigen Ein-Mann-Mehrheit der Regierung geändert hatten, sondern unter völlig willkürlichen Vorwänden auch widerspenstig gewordenen, bürgerlichen Abgeordneten ihr Recht entzogen; darunter befand sich, um die Ironie vollkommen zu machen, auch das Mandat des einzigen freigewählten Heimatblockabgeordneten, dem die übrigen erst die Anrechnung der Reststimmen verdankten. Dennoch erhob sich, wenn auch von dem notverordneten klerikalen Präsidenten Ramek mit einer Handbewegung abgetan, in der entscheidenden Sitzung eine würdige, im Einvernehmen mit der NSDAP. vorgehende Opposition von Großdeutschen gegen die programmgemäß abrollende, scheinparlamentarische Vergewaltigung durch Christlichsoziale und Heimatblock (soweit dieser noch beisammen geblieben war). Die feierliche Verwahrung des Linzer Angeordneten Professors Foppa mit ihren prophetischen Ausblicken sollte alsbald in maschinenschriftlichen Abzügen in ganz Österreich die Runde machen. Ohne Debatte wurden in einer einzigen Sitzung die innerhalb von 13 Monaten erlassenen 471 Notverordnungen gutgeheißen - wobei die letzte von ihnen zur Krönung dieser wohl in der Verfassungsgeschichte aller Länder einzige darstehenden Komödie die ganze neue "Verfassung" in sich enthielt. Ihr Vorspruch erkühnte sich allerdings, sie als eine Art Geschenk Gottes darzustellen, denn in seinem Namen "erhalte" sie "das österreichische Volk". Sie sah - verworren wie ihr Ursprung -

allein vier "vorberatende" Kammern vor, von denen für den Staatsrat die Ernennung durch den Bundespräsidenten bestimmt war, indessen der Bundeskultur- und -wirtschaftsrat und der Länderrat wenigstens mittelbar aus ständischen Wahlen hervorgehen sollten. Diese vier Körperschaften besaßen ohne jede Initiative nur das Recht zur Begutachtung der ihnen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe; die Beschlußfassung darüber wurde einer fünften Körperschaft, dem Bundestag, vorbehalten, dessen Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel aus den vier anderen gewählt waren und auch das Budget zu beraten und zu beschließen hatten. Berufsständische Wahlen wurden auch zur Bildung der Landtage und Gemeindetage, der Landesregierungen und der Bürgermeister vorgesehen. Zur Wahl des Bundespräsidenten auf sieben Jahre aber sollten die Bürgermeister aller Gemeinden Österreichs zusammentreten und ohne jeden Unterschied, ob Großstadt oder Zwerggemeinde, über eine Stimme verfügen - eine Bestimmung, die sofort Kopfschütteln auch bei den getreuesten Systemanhängern erregte und bald der Ansatzpunkt für gewisse noch näher zu kennzeichnende politische Umtriebe wurde.

Aber zur Verfassungsvollendung war ja überhaupt noch ein unabsehbarer Weg zurückzulegen. Wie in der Maienblüte des Liberalismus stand eine schön ausgeklügelte Verfassungsurkunde von nun an auch im Inventar des christlichen Ständestaates; wenn es um Abwehr oppositioneller Strömungen ging, wurde sie in Wort und Schrift als ein unverletzliches Idol jeder noch so berechtigten Forderung aus dem Volke entgegengehalten. Die Machthaber selbst dachten gar nicht daran, wie es doch eben zum Wesen jeder Verfassung gehört, sich von ihrem Homunculus irgendwie Schranken weisen zu lassen. Da die Berufsstände noch nicht gebildet seien, so hieß es, gebe es eben auch keine berufsständischen Wahlen, man werde sich bis auf weiteres mit ernannten Vertretern begnügen müssen. Nicht genug mit dieser die ganze ständische Freiheit in die Hand der Regierung überantwortenden Beschränkung, verlangte die Übergangszeit von Fall zu Fall ein von den Bedingungen der Verfassung unabhängiges Gesetzgebungsrecht der Bundesregierung. Ja diese könne endlich nach ihrem Ermessen schon durch einfachen Kabinettsbeschluß sogar die Verfassung selbst wieder Abänderungen unterziehen. Das war eben die Mischung der zwei im Grunde sich widersprechenden Prinzipien, des ständischen, die Staatsgewalt ungebührlich entkräftenden, das man vorgab, und des "autoritären", die Staatsgewalt willkürlich emportreibenden, das man tatsächlich ausübte. Aus bestimmter Berechnung wurde in der Zitierung der altösterreichisch-liberalen Grundrechte sogar noch eine Portion Individualismus dem Verfassungszwitter zugesezt; aber auch da gab es bei der Festlegung des Freiheitsrechtes jedesmal eine autoritäre Einschränkung und Bedingung, die es jederzeit unwirksam machen konnte. Selbstverständlich sah es auch mit der Erneuerung der von Dollfuß lahmgelegten Verfassungsgerichtsbarkeit genau so aus. Um die Verwirrung vollständig zu machen, erschien ganz gesondert von der Verfassungsurkunde ein paar Tage später das Grundgesetz der VF. als Trägerin der politischen Willensbildung, wodurch die politische Entscheidung formell auf eine dort gar nicht vorgesehene Ebene verlagert wurde. Dagegen war wieder ein völkerrechtlicher Vertrag, das neue Konkordat, der Verfassung als integrierender Bestandteil angehängt und trat, wie sie selbst, am 1. Mai in Kraft.

Die nationalsozialistische "Illegale" ist sich über den wahren Charakter dieser zweideutigen Verfassungsgebung keinen Augenblick im unklaren gewesen und sie wußte, daß die Scheinlegalisierung des bisher notverordneten Verfassungsbruches ihr erst recht jede Aussicht auf eine friedliche Durchsetzung eines noch so begrenzten Machtanspruches nehmen würde. Von einer Amnestie, die sonst solche Staatsakte zu begleiten pflegt, war trotz der theatralischen Verkündigung der Verfassung als einer Art ständischen Maifestes keine Rede. Vielmehr nahm die Härte des Kampfes auf beiden Seiten sichtlich zu. Fey, der am 1. Mai den Vizekanzlerposten an Starhemberg hatte abgeben müssen, um den Heimwehrfürsten mit der formalen Preisgabe des grün-weißen Fascismus zu versöhnen, erhielt eine neuartige Bestellung als Generalkommissär zur Säuberung der Privatwirtschaft von staatsfeindlichen Elementen, als ob die Sicherheitsdirektoren es in dieser Hinsicht noch hätten fehlen lassen.

Die nun in den zweiten Sommer gehende Grenzsperre gegen Deutschland führte zu einem unnatürlichen Kleinkrieg zwischen Grenzbewohnern, Gendarmen und Schutzkorpsleuten, der immer



Regierungsgruppe vor dem Fronleichnamsaltar der Inneren Stadt
(von links: Fey, Miklas, Dollfuß, Starhemberg, Stockinger, Schuschnigg, Karwinsky, Schnitz).

wieder Todesopfer kostete und zur wirtschaftlichen Verelendung auch noch die moralische brachte. Die Spannung wurde unerträglich, als Dollfuß anfangs Juli eine Regierungsumbildung mit der Parole der Ausrottung des Nationalsozialismus vornahm - die unmittelbar vorangegangene Venediger Reise des Führers hatte keine Annäherung des deutschen und italienischen Standpunktes hinsichtlich der österreichischen Frage gebracht, und die angestrebte Mittlerstellung des seit einem Jahre als Gesandter in Rom wirkenden Dr. Rintelen wurde unhaltbar. Eine Einleitung zum Endkampf im Sinne der Regierung stellte die neue Verordnung dar, welche schon auf den bloßen Besitz einer beliebigen Menge Sprengstoff die Todesstrafe setzte.

Da reifte zeitgerecht bei einer Anzahl entschlossener Männer der Plan, die nationale Erhebung aus dem zermürbenden Kleinkrieg gegen einen immer vollkommeneren Apparat für Niederhaltung der Volkskräfte zur Durchbruchsschlacht vorzuführen. Eine allgemeine Erhebung konnte aus verschiedenen Gründen gerade in Wien nicht ins Werk gesetzt werden. So wurde die zentrale Aufgabe der ϟϟ-Standarte 89 allein zugewiesen, deren Kern die von Vaugoin längst disziplinierten Führer des ehemaligen nationalsozialistischen Soldatenbundes bildeten. Sobald die Macht in Wien an die in Aussicht genommene Regierung Rintelen übergegangen sei, hätte die SA. in den Bundesländern sofort die Exekutive zu überwältigen. Nach eintägiger Verschiebung schien der Plan im ersten Anlauf zu gelingen, geriet aber in der Durchführung nach unglücklichen Zwischenfällen in eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg mehr gab. Die 154 Männer, die am 25. Juli mittags auf Lastwagen von einer Turnhalle zum Bundeskanzleramt, dieser Zwingburg Deutsch-Österreichs, heranrollten, erzwangen sich ohne Blutvergießen den Eingang und hatten die Absicht - ihretwegen hatten sie sogar einen gefährlichen eintägigen Aufschub verantwortet - Dollfuß und seine Minister durch die Besetzung des Gebäudes während einer Kabinettsberatung zum Rücktritt zu zwingen. Der Verrat eines eingeweihten Polizeibeamten, der sich nachher selbst gerichtet hat - denn auch eine Anzahl nationaler Kriminalbeamten tat mit -, setzte die Regierung von dem geplanten unblutigen Unternehmen vorzeitig in Kenntnis. Dollfuß hob den Ministerrat, welcher der letzte vor den Sommerferien sein sollte, auf, ohne sich aber über den Ernst der Lage ganz im klaren zu sein und ohne wirklich zuverlässige Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. So sahen sich die Aufständischen wider alles Erwarten zunächst nur den Ministern Fey und Baron Karwinsky gegenüber, die in Schutzhaft genommen wurden; dann trafen sie auf Dollfuß allein, der eben durch einen Seitengang gegen das Staatsarchiv

zu entweichen wollte; es fielen in der Verwirrung Schüsse, die ihn tödlich verwundeten. Die Nachmittagsstunden waren mit Verhandlungen über den Abzug der Aufständischen ausgefüllt, wobei Fey selbst und im Auftrag des unter Schuschnigg tagenden Rumpf-Ministerrates Neustädter-Stürmer als Mittelsmänner dienten und ihr Ehrenwort für den sofortigen Abtransport verpfändeten. Als die Nationalsozialisten im Vertrauen darauf das längst umzingelte Bundeskanzleramt räumten, wurden sie jedoch unter Hinweis auf den inzwischen eingetretenen Tod des Kanzlers allesamt für verhaftet und der Strenge des Gesetzes ausgeliefert erklärt; dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die Unterhändler der Regierung bis dahin im Worte geblieben waren, obwohl Fey selbst eine Art Testament des Sterbenden entgegengenommen und später im Rundfunk verbreitet hat. - Zu einem offenen Gefecht ist es in Wien nur im Ravaggebäude (Rundfunk) gekommen, das ein Sonderkommando der ϟϟ besetzt hatte und erst nach entschlossenster Abwehr von einer erdrückenden Übermacht an Exekutive eingenommen werden konnte. Auch hier war das vorübergehende Gelingen der Erhebung von verhängnisvollen Folgen begleitet. Denn die während der Ravagbesetzung ausgegebenen Rundfunkmeldung, Rintelen sei nach dem Rücktritt von Dollfuß Bundeskanzler, wirkte draußen in den Ländern, soweit sie trotz jahrelanger Verfolgung noch schlagkräftige Stürme stellen konnten, als der lang erhoffte Alarmruf zur Freiheit! In weiten Teilen von Kärnten und Obersteiermark ging die öffentliche Gewalt für Tage auf die Nationalsozialisten über, deren Schicksal sich doch schon durch die Wiener Vorgänge entschieden hatte. Aber auch dort, wo keine bewaffnete Erhebung mehr möglich war, wußte die Regierung, was sie von einem Plebiszit selbst nach dem "Siege" zu erwarten hätte.

Der Staat wider Willen hatte mit dem zweiten blutigen Triumph dieses Jahres 1934 seinen Pyrrhussieg errungen, der keine Wiederholung mehr zuließ.

Der "Siegfriede" über das eigene Volk (Die Ära Schuschnigg-Starhemberg)

Der "25. Juli" gewann angesichts der Unnatur der österreichischen Verhältnisse noch weit unheilvollere Bedeutung als der vorangegangene "12. Februar". Der Besitz der staatlichen Machtmittel durch die "Vaterländer", die Ungunst der damaligen europäischen Lage für das Reich (das auch eine Einmischung seines Gesandten Dr. Rieth in die Verhandlungen zwischen Regierung und Aufständischen mit seiner sofortigen Abberufung ahndete), und eine Reihe unvorhersehbarer Zwischenfälle hatte seit jenen März-Ereignissen von 1933 den bisherigen Stützen und Nutznießern des Dollfuß-Kurses eine Handlungsfreiheit überantwortet, die sie auch zum Bessern hätten brauchen können. Das wirtschaftlich ohnedies hoffnungslos darniederliegende Land, mit einem zeitweiligen Stand von 400 000 gezählten Arbeitslosen war in einem einzigen halben Jahre durch zwei Bürgerkriege hindurchgegangen; im Österreich von 1934 war mehr Blut geflossen als je seit der 48er Revolution. Mochte die Regierung die beidemal bewährte Rückendeckung durch das Ausland auch einer skrupellos die Wahrheit über die inneren Verhältnisse verhüllenden Propaganda danken, so hatten die eben beendeten schweren Kämpfe doch gezeigt, wie starke Gegenkräfte sich inmitten aller Verfolgungen einer nur äußerlich gebändigten Opposition erheben konnten. Eine wirtschaftliche Aufrichtung Österreichs und die Erringung einer wirklichen "Unabhängigkeit" wäre nur auf Grund einer Versöhnung über den offenen Gräbern möglich gewesen. Adolf Hitler kündigte im Einvernehmen mit dem **Reichspräsidenten von Hindenburg** in hochherzigem Entschluß die Entsendung des bisherigen Vizekanzlers Franz von Papen als einer zur Vermittlung besonders geeigneten Persönlichkeit in besonderer Mission nach Wien an. Sonderausgaben mit dieser Nachricht wurden von Regierungsflugzeugen über den Linien der noch unbezwungenen tapferen Freiheitskämpfer in Kärnten abgeworfen und erleichterten ihnen, die den Druck der außenpolitischen Lage unmittelbar empfanden, den Entschluß zu ehrenvoller Waffenstreckung. Auch die Ernennung des Dr. von Schuschnigg zum Bundeskanzler durch Miklas mit Übergehung des Vizekanzlers Fürsten Starhemberg, der während der Krise am Lido geweilt und erst nach der Entscheidung aus dem Ausland eingetroffen war, konnte im ersten Augenblick als Moment der Entspannung gedeutet werden; wußten eingeweihte

Kreise ja auch, daß er in grellem Widerspruch zur Steigerung des Regierungsterrors in den letzten Wochen von Dollfuß Verhandlungen mit dem "illegalen" oberösterreichischen Bauernführer Ing. Reinthaller anzubahnen verstand, und diese bereiteten eine politische Bewegungsfreiheit der Nationalsozialisten in Formen vor, wie sie etwa zur Zeit Konrad Henlein für seine sudetendeutsche Bewegung ausbildete. Neben der freilich vergeblichen Hoffnung Schuschniggs, dabei auf eine Spaltung der NSDAP. hinarbeiten zu können, mag damals wie schon früher und wieder später in ernsten Stunden, auch die Erwägung mitgesprochen haben, ein Ventil zu öffnen, um den Überdruck des Systems zu kompensieren. Die Besprechungen über die "Aktion Reinthaller" fanden durch das Erscheinen der Zeitschrift *Der Weg* ihre Ergänzung. Dies hätte während der angekündigten Sendung von Papens als außerordentlichen Gesandten des Reiches mit unmittelbarer Unterstellung unter dem Führer und Reichskanzler sich zu einer glücklicheren Wendung in der Geschichte dieses vielgequälten Landes zusammenfügen lassen. Selbst der sterbende Recke Hindenburg, einst auch Kriegsheld Österreichs, hatte dazu seinen Segen noch gegeben.

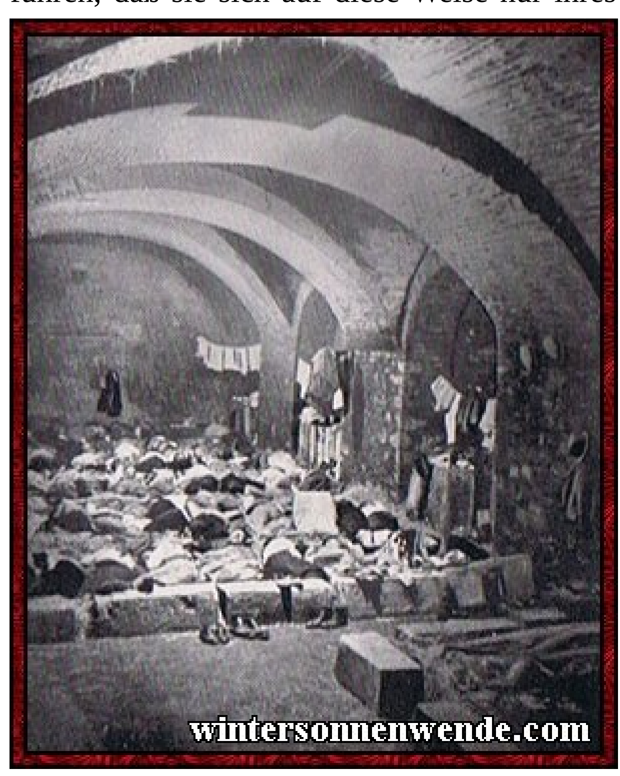
Doch der Opfer sollten noch lange nicht genug gewesen sein! Der Bundespräsident, der bisher zur VF. wenigstens persönlich einen gewissen Abstand einzuhalten gewillt war, kehrte von seiner Kärntner Sommerfrische (wo er beinahe seiner Bewegungsfreiheit beraubt worden wäre) mit dem Entschluß zum bedingungslosen Festhalten am sogenannten Dollfuß-Kurs heim. Unter Berufung auf den angeblichen Wunsch des sterbenden Dollfuß - glaubwürdig aus der Situation heraus ist nur sein Wort überliefert, Rintelen möge Frieden machen - übergab er seinem klerikalen Freunde Schuschnigg das Kanzleramt, der seinerseits gleichzeitig dem Vizekanzler Starhemberg die Führung der VF. (die Dollfuß in einer Person vereinigt hatte) übertrug. Der Heimwehrfürst erreichte für seinen vorläufigen Verzicht auf Diktaturgelüste auch noch die Verselbständigung des Außenministeriums statt der bisherigen Personalunion mit dem Kanzlerposten durch Betrauung des steirischen Heimwehrführers Baron Berger-Waldenegg; dieser führte sich für die deutschfeindliche Welt verheißungsvoll ein, indem er das Agrement für Papen erst ausstellte, als das Auswärtige Amt auf die Umschreibung einer bestimmten Frist für seinen Auftrag verzichtet; wenn er mit Vorliebe **Bismarck** im Munde führte, so nur immer mit dem Hinweis, daß der Reichsgründer die Staatlichkeit Österreichs voll anerkannt habe, als ob er damit das Österreich von St. Germain und Lausanne gemeint und jeden Volksverrat hätte decken wollen; und seine Vorstellung bei den ausländischen Journalisten enthielt das offene Eingeständnis, daß er mit Gesinnungsfreunden seinerzeit dem Schoberschen Zollunionsplan in den Rücken gefallen sei, denn die Deutschen hätten sich nun einmal, da sie Paris nicht erobern konnten, auf die Eroberung Wiens verlegt! Dieser schönen Seele konnte beruhigt die Unabhängigkeit Österreichs anvertraut und nach Starhembergs Forderung die Herstellung eines "100prozentigen Siegfriedens" im Innern des Staates in Angriff genommen werden.



Absperrung des Stephansdomes während des Requiems für Dr. Dollfuß. 30. 7. 1934.

Die erste Tat der neuen Regierung war nebst der Versorgung der Familie Dollfuß die Einsetzung von Militärgerichten, die neben den fortbestehenden Standgerichten über "Rebellen" aller Art Schnellurteile zu fällen hatten. Allein über die Angreifer des Bundeskanzleramtes und der Ravag - darunter Planetta und Holzweber, die mit dem Führergruß auf den Lippen ihr Leben hingaben - wurden acht Todesurteile verhängt und vollzogen, außerhalb Wiens weitere fünf

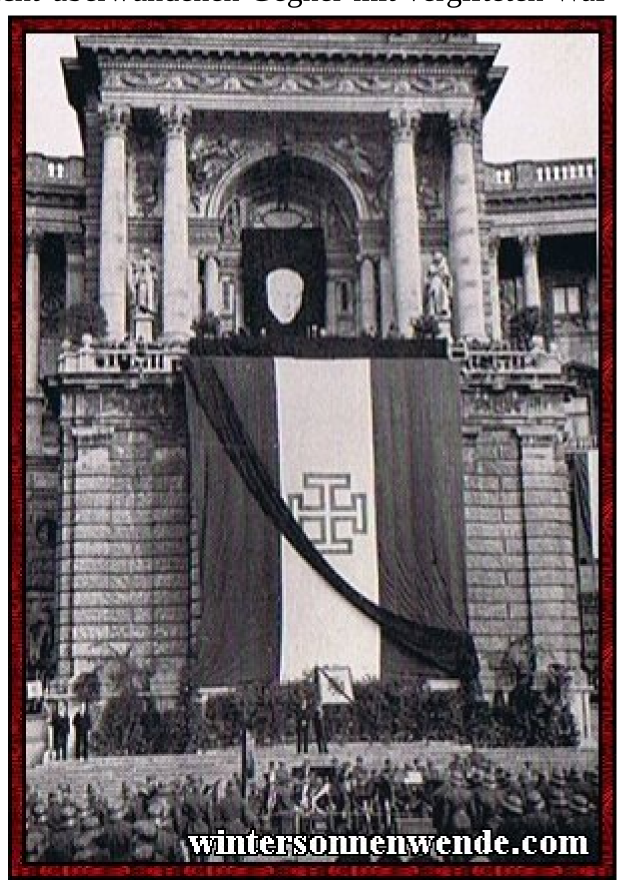
deutsche Männer dem schimpflichen Galgentode überantwortet. Streberei, Sadismus und Denunziantentum konnten sich ausleben, wenn die Bluturteile nicht schon durch Winke von oben vorgezeichnet waren. Der Geist dieser Gelegenheits- und Abschreckungsjustiz, über die schon die Rekorde an Zahlen der Verurteilten und der verhängten Kerkerstrafen viel aussagten, sei noch durch ein paar Urteile in Fällen gekennzeichnet, die abseits der großen Heerstraße der Ereignisse lagen: Ein paar Tage vor dem Juliaufruhr durchfuhr ein Auto mit nationalsozialistischen Häftlingen ein Dorf, wo sich die Leute zusammenrotteten; aus ihrer Mitte fällt ein Stein gegen die Begleitung des Transportes und zerschlägt eine Fensterscheibe, der Täter wird verhaftet und erhält wegen Aufruhrversuches lebenslangen schweren Kerker. Oder zwei Ischler Salinenarbeitern wird ein Versteck von Sprengstoff nachgewiesen; sie können den Beweis führen, daß sie sich auf diese Weise nur ihres gefährlichen Besitzes entledigen wollten; vergebens, gemäß dem Buchstaben desneuen Gesetzes wird das Todesurteil über beide ausgesprochen und, wie es die unerbittliche Staatsgerichtsordnung vorschrieb, drei Stunden später am Galgen vollzogen. Oder ein steirischer Oberlehrer, der in einem Gefechte der Aufständischen seinen einzigen Sohn verloren hat, vermittelt zwischen diesen und den Gendarmen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden; trotzdem die Verteidigung seine außerordentlichen Verdienste um die Heimat in Krieg und Frieden hervorhebt, erhält er von einem Militärgericht wegen Mitwirkung am Freiheitskampfe lebenslangen schweren Kerker. Oder ein junger Kärntner Forstadjunkt bietet auf Grund der Wiener Radiomeldung die SA. seines Ortes zum Ordnungsdienst auf; er entläßt seine Leute, als die Mitteilung von der Ernennung Rintelens richtiggestellt wird, sofort nach Hause - auch das reichte schon für zwölf Jahre schweren Kerkers aus. Dagegen bleiben die zahllosen, willkürlichen Verhaftungen, Mißhandlungen und Erpressungen aller Art, die besonders in Kärnten im Zuge der "Säuberung" von den Söldlingen der Regierung verübt wurden, ohne Sühne. Im Gegenteil. Der Sicherheitsdirektor von Steiermark setzte die Auffassung durch, daß alle Unkosten der Regierungsaktionen gegen die "Rebellen" durch Kontributionen auf vermögendere naziverdächtige Personen hereingebracht werden müßten; dabei belastete die Bevölkerung ohnedies schon eine eigene, die Einkommensteuer ergänzende "Sicherheitssteuer". Es bildet sich geradezu die Staatsräson heraus, auch nach gänzlicher Einstellung der nationalsozialistischen Kampfhandlungen, die mit dem tragischen 25. Juli abgeschlossen waren, den Alarmzustand wie zu Schauzwecken künstlich aufrechtzuerhalten. Viele Monate hindurch, als längst keine Knallerbse mehr losging, konnte jedermann vor den zivilen Staatsgebäuden Posten mit Karabinern sehen, für das Bundeskanzleramt wurde ein eigenes mit Gasmasken versehenes Gardebataillon aufgestellt und die in- und ausländischen Besucher des Haus-, Hof- und Staatsarchivs mußten den Weg zu ihrer Forscherarbeit an schußbereiten Maschinengewehren vorbei nehmen.



Nationalsozialisten im Freihofkeller in Mödling. 1934.

So unheilvoll die von Sondergerichten, Wehrverbänden, Sicherheitsbehörden und Einzelpersonen in Arbeitsteilung geübte Abschreckungsmethode auch gewirkt haben mag, so rächte sich die Zweideutigkeit des Systems doch an seinen Urhebern insoweit, als sie mit dem Nazismus, der für sie ein vielköpfiges Ungeheuer gewesen sein muß, nie fertig wurden. Inmitten der furchtbaren Bedrängnis, die über die Bewegung im Sommer 1934 hereinbrach und auch vielen Tausenden, die Galgen und Kerker entgingen, das Leben in der Heimat unerträglich machten, verschaffte die oben kurz gestreifte Aktion Reinthaller der "Illegale" eine erste Atempause. Als dann im kommenden Oktober

die Regierung eine Indiskretion jüdischer Zeitungen und das daraus im vaterländischen Lager entstehende Geschrei über die notwendigen Zugeständnisse zum Anlaß nahm, die Verhandlungen überhaupt abzubrechen, da war vom Nationalsozialismus bereits eine neue Taktik entwickelt, die trotz aller unersetzlicher Lücken in der Mannschaft den Kampf ebenso ungebrochen wie bisher, nur geschmeidiger und unauffälliger fortführte. Freilich, hatte die Regierung schon früher mit der Verdrehung aller Begriffe von Legalität sich behauptet, und die Härte ihrer Maßnahmen durch den "Terror" der "Nazis" gerechtfertigt, indessen die Reihenfolge der Tatsachen gerade umgekehrt lag, so ging sie nun vollends an den besiegten und doch nicht überwundenen Gegner mit vergifteten Waffen heran. Eine gerissene, von den Juden und Klerikalen mit dem Pressechef Ludwig an der Spitze bearbeitete, nicht zuletzt auf die Wirkung im wenig unterrichteten Ausland abgestimmte Propaganda erstickte alle innenpolitischen Friedenshoffnungen von der Wurzel an. Die gesamte Schuldfrage, wie es zu dem 25. Juli kommen mußte, wurde auf die natürlich von langer Hand vorbereitete "Ermordung des Heldenkanzlers, der sein Leben für die Freiheit Österreichs opferte" reduziert, und dem in zahllosen Straßenumbenennungen, Denkmal- und Bildnisenthüllungen sinnfälligen Ausdruck gegeben. Hiermit schien geradezu der archimedische Punkt gefunden, um den man die bisher so schwach verankerte Ideologie der VF. wirkungsvoll aufbauen konnte. Der Märtyrer Dollfuß wurde die Inkarnation eines österreichischen Sonderlebens, das es nun alle Jahrhunderte hindurch aufzusuchen und auf Kosten von Preußen, Protestanten, Alldeutschen und anderen dunklen Gewalten hochzustellen galt. Die Habsburger erhielten auch in Gestalten wie Ferdinand II. und Franz I. die besten Zensuren und ein eigenes Gesetz zum Schutze der österreichischen Vergangenheit sicherte diesen Geschichtsbetrieb vor Störungen, vor allem durch die gefürchtete reichsdeutsche Literatur, z. B. über die Sixtusbriefe. Politischer Katholizismus und Heimwehrfascismus, der aus seiner Totenstarre erwachende Legitimismus und sogar eine Abart jüdischen Literatentums wetteiferten im Aufbau einer künstlichen Ideologie, wonach das Österreich von St. Germain doch das Wesen der *Austria aeterna,* ja auch des alten, großen Römisch-Deutschen Reiches in sich trage; die große geschichtliche "Sendung" - ein Lieblingswort des Systems - des kleinen (fast rein deutschen) Staates sei "übernational" und "universal"; sie äußere sich in der Gegensetzung zum preußischen, im Nationalsozialismus fortlebenden Machtstaatengedanken und in der bewußten Hinwendung zum Süden, zur Romanitas als Wurzel seiner Kultur, zum Vatikan und zum Palazzo Venezia als Schutz gegen die Anschläge des drohenden Rassismus. Obwohl der Dr. Ernst Karl Winter in Dollfuß seinen persönlichen Gönner verloren hatte und seine Unfähigkeit zu einer politischen Organisation schließlich mit seinem Rücktritt vom Vizebürgermeisterstuhl quittiert wurde, brachte erst die Ausschrotung des 25. Juli seine krankhaften Geschichtsklitterungen oft ohne Namensnennung in Verbindung mit dem öffentlichen Leben. Bezeichnend genug für die Entwicklung dieser Geistigkeit ist noch knapp vor Torschluß eine Kundgebung vaterländischer Jugendführer anläßlich eines Besuches von italienischen Militärschülern in Linz gewesen; danach beginne die Geschichte Oberösterreichs mit der römischen Eroberung (also weder mit der frühgermanischen noch bajuvarischen Siedlung), und das Blut der römischen Legionäre habe ebenso wie das der christlichen Märtyrer den Samen seiner Kultur ausgestreut, deren deutsches Wesen überhaupt unerwähnt blieb. Überspitzte Geistreichelei begegnete



Totenfeier der V.F. vor der Hofburg: Beginn des vaterländischen Dollfuß-Kultes.8. 8. 1934.

sich mit kindlicher Einfalt. Was hatte die Berufung auf den Heldenkanzler nicht alles zu verantworten! Ein vom Bundeskanzler Schuschnigg selbst mit einer Einleitung empfohlenes Goldenes Buch der österreichischen Geschichte von Josef August Lux endete seine dürftige Erzählung mit der Versicherung, daß Österreich nur Gott und dem Hl. Vater gehorche; der Bürgermeister Schmitz gab sein Vorwort, dem übrigens noch die Empfehlungen fast aller amtierenden Minister zur Seite standen, einem Buche *Austria erit in orbe ultima*, das aber dem erstaunten Leser eine Anzahl von schnurrigen Fabeleien des verstorbenen Richard von Kralik darbot, z. B. die Ableitung des Bergnamens Hermannskogel von **Hermann dem Cherusker**, des Bezirksnamens Meidling von einer Amazonenschlacht u. ä.; dem Fürsten Starhemberg widmete ein gewisser Jaschke ein an der Oberfläche sich mehr wissenschaftlich gebendes Buch *Österreichs deutsches Erbe* voll krauser geopolitischer Konstruktionen mit dem Nachweis, daß nicht Rasse und Wille der Menschen, sondern das Vorhandensein geographischer Raumgebilde (Donauraum, Donaumonarchie) die Geschichte bestimme. Endlich verlangte der von Amts wegen gepflegte und erzwungene Dollfuß-Kult, mit seinen bis in den unscheinbarsten Ort Österreichs verbreiteten Dollfuß-Straßen und -plätzen, -büsten und -bildern, -kapellen und -kirchen auch entsprechende Dollfuß-Bücher; das für die Illusionen des politischen Katholizismus aufschlußreichste ist die Biographie des Professors Johannes Meßner. Ganz unvermittelt aber spiegelt die freilich (ebenso wie das oben genannte Austria-Buch) alsbald aus dem Handel gezogene Schrift des Professors von Hildebrand die Zerfahrenheit des Systems; man glaubte eine Travestie vor sich zu haben, wenn die ganze menschliche und politische Unzulänglichkeit des plötzlich zum Heldenkanzler erklärten Dollfuß uns hier noch in zahlreichen Anekdoten bestätigt wird, um dann um so dreister zu versichern, dies zusammen bilde eben das Wunder, das an Österreich getan wurde. So sucht man, ausgehend von den oft sehr erbärmlichen Bedürfnissen des Tages, vom Glanz und Fall des kleinen, angeblich heiligmäßigen Dr. Dollfuß, den "österreichischen Menschen" in der Geschichte und kehrt immer wieder zu Dollfuß zurück. Die geradezu sinnbildliche Darstellung dieser "weltanschaulichen" Lage des Über-Österreichertums wurde schließlich das sogenannte "Lied der Jugend": Um ein Gegenstück der "Giovinezza" und des "**Horst-Wessel**-Liedes" in Einem zu bekommen, verfaßte der Ravag-Direktor Dr. Henz einen gereimten Text um die amtliche Dollfuß-Legende herum: "ein Toter führt uns an!" und schmückte ihn mit der dichterischen Versicherung aus, daß die Jugend Österreichs bereit sei, "mit Dollfuß in die neue Zeit" zu gehen. Den Namen des Komponisten dieses Liedes verschwieg allerdings des Sängers Höflichkeit, aber bald sprach es sich herum, daß es niemand andere als der jüdische Bar-Pianist Hermann Leopoldi sei, von dem ohne Diskretion bereits der Schlager "Österreich klein, aber mein" in Umlauf war. Doch, wenn der Druck der Regierung schon das ältere Kernstocksche Heimatlied zu einem Ersatz für das streng verbotene Deutschlandlied umfälschte und so seine Ablehnung durch das Volk heraufbeschwor, so traf die Zumutung, jene auf Bestellung verfaßte Dollfuß-Hymne zu einem Lied der Jugend zu erklären, bei niemandem anderen einen folgerichtigeren und im Ergebnis gerade durch die aufgebotenen Disziplinarmitteln wirksameren Widerstand als eben bei denen, für die es Schuschnigg bestimmt hatte.

Aber es ging ja auch nach den blutigen Wochen des Jahres 1934 mehr um die Zermürbung als um die ohnedies vergebliche Gewinnung des deutschbewußten Österreichers, wo sich Politik und Propaganda der Dollfußerben trotz aller äußerer Erfolge eigentlich im Kreise bewegten. Um so hemmungsloser arbeiteten sie auf die Einbeziehung der verschiedensten, internationalen Cliquen in ihre Interessen los, wie im Staatlichen so im Gesellschaftlichen. Tatsächlich gewann diese Internationalisierung Österreichs von der weltanschaulichen Seite her als Gegengewicht gegen die gesunde Mehrheit der eigenen Bevölkerung ihre Bedeutung. Die trotz der z. B. an den Hochschulen etatsmäßig praktizierten Verkümmerung - 1937 waren schon 50 Lehrkanzeln eingespart! - für notwendig befundenen Kulturabkommen mit Italien, Frankreich, Ungarn und Polen verdienten zwar nicht nach der Absicht ihrer Urheber, aber nach ihren tatsächlichen Erfolgen noch die beste Beurteilung. Das System-Österreich besaß zu einer Vertretung des deutschen Geistes weiß Gott keine Befugnis, und Brückenbau ins Ausland nach Versperrung der deutschen Grenzen durch Verbote von Büchern, Kongreßbesuchen u. ä. konnten nimmermehr einer wirklichen Völkerverständigung dienen. Aber der durch die Abkommen in bescheidenem Maße beförderte Austausch von Büchern, Wissenschaft-

lern und Studierenden kam doch, wie die Dinge nun einmal lagen, zum Teil wenigstens deutsch bestimmten Kultureinrichtungen und Menschen zugute. Das Übel der Überfremdung trat auf ganz anderen Feldern liebevoll gepflegt zutage. Auch hier konnte man sich auf Dollfuß berufen, der schon im Mai 1933 dem jüdischen Emigranten Leopold Schwarzschild für sein in Paris neu erscheinendes *Tagebuch* ein wohlgesetztes Gespräch zur Verfügung stellte und dabei die bekannten Sympathien Frankreichs für die "kleinen Nationen", zu denen von nun an auch Österreich gehören sollte, anrief; als Gegenleistung für die Aufnahme dieses Hilferufes blieb das *Neue Tagebuch* auf Lebensdauer des Systems erlaubt und hatte seinerseits wieder das Entgegenkommen, seine demokratische Kritik an Diktaturen und autoritären Staaten an der Grenze Österreichs halten zu lassen. Der Fall Schwarzschild ist aber geradezu typisch für das Verhalten der internationalen Pressemacht überhaupt, die in ihrem Wiener Hauptquartier in den Ringstraßenhotels jeder, noch so unwahrscheinlichen Information des Ballhausplatzes zugänglich war, für die Notschreie des Volkes jedoch nur taube Ohren besaß. Der Pressechef "Minister" Ludwig war ein Künstler im Wurf von Fangbällen, indem er zuerst die ausländischen Korrespondenten mit dem seinen Zwecken entsprechenden Material versah, das dann meist bereitwillig von der Auslandspresse aufgenommen wurde und nun als maßgebliche Weltmeinung zurückgekommen zur Verwirrung der Österreicher selbst bestimmt war. Für diese Gefälligkeiten revanchierte er sich gerne durch Übernahme von Greuelnachrichten über Deutschland, die hier einen hervorragenden Umschlagplatz hatten. Zu der Österreich-Propaganda der Presseleute kamen in bunter Folge noch andere Stafetten, die zwischen Wien und den europäischen Zentren geschäftig hin und her liefen. So stellte sich Schuschnigg gleich in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft im Wiener Großen Konzerthaussaal einem gewählten Publikum von Diplomaten, Publizisten, Pazifisten u. ä. vor und hielt ihnen einen schönrednerischen Vortrag über Österreich und Völkerbund. Ausgerechnet im selben für die Liga, wie die Folge lehrte, verhängnisvollen Momente, als sie während Litwinows Amtszeit Rußland im Zuge der gegen Deutschlands Existenz gerichteten Einkreisungspolitik Barthous ihre Tore weit und herzlich öffnete, gab der Nachfolger von Dollfuß seine Visitenkarte bei den Interessenten dieser damals für den europäischen Frieden geradezu gefährlichen Genfer Einrichtung ab. Nicht genug damit ist einer der führenden Freimaurer Österreichs (Eugen Lenhoff) regelmäßig während der Genfer Herbsttagungen mit der Rundfunk-Reportage darüber betraut gewesen. Ebenso wie vorher Dollfuß übernahm Schuschnigg das Ehrenpräsidium der österreichischen Pan-Europa-Union und überließ dem Grafen Coudenhove-Kalergi als Gründer dieses frankophilen Unternehmens Räume der Wiener Hofburg zur Unterbringung der Zentrale; von Wien aus nahm die Pan-Europa-Literatur ihren Ausgang, hier fanden die pan-europäischen Wirtschafts- und Erziehungskonferenzen statt und Wien hatte die Aussicht, noch Hauptstadt eines jüdisch bestimmten Pan-Europas zu werden. "Von der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit hängt die Zukunft Europas ab", wurde jetzt das Leitmotiv Coudenhoves, der eine neue europäische Front gegen das Dritte Reich als Feind und um Wien als Mittelpunkt kristallisiert sah. "Ganz Europa gegen Hitler-Deutschland!", "Ganz Europa für Österreich!" hallte das Echo der Wiener jüdischen Kolportagepresse wider.

Mit Völkerbund-Liga und Paneuropa-Union sind die offen zugegebenen, internationalen, gesellschaftlichen Beziehungen des Systems noch lange nicht erschöpft, auch wenn wir hier von den kirchlichen ganz absehen. Da nahmen Systemvertreter an den Interparlamentarischen Konferenzen teil, wo die Wächter der internationalen Demokratie den österreichischen Schein-Parlamentarismus tolerierten ebenso wie an den Sitzungen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes trotz marxistischer Proteste die Repräsentanten der Zwangs-Einheitsgewerkschaft Eingang fanden. Ja, es gelang ihnen sogar die internationale, von England aus beeinflußte Konsumgenossenschaftsbewegung mit ihrer Existenz zu versöhnen. Dazwischen liefen die besonders vom Wiener Bürgermeister Schmitz gepflegten Verbindungen zur sogenannten katholischen Demokratie in Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich und da gab es die internationale Boy-Scouts-Pfadfinderei, die in Österreich einen starken katholischen Zweig hatte. Eine Frau Irene Harand gründete in Wien sogar eine philosemitische Internationale "Gerechtigkeit"! Ein mindestens so großes Gewicht aber als all dies zusammen bekam der seit der deutschen Grenzsperre als Politikum gepflegte Fremdenverkehr. Eine kostspielige Werbearbeit, der z. B. der Gesandte Baron Frankenstein in London eine persönliche Note zu

geben verstand, zog Fäden des Einverständnisses zwischen den "österreichischen Menschen" und der Gesellschaft und Presse drüben. Das patzweiche Wienertum der "Heurigenschenken" und Wäschermädel, der Deutschmeisterkapellen und Fiaker wurde während des härtesten Abwehrkampfes der Ostmarkdeutschen in jüdischen Operetten, Schlagermelodien, Filmen und Reportagen als Werbemittel für das "bedrängte" kleine Österreich ins Ausland gebracht und mit etwas Mode *a la tyrolienne* versetzt. Von Schuschnigg aufs eifrigste befördert, arbeitete der Alt-Wiener-Bund einen dem Ausland sympathischen österreichischen Typus heraus, der schließlich beim Biedermeierfrack als Gesellschaftsanzug landete. Der alljährliche Höhepunkt der internationalen Begeisterung für das unabhängige Österreich aber wurde in den Salzburger Festspielen dieser Jahre erreicht. Ein paar Autominuten von der Reichsgrenze fand da ein europäisches Stelldichein ganz frei von allen Rassenvorurteilen statt, bei der die Systemgrößen als die Beschützer vor Hitler sich feiern ließen, und das Dreigestirn Max Reinhardt, Arturo Toscanini und Bruno Walter mit den Stars der Opern- und Modekunst vor der Welt glänzte, zu der sie und das damalige offizielle Österreich gehörten. Der Name Toscanini aber, der am häufigsten in der internationalen Berichterstattung über Salzburg aufschien, erinnert daran, wie sehr das System, zu einer Zeit, da es angeblich noch ganz und gar auf die Politik der Römer Protokolle gestützt war, sich in all den hier aufgezählten Bezügen geistig von der Welt des Fascismus distanzierte und trotz seiner "autoritären" Prinzipien an ihre ideologischen Gegenspieler wandte.

Die äußere Ruhe, die sich über die Gräber des Februar und Juli 1934 breitete, begünstigte die Ausbildung von wurzellosen Spekulationen, die in ihren Ausstrahlungen in die Geisteswelt der untergegangenen Vielvölkermonarchie der Habsburger hinabreichten. Sie ist gekennzeichnet vom Auftreten eines saftlosen Spättriebes des politischen Katholizismus, den man als Krypto-Legitimismus bezeichnen könnte und dessen bekanntester Repräsentant der neue Kanzler Kurt von Schuschnigg selbst wurde. Die legitimistische Reaktion hatte, solange ihr die Stützung durch die Diktatur fehlte, keine Bedeutung. Im Gegenteil, von der offenkundigen Abneigung der Österreicher gegen die Parmas gar nicht zu reden, konnte ein neutraler Beobachter nur erstaunt sein über die Gleichgültigkeit, der etwa die Erinnerung an den hundertsten Geburtstag des ganze Generationen bis in den Weltkrieg hinein überlebenden **Kaisers Franz Joseph** begegnete. Seit 1933 verschoben sich jedoch die Hoffnungen von Stenockerzeel, die, in Ungarn grundsätzlich gestattet, dort der Reife nie näher kamen, mit einem Male sozusagen donauaufwärts. Für den Fürsten von Hohenberg und den (halbjüdischen) Gesandten von Wiesner als den bevollmächtigten Vertrauensleuten Ottos und Zitas und Führern der legitimistischen Politik kam eine Zeit ganz ungewöhnlicher Geschäftigkeit. Die "Gesellschaft" (wie auch der Name einer neugegründeten, schwarz-gelben Zeitschrift hieß), ehemalige, in der Vereinigung katholischer Edelleute zusammengefaßte Aristokraten und Exzellenzen, ältere verabschiedete und aktive Offiziere, Teile des Klerus, besonders der Orden und unter den Bischöfen Waitz/Salzburg und Pawlikowsky/Graz, das waren die nicht gerade sturmfesten Säulen des Legitimismus. Die zum Aufbau des schwarz-gelben Gebäudes immerhin unentbehrlichen, weiteren Kreise suchte er auf zwei sehr verschiedenen Wegen. Die der Bauernschaft durch Jahrhunderte nahegebrachten Gefühle für das Kaiserhaus belebte man zunächst jenseits der Politik durch fortgesetzte Hinweise auf die ihm angetane, ganz "ungerechte" Verbannung und Vermögensenteignung, die mit zum "Revolutionsschutt" gehörten und nun beseitigt werden müßten, ohne deshalb die Frage der Staatsform aufzuwerfen. So begann von gewissen, geistlichen Einflüssen unterliegenden Zentren aus zuerst in Tirol, die Werbung für die "Kaisergemeinden"; d. h. die Vertreter einer Gemeinde sollten einen Beschluß in dem eben angedeuteten Sinne fassen und ihm die Form der Ernennung des Kaisersohnes Otto zum Ehrenbürger geben, worauf sie bei nächster Gelegenheit feierlich durch einen eigens dafür bestimmten Vertreter des verbannten Hofes ein Dankschreiben "Sr. Majestät des Kaisers" überreicht erhielten. Die ganze Kaisergemeinden-Aktion erstreckte sich, solange es noch mit rechten Dingen zuging, auf kleine Gemeinden, und selbst die christlichsoziale Parteileitung nahm davon politisch keine Notiz, wenn sie auch gegen die offenkundige Überschreitung der einer Gemeinde zugebilligten Befugnisse nichts einzuwenden hatte. Auch Dollfuß hielt sich noch an die Richtschnur, einer Verquickung seines ohnehin so schwankenden Systems mit dem unfruchtbaren Legitimismus möglichst aus dem Wege zu gehen, obwohl dessen Vertretern die neue "vaterländi-

sche" Parole gleich sehr brauchbar vorkam. Kurz vor seinem Ende gab Dollfuß, wohl auf Rat Schuschniggs, schon in einem wichtigen Punkte nach und gestattete die Rückkehr des betagten Hoch- und Deutschmeisters und Heerführers von einst, des **Erzherzogs Eugen,** der im Volke beliebter war als die engeren Angehörigen der Zita-Familie und der angeblich im Frieden der Heimat seine letzten Tage verbringen wollte. Schon im Herbst darauf aber blähten sich nach dem Niederbruch der echten Volksbewegung und unter dem Schutze des neuen Kanzlers die bisher so schlaffen Segel des Legitimistenschiffes auf. Die in Österreich lebenden oder dorthin zurückgekehrten Erzherzoge, zu denen, von Eugen eingeführt, bald auch die an der Wiener Universität Sozialwissenschaft studierende Adelhaid als älteste, an die Rührung des Volkes appellierende Schwester und persönliche Botschafterin Ottos trat, wurden immer häufiger in der Öffentlichkeit erblickt.

Den eigentlichen Angelpunkt der legitimistischen Umtriebe aber bildete die sonderbare Bestimmung der Mai-Verfassung über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bürgermeister sämtlicher österreichischer Gemeinden. So gewann das harmlose Spiel mit der Bildung sogenannter Kaisergemeinden eine unerwartete politische Wendung. Denn das, was durch freie Wahlen in die Gemeindevertretungen nie und nimmer in den Bereich der Möglichkeit gerückt wäre, das sah jetzt, da es in ganz Österreich nur mehr ernannte Günstlinge des "ständischen" Systems gab, bei entsprechend geduldiger und zugleich skrupelloser Arbeit nicht mehr unerreichbar aus: die Schaffung einer Majorität von "Kaisergemeinden", deren Bürgermeister dann im Namen des Volkes den Thronerben zurückrufen würden, wenn endlich nach Auffassung der Regierung die Stunde für die Wahl des Staatsoberhauptes gekommen wäre. Die Mai-Verfassung ist ja angefangen von der Übergehung der Erklärung einer bestimmten Staatsform, der Ersetzung der Bezeichnung "Republik" durch "Bundesstaat" und der Einführung eines Doppeladler-Wappens statt des bisherigen republikanischen den Schwarz-Gelben im Vergleich zur früher geltenden stets als ein noch unfertiger Bau erschienen, der ihnen einladend alle seine Tore öffne und den sie durch Aufsetzen der Kaiserkrone selbst zu vollenden hätten. Je länger, je weniger hatte die Regierung gegen eine solche Kommentierung des sonst als unantastbar geltenden Dollfuß-Werkes einzuwenden, ohne daß jemals eine förmliche Zustimmung erfolgt wäre. Aber gerade in dieser anscheinend unauflöslichen Zwitterstellung bestand eben zum Unterschied von dem offiziellen Wiesner-Legitimismus, der nur als Sauerteig zu wirken hatte, der von Schuschnigg selbst als allmähliche Vorbereitung zur Restauration betriebene Krypto-Legitimismus. Der Wunsch nach Überlistung des Volkswillens und nach Täuschung der Weltöffentlichkeit führten VF. und schwarz-gelbe Aktion ebensogut zusammen wie die gemeinsamen, mit welken Kränzen umwundene alt-österreichische Traditionspflege und - nach außen das Wichtigste! - der Kampf für die Erhaltung der sogenannten österreichischen Unabhängigkeit gegen die nazistische Gefahr. Mochte auch die Sorge um die uneingeschränkte Erhaltung der christlichsozialen Pfründen auf der einen und die Sucht nach monarchistischen Prestige-Erfolgen auf der anderen Seite gelegentliche Reibungen mit sich bringen, die Zugehörigkeit zu legitimistischen Vereinigungen galt alsbald als eine Empfehlung für den öffentlichen Dienst, die besonders bei den Heimatschutzmitgliedern die guten von den bösen Böcken zu scheiden hatte. Die Legitimisten trieben in ihrem Österreichfanatismus und ihrer Deutschfeindlichkeit schließlich nur die letzten Folgerungen hervor, die in der Unnatur der von Amts wegen verkündeten "Unabhängigkeit"-Idee begründet waren. Deshalb gewährte ihnen auch Schuschnigg trotz des gerade von ihm so oft betonten und schrittweise auch durchgesetzten Totalitätsanspruches der V.F. die Sonderbegünstigung einer von der Front grundsätzlich unberührten Organisation, dem Eisernen Ring mit dem Reichsbund der Österreicher.

Denn trotz großer Worte waren die Legitimisten nur scheinbar und vor allem gegenüber dem Ausland auf sich selbst gestellt; ihre Zahl und ihre Durchschlagskraft hätte sich nicht auch nur einen Tag lang mit der bis in den Tod verfolgten "Illegale" vergleichen lassen! Gewiß duldete Schuschnigg eine Ablehnung des von Stenockerzeel gelenkten Legitimismus selbst durch einzelne Landeshauptleute und zahm dosierte habsburggegnerische Polemiken halfen sogar einigen der getarnten Blätter über die schlimmste Zeit hinweg. Aber diese Scheingefechte sollten nur eine Distanzierung markieren, die für den außenpolitischen Kurs nicht mit Unrecht noch für notwendig erachtet wurde und so mittelbar auch den Interessen der Restauration selbst diente. Höchst bezeichnend für diese

Zusammenhänge wurde das vom Eisernen Ring immer wieder auf Karten des Bundesstaates dargestellte Ansteigen der Zahl der Kaisergemeinden; wo, wie in Oberösterreich und Vorarlberg das Einverständnis der Landeshauptleute fehlte, da blieb die ganze angeblich so volkstümliche Aktion in kläglichen Anläufen stecken; wo der Druck vom Landhause oder doch von der Wiener Zentrale nachhalf, da erschienen die kaisertreuen Stellungen immer dichter besetzt und nur Kenner der Verhältnisse wußten, wie grotesk oft der einzelne Fall lag: vor 1933 als besonders habsburgfeindlich bekannte Orte wie z. B. das braune Villach oder das rote Wiener Neustadt kamen früher als mehr neutrale zu "kaiserlichen" Ehren, weil die ernannten Gemeindeväter eben nichts anderes als eine kleine Minderheit repräsentierten, die ganz unter sich blieb und mit der Bevölkerung überhaupt keine Fühlung gewann. Stenockerzeel konnte aber auch mit dem vom Wiener Ballhausplatz unter harmlosen "vaterländischen" Etiketten betriebenen Krypto-Legitimismus im Ergebnis zufrieden sein. Die Schulen und Kasernen hallten von obrigkeitlichen Erinnerungen an das ruhmreiche Haus Habsburg und seine leider unvollendete geschichtliche Sendung wider. Der Geschichtsunterricht sollte mindestens auf den Stand vor 20 Jahren zurückgeschraubt werden und bei den Truppenkörpern wurden die rot-weiß-roten Fahnen der Republik gegen die alten schwarz-gelben zur Beförderung der "Tradition" feierlich ausgetauscht. Anfangs Juli 1935 aber gab der Bundeskanzler den Forderungen Wiesners in der ohnedies nur mehr grundsätzlichen Frage der Habsburgergesetze volle Genugtuung. Nachdem Ausweisung und Vermögensbeschlagnahme über das vormals regierende Haus seit Inkrafttreten der Maiverfassung nicht mehr als Verfassungsgesetze gelten konnten, und die Bewegungsfreiheit der Erzherzoge praktisch hergestellt war, hob nun der Bundestag "einstimmig" und unter entrüsteten Reden auf die einstige Entthronung des Erzhauses die Gesetze förmlich auf; die Durchführung der Rückgabe des dem Kriegsinvalidenfonds überantworteten Vermögens wurde freilich noch lange aufgeschoben und verlautbart, daß Otto und Zita nicht die Absicht zur Rückkehr hätten, ehe ihren Thronansprüchen voll genügt sei.

Wenn der herostratische Versuch der Aufrichtung eines "Gegenreiches" Österreich unter Schuschnigg immer weiter der Gefahr eines legitimistischen Abenteuers zutrieb, so konnten schon auf dem Felde der amtlich kontrollierten Innenpolitik die Gegenkräfte nicht einfach übergangen werden. Der einem kranken Hirn entsprungene Versuch des Vizebürgermeisters Ernst Karl Winter, aus dem zusammengespannten Deutschenhaß von legitimistischen und marxistischen Fanatikern ein brauchbares, politisches Instrument zu schaffen, war längst gescheitert, obwohl man ihn noch immer seine Propaganda treiben ließ. Das Rezept zur Gewinnung der Arbeiterschaft für den Staat, wie die Formel hieß, ist schon damals ein anderes, weniger doktrinäres und mehr an den augenblicklichen Vorteil der Massen sich wendendes gewesen. Während die für eine verfehlte Idee auf die Barrikaden gehetzten Februarkämpfer noch verbluteten und die Standgerichte in Tätigkeit traten, führte die Regierung schon mit dem jüdischen Inhaber der berüchtigten Wiener Telegraf-Zeitungsgruppe erfolgversprechende Verhandlungen und nach dem Abklingen der ersten Erbitterung wurde das Wiedererscheinen eines großen Teiles der früher offen marxistischen Publizität und die Wiedereröffnung von Arbeiterheimen, -vereinen und -büchereien zugestanden, und zwar, das ist das Erstaunliche, mit fast demselben Personal an Schriftleitern, Vortragenden usw. wie vorher. Es handelte sich eigentlich nur um die Form und das Maß an Duldung, das dem zu äußerer Ohnmacht verurteilten, in Wirklichkeit aber fortlebenden Austro-Marxismus zu gewähren war, wobei die oben berührte Wandlung des Judentums sehr zustatten kam.

So suchte man denn nach gewaltsamer Ausscheidung der eigentlichen revolutionären Geister das auch in der österreichischen roten Arbeiterbewegung reichlich vorhandene *juste milieu* sorgsam zu schonen und zu pflegen. Die wichtigste Rolle kam dabei der Gründung des Gewerkschaftsbundes zu, der nach Auflösung der sogenannten freien Gewerkschaften im Februar 1934 der Wahrung der "Arbeiterrechte" und der sozialen Errungenschaften dienen sollte - ein in Wahrheit unmögliches Beginnen, solange dank der Deflationspolitik die Dauer-Arbeitslosigkeit der Hunderttausende die hervorstechendste soziale Tatsache bildete. Wohl stellte man einen unbedeutenden christlichen Gewerkschafter als Präsidenten an die Spitze und gab ihm einen Zentrumsemigranten jüdischer Abkunft zum Generalsekretär, aber die Bewährungsprobe lag darin, ob es gelang, die unterstandslos

gewordenen, kleinen Gewerkschaftsfunktionäre herüberzuziehen und dadurch für das System ungefährlich zu machen. So wurde, ohne auf den darin liegenden, grundsätzlichen Widerspruch zur ständischen Idee und auf die angeblich fascistische, in Wirklichkeit um die schwachen eigenen "gelben" Gründungen besorgten Heimwehr-Opposition zu achten, ein System von Einheitsgewerkschaften aufgerichtet. Trotz des "autoritären" Streikverbotes (dessen Einhaltung übrigens nicht lückenlos war und hauptsächlich durch die elende Lage des Arbeitsmarktes erzwungen wurde) sollten die Arbeiter möglichst in ihren aus der Zeit des offenen Klassenkampfes gewohnten Gleisen erhalten werden und ihnen darüber die neue, im heilbringenden Sinne umstürzende Arbeitsverfassung des Dritten Reiches fremd, wenn nicht durch Hetzerei verhaßt bleiben. Abschluß und Kündigung von Kollektivverträtgen blieben weiterhin ein Mittel zur Ablenkung der noch in Arbeit stehenden Massen von der eigentlichen Wurzel des Übels und von der Möglichkeit seiner Heilung. Während auf der einen Seite die berufsständischen Bünde für Handel, Gewerbe, Bankwesen usw. mit entsprechender Versorgung zuverlässig vaterländischer Personen entstanden, ohne der Wirtschaft neuen Auftrieb geben zu können, machten sich auf der anderen die Gewerkschaften mit Rettungsprogrammen wichtig, die nur Stoff zu neuen Akten und zu neuen Diskussionen im Leerlauf der österreichischen Dinge abgaben. Von den Anschlußversuchen der neu aufgezogenen Konsumgenossenschaften wie der Einheitsgewerkschaften und -bünde an internationale Organisationen westeuropäisch-demokratischen Gepräges war schon in anderem Zusammenhang die Rede. Die Krönung des ganzen Krypto-Marxismus aber erschien in der Einrichtung eigener, ortsgruppenweise aufgebauter Sozialer Arbeitsgemeinschaften der V.F. erreicht.

Eine förmliche politische Sondergliederung also, die der Aktion Reinthaller für die Nationalsozialisten vor und nach der Juli-Katastrophe verweigert wurde, ist dem Legitimismus im Eisernen Ring ganz und der "Arbeiterschaft" in jenen Arbeitsgemeinschaften großenteils bereitwillig zugestanden worden, weil diese Gruppen eben mehr zur Verteidigung der eingebildeten "Unabhängigkeit" geeignet waren. Die Häupter des politischen Katholizismus verbreiterten auf diese Weise die (allerdings sehr heterogene) Anti-Nazi-Front. Aber sie verwirrten damit zugleich die zuerst anscheinend mit elementarer Gewalt der vollen Machtergreifung zustrebenden Pläne der Heimwehrführung immer mehr, je näher die eigentlichen Träger der Brachialpolitik sich ihrem Ziele wähnen mochten. Nur die verfolgte und verfemte "Illegale" blieb außerhalb des "Rechtes", aber auch der Mitverantwortung für diese problematische Staatskunst, und sie blieb doch allgegenwärtig.

Österreich im Spiel der Mächte und Deutschlands Wiedererhebung

Aller angewandter Machiavellismus konnte das österreichische System des Gegenreiches nicht dem verhängnisvollen Gesetz der Entscheidung von Außen her entziehen. Indessen eine Art vaterländischer Staatsreligion alle öffentlichen Verhältnisse nach dem Ereignis des 25. Juli in seiner Deutung durch die Regierungspropaganda auszurichten strebte und damit sogar das Ausland weitgehend irreführte, unterlag das Verhältnis der europäischen Mächte zueinander und besonders hinsichtlich des Dritten Reiches wesentlicher Abwandlungen. Gewiß hatte **die Freiheitspolitik des Führers,** für die der Austritt aus dem Versailler Völkerbund im Oktober 1933 von sinnbildlicher Bedeutung wurde, zunächst eine weltpolitische Vereinsamung Deutschlands zur Folge. Aussichtsreicher als das Verhältnis zu den Westmächten und ihren Trabanten blieben die Beziehungen zu Italien, das für den *status quo* von Versailles und Genf längst nicht mehr sein zunehmendes Gewicht in die Waagschale der europäischen Entscheidungen warf. Auch die Römerprotokolle vom März 1934 sollten nach italienischer und ungarischer Lesart durch Einschränkung der von Paris und Genf aus gelenkten Kleinen Entente und der Donaupläne von Paris und Prag mit den Interessen des Reiches in gewissem Maße gleichlaufen und nicht nur, wie es allerdings die Lesart des Ballhausplatzes blieb, eine Barriere gegen den sogenannten Pangermanismus bedeuten. In Wien nahm man sehr gerne das Prestige und die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Freundschaft Roms boten, entgegen, aber sah damals schon das [105] Problem der Kleinen Entente ganz unter dem Horizont kurzsichtiger Son-

dervorteile. Die Gegnerschaft Italiens zu Jugoslawien, die dann zur Zeit des Marseiller Königsmordes eine dramatische Höhe erreichte, fand allerdings in der Kroatensonderpolitik maßgebender Wiener Cliquen eine starke Resonanz; aber die Absicht, die dahinter stand, die südslawische Einheit als Bollwerk gegen Habsburg zu treffen, deckte sich wohl kaum mit Italiens realistischen Motiven.

Anders entwickelte sich das Verhältnis Wien-Prag, an dem Rom keinen unmittelbaren Anteil nahm, insofern, als die Machthaber in der Anschlußfeindlichkeit des Hradschin ein ebenso wertvolles Aktivum erblickten als der dem Staatswesen der Legionäre eingeborene Haß gegen die Habsburger wieder die Vertraulichkeit erschwerte. Es entstand darüber Jahre hindurch eine eifervolle Interpretation jeder Benesch-Rede und jedes Schlußkommuniqués der Kleinen Entente, ob sie noch und in welchem Grade für die Ablehnung der Restauration bekundeten oder wenigstens wohin sich der Akzent der bekannten Benesch-Formel "weder Restauration noch Anschluß" verschoben habe. Eine grundsätzliche Gegnerschaft wie zu Jugoslawien ist alledings zum **Tschechenstaate mit seinen dreieinhalb Millionen unterdrückter Deutschen** auch dann nicht aufgekommen, als die Flügel-Emigranten das Feuer in Brünn und Prag eifrig schürten. Den Marxistenführern der Tschechenrepublik lag das Hemd näher als der Rock und der Kampf zuerst gegen die sudetendeutschen Nationalsozialisten unter Jung und Knirsch und dann gegen die sie ablösende **Heimatfront Henleins** schuf eine ungeschriebene, aber wichtige Übereinstimmung zwischen den Prager und den Wiener Machthabern auf dem innenpolitischen Gebiete, die irgendwie auch auf die äußeren Beziehungen beider trotz der Demokratie und Pariser Allianz dort und der Diktatur und des römischen Schutzes hier abfärben mußte. Es gehört zu den beschämendsten Tatsachen der an solchen überreichen Sonderbündelei, daß die Dollfuß-Notverordnungen zur gesetzwidrigen Unterdrückung der deutschen Freiheitsbewegung in Österreich das Modell für gleichgerichtete Maßnahmen der Prager Regierung gegen die sudetendeutsche Form des Nationalsozialismus, insbesondere auch für das Parteiverbot gebildet haben. Es scheint vor allem das Verdienst der Wiener tschechischen Gesandtschaft gewesen zu sein, die verhältnismäßige Harmlosigkeit der kryptolegitimistischen Vaterländerei gemessen an ihrem Gegenspieler, der nationalsozialistischen "Illegale", in Prag nachgewiesen zu haben; je "autoritärer" sich das System über die wahre Volksmeinung hinwegsetzte, desto schwächer wurde merkwürdigerweise die "demokratische" Kritik tschechischer und deutscher Zunge in Prag. Nicht genug damit, lieferte Beneschs' Preßbüro sogar weiter die Mittel zur Erhaltung der stockjüdischen Wiener Orbis-Presse, die längst ihre roten Kampftöne gemildert hatte und nur das Chor der vaterländischen Presse um einige ebenso nazifeindliche, aber nicht legitimistische Stimmen bereicherte. Das diplomatische Duell zwischen Prag und Wien reduzierte sich also auf die Frage, ob der von Stenockerzeel aus betriebenen offenen Restaurationsforderung ein Riegel vorgeschoben werden dürfe, während alle anderen Differenzpunkte der "Unabhängigkeit" Österreichs gutgeschrieben wurden.

Gleich nach dem blutigen Juli 1934 kam es zwischen den Trauerklagen um den Verlust von Dollfuß auf der schon durch Litwinows Eintritt charakterisierten Vollversammlung der Genfer Liga zu schwierigen Auseinandersetzungen. Auch der neue Bundeskanzler hatte sich als sehr verwendbare Figur im Spiel der großen Mächte erwiesen und das autoritär-ständisch-christliche Österreich gab, ohne auf die Vorbehalten der Schweiz, Belgiens und Portugals zu achten, seine Stimme für den Eintritt der Sowjet-Union in das Genfer Parkett ab; die Ironie der Geschichte wollte es sogar, daß sein Name aus alphabetischen Gründen bei diesem höchst problematischen Akt an der ersten Stelle der einladenden Mächte stand. Schuschnigg und der seiner würdige, ihn vertretende Außenminister Berger-Waldenegg mit dem Hahnenschwanz wollten nun den Lohn für ihr Wohlverhalten einheimsen. Wider Erwarten gelangte aber auch diesmal kein Österreicher in den Rat und die dringend gewünschte Verstärkung der Februar-Erklärung der drei Großmächte über die Unabhängigkeits-Sicherung begegnete vielen Schwierigkeiten, weil die Kleine Entente dafür den klaren Verzicht Wiens auf Restaurationspläne einhandeln wollte. Ein Regiefehler, der gleichzeitig zu Hause vorfiel - Worte des Erzherzogs Eugen über die bevorstehende Rückkehr Ottos bei einer Dankschreiben-überreichung in der burgenländischen Hauptstadt - konnte nur mit Mühe durch eine feierliche, allerdings doppelzüngige Erklärung Bergers - "die Habsburger-Frage ist derzeit nicht aktuell!" - eingerenkt werden. Es kam daraufhin zwar im letzten Augenblick zu einer Wiederholung der Konsulta-

tivverpflichtung; doch die Frage eines förmlichen Nichteinmischungspaktes zugunsten Österreichs d. h. seiner derzeitigen Machthaber, an dem nach Anschauung der Genfer Paktomanen sogar Deutschland hätte teilnehmen müssen, wurde vertragt und in das Programm der damals von Barthou eingeleiteten französisch-italienischen Verhandlungen aufgenommen. Große Hoffnungen setzte das Wiener Kabinett in Unkenntnis der eigentlichen Motive des Duce, die es auch nur nach seinen eigenen Maßen abschätzte, auf die nach Überwindung der ungarisch-jugoslawischen Krise rasch fortschreitende Entspannung der Beziehungen der Vormacht der Römer-Protokolle zur Schutzmacht der Kleinen Entente; und dies um so mehr, als die Winter-Reise Mr. Lavals als Nachfolger des ermordeten Barthou sich gleichzeitig auf die Versöhnung mit dem fascistischen und dem päpstlichen Rom erstreckte und anscheinend auf beiden Flügeln von Erfolg begleitet war. Entsprechend dem französisch-italienischen Kommuniqué vom Januar 1935 und den darauf folgenden Londoner Beratungen (in die sich nun Schuschnigg und Berger-Waldenegg ohne Gefahr des Verlustes ihrer römischen Rückendeckung auch persönlich einschalten konnten) kam es auf der italienisch-westmächtlichen Konferenz von Stresa im April 1935 zu einer neuen, ausdrücklichen Versicherung, daß die Sorge um Österreichs Unabhängigkeit eine gemeinsame dieser Mächte sei.

Die für das fascistische Italien selbstverständliche und auch im Vertragstext begründete Voraussetzung dabei war die fortdauernde Gemeinsamkeit der Politik in allen Lebensfragen; indessen feierte die Wiener Presse **"Stresa"** wie einen entscheidenden Sieg des Ballhausplatzes in der willkürlichen Annahme, daß die Übereinstimmung der drei Mächte in der Österreich-Politik die stabile Voraussetzung all ihrer künftigen Entscheidungen sein würde. Doch viel wichtiger als die platonischen Österreich-Erklärungen von Genf und Stresa sollte die nun aller Welt sichtbare Erstarkung des Dritten Reiches werden, deren reibungslose Durchführung ihm allerdings in allen Tagesfragen der europäischen Politik mit Einschluß Österreichs größte Zurückhaltung auferlegte. Nach **Heimholung der Saar** verkündete der Führer **die Wiederherstellung der Deutschland durch anderthalb Jahrzehnte entzogenen Wehrhoheit aus eigener Kraft.** Wenn die westeuropäischen Kronhüter von Versailles diesem ersten entscheidenden Schlag gegen das von Genf bisher behütete Kleinod der kollektiven Sicherheit keinerlei staatsmännische Konzeption entgegensetzten, dann doch auch deshalb, weil sie ihre Politik auf faule Einsätze wie den österreichischen Separatismus versplitterten und gerade ihr umworbener, neuer Partner, der Duce, an der Entmachtung des Reiches gar kein Interesse hatte. Auch hier traten die Systemmänner abseits von den Empfindungen, die Italien und in diesem Falle ganz besonders Ungarn beherrschten, und erhärteten vor allem noch einmal die Scheidung der Geister im Lande selbst, die weiß Gott nicht mit Mitgliederzahlen der V. F. widerlegt werden konnte. Die Regierung verharrte gegenüber der großen Befreiungstat jenseits der Reichsgrenze in kühler Neutralität und bedauerte nur, daß ihre peinliche Vertragstreue nicht zu ähnlichen Ergebnissen führe. Alle äußeren Freudenkundgebungen der Bevölkerung wie Beflaggung u. ä. wurden nach Möglichkeit unterbunden, dafür aber eine die Ehre des Reiches besudelnde Hetze in den getrennten Lagern des Kryptomarxismus und Legitimismus geduldet. Doch das deutsche Volk der Ostmark, mit der "Illegale" als Kern, nahm mit ungeduldig schlagenden Herzen die sieglodernden Fanale des deutschen Freiheitskampfes wahr und setzte der sich immer länger ausdehnenden Verfolgung in der eigenen Heimat verdoppelte Zuversicht entgegen.

Gegen diese Wiedererrichtung einer dem Bedürfnis der Reichsverteidigung entsprechenden deutschen Wehrmacht, die gerade nach Stresa nicht mehr zu vereiteln war, erhob sich noch einmal die verdoppelte Geschäftigkeit gewisser Unbelehrbarer, die dabei die "Unabhängigkeit" Österreichs wie ein unantastbares Credo der europäischen Politik wahrnahmen. Derselbe Mr. Eden, der in der Moskauer Oper das *God save the king* respektvoll anhörte und die Erweiterung des franko-russischen Bündnisses nach Sowjetrußland wohlwollend zuließ, wird noch im Frühjahr 1936 seinen so verfänglich gemeinten Fragebogen an Hitler richten, um die deutsche Außenpolitik auch in der Österreich-Frage zu fesseln. Als aber im Mai 1935, in maßloser Übersteigerung der Sicherheitsidee und in innerem Widerspruch zur Stresakombination Laval im Verein mit Benesch das Sowjet-Rußland zum Verbündeten erhob und so die Revolutionierung der europäischen Machtverhältnisse durch das neue Deutschland mit Hilfe der Einkreisung widerlegen wollte, da **ergriff der Führer vor dem**

Reichstag zu einer umfassenden und gründlichen Abrechnung das Wort. Sie enthielt in verpflichtenden Sätzen auch schon die grundsätzliche und für die Zukunft maßgeblich gebliebene Stellungnahme des Dritten Reiches zur Eigenstaatlichkeit Österreichs. Sie verwies auf die Lebenseinheit des deutschen Volkes und auf die elementare Gewalt seiner nationalen Erneuerung, der unmöglich an Grenzpfählen Halt geboten werden könne; sie gab unmißverständlich zu Gehör, daß nur ein im Einklang zum Volkswillen bestehendes Regime Dauer haben könne und diese Voraussetzung in Österreich nicht gegeben sei; wenn diesen beiden Tatsachen aber Rechnung getragen würde, dann - aber auch nur dann - stehe der Respektierung der bisher nur mißbrauchten österreichischen Unabhängigkeit nichts mehr im Wege. War damit alles gesagt, was in dieser Stunde vorbedeutend der Welt und besonders den Machthabern in der Nachbarschaft zu Gehör zu bringen war, so enthielt die Stelle über Italien kurz und gewichtig den Hinweis, daß einer vollkommenen Freundschaft nur die verschiedene Auffassung über die österreichische Frage hinderlich sei. - Trotz der vom Führer geübten, staatsmännischen Zurückhaltung in der Form seiner Forderung an Schuschnigg, ließ diesen das schlechte Gewissen wieder eine Gelegenheit zur Umkehr versäumen, und gab ihm doch keine Ruhe. So faßte er den theatralischen Entschluß, Adolf Hitler vor dem Forum seines ernannten Bundestages eine feierliche Erwiderung zu geben. So gut es eben ging, wurde in der äußeren Aufmachung die noch der ganzen Welt vor Augen stehende Reichstagssitzung kopiert und Schuschnigg verschwendete nun seine von ihm selbst so hoch eingeschätzte Redekunst in politisch fruchtlosen Variationen über das melodramatische Thema, daß Österreich, will heißen das System, über alles, nur nicht über seine Ehre mit sich reden lasse! Wie gewöhnlich bei diesem Kanzler war auch diesmal das, was er nicht sagte, mindestens ebenso bezeichnend: alle Anknüpfungspunkte, die in der Führerrede mit der Polemik gegen die Friedensdiktate, gegen die versuchte Einkreisungspolitik und zugunsten der Gleichberechtigung der Besiegten für einen von wirklichem Verantwortungsbewußtsein erfüllten österreichischen Staatsmann vorgelegen hätten, wurden einfach übergangen. Aber die Bewährungsfrist der blassen Redner, ob sie nun in der Genfer Versammlung oder gar nur im Wiener Scheinparlament dozierten, hatte am längsten gedauert.

Italien hatte seine Rückenverbindung jenseits der Alpenkämme gesichert und konnte den Schleier von der Vorbereitung eines Unternehmens lüften, das es weit in die afrikanische Welt hinein führen sollte, und die herkömmliche Freundschaft mit England einer harten Probe unterziehen mußte. Da verschob Sir Anthony Eden, damals Englands jugendlicher Völkerbundsminister, mit erstaunlicher Wendigkeit die ganze Auseinandersetzung zwischen einer älteren, besitzenden und einer jüngeren, begehrenden Mittelmeermacht in ein doktrinäres Ringen um kollektive Sicherheit und um Durchsetzung von Genfer Sanktionen, an denen sich auch das Frankreich Lavals im Hinblick auf mögliche Analogiefälle an seiner Ostgrenze halb wider Willen beteiligte und denen Deutschland schon um grundsätzlicher Erwägungen willen fernblieb. Diese kritische Wendung der führenden Mächte, abseits der in Wien als dauernd angenommenen Lage, erregte am Ballhausplatz stärkste Besorgnisse. Aussprüche wie der des Herrn Berger-Waldenegg, daß Österreich wichtiger als Abessinien sei, machten außer in Paris nur noch in Prag Eindruck, wo die Warnungen der Wiener Machthaber vor der beiden gemeinsamen "drohenden Gefahr" auf immer größeres Verständnis trafen, je unabdingbarer die Sudetendeutsche Partei nach den Maiwahlen 1935 die mißachteten Lebensansprüche der dreieinhalb Millionen Volksgenossen anmeldete. Das Sowjetbündnis des Hradschin hinderte nicht die Vermittlung gewisser böhmischer Aristokraten und Berger-Waldenegg folgte einer Einladung nach Tabor umso mehr, als Benesch gleichzeitig sich mit den Ansprüchen der Kurie auszugleichen verstand; am Gesamtstaatlichen Katholikentag in Prag beteiligte sich unter Berufung auf seine sudetendeutsche Herkunft auch der Wiener Kardinal Innitzer; die Wiener Beziehungen der sudetendeutschen Aktivisten, der Christlichsozialen und Landbündler, waren alsbald von der sudetendeutschen Führung nicht mehr zu übersehen. Mit Hilfe solcher Querverbindungen mußte man auch die Sanktionskrise überstehen.

Gegenüber diesem Experiment entzog sich Wien unter Berufung auf die gefährdete Lage eines Kleinstaates sehr geschickt einer wirklich eindeutigen Stellungnahme für Italien oder die Sanktionsmächte. Es erklärte in Genf sein großes Bedauern über die auftretenden Schwierigkeiten und versi-

cherte seine Anhänglichkeit an die ihm so freundliche Institution der Weltdemokratie; in gleichem Atem aber folgte die Erklärung, daß Österreich (ebenso wie Ungarn und Albanien) sich nicht an den Sanktionen gegen Italien beteiligen könne, weil seine Dankverpflichtung gegen den Duce noch jüngeren Datums sei. Der englische Gesandte in Wien ließ es zwar nicht an heftigen (der österreichischen Öffentlichkeit vorenthaltenen) Gegenvorstellungen fehlen, daß England sich durch seine Kredithilfe von 1931 um die "Freiheit" Österreichs mindestens ebenso verdient gemacht habe. Aber Schuschnigg hatte seine Rechnung nicht ohne seine Freunde im Lager der Sanktionisten gemacht. Die für Ungarn recht empfindlich entwickelten wirtschaftlichen Druckmittel gegen die Sanktionsverweigerer traten für Österreich nicht in Erscheinung, und im Dezember kam sogar unter Lobsprüchen der Genfer Vertreter (mit Einschluß der Engländer) ein vom System angestrebtes Übereinkommen mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt zustande, obwohl sich die Regierung dabei durch den als Korruptionisten weithin bekannten Freund Starhembergs, den jungen Finanzminister Dr. Draxler, vertreten ließ. Und während die italienische Importkurve zugunsten Österreichs, weil es an einer Stelle den Ring der wirtschaftlichen Belagerung offen hielt, eine nie geahnte Höhe erreichte, ließ sich der Bundeskanzler anfangs 1936 zu einem wirtschaftlichen Vortrag in das völkerbundtreue Prag einladen. Er redete vor einem dafür gut abgestimmten Publikum der wirtschaftlichen Annäherung der Donaustaaten das Wort, unter welchem Begriff er so wie die französische Diplomatie die Tschechei ein-, das Deutsche Reich aber ausschloß; dies - und das war der eigentliche Anknüpfungspunkt für das Prager Publikum - sollte ohne Vorwegnahme etwaiger späterer politischer Entscheidungen vor sich gehen. Dieser in der gegebenen politischen Lage recht auffällige und von der Systempresse noch entsprechend unterstrichene Vorstoß war nach Inhalt und Form ein echter Schuschnigg-Wechselbalg; wie bezeichnend ließ er die Zahlen seiner Statistiken auf- und abmarschieren, ohne des Deutschen Reiches, des allerbesten Kunden der Südoststaaten, auch nur zu gedenken oder des grundverschiedenen Verhältnisses von Prag und Wien zum Donauschicksal zu erwähnen. So war das Ganze ein in Paris und London viel bemerkter Versuch, auch unabhängig von Rom und mit der ungenannten Spitze gegen Berlin eine Kombination zwischen Budapest und Prag zu entwickeln, die, mit den Plänen des Ministerpräsidenten Hodza verwandt, in Ungarn in den festgefahrenen Ideen des früheren Staatssekretärs Elemer Hantos ein Gegenstück besaß. Mit leichter Mühe gelang es dem im Sanktionskrieg unüberwindlich gebliebenen Duce in einer neuen römischen März-Konferenz, von Gömbös unterstützt, diese Seifenblase zum Platzen zu bringen; was allerdings für die Zukunft das Aufsteigen von neuen nicht verhinderte, obwohl regelmäßige Zusammenkünfte der Protokollstaaten festgelegt wurden.

Weit wichtiger als das Prager Schattenspiel wurde für eine, freilich sich nur vor wenigen Wissenden abzeichnende Zukunft das Mißlingen aller Anstrengungen Schuschniggs, die Straße zurück nach Stresa wieder freizumachen, wozu der Quai d'Orsay besonders vor dem Sieg der Volksfront ohne Rücksicht auf das sonst so gehütete Prestige der Genfer Liga sehr gern bereit war. Die Vorgänge um die neue, ins Frühjahr 1936 fallende Freiheitstat des Führers, die Wiederbesetzung der Rheinlande und damit die zusammenhängende, zunächst gerade England befremdende Kündigung des Locarno-Vertrages mit ihren tödlichen Folgen für die Paktomanie, das alles deutete schon auf die neue und nun entscheidende Annäherung der Außenpolitik von Rom und Berlin, die durch die Berufung des Grafen Ciano zum Außenminister einen lebhaften Antrieb erhielt. Schuschnigg begriff, zum Unterschied von Starhemberg, was für das System-Österreich auf dem Spiele stand. Die Restaurationspläne sind, zur Zeit des "unpolitischen" Prager Vorstoßes, schon zu Sondierungen des Heimwehrfürsten während seiner Reise zum Begräbnis Georgs V. für reif erachtet worden. Der Kanzler zog sie, ohne dem heimatlichen Krypto-Legitimismus irgendwie Abbruch zu tun, wieder zurück. Er ließ zwar bei einem sogenannten Bundesappell der V. F. Starhemberg das große Wort führen, und nach Auffassung der Judenzeitungen die Anschlußideologie feierlich begraben, indessen dem noch am Regieren verhinderten Hause alle Hochachtung gezollt wurde. In der ihm eigenartigen Urwüchsigkeit bezeichnete damals der Fürst die ihm zugeschriebenen Pläne zur Übernahme einer Reichsverweserschaft als "himmelschreienden Blödsinn". Aber wie immer dem sei, den Versuchen Schuschniggs alle Brachialgewalt der bisherigen "Selbstschutzverbände", d. h. besonders der Heimwehr überflüssig zu machen, setzte Starhemberg beharrlichen Widerstand entgegen und wollte sich kei-

neswegs in die nur nach außen hin so überragende Stellung als Bundesführer der V. F. unter Verzicht auf seine Hausmacht einengen lassen. Vergebens wie sein Plan, unter dem Titel einer Freiwilligen Miliz-Österreichischer Heimatschutz die Sturmscharen und die Turnerschaft der Klerikalen zu mediatisieren, war der von entgegengesetzten Interessen eingegebene Versuch des Kanzlers, die Wehrverbände zu entpolitisieren und zu entwaffnen; ein Versuch, in einem von ihm in den ehrwürdigen Räumen des Belvedere-Schlosses veranstalteten Gesellschaftsabend die ihm hörigen Sturmschar-Terroristen als Kulturverband zu erklären, konnte freilich bei Freund und Feind nur ein Lächeln abgewinnen.

Gerade hinsichtlich der Wehrverfassung Erfolge zu erreichen, lag dem Bundeskanzler nicht nur wegen seiner oft betonten Abstammung aus altösterreichischer Generalsfamilie am Herzen. Denn hierin überschnitten sich in eigentümlicher Weise die äußeren und die inneren Bedingungen seines vielgekünstelten Systems. Hatte der Minister Vaugoin seinerzeit Waffen und Uniform des Soldatenstandes in seiner Weise wieder zu Ehren gebracht, so suchte Schuschnigg die Furche der altösterreichischen Tradition noch tiefer zu ziehen, als ob die Vorstellungswelt des habsburgischen Völkerstaates in einem bescheidenen und im Grunde unfreiwilligen Gemeinwesen deutscher Männer ebenso am Platze wäre. Wir wissen, wie sehr man sich 1933 beeilte, statt der bewährten, den reichsdeutschen Mustern angenäherten Uniformen wieder die k. u. k. Muster in der "Armee" einzuführen. Im blutigen Jahr 1934 ging zwar der Plan, gelegentlich der Einweihung des Wiener Frontsoldatenehrenmals ein "unpolitisches" Treffen aller ehemals österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer zu veranstalten, ganz daneben - aber die Neugierigen bekamen außer den in Zivil verbliebenen Herren Miklas und von Schuschnigg und der Geistlichkeit im Ornat eine ganze Reihe Systemgrößen und ein paar leibhaftige Erzherzöge in farbenbunten k. u. k. Friedensuniformen zu sehen, was für eine solche Gelegenheit immerhin eine Überraschung bedeutete. Etwas später wurden auch die rot-weiß-roten Fahnen des Bundesheeres gegen die aus dem Museum geholten schwarz-gelben - darunter solche mit religiösen Sinnbildern aus der Gegenreformation - ausgetauscht. Die Heeresschule, welche die Republik in Enns eingerichtet hatte, wurde in die Theresianische Militärakademie in der zur "Kaisergemeinde" verwandelten Wiener-Neustadt zurückverlegt; später durfte sie sogar einen Bruder "Kaiser" Ottos als "privaten" Zögling aufnehmen. Die Offiziere wurden mit den von Miklas verliehenen Ordenssternen, Ritter- und Komturenkreuzen überschüttet, indessen das in deutscher Blutskameradschaft vor dem Feinde erworbene Eiserne Kreuz nicht mehr getragen werden sollte. Durch die Aufstellung von Milizkörpern unter dem seiner Aufgabe selbst mißtrauenden General Hülgerth und die allmähliche, bescheidene Vergrößerung des Bundesheers gelangten viele ehemalige Offiziere wieder in Dienstverwendung oder bekamen wenigstens in den Ämtern der V. F. Beschäftigung, wenn sie einer gehörigen Siebung nach legitimistischen Gesichtspunkten standhielten. Frontverdienste allein galten selbst vor den 1934/35 mit Schreckensurteilen amtierenden "Militärgerichten" (bei denen aber der "Verhandlungsleiter", das zivile Organ des Systems, das große Wort führte) nichts. Hauptmann Dr. Bodo Kaltenboeck, um ein einziges Beispiel aus einer Unsumme herauszugreifen, hatte in seinem Buche *Armee im Schatten* Wesentliches zum Ruhme des alten Heeres und seiner undankbaren Aufgabe gesagt und war auch jenseits der rot-weiß-roten Grenze gehört worden. Als er noch, wie viele andere, an die Zukunft des Heimatschutzes glaubte, da war er hoch angesehen; als er aber seine Enttäuschung nicht mehr verhehlte und daraus die politischen Folgerungen zog, wandte sich das Blatt und auch er mußte wegen "illegaler" Betätigung die moderne Folterkammer der Untersuchungshaft und die Öde des Systemgefängnisses kennenlernen. Seine Rache war eines Mannes und Soldaten würdig: noch in der Systemzeit erschien sein *Unfug in der Ortenau*, wo der Gegenwart das Spiegelbild der Geschichte vorgehalten wird, und nach dem Umbruch kam das schon 1934 niedergeschriebene *Törichte Auge* mit den großartigen Visionen eines politischen Gefangenen heraus... Die Verfehmung des einzig noch überlebenden, deutschösterreichischen Feldherrn, des Generals Alfred Krauß, Siegers über die Timok-Division und von Karfreit, könnte ebenso wie das Schicksal der gemaßregelten jungen Wehrmänner in der SS-Standarte 89 weitere geschichtliche Beispiele liefern.

Seine persönliche Beweisprobe über die Stellung der Wehrmacht im Staate meinte Schuschnigg

(der ja sein eigener "Landesverteidigungsminister" blieb, wobei ihm der von Dollfuß her bekannte, kryptolegitimistische General Zehner als Staatssekretär zur Seite stand) in der Einführung der "Bundesdienstpflicht" am 1. April 1936 abzugeben. Wie alles, was das System mit einigem Recht selbst als Errungenschaft aufzählte, war auch sie nicht ohne eine vorausgegangene Tat des Reiches - in diesem Falle die ein Jahr zurückliegende Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit - zu denken. Die Einführung einer einjährigen Dienstpflicht schien nun, da das Risiko nicht mehr groß war, den "Vaterländern" geradezu ein dringend notwendiger Prestigeausgleich und ein Ventil für die verheerende Arbeitslosigkeit der jungen Jahrgänge. Obwohl die formalen Proteste der wieder einmal wichtig tuenden Kleinen Entente vorauszusehen waren, beugte man jeder Gefahr schon durch die undurchsichtige Fassung des nach dem Buchstaben, aber entgegen dem Sinn der Bundesverfassung in einem einzigen Tage durchgepeitschten Bundesgesetzes vor. Zumal dieses Ereignis auf einen 1. April fiel, waren viele Österreicher geneigt, den ihnen bis zur Stunde ganz unbekannten Begriff einer "Bundesdienstpflicht", die mit oder ohne Waffe abgeleistet werden konnte, überhaupt nicht ernst zu nehmen. Zu dieser Unklarheit trug allerdings auch die Uneinigkeit im Kabinette das Ihre bei, da Starhemberg - was auch nur bei der Wehrbewegung in einem Staat wider Willen möglich war - sich als Führer des Heimatschutzes seit je gegen eine allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen hatte! Nun, eine organische Festigung der Wehrkraft Österreichs durch diese Regierung war auch jetzt nicht vom Ausland zu fürchten, wenn die Manövertanks nicht mehr aus Pappe waren und ein paar schneidige Militärflieger mit importierten Maschinen aufstiegen; der dazu gehörige zivile Luftschutz etwa ist auf ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers bis zuletzt auf einige Schaustellungen beschränkt geblieben. Ob also nun der "Nazismus" der Jugend eher durch ihre Unterstellung unter ein wenigstens zum Teil kryptolegitimistisches Offizierskorps bekämpft würde (wie Schuschnigg meinte) oder aber die Einschränkung des Waffentragens auf eine geringfügige Minderheit überhaupt notwendig mache (was Starhemberg behauptete), - diese Frage spitzte sich auf eine Auseinandersetzung innerhalb des Systems zu, nach deren Entscheidung erst die tatsächliche Durchführung der Wehrpflicht (mit dem alten Einjährigenrecht für die Abiturienten) möglich wurde.

Da bot ein ganz Österreich aufrüttelnder Finanzskandal der bedenkenlosen Geschicklichkeit des Kanzlers die Handhabe, unter dem Vorwand einer Rettung des sonst heillos kompromittierten Systems sich von der Belastung durch verschiedene seiner politischen Freunde zu befreien, obwohl die Schuld durchaus nicht so einseitig verteilt war. Anfangs des Jahres war mit dem jüdischen Generaldirektor Berliner der Lebensversicherungsgesellschaft "Phönix" einer der Finanzmänner (wohl durch Selbstmord) verschieden, die in Wien noch wie zu Zeiten der Monarchie den Mittelpunkt weitverzweigter Spekulationen behaupteten und schon deshalb für die System-Männer mit einem Nimbus umgeben blieben, den besser die Kriminalpolizei hätte rechtzeitig beseitigen sollen. Das Ehrengrab der jüdischen Kultusgemeinde für Berliner war auch von sehr namhaften "christlichen" Persönlichkeiten mit Kränzen geschmückt worden, die seiner Großzügigkeit in der Schaffung und Erhaltung von Verbindungen noch nach seinem Tode die Ehre gaben. Leider blieb dieser Zauber nur mehr von sehr kurzer Dauer; denn schon im März kam die ganze unreelle, dem Zusammenbruch entgegentreibende Geschäftsgebarung zutage. Wie im Falle Credit-Anstalt mußte die staatliche Gesetzgebung eingreifen und durch Sondersteuern zur Belastung des ganzen Versicherungswesens die ärgste Schädigung der Phönix-Kunden abwenden. Die internationale Verflechtung des Phönix-Geschäftes erstreckte sich freilich zum Unterschied von jenem noch kaum überwundenen Unglücksfall hauptsächlich auf Mitteleuropa und den Nahen Osten und die Organisation in nationale Sondergesellschaften befreite Österreich von neuen unabsehbaren Haftverpflichtungen; nur für Deutschland kamen solche nicht in Frage, weil das Münchner Phönix-Geschäft sich schon vorher von den jüdischen Wiener Einflüssen befreit hatte und vollständig gesund erwies. Schuschnigg aber rühmte sich noch, daß Österreich, das so viele Stürme überdauert habe, auch den Phönix-Sturm überdauern werde, beseitigte den mit Berliner geschäftlich verbundenen General Vaugoin von der Präsidentschaft der Bundesbahnen - auch der geschäftstüchtige Stockinger wurde bald darnach als Handelsminister unmöglich - und wandte sich als Drachentöter der Korruption hierauf erneut der Liquidierung der Heimwehr zu.

Die andauernde Ignorierung der Friedensmission von Papens und die Behandlung des österreichischen Nationalsozialismus als einer jeglichen Verfolgung ausgelieferten "Illegale" bekam nun sogar nach Schuschniggs Auffassung ihre gefährliche Seite. Konnte angesichts der außenpolitischen Kräfteverlagerung in Europa nicht eines Tages über seinen Kopf hinweg eine unmittelbare Verständigung zwischen Berlin und Rom auch über diese Frage Platz greifen? Da er sich wenigstens über die wahren Qualitäten seines Bundesgenossen Starhemberg keiner Täuschung hingab, und nach dem Phönixskandal die Heimwehr als politische Machtgruppe für sturmreif hielt, sollte sie die Zeche im voraus bezahlen, die er der nationalen Opposition ohne Preisgabe der Grundlagen des Systems aufzutischen gedachte. Schon die Entsendung des Staatsrates Glaise-Horstenau, dessen gute Beziehungen zu reichsdeutschen Militärkreisen bekannt waren, als Vertreter der Bundesregierung zur Berliner Prinz-Eugen-Feier im April 1936 ließ aufhorchen. Starhemberg, der endlich auch einen Klimawechsel verspürte, erleichterte durch sein albernes Verhalten ungemein die Absichten des ihm in der Durchführung von Intrigen weit überlegenen Kanzlers. Er stellte öffentlich seine Treue unter Bedingungen und drohte, die Entwaffnung der Heimwehr um keinen Preis zuzugeben; auch dies allerdings mit einer Einschränkung: "Nur über meinen Kopf geht derzeit der Weg zur Entwaffnung des Heimatschutzes!" In höchst unangebrachter Weise wollte er das Interesse Italiens auf sich ziehen und gratulierte dem Duce im Namen des österreichischen Fascismus zur Aufhebung der Genfer Sanktionen. Da griff Schuschnigg mit raschem Griffe ein, nötigte den Vizekanzler zur Demission, ließ vom Ministerrat ein neues V. F.-Statut genehmigen, wonach der Bundeskanzler - also er statt des Fürsten! - von Amts wegen Frontführer sei und verwandelte das Zwittergebilde "Freiwillige Miliz-Österreichischer Heimatschutz" in eine unter der Oberleitung von Berufsmilitärs stehende "Frontmiliz". Wie vorauszusehen, verzichtete Starhemberg, als er sein großes Wort hätte einlösen müssen, Hals über Kopf auf jeden Widerstand, ließ sich mit dem Restbestand seiner Würden als Turn- und Sportführer und Protektor des Mutterschutzwerkes abfinden und reiste mit seinem jüdischen Freunde und Financier Mandl nach Rom, um dort nur seine politische Abdankung bestätigt zu erhalten. Vergebens glaubte er in einer Reorganisierung der nun entmachteten, aber noch nicht aufgelösten Heimwehr einen letzten Trumpf in der Hand zu haben.

Die überraschende Nachricht vom Sturze des Fürsten galt im In- und Auslande als Abkehr vom reinen Terrorismus, wie er ohne und mit Verfassung seit über drei Jahren geübt wurde, und für ganz kurze Zeit gewann der Sieger Beifall auch jenseits der unsichtbaren Schranke, die seine Regierung nach wie vor von dem gesunden Volksbewußtsein trennte. Nur wenigen Eingeweihten war damals bekannt, daß Schuschnigg die Konzentration der Macht in seiner Hand mit einem Schritt verbunden hatte, der scheinbar der Versöhnung, tatsächlich aber wohl nur der Spaltung der nationalen Opposition und dem besseren Ansehen des Systems im Auslande hätte dienen sollen. An demselben Tage, an dem der Bundeskanzler Starhemberg den Stuhl vor die Tür setzte, ließ er ohne jede vorherige Sondierung den Unterrichtsminister Schobers, Professor Heinrich von Srbik, dessen Berliner Vorträge im Wintersemester als ein geistiger Brückenschlag gewirkt hatten, zu sich bitten und bot dem Historiker den Vizekanzlerposten an; auf die nur billige Forderung von Srbiks nach Bürgschaften für eine gedeihliche Wirksamkeit inmitten eines ihm innerlich fremden System - hatte er doch schon früher eine Berufung in den Staatsrat aus ähnlichen Gründen abgelehnt - brach Schuschnigg die Verhandlungen sofort wieder ab, spielte grundlos den persönlich Gekränkten und nahm eine belanglose Heimwehrgröße, den Baron Baar-Baarenfels, auf den leergewordenen Posten, um ihn gelegentlich gegen den obersten Heimwehrführer auszuspielen. Unter dem Gerede von vaterländischer Konzentration verbarg sich eben nichts anderes als der Machtanspruch eines politischen Katholizismus und Unlust zur Durchführung der immer vordringlicheren großen Befriedungsaktion.

Den an sich nicht unangemessen erscheinenden Versuch, durch Srbiks Ernennung die deutsche Versöhnung zunächst als innenpolitische Lösung vorwärtszutreiben, ließ Schuschnigg ohne zulängliche Motivierung fallen. Die Ernennung des bis dahin wenig bekannten Schriftstellers Guido Zernatto zum Generalsekretär der V. F., die gleichzeitig mit dem Rücktritt Starhembergs von der Frontführung erfolgte, erschien zwar zusammen mit der Kontrolle der Wehrverbände irgendwie etwas Neues vorzubereiten. Auch der Unterton der Reden Schuschniggs milderte sich zum erstenmal nach der

nationalen Seite hin und bewegte sich in Andeutungen einer kommenden Amnestie. Unbeschadet des nutzlosen Ausgangs der Begegnung des Kanzlers mit von Srbik blieben die Gespräche von Glaise-Horstenau mit Papen in Fluß und es bedurfte eines neuen Anstoßes im Raume der Außenpolitik, um endlich von dieser Seite her die grundsätzliche Entscheidung für die Befriedung zu erreichen. Der Duce, der kurz vorher Starhemberg geschnitten hatte, lud plötzlich den nunmehrigen Alleininhaber der Macht zu sich nach "Rocca delle caminale" und es kam abseits des diplomatischen und journalistischen Getriebes zu einer sehr vertraulichen Unterredung, für die es bezeichnend war, daß die sonst bei Schuschnigg-Reisen so redseligen Zeitungen sich diesmal für eine möglichste Herabstimmung ihrer Bedeutung verwendeten. Eben dank des Zögerns der Zionswächter der österreichischen "Unabhängigkeit", das Notwendige rechtzeitig von sich aus zu tun, kam die österreichische Frage neuerdings aufs zwischenstaatliche Geleise. Doch diesmal war es gerade die Vormacht der Römerprotokolle, die der Unnatur der vom Genfer Geist eingegebenen Kollektivaktionen ein Ziel auch in dieser Zone setzte und eine unmittelbare Verständigung Wiens mit Berlin als Notwendigkeit erklärte.

Der Juli-Vertrag von 1936 und seine Verleugnung

Am 11. Juli 1936 wurde die Öffentlichkeit aufs höchste durch die Meldung über eine Verständigung zwischen den "beiden deutschen Staaten" überrascht. Die Reichsregierung und die Bundesregierung hätten neue Grundlagen für ihre in Natur und Geschichte begründete, aber dreieinhalb Jahre lang unterbrochene Zusammenarbeit gefunden. Anerkannter Ausgangspunkt der Neuregelung bildeten die Erklärungen des Führers in seiner vorjährigen Mai-Rede. Ausdrücklich nur in diesem Sinne erkannte Deutschland die vielgenannte "Unabhängigkeit", d. h. die Staatlichkeit Österreichs an. Die Bundesregierung hinwiederum verpflichtete sich, ihre Politik eingedenk der Tatsache, daß Österreich ein deutscher Staat sei, zu führen. Im Hinblick auf die stets von dem außenpolitischen Kräfteparallelogramm mitbestimmte staatliche Struktur Österreichs hätte schon die hier verpflichtend festgelegte Ausrichtung der Ballhauspolitik zu einer entsprechenden, inneren Kräfteverlagerung führen müssen. Aber damit und mit der in der Präambel angeführten Zitierung der Führerrede nicht genug, wurde im Staatsvertrag die Einleitung einer Reihe von Maßnahmen festgelegt, welche seine Durchführung sicherstellen sollten; mochten damit auch Ausschüsse der beiderseitigen Außenämter betraut werden, so übertrug sich jeder ihrer Erfolge zwangsläufig sofort auch auf den inneren Zustand Österreichs. Wenn die Reichsregierung von einer "Einmischung mit Einschluß der Frage der österreichischen NSDAP.", die also trotz Verbot fortbestand, absehen wollte, dann war damit nur die Ausgangsstellung der Reichsführung von 1933 unterstrichen, wonach der Kampf der Bewegung in Österreich sich ohne Einsatz der staatlichen Machtmittel Deutschlands im Rahmen der hier geltenden Legalität zu vollziehen habe. Der Verfassungsbruch des Systems hatte freilich die Voraussetzungen dazu willkürlich beseitigt und gleichzeitig das Verhältnis der beiden Seiten zueinander auf des Messers Schneide getrieben. Wenn jetzt Schuschnigg unter dem Druck der wider sein Erwarten und Zutun umgestalteten auswärtigen Lage feierlich eine "Normalisierung" der Beziehungen zu Berlin versprach, die dem Reich hingegen z. B. die Aufhebung der Grenzsperre ermöglichte, so war damit unabdingbar die Pflicht zur Herbeiführung einer "Befriedung" der nationalen Opposition verbunden, deren wachsender Druck ihn von der anderen Seite her zum Abschluß gedrängt hatte.

In Erwägung dieser Tatsache wurde noch vor dem förmlichen Vertragsabschluß zwischen dem Kanzler und dem bevollmächtigten Gesandten von Papen in Wien am 11. Juli, auf dem Obersalzberg am 10. Juli ein zunächst streng vertraulich behandeltes Gedächtnisprotokoll zwischen dem Führer selbst und dem dazu von Schuschnigg beauftragten Staatsrat Glaise-Horstenau genau festgelegt, in welchem die Heranziehung der "nationalen Opposition" von der Wiener Regierung ausdrücklich zugesagt war; die von der Gegenseite zugebilligte Zusicherung, daß dem Kanzler selbst die Auswahl der in Betracht kommenden Persönlichkeiten zustehe, bildete keinesfalls, wie er es später praktizierte, einen Freibrief, der alle Zusicherungen in den auch damals nicht sehr überzeu-

genden guten Willen Schuschniggs stellte. Denn als eigentlicher Treuhänder wurde für das Wirksamwerden dieser Maßnahmen der unbedingt loyale Glaise-Horstenau vom Führer gewünscht und von Schuschnigg anerkannt. Wie weitgehend die Folgen des 11. Juli damals von Wien anerkannt wurden, geht überzeugend aus den näheren Bedingungen über die sofort zu erlassende Amnestie für die eingekerkerten Nationalsozialisten und über die Rückführung der Flüchtlinge hervor, die eben nur in einem völlig geänderten innenpolitischen Klima in Österreich durchführbar war. Obwohl nur von einer "nationalen Opposition" in diesem als Gentleman-Agreement seiner rechtlichen Natur nach zu umschreibenden Dokument die Rede war, um der künftigen politischen Formgebung in Österreich (zumal in Hinblick auf die gleichlaufende sudetendeutsche Bewegung) nicht vorzugreifen, konnte es sich nach Sinn und Wortlaut der Vereinbarungen nie und nimmer um ein anderes Problem als die Überführung der "Illegale" ins gesetzmäßige, öffentliche Leben handeln, was ja auch von Glaise als Kronzeugen nie anders aufgefaßt wurde. Zweifellos haben die unabhängig von anderen Versuchen ins Werk gesetzten Verhandlungen zwischen Papen und Glaise ein Vertragswerk ausgearbeitet, das in seinen offenen und seinen vertraulichen Teilen von großer volkspolitischer Bedeutung war. Es zog mit nüchternem Blick die erfreulichen wie die bedauerlichen Tatsachen der Lage in Rechnung und bot dem Bundeskanzler für die Betätigung seines jetzt mehr denn je betonten Versöhnungswillens eine große Chance. Er hatte es von nun an in der Hand, die unnatürlich und verderblich verkrampften Verhältnisse ohne Überstürzung und ohne Störung verständnisvoll zu lösen. Zu seiner Unterstützung und gleichsam als ein Unterpfand des nun von aller Welt teils erhofften, teils befürchteten, aber jedenfalls im Vertrage verankerten Neuen Kurses berief er noch am 11. Juli selbst Glaise-Horstenau zum Bundesminister mit Sonderaufgaben zur inneren Ordnung und den noch jungen, bisherigen Kabinettschef des Bundespräsidenten Miklas, Guido Schmidt, zum Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten in die zunächst sonst noch unveränderte Bundesregierung. Die nationalsozialistische Opposition erklärte auf den ihr zur Verfügung stehenden Wegen - darunter auch im "illegalen" *Beobachter* - unter Rückstellung aller noch so berechtigten Vergeltungsforderungen ihr Möglichstes zum Gelingen des vom Führer selbst gutgeheißenen Werkes beizutragen.

Der erste Eindruck des Juli-Abkommens war ein gewaltiger. Mit einem unwahrscheinlich kühnen Zug schien mit einem Male, wie es Staatssekretär Schmidt selbst ausdrückte, die deutsche Zwietracht mitten ins Herz getroffen! Eine wahre Aufruhrstimmung ergriff alle in- und ausländischen Nutznießer des über dreijährigen Bruderkrieges, während die "Brückenbauer", allen voran der Minister Glaise-Horstenau selbst, in dem Staatsvertrag allein nur die Einleitung zu einer den deutschen Charakter Österreichs betonenden, friedlichen Umbildung des Gemeinwesens ansahen, das erst dann in jeder Weise seinen naturgegebenen Platz an der Seite des immer mehr emporblühenden Reiches ausfüllen würde. Noch ehe die beiderseitigen Hindernisse für den Personenverkehr über die Grenze hätten fallen können, wurde die von gewissen Kreisen als unentbehrlich angesehene Sperre der publizistischen Erzeugnisse des Reiches durchbrochen. Von Vierteljahr zu Vierteljahr war bisher eine Dollfuß-Verordnung, die schlechterdings alle reichsdeutschen Zeitungen verbot und erst entsprechende reichsdeutsche Gegenmaßnahmen ausgelöst hatte, verlängert worden. Lediglich der *Frankfurter Zeitung* war unter Berufung auf Wünsche aus Wirtschaftskreisen später eine Ausnahmebehandlung zugestanden worden; aber sogar die katholisch gefärbte *Saarbrücker Zeitung* verlor mit dem Tage, da sie eine reichsdeutsche wurde, die Zulassungserlaubnis und nur auf dem Umwege über die auch oft genug beschlagnahmten *Danziger Nachrichten* konnte der eifrige Wiener Zeitungsleser (von "illegalen" Aushilfen abgesehen) sich über das Dritte Reich ohne unerwünschte Vermittler unterrichten. Dabei ist zu bemerken, daß auch in der härtesten Kampfzeit bis Juli 1934 die (sachlich noch so gerechtfertigte) Polemik gegen das Wiener System nur einen Sektor neben anderen in der nationalsozialistischen Presse ausfüllte, indessen ein großer Teil der Systempresse überhaupt nur von der Negation sich fortfristete. Jetzt wurde sofort wechselseitig ein halbes Dutzend Zeitungen zugelassen; darunter als Vorbereitung für den kommenden freien Verkehr in der *Essener National-Zeitung* ein parteiamtliches Organ, das für Österreich eine eigene Wiener Schriftleitung mit dem hier bewährten, klugen und kenntnisreichen Dr. Hans Krüger besetzte, und einen für die öffentliche Meinung wichtig gewordenen Kolportagedienst errichtete. Noch breitere Kreise wurden

durch die fast unbeschränkte Freigabe der Zeitschriften, und zwar mit Einschluß des *Illustrierten Beobachters*, erfaßt; waren doch bisher nur österreichische Ausgaben einiger "Illustrierter" geduldet, die alle Bilder von führenden Männern der Bewegung, von Aufmärschen u. a. durch harmlosere Darstellungen ersetzen mußten. Die vom Reiche dringend gewünschte weitere Auflockerung der Pressesperre bis zu ihrem gänzlichen Fall hatte allerdings eine Voraussetzung nötig, nämlich eine innere Wandlung des österreichischen Zeitungswesens, von der man noch nichts bemerken konnte. Schuschnigg lieferte dazu selbst im Juli 1936 einige, wenig verheißungsvolle Beiträge, als er den Schriftleiter Dr. Canaval des ihm nahestehenden *Sturm über Österreich* mit der politischen Aufsicht der Wiener Kolportage *Telegraf*-Blätter betraute, wodurch ein neuer krypto-marxistisch-legitimistischer Wechselbalg entstand, oder indem er einen in Innsbruck unmöglich gewordenen klerikalen Hetzredakteur mit allen Zeichen des Vertrauens in die Wiener Zentrale der V. F. einberief.

Wenn der mit dem Juli-Abkommen bewirkte Durchbruch am sinnfälligsten im Alltag der Publizistik zum Ausdruck kommen mußte, so eröffneten sich aber auch auf anderen bisher hoffnungslos verschütteten Gebieten neue Aussichten. Die für nicht geschäftliche Zwecke gesperrte Ausreise ins Reich machte nun bald einer kontrollierten Neuordnung Platz, wonach jeder Paßinhaber ohne nähere Begründung eine Dauerbewilligung für Reisen ins Reich verlangen konnte. Das ermöglichte nicht allein einen dichten (nebenbei auch für "illegale" Kurierdienste ausgenützten) Personenverkehr ins Reich; es konnten sich vielmehr die Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenzen auch auf Tagungen und Versammlungen, sofern sie nur nicht betont politisch waren, vereinigen. So fielen auch die schmerzlichsten Fesseln der Alpenvereins- und Schutzvereinsarbeit: Hofrat Maximilian Mayer, dessen umsichtige Führung die Südmark auch in schwerster Zeit vor dem völligen Erliegen bewahrt und das Emporkommen einer legitimistisch gefärbten, das Donaudeutschtum verwirrenden Konkurrenzgründung verzögert hatte, konnte wieder die Verbindung mit dem VDA. aufnehmen; Professor von Klebelsberg in Innsbruck aber, der die Führung des gesamten Alpenvereins trotz aller Spaltungsversuche in der Hand behalten hatte, durfte in einer festlichen Doppelveranstaltung in Bad Tölz und Innsbruck wieder die Bergsteiger zusammenführen und die für das Alpenvolk so wichtige Hüttenarbeit aufnehmen lassen. Nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten und nach vorgenommenen Satzungsänderungen gelang allmählich auch die teilweise Wiederaufrichtung des durch den Julisturm besonders hergenommenen, weitverzweigten Deutschen Turnerbundes, dessen Wichtigkeit für die Charakterstählung weiter Kreise hoch anzuschlagen war; ähnlich stand es mit der Wiederaufrichtung der früher besonderen Aufgaben der Anschlußarbeit dienenden Einrichtungen wie des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und der Österreich-Deutschen Arbeitsgemeinschaft oder des Deutschen Klubs in Wien und anderer vereinsmäßiger Zusammenschlüsse. All diese unleugbaren Errungenschaften des 11. Juli sind ohne die geduldige Kleinarbeit des Ministers Glaise-Horstenau und des späteren Staatsrates Seyß-Inquart nicht zu denken. Bis zu dieser Linie vermochten die Brückenbauer noch den widerstrebenden Kanzler vorzudrängen, der sich von anderen Systemgrößen soweit unterschied, als er sich trotz [126] seiner überheblichen Rhetorik der Folgen eines offenen Vertragsbruches bewußt blieb. Dennoch ist der doppelzüngige Beschützer des Doppeladlers soweit wie irgendeiner der Dollfuß-Verschworenen von einer wirklichen Erfüllung des Juli-Vertrages nach Geist und Buchstaben entfernt gewesen. Noch in seinem zu Ende 1937 erscheinenden *"Kanzler-Buche"* wird er die Stirne haben, bei der Zitierung des Juli-Abkommens die es einleitende und fürs Ganze entscheidende Anführung der Führerrede vom Mai 1935 einfach zu unterschlagen. Symbolisch für den Sieg des verneinenden Geistes über den unantastbaren Buchstaben des Vertrages wurde die Durchführungsverordnung, wonach Gaststätten die nun für reichsdeutsche Besucher freigegebene Hakenkreuzfahne nur zusammen mit den Staatsfarben und noch drei anderen Fahnen hissen durften!

Ohne rednerische Übertreibung kann man sagen, daß die "vaterländische" Sabotage des Juli-Abkommens am Tage seiner Unterzeichnung begann. Den Vereinbarungen mit dem Reiche entsprach es, wenn die Öffentlichkeit zunächst nur mit dem Texte des in Wien unterzeichneten Staatsvertrages ohne das Gentleman-Agreement von Berchtesgaden bekanntgemacht wurde. Aber in absichtlicher Entstellung der Tatsachen, die zu dem Vertrag geführt hatten und in ihm festgesetzt waren, behaup-

tete die Wiener Regierungspropaganda, die von Dollfuß und seinem Nachfolger getriebene Außen- und Innenpolitik sei nun vom Reiche geradezu sanktioniert worden; denn das "unabhängige" Österreich habe - eine groteske Tautologie! - nie eine andere als "deutsche" Politik gemacht und der Nationalsozialismus bleibe nach wie vor verboten, es könne also auch von einer Kursänderung in der Innenpolitik nicht die Rede sein! Auf derselben Zeitungsseite des 12. Juli, die den Vertragstext brachte und dessen gänzliche Belanglosigkeit für die Auseinandersetzung mit der "Illegale" kühn behauptete, konnte man auch schon den Wortlaut eines neuartigen "Staatsschutzgesetzes" finden, das die Verfolgung der "Staatsfeinde" auch für die Zukunft sicherstellte. Hätte diese Vernebelung noch als Rückzugsmanöver eine gewisse Erklärung finden können, so ging das System schon in der zweiten Juli-Hälfte, als die zugesagte große Amnestie in Kraft treten sollte, zum ersten Gegenangriff über. Um einen Anlaß dazu war man wirklich nicht verlegen.

Beim olympischen Staffellauf nach Berlin, der von der ungarischen Grenze her quer durch Wien ging, kam es zu Kundgebungen der Jugend, die bei einer wirklich angestrebten Normalisierung der deutsch-österreichischen Beziehungen gar nichts Auffälliges an sich getragen hätte. Freilich paßte hierzu schon die während der Feierlichkeit auf dem Heldenplatz gehaltene Ansprache des Sportführers Starhemberg sehr wenig, die zum Unterschied von den Vertretern nichtdeutscher Völker bei demselben Anlaß kein einziges freundliches Wort für das Gastland der Olympischen Bewerbe anbrachte. Die Scharfmacher aber stürzten sich sofort auf die Ausnutzung jener "Zwischenfälle", z. B. das Absingen des Deutschlandliedes als einer Gelegenheit zur Kompromittierung der Nationalsozialisten und des neuen Abkommens, das ihnen eigentlich ebenso wie diese verhaßt war. Die Wiener V. F. zwang die Beamten und Angestellten, unterstützt von gewissen kryptomarxistischen Kreisen, zu einer "Massenkundgebung" gegen die sogenannte Gefährdung des Vaterlandes durch die Umtriebe der nach wie vor verfehmten "Illegale", die auf ihr Sündenregister jetzt auch noch den Ungehorsam gegen den angeblichen Unterwerfungswillen des Führers bekam. Als Sühnemaßnahme wurde sogar die Amnestie in Verwaltungsstrafsachen unterbrochen. Bei diesen vom Zaun gebrochenen und durch besonders dreiste Fälschungen hervorstechenden Umtrieben trat zur Überraschung der Öffentlichkeit der neue V. F.-Generalsekretär Zernatto auffällig in Erscheinung und sein Name ist seither in unheilvoller Weise mit der Verkümmerung des Juli-Werkes bis zur Erschöpfung seiner Möglichkeiten verbunden geblieben. Er hat mit der Duldung durch den vertragschließenden Kanzler in sogenannten Vaterländischen Wandzeitungen und auf jedem sonst ihm zugänglichen Wege in den V. F.-Organisationen ganz falsche Vorstellungen über die Bedeutung des Juli-Werkes verbreitet, die, statt die Zeit zur Verbündeten der Verständigung zu machen, sie zuletzt ausschlossen. Zernatto war es, den bald darauf der Kanzler dazu ausersah, in seiner Anwesenheit mehr als einmal zu erklären, daß er, Schuschnigg, außer den öffentlich bekanntgegebenen Verpflichtungen im Juli keine anderen "geheimen" eingegangen sei. Man verließ sich also - ein verdammt charakterloses und gefährliches Spiel! - darauf, daß das Reich öffentlich nichts dagegen unternehmen könne, ohne das System der von ihm bevorzugten zweiseitigen Pakte unheilvoll zu kompromittieren. Und dann hoffte man wieder durch Erfüllung im einzelnen, der Anerkennung der ganzen Verpflichtungen entgehen zu können.

Wenn ein Stein in ruhiges Wasser geworfen wird, so wird es kurze Zeit Ringe aufwerfen und dann doch bald wieder unbewegt im Himmelslicht daliegen. So hat sich wohl auch Schuschnigg die Wirkung des von ihm als unvermeidlich erkannten Juli-Abkommens vorgestellt, obwohl er damit in Wahrheit nur einer längst überfälligen Strömung Eingang verschafft hatte, die wohl oder übel einmal die Führung an sich reißen mußte. Sobald der Jubel des Volkes über die ersten Freigelassenen verhallt und auf seine berechtigten Hoffnungen der erste Reif gefallen war, fühlte Schuschnigg den gewohnten Boden unter seinen Füßen und wandte all sein Sinnen und Trachten auf Zeitgewinn. Eben das, was geradlinig zur Normalisierung und Befriedung geführt hätte, vermied er mit einer aalglatten Geschmeidigkeit. Einen recht brauchbaren Plan seines neuen Ministers von Glaise zur Heranziehung der Nationalsozialisten unter Auswertung der nun einmal bestehenden Verfassungsformen wies er mit dem Hinweis zurück, daß er als Kanzler seine eigenen Wege gehen müsse. Den allenthalben umlaufenden Meldungen über eine weitere Regierungsumbildung und über Minister-

besuche im Reiche begegnete er mit dem höhnischen Hinweis, daß ihm darüber nichts bekannt sei, und er sich Art und Zeitpunkt einer Änderung im Kabinett als ganz persönlichen Entschluß vorbehalte. Schuschnigg legte sich seit dem 11. Juli in der Tat eine eigenartig machiavellistische Regierungskunst zurecht, indem er zwar Glaise und Schmidt gegenüber den vaterländischen Radikalinskis unbedingt zu halten entschlossen war, zwischen sie und ihre Kollegen jedoch gleichsam eine Isolierschicht einlegte. Guido Schmidt blieb Staatssekretär und konnte im November auch einen recht gut verlaufenen Besuch in der Reichshauptstadt machen. Aber die Bürokratie am Ballhausplatz wie die Außenposten der Diplomatie führten unter ihrem bisherigen Mentor, dem Gesandten Hornbostel, ihre separatistische Politik weiter; der einzige mit Schmidt harmonierende Mitarbeiter war ein aus dem Unterrichtsministerium geholter jüngerer Beamter (Dr. Wilhelm Wolf). Glaise-Horstenau wurde zwar anläßlich der erstbesten Kabinettsumbildung mit Aufgaben des Innenministeriums betraut und ihm endlich ein entsprechender Kanzleistab beigegeben, was zuerst unterblieben war; aber die Polizeigewalt blieb seinem Wirkungskreis entzogen und statt einer konstruktiven Tätigkeit sich zu widmen, mußte er seinen allgemein gerühmten guten Willen auf den Versuch zur Abstellung unzähliger Beschwerden aufwenden.

Als Schuschnigg sich zu einem neuen Entschluß aufraffte, im Oktober noch ein letztesmal gegen die Restbestände der Heimwehr durchgriff, ihre Auflösung verkündete und die Jämmerlinge der Starhemberg-Führerschaft, die eben ihrem bisherigen Condottiere noch einmal Treue geschworen, auf sich als dem Postengeber verpflichtete, schien die Art seiner Regierungsumbildung eher der Erschwerung einer Befriedung im Sinne des von Glaise verbürgten Juli-Abkommens zu dienen. Die Justiz z. B. übergab der Jude Winterstein dem vom C. V. gewünschten Herrn Pilz, dessen Ruf im Aussinnen neuartiger Verfolgungen der Nationalsozialisten während seiner Amtszeit als Bezirkshauptmann begründet war. Ein Paradestück dieser Politik mit doppeltem Boden war der Kampf um den Rücktritt des Bundespressechefs Eduard Ludwig, dessen weiteres Verbleiben selbst Schuschnigg als unvereinbar mit dem Geist des Juli-Abkommens anerkennen mußte. Statt nun für einen neuen Kurs Sorge zu tragen, ernannte er entgegen allen wohlgemeinten Ratschlägen den Oberst Adam aus dem Reichspost-Kreis, der als ehemaliger Berufsoffizier vielleicht in der Form, als Legitimist gewiß nicht in der Sache von Ludwigs Spuren abwich. Damit hatte es noch keineswegs sein Bewenden. Er zog den auf der einen Seite verabschiedeten Günstling mit Zeichen unveränderten Wohlwollens auf der anderen "zu besonderen Aufgaben" in seiner unmittelbaren Umgebung heran, erzwang kurz darauf seine "Wahl" zum Präsidenten der neugegründeten Bundes-Pressekammer und vernahm wohlgefällig von den wochenlangen demonstrativen Kundgebungen der bisher durch Ludwigs Taktik großgezogenen jüdischen Journaille für ihren Gönner. - Nach ähnlichen Grundsätzen verfuhr der Kanzler, was leicht reihenweise mit Beispielen zu belegen wäre, auch bei sonst auftretenden Personalfragen in Staat und V. F. Statt, wie es der Glaise-Plan vorgesehen, durch Aufnahme von Verbindungsmännern die Legalisierung der Nationalsozialisten vorzubereiten, führte er solche Verhandlungen immer wieder auf den toten Punkt, nicht ohne dabei die Unterhändler nach Möglichkeit noch im nationalen Lager zu diskreditieren. Ein weiteres, von ihm oft angewandtes Mittel war, wie schon oben angedeutet, für eine Neubesetzung auch im Zeichen des Juli-Abkommens unmögliche Scharfmacher in Vorschlag zu bringen, um sie dann zum Zeichen seiner Loyalität gegen nicht wesentlich bessere Elemente wieder preiszugeben. Ebenso stimmte er seine zahlreichen "programmatischen" Reden nach wie vor auf Kampf gegen den "Staatsfeind Nazismus" ab, um dann inmitten seiner Polemik und schon deshalb, wie beabsichtigt, wirkungslos die Erklärung abzugeben, daß der nationalen Opposition die Tore der V. F. weit geöffnet seien.

Der Höhepunkt der zwischen Hoffnung und Verzicht stehenden, verworrenen Nach-Juli-Periode, war der größte Appell, zu dem es die V. F. unter Einsatz härtester Druckmittel überhaupt brachte und der bezeichnenderweise in dieser Form nicht mehr wiederholt wurde. Am 18. Oktober fand dieser, wie der Wiener Witz sagte, "Schmelz-Auftrieb" auf dem großen altösterreichischen Exerzierplatz statt, wobei aber die Anwesenden nur einen lyrischen Erguß des Kanzlers zu hören bekamen. Die seit Tagen in Wien umgehenden Gerüchte, so außerordentliche Vorbereitungen müßten einer Erklärung von ungewöhnlicher Bedeutung dienen, wurden allerdings gründlich widerlegt.

Weder die Versöhnung der nationalen Opposition noch die Heimholung Ottos konnten die aufgebotenen Massen, sofern sie sich nicht überhaupt rechtzeitig vom Festplatz gedrückt hatten, zur Kenntnis nehmen. Dagegen sprach der Kanzler von einem Dreiklang des Liedes der Arbeit, der Erde, der Jugend zur Symphonie "Heimat" Österreich - das ist nur wenig Manna für das hungernde Volk gewesen und daran änderte auch nichts die Tatsache, daß der aus Nazifurcht und Geldmangel schon zur Auflösung bestimmte Freiwillige Arbeitsdienst an diesem Tag weit größeren Mustern folgend mit dem Spaten auf der Schulter aufmarschiert war. Die sogar für Schuschnigg auffällige Dürftigkeit der von der Organisation der V. F. abgegebenen Äußerungen erklärte sich mit daraus, daß er es aus guten Gründen vorgezogen hatte, die politische Marschlinie einem noch viel gefügigeren Publikum am Vorabend im Parlamentsgebäude bekanntzugeben. Während er hier nur in ganz allgemeinen Redensarten auf eine kommende, der nationalen Befriedung dienende organisatorische Erweiterung der V. F. hinwies, machte er das unter dem Eindruck des Juli-Abkommens festgefahrene Schiff des Legitimismus wieder flott und bat die Schwarz-Gelben lediglich um Rücksicht aus taktischen Gründen. Auch für die Zukunft behielten sie ihre, dem Totalitätsanspruch der V. F. eigentlich zuwiderlaufende Begünstigung einer völlig autonomen Spitzenorganisation im "Eisernen Ring". Gerade im Zeichen des Juli-Abkommens durfte die Wiesnersche Propaganda verkünden, die Thronbesteigung Ottos sei das zuverlässigste Mittel zur Verhinderung einer dauernden Normalisierung der deutsch-österreichischen Verhältnisse. Der Kaisergemeinderummel aber feierte um so mehr fröhliche Urständ, als der Kanzler zwar den Willen des österreichischen Volkes, nicht eine Aktion der Regierung für die endgültige Regelung der Staatsform entscheidend erklärt hatte, gleichzeitig jedoch den Legitimisten mitteilen ließ, er denke bei dieser Äußerung des Volkswillens durchaus nicht an die (von beiden Teilen so gefürchtete) Form einer freien Volksabstimmung.

Einen Augenblick lang durchzuckte ein greller Strahl wie ein Vorbote befreiender Gewitter die stickige Luft, in der sich jene Lemuren wohlfühlten. Eine Anzahl Männer, die mit Wissen des Kanzlers im Siebener-Ausschuß (Vorsitz: Dr. Jury) vereinigt waren und ein eigenes Büro in der Wiener Teinfaltstraße unterhielten, berieten sich über die unter den gegebenen Verhältnissen zweckmöglichste Form zur Heranziehung der Nationalen Opposition am öffentlichen Leben. Unter Zugrundlegung der Erfahrungen mit der seinerzeitigen Aktion Reinthaller entstand der Plan zur Gründung eines Deutsch-Sozialen Volksbundes, dem Schuschnigg anscheinend abwartend gegenüberstand. Da gelang es im Februar 1937 für einen Aufruf hierzu im ersten Anlauf die Unterschrift von 500 Persönlichkeiten zu gewinnen; hervorragende Vertreter von Österreichs Kultur und Wirtschaft zeugten als Proponenten im Sinne des österreichischen Vereinsgesetzes durch ihre Namen für die unabdingbare Bedeutung und Dringlichkeit des trotz des 11. Juli gänzlich ungelösten Befriedungsproblems. Erstmalig gelang es durch die Schnelligkeit des Vorgehens, Schuschniggs Kreise empfindlich zu stören und ihn "legal" unter Druck zu setzen. Wohl oder übel ließ er sich herbei, am 12. Februar zusammen mit dem Siebener-Ausschuß den damaligen "illegalen Landesleiter" Hauptmann Leopold zu empfangen. Zwei Tage später sagte er öffentlich ein Volkspolitisches Referat in der V. F. zu, das den Nationalsozialisten endlich einen festumschriebenen Anteil an der Innenpolitik geben sollte. Dagegen hielt er an seiner Ablehnung der geplanten Vereinsgründung unbedingt fest, angeblich aus Sorge wegen der auf den anderen Flügeln der V. F. zu befürchtenden Gegenwirkungen; tatsächlich aber in Furcht vor der dann zu erwartenden Weiterentwicklung der Dinge - hatte doch das bloße Bekanntwerden der Idee eines Deutsch-Sozialen Volksbundes sofort die Stärke der unterirdisch strömenden nationalen Welle jedermann zum Bewußtsein gebracht und einen mit der Zwangsorganisation der V. F. nicht vergleichbaren Erfolg voraussehen lassen.

Doch dessen ungeachtet wurde die Bereitschaft der nationalen Führung zu einer neuen Bewährungsfrist für den guten Willen der Bundesregierung, welche die Ausführung des Juli-Programms zu verantworten hatte, noch durch den für Ende Februar angekündigten Staatsbesuch des Reichsaußenministers Baron Neurath gestärkt. Durch eine neue unmittelbare Fühlungnahme sollte das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in Durchführung des grundsätzlich bereits Beschlossenen einer Besserung zugeführt werden, die sich endlich auch wohltätig nach innen äußern mußte. Die Wiesner-Legitimisten lasen sogar, obgleich die von den "Vereinsgründern" drohenden Gefahren offenbar abge-

wendet waren, aus der angekündigten Wiederaufnahme der Juli-Politik die ärgsten Befürchtungen heraus. Fast kam es zum Bruche des offiziellen mit dem Krypto-Legitimismus und seinem wahren Führer Schuschnigg, als er mit einer bei ihm gegen diese Seite völlig ungewohnten Härte den Plan Ottos durchkreuzte, als Privatmann die Schweizer Grenze zu überschreiten und eine vorläufige Hofhaltung in einem Alpenorte aufzuschlagen. Die außenpolitischen Motive zu diesem Schritt gegen das "Experiment" waren freilich zwingend. Denn andernfalls wäre Österreich unfehlbar in den Wirbelwind der doppelten Habsburgergegnerschaft der Achsenmächte und der Kleinen Entente geraten, über die ja mindestens Jugoslawien keinen Zweifel ließ.

Soweit war die Lage Februar 1937 gereift. Der Neurath-Besuch hätte denn auch in einer gewissen Atmosphäre der Korrektheit verlaufen und eine wirkliche Entspannung vorbereiten können. Da prellten, der stillen Zustimmung des Kanzlers gewiß, die vaterländischen Scharfmacher zum Gegenangriff vor. Zuerst überschüttete man die Proponenten des Deutsch-Sozialen Volksbundes ungeachtet ihrer loyalen Zurückhaltung mit gemeinsten Anschuldigungen, die sich allerdings selbst richteten; so die groteske Unterstellung, es hätten sich in ganz Österreich nur 500 wohlsituierte Friedensstörer gefunden, hinter denen überhaupt keine arbeitenden Menschen stünden. Ein Linzer Blatt, das ihre Namen brachte, wurde dem Ruin zugeführt und dem Minister, der sich für sie verwendete, mit dem sofortigen Sturz gedroht. Die Verhinderung der Häuserbeflaggung für den ersten reichsdeutschen Staatsbesuch seit 1931 und die üble Instruierung der Tagespresse, die Beamten- und Parteiminister des Dritten Reiches gegeneinander auszuspielen suchte, verhießen weitere boshafte Verwicklungen. Unbekümmert darum wurde der Willkomm Neuraths am 22. Februar ein Tag lang vermißter öffentlicher Freudenbezeigungen der Wiener. Trotz der für einen Volksauflauf ungünstig gewählten Zeit fanden sich über 100 000 Menschen zur Spalierbildung längs der breiten Mariahilferstraße ein; seit Jahren hatte Wien einen solch elementaren Jubel nicht mehr erlebt. Kaum war aber der Wagen Neuraths vorbeigekommen, als sich die Polizei und für diesen Tag gedungene Gewalttäter auf diejenigen stürzten, deren Vergehen in nichts anderem als einem Gruß für den Gast der Bundesregierung bestand. Es kam zu unerquicklichen Szenen, die ihre Fortsetzung in der Absperrung des von Neurath bezogenen, mit den gefährlichen Hakenkreuzfahnen geschmückten Hotels gegen das Publikum, im Erscheinen skandalöser Aufsätze und Nachrichten über die Vorgänge auf der Mariahilferstraße in der Wiener Tagespresse und schließlich in der von der Regierung vorbereiteten Art der Abreise Neuraths fanden; unter Einsatz selbst berittener Polizei wurden die Straßen zum Westbahnhof vom Publikum freigehalten und durch eigens von der Provinz herangeholte, bezahlte V. F.-Männer besetzt, die in aufdringlicher Weise Hoch Österreich! Schuschnigg! u. ä. während der Vorbeifahrt des Ministers zu rufen hatten. Solche Vorgänge wertete auch das Ausland viel lebhafter als den öligen Trinkspruch des Systemkanzlers beim Empfang im Belvedere auf die hoffentlich immer zunehmende Harmonie zwischen den beiden deutschen Staaten. Vergebens verhallten Erklärungen Papens und Glaise-Horstenaus über die Nutzung der dem Frieden dienenden Mission des von Adolf Hitler entsandten Außenministers für das Gesamtdeutschtum. Als Nachspiel gab es sogar noch Beförderungen der hauptsächlich für die Vorkommnisse des 22. Februar verantwortlichen Personen, darunter die Ernennung des Wiener Polizeipräsidenten Skubl statt des angeblich zu laxen Sicherheitsministers Neustädter, dem auch noch die Zulassung der Volksbund-Aktion zur Last fiel. Der Bundeskanzler selbst aber erklärte in einer Ansprache vor der V. F. in Eisenstadt, über die man aus Prager Zeitungen noch Genaueres als aus Wiener erfuhr, daß Übergriffe von Gerichten und Behörden gegen die Braunen straffrei bleiben würden.

Die unnatürliche Ausdehnung der "Exekutive", die dem Staat wider Willen seit den ersten Bürgerblockregierungen als Erbteil anhaftete, steigerte sich seit 1933 derart, daß sie sogar in den Kulturraum dieses deutschen Landes einbrach und wo sie nicht bezwingen konnte, wenigstens Verwirrung anstiftete. So gab es unablässig Reibungsflächen mit den evangelischen Bekenntnissen, da sie neben dem immer mehr als Staatsreligion hervortretenden Katholizismus auf die Stufe der bloßen Duldung zurücksanken. Durch ihre Spannung mit dem Regime ergab sich wieder ein gewisser Gleichklang mit dem um ihres politischen Bekenntnisses verfolgten Volksgenossen - die Stellungnahme etwa des Superintendenten Heinzelmann von Villach interessierte ganz Österreich; die da und dort

recht stark einsetzenden Kirchenübertritte aber wurden dafür von den Behörden fast wie eine "illegale" Mitgliedschaft bewertet und durch Verwaltungsschikanen aufgehalten. Das hinderte aber, schon um der Gönnerschaft Englands willen, auf der anderen Seite nicht die gelegentliche Schaustellung der in Österreich, gemessen an der weltanschaulichen Vereinheitlichung im Dritten Reiche, herrschenden Bekenntnisfreiheit! Dieselbe Kunst wandte man an die Verhältnisse der Hochschule an. Dieselbe Diktatur, die sofort der Deutschen Studentenschaft die rechtliche Anerkennung entzog, ihre selbstgeschaffenen Einrichtungen einer vom Ministerium abhängigen Sachwalterschaft überantwortete, durch einen eigenen Hochschulkommissär viele hundert drakonische Disziplinarstrafen austeilte, in jede Hohe Schule Polizeiwachstuben setzte, und schließlich auch noch den Besuch "vaterländischer" Pflichtvorlesungen erzwang, sie verband sich mit dem C. V. (katholischen Verbindung) auf Gedeih und Verderb und - beließ trotz aller Verfolgung im Einzelnen das im Reiche einer neuen Idee aufgeopferte Waffenstudententum mit seinem Brauchtum. Ja, um überhaupt den mit Polizeigewalt aufgenötigten "vaterländischen" Firnis zu erhalten, waren die Sachwalter von Fall zu Fall doch immer wieder zu Kompromissen mit der unerschütterlichen, großen Mehrheit der "Nazi-Studenten" genötigt, die mit ihren studentischen Zusammenschlüssen vielfach noch "illegale" Gliederungen "tarnten". Dieses Verfahren setzte sich in die Fakultäten fort, wo man ebenso die Gegenlinie verbiegen und spalten wollte, aber im großen und ganzen nicht mehr als ein elastisches Ausbiegen der geschwächten Front erreichte, die nach wie vor bestand. Fast alle Hochschulen der Ostmark haben so wie in der studentischen Auslese auch zur politischen und geistigen Führerschaft der Bewegung ihr Teil beigetragen, und der Freiheitskampf von Graz oder Innsbruck ist nicht ohne den Einsatz seiner Hochschulen zu beschreiben. Hier sei beispielhaft nur auf die in besondere Nähe zu dem von dem C. V. Freunde Schuschniggs, Pernter, verwalteten Unterrichtsministerium stehende Universität Wien hingewiesen. Schon im Sommer 1933 beschwor eine im *"Verwaltungsarchiv"* erschienene Aufsatzreihe namhaftester Juristen über den Verfassungsbruch eine Verfolgungswelle herauf; ein weiterer Streitpunkt bildete der Beitrittszwang zur V. F. Allein drei frühere Rektoren, der Strafrechtslehrer Graf Gleispach (der Urheber des deutschen Studentenrechtes), der Historiker und Kriegsschuldforscher Hans Übersberger und der Naturforscher Othenio Abel mußten ihre Wirksamkeit ins Reich verlegen. Von zwei in der Seipel-Zeit im Regierungslager als deutsche Männer hervortretenden Professoren der Rechtsfakultät wurde **K. G. Hugelmann** grundlos verhaftet, in den Hungerstreik getrieben, und auch E. Schönbauer schweren gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt. - Im Zuge des Juli-Abkommens wurden die organisatorischen und personalpolitischen Verhältnisse kaum geändert - nach wie vor besetzte der Minister Lücken in den Fakultäten weniger mit Emigranten, die wie von Hildebrand dem gesellschaftlichen Boykott verfielen, als mit Persönlichkeiten, die etwa wegen jüdischer Versippung den Fortbestand des Regimes wünschen mußten, ohne ihm deshalb innerlich anzugehören. Aber das geistige Leben erhielt einen frischeren Luftzug durch wechselseitige Besuchsvorträge und Kongresse reichsdeutscher und österreichischer Gelehrter. Auch gelang es im Zeichen der gesamtdeutschen Geschichtsauffassung der schwer bedrängten Mittelschullehrerschaft die geistige Förderung zu bieten, die sie erwartete: So ging in tausend Stück das von 16 Mitarbeitern verfaßte Österreichwerk, hg. Srbik-Nadler, in Lehrer- und Schülerbüchereien, ein Erfolg, der bei seiner 1935 unter der lebhaften Anteilnahme von Glaise-Horstenau erfolgten Planung noch nicht gesichert war. Mitarbeiter dieses wegweisenden Buches finden sich auch in der von Seyß-Inquart begründeten Monatsschrift *Die Warte,* die nun ein Sprechsaal der "betont Nationalen" wurde, oder in der ebenfalls Seyß nahestehenden, der völkischen Schulung weiter Kreise dienenden, jugendfrischen Wochenschrift *Der Turner.* Diese Zugeständnisse wenigstens konnten im Zeichen des "11. Juli" das System nicht versagen und, so bescheiden sie gemessen an den berechtigten Erwartungen waren, genügten sie (wie die jüdische und legitimistische Kritik bewies), das Selbstvertrauen seiner Anhänger zu erschüttern.

So wenig als nur irgendmöglich für Befriedung und Normalisierung im Sinne der vorjährigen Juli-Verpflichtung; soviel als möglich dagegen für Legitimismus und Donauraumpolitik, die den Widerspruch dazu bedeuteten - zwischen Anziehung und Abstoßung lenkte Schuschnigg noch das ganze Jahr 1937 das unglückselige, seiner tüchtigsten Mannschaft beraubte Staatsschiff durch die Untiefen der europäischen Politik. Vergeblich warnte der Duce bei einer April-Begegnung in Venedig, die

wesentlich frostiger als die vorhergehenden verlief, vor einer Überspannung des Bogens. Er ließ seine Empfehlung einer Heranziehung der Nationalsozialisten an derselben Stelle durch Gajda veröffentlichen, wo kurz vorher eine scharf betonte Warnung vor legitimistischen Experimenten gestanden hatte. Schuschnigg aber, der bei Einleitung der Reise öffentlich nur der Freundschaft mit Italien und Ungarn gedacht, mußte nun im Venediger Communiqué mindestens grundsätzlich die Vorrangstellung Deutschlands an allen mitteleuropäischen Lösungen zugestehen. Nichtsdestoweniger richtete er seine außenpolitische und publizistische Arbeit auch weiterhin auf die sogenannte Organisierung des Donauraumes. Immer wieder kreisten seine Gedanken um Pläne, wie sie seit seinem Prager Vortrag in Erinnerung blieben und eine große Verwandtschaft mit den Absichten des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Hodza und des dahinter stehenden Quai d'Orsay aufwiesen. Die österreichische Regierung unterstützte also trotz des 11. Juli eine Konzeption, die dem mit Paris und nun auch mit Moskau verbündeten Benesch-Staat eine führende Rolle zuschob und den natürlichen Widerstand des wirklich erstrangigen Donaustaates heraufbeschwor. Noch während des Berliner Besuches von Benito Mussolini im September führte Schuschnigg unter einem Vorwande eine neuerliche Begegnung mit dem tschechischen Regierungschef in Baden bei Wien herbei. Ohne Rücksicht auf die Achse wurde eine Art wechselseitiger Lebensversicherung des tschechischen und österreichischen Systems neuerlich vor aller Welt bekräftigt; das Interesse Wiens an dem sudetendeutschen Aktivismus und Separatismus war durch Pressestimmen und Empfänge aktivistischer Politiker ebenfalls offenkundig und es lag sicher nicht an der mangelnden Rückenstützung durch die Ballhauspolitik, wenn die von Benesch und Hodza gegen Henlein gerichteten Februarversprechungen nicht zum erwünschten Ziele führten. Das Reich selbst freilich konnte nach solchen Erfahrungen nur mehr in abwartender Stellung zusehen, wie sich dieses System voll gewagter Halbheiten und Widersprüche angesichts der stets steigenden Weltgeltung Deutschlands allmählich totlaufen würde.

Ein Befriedungsversuch und sein Ende (Juni 1937 bis Februar 1938)

Fast ein Jahr nach dem Juli-Vertrag wurde ein Ansatz zur Erfüllung des Befriedungsversprechens gewonnen durch die Einrichtung des Volkspolitischen Referates, das schon Schuschniggs Februar-Erklärung statt der nicht gebilligten Vereinsgründung vorgesehen hatte. Aber selbstverständlich ging es auch dabei nicht ohne Quertreibereien ab. Viel rascher als dieses politisch wesentliche Volkspolitische Referat war das von den Legitimisten als Gegengewicht geforderte Traditionsreferat eingerichtet, als ob dafür irgendein dringliches Bedürfnis bestanden hätte. Es wurde auch nicht, wie zuerst vorbereitet, der an der Spitze des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und im Turnerbund und Alpenverein angesehene Wiener Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyß-Inquart, eine Persönlichkeit mit starken Verbindungen zur "Illegale" und besonders zur ϟϟ, zugleich zum Staatsrat und zum Referenten bei der V. F. (die ja noch immer als alleinige Quelle der politischen Willensbildung ausgegeben wurde) bestellt. Vielmehr erhielt am 20. Juli Seyß nur die Berufung in den Staatsrat mit Sonderaufgaben "zur Heranziehung bisher abseits stehender Kreise", wie es in einem merkwürdigen Amtsdeutsch hieß. Das Referat selbst vertraute man indessen einem Dr. Walter Pembaur aus Innsbruck an, der nur einem engen Kreis durch eine Schrift über Nationalismus und Ethik bekannt war und als zurückhaltende Natur sich dem Machtdrang eines Zernatto gegenüber unmöglich durchsetzen konnte. Als Pembaur z. B. seine These von dem notwendigen Primat der Kultur von der Politik zur Herbeiführung einer nationalen Renaissance in Österreich in einem Vortrag an der Universität Wien entwickeln wollte, da wurde ihm sogar dies, wie um sein Ansehen völlig zu untergraben, wegen eines formalen Fehlers bei der Anmeldung der Veranstaltung unmöglich gemacht. Noch mehr als bei Glaise-Horstenau, der immerhin im Kabinett seine Stimme nachdrücklicher gebrauchte, erschöpfte sich Pembaurs Tätigkeit in der Behandlung von Einzelfällen. Eine Fühlungnahme mit den breiten Massen der nationalen Opposition konnte er trotz vielen guten Willens bei persönlichen Verhandlungen zwischen legalen und "illegalen" Stellen niemals einleiten.

Im Gegenteil, um eine neue Friedensstimmung nur ja nicht aufkommen zu lassen, stellte Zernatto eben im Sommer 1937 ein Sturmkorps der V. F. auf, das den Terror der eingegangenen Wehrverbände, aus denen seine Mitglieder entnommen wurden, sofort erneuerte und seit seinen ersten Überfällen in Kärntner Städten allenthalben die Überzeugung im Volke bestärkte, daß jedes Paktieren mit diesem System aussichtslos sei. In dieser Richtung wirkte auch die offen zugegebene Bespitzelung von Teilnehmern des Deutschen Sängerfestes in Breslau oder die Strafmaßnahmen gegen die Stadt Wels, die ein österreichisch-deutsches Frontkämpfertreffen in nationalsozialistischer Gesinnung begrüßt hatte. Nach neuen Verschleppungen wurde im folgenden Oktober zwar dennoch die Ernennung von Volkspolitischen Referenten in den einzelnen Bundesländern durchgedrückt und etwa für Neujahr konnten Optimisten endlich mit einem Wirksamwerden dieses ganzen, eigentümlich legal-illegalen Apparats rechnen. Gewiß ist darüber der unmittelbar angegebene Zweck - eine Heranziehung der nationalen Opposition zur Mitarbeit in Staat und V. F. - wenn er überhaupt möglich war, unerfüllbar geworden und der Eintritt der oft angekündigten Mitgliedersperre am 31. Oktober blieb ein belangloses Ereignis. Aber mindestens einige dieser Referenten wie Prof. Dadieu in Steiermark, Ing. Breitenthaller in Oberösterreich und Dr. Reiter in Salzburg sind trotz aller Gegenminen ihrer Auftraggeber sowie Seyß selbst Wegbereiter einer kommenden Machtergreifung des Nationalsozialismus gewesen. Die Einfügung in die trügerischen Formen des Systems erforderte ein hohes Maß von Entsagung, Geschicklichkeit und Vertrauen; die Handhabung des zweischneidigen Schwertes der Scheinlegalität durch diese Männer aber stellte die Geschlossenheit des Systems zum erstenmal von Innen her in Frage.

Sogar die Zulassung des Führerbuches wurde ein Ereignis, das die hippokratischen Züge des sich erschöpfenden Systems nicht verleugnen konnte. Sein Verbreitungsverbot war selbstverständlich eine der ersten Maßnahmen von Dollfuß zur Rettung der "Unabhängigkeit" Österreichs, wie er sie verstand, gewesen. Nun erhob sich mit der Einleitung der Normalisierung zwangsläufig auch die Forderung nach der Beseitigung eines Verbotes, das als geradezu sinnbildlich für das Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten angesehen werden mußte. Endlich, im Juli 1937, gelang es dem damals neuernannten Staatsrat Seyß-Inquart die Einwilligung Schuschniggs für die Wiederzulassung zu erreichen und zwar der Originalfassung, nicht etwa einer "österreichischen Ausgabe". Aber ein Stacheldraht von Einschränkungen in der buchhändlerischen Werbung - so durfte u. a. nur je ein Stück des Buches in eine Auslage kommen - sollte die gefürchtete Wirkung wenigstens in der Öffentlichkeit abschwächen; und dies, obwohl Schuschniggs *Weltblatt* treuherzig versicherte, gerade die Lesung von *Mein Kampf* würde jedermann die Augen über den Abstand zwischen österreichisch-vaterländischer und nationalsozialistischer Auffassung öffnen. Verschiedene tätliche Anschläge des V. F.-Sturmkorps gegen Buchauslagen und Boykottversuche gegen Buchhändler führten nicht zum Ziele, da die Betroffenen sich gegen die Getreuesten des Kanzlers auf ihn selbst beriefen und eine Intervention Berlins in diesem Falle ihn um jeden Kredit bringen konnte. Da holte Schuschnigg zu einem wirklich erstaunlichen Gegenzuge aus und verfaßte unter Beihilfe seiner Berater Ludwig und Adam binnen weniger Monate selbst ein Kanzlerbuch, das wohl die Antwort auf die ihm innerlich verhaßte Zulassung von *Mein Kampf* vorstellen sollte und angefangen von den Äußerlichkeiten als gewolltes Gegenstück zum Führerbuch auf dem Weihnachtsmarkt erschien. Freilich was für ein Gegenstück! Zur Befremdung sogar der eingesessenen Vaterländischen in einem eben in Wien aufgemachten, jüdischen Emigrantenverlag (Thomasverlag Hegner) erschienen, in Antiqua gedruckt und mit einem salonfähigen, kühl wirkenden Umschlag versehen, so trat das Werk *Dreimal Österreich!* in die pseudodeutsche Bücherwelt jener Jahre ein. Der Anlage nach war es eine Art politischer Biographie des so hoch gestiegenen, erst vierzigjährigen Autors, ohne weltanschauliche Beschwernis zu lesen, dagegen durch allerlei Anekdoten und Enthüllungen von Treppengeheimnissen der Gegenwartspolitik noch zugkräftiger aufgemacht. Der absichtlich literarisch gewählte Stil verdeckte geschickt an der Oberfläche die wahre Verteilung von Haß und Liebe, als ob schon durch solche Kunstmittel ihm auch das abwartende Berlin und das umworbene Prag als Verbreitungsgebiet offen bleiben müßten.

Für den Kenner des Systems war freilich eben dieses Buch die dokumentarische Offenbarung des

Systems in seiner Sünden Maienblüte. So wenn Schuschnigg die Gefügigkeit Starhembergs damit quittierte, daß er diesen gewissenlosen Lebemann und vielfachen Bankrotteur als Patrioten von antikem Profil zeichnet; oder wenn er die Erziehung bei den Feldkircher Jesuitenpatres also sogar nach seiner Auffassung zu betont national kennzeichnet; oder wenn er in größter Gelassenheit den bizarren Titel damit erklärt, daß seine Biographie sich so wie die Entwicklung seines Vaterlandes in das Österreich Kaiser Franz Josephs, das Österreich Ignaz Seipels und das Österreich Engelbert Dollfuß' untergliedere, wodurch alle seiner "Tradition" unbequemen Volksbewegungen als nicht geschichtswürdig erschienen; oder wenn er in der Darstellung der Juli-Ereignisse behauptet, er würde sich sehr kurz fassen, da sie sonst nur frisch vernarbte Wunden wieder aufreißen müßte, und er nach dieser Einleitung Seiten hindurch ein mit mehreren Wachleuten aufgenommenes Gedächtnisprotokoll über den Tod von Dollfuß wörtlich abdruckt. Und was soll man erst über die Beiträge sagen, die Schuschnigg zu seiner eigenen Politik liefert? Er, der Justizminister des Kabinetts Dollfuß, schildert die Einleitung der Diktatur so, als ob es überhaupt keine Verfassung von 1920/29 gegeben hätte, auf die sein Chef und er selbst ihr Gelöbnis leisteten und sich damit ihren Normen unterwarfen. Dadurch erspart er sich freilich mit dem von ihm und seinesgleichen aufgerollten Staatsstreichproblem sich auseinanderzusetzen und die von ihm mitverantwortete, mehr als einjährige Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erfährt (wohl schon in Rücksicht auf die demokratischen Freunde in Westeuropa) mit keinem Worte eine Erwähnung. Einen doppelten Bluff stellt seine Zitierung des Juliabkommens dar: In anderem Zusammenhang erwähnten wir schon, wie er bei der wörtlichen Anführung des Vertrages gerade die entscheidende, auf die Führerrede vom Mai 1935 verweisende Präambel ausläßt; unmittelbar darauf überrascht er den Leser mit der Veröffentlichung des wichtigsten Befriedungsartikels aus dem vertraulichen Berchtesgadener Protokoll des 11. Juli, dessen Vorhandensein bisher überhaupt bestritten wurde, um dann sofort zu neuer Verwirrung hinzuzufügen, mehr sei nicht beschlossen worden, alle Behauptungen der NSDAP. über einen nicht erfüllten "Geheimvertrag" seien also falsch gewesen! Die Krönung dieses Bekenntnisses unter dem Titel *Dreimal Österreich* aber bildet die Anordnung eines dreifachen Buchabschlusses, was jedem Leser Gelegenheit gibt, eine der drei Masken - oder auch gar keine für das richtige Gesicht des vieldeutigen Kanzlers zu halten. In diese Epiloge sind auch Erläuterungen über den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Erfolge der nach dem 11. Juli eingeleiteten Befriedungsaktion mit vergleichenden statistischen Angaben über die Zahl der Erwerbslosen bzw. der politischen Häftlinge einbezogen, wobei auch hier sich ein unentwirrbarer Knäuel von Widersprüchen zwischen Behauptungen und Tatsachen ergibt, den die überheblichste Ironie schwerlich wettmachen kann.

Angefangen von der Veröffentlichung dieses sogenannten Kanzler-Buches mehrten sich um die Jahreswende 1937/38 die Anzeichen dafür, daß der "Frontführer" wohl infolge nervöser Überspannung (die er zwar einem ausländischen Zeitungsmann gegenüber ausdrücklich in Abrede stellen wollte) und durch seine Scheinerfolge in der Sabotage von Befriedung und Normalisierung geblendet das gerade für seine politische Seiltänzerei wichtige Augenmaß verliere. Das merkwürdigste, der Öffentlichkeit bekanntgewordene Dokument dafür ist ein in den ersten Januartagen in der achsenfeindlichen Londoner Zeitung *Daily Telegraph* erschienenes, ausführliches Interview. In einer merkwürdigen Mischung von Zynismus und Aufrichtigkeit bricht bei dieser Gelegenheit der noch in *Dreimal Österreich* literarisch und diplomatisch verklausulierte, aber weder durch den Juni 1934 noch 1936 gebrochene Haß gegen die deutsche Freiheitsbewegung in all ihren Erscheinungsformen durch. Gleich voran der lapidar erscheinende, an den wirklichen Verhältnissen gemessen allerdings empörende Satz, Österreich trenne ein Abgrund vom Nationalsozialismus! Denn Österreich, wird dann ausgeführt, sei nicht für willkürliche Gewalt, sei gegen eine (nationalstaatliche) Zentralisation; es kenne nur einen Gott und das sei nicht der Staat oder die Nation oder der dehnbare Begriff Rasse. Die Kinder Österreichs seien Kinder Gottes, die nicht vom Staate mißbraucht werden, Österreich verabscheue als humanitärer Staat den Terror, usw. Nach dieser für den Kontrahenten des Julipaktes unglaublichen, vor allem für den Beifall eines gewissen ausländischen Publikums bestimmten Attacke kamen merkwürdige Erörterungen über die letzten Ziele Schuschniggs. Er gab offen zu, sich nur in dem Vorgehen, nicht in den Hoffnungen von den offiziellen Legitimisten zu unterscheiden und die angeblich rasch zunehmende Annäherung der sogenannten Donaustaaten als beste Platt-

form für diese Zukunft zu betrachten; keine Überstürzung, sondern langsames Schaffen der Bedingungen für die Restauration! Mussolini wurde nur gelobt, weil er sich nicht in die auswärtigen und inneren Angelegenheiten Österreichs einmische, das keineswegs im Schlepptau Italiens laufe. Deutschland bekam zu hören, daß Österreich sich zwar seiner Bindung zu ihm bewußt sei, aber den Anschluß, der es zu einer Provinz, einem zweiten Bayern, herabsinken ließe, durchaus ablehne. Prophetisch, wenn auch in ganz anderem Sinne als dieser Europäer es meinte, wurde seine Erklärung, daß er zum Unterschiede von früher für die Erhaltung des europäischen *Status quo* sei, denn jede Änderung könne leicht vom Schlechtern sein. So bewegte sich die sogenannte Unabhängigkeitspolitik des Ballhausplatzes in einem unentrinnbaren, kreislaufartigen Geduldspiel von höchst problematischen, großösterreichischen Ansprüchen im Hintergrunde und einer bejahten, mit allem Jammer einer lebensunfähigen Kleinstaatlichkeit behafteten kleinösterreichischen Wirklichkeit im Vordergrunde.

Als der Bundespressechef Oberst Adam noch einmal zu einer Neujahrsansprache ans Mikrophon trat, da wußte er - an die Adresse von Freund und Feind gerichtet - kein wirksameres Argument vorzubringen, als die Tatsache, daß alle Vorhersagen über einen Zusammenbruch oder auch nur eine Änderung des Systems sich Jahr für Jahr als unrichtig erwiesen hätten und deshalb auch künftig alle Hoffnungen oder Befürchtungen auf eine Änderung der Verhältnisse begraben werden könnten. Dieses vom zugrundegegangenen Völkerstaat übernommene "Fortwursteln", das Taaffe-Wort, das einer der System-Gelehrten gelegentlich sogar vor Wiener Jugendbildnern als Staatsräson zu verteidigen wagte, brachte wohl schwerste Nervenproben für die unterirdische Arbeit der "Illegale", für die auf öffentlichen Posten in Staat, Kultur und Wirtschaft Ausharrenden und für die einer gesunden Lebensmöglichkeit überhaupt beraubte Bevölkerung mit sich. Aber Schuschniggs Grundsatz "österreichische Provisorien dauern ewig" war eben denn doch nicht mehr als pathetisch vorgebrachter Unsinn! Seine Kräfte und seine Künste mußten sich, sofern nicht ein unvorhergesehener Zufall ihm noch einmal zu Hilfe käme, im fortwährenden Leerlauf allgemach erschöpfen. Die österreichische Ideologie vertrug freilich geduldig ihre Abwandlungen. Außer den Donauraumplänen kehrte man gelegentlich auch wieder die These einer Seelenverwandtschaft mit der Schweiz hervor. Der Herbst-Appell der V. F., ihr "Tag von Nürnberg", wurde nach Innsbruck verlegt, wie um eine Sonderstellung zwischen den Achsen-Mächten zu markieren, die auch die Aufspaltung Europas in neue Fronten widerlege.

Tatsächlich wurden in Österreich sogar immer wieder "Freiwillige" für Rotspanien geworben und es dauerte lange, bis gewisse Wiener Systemzeitungen die spanischen Bürgerkriegsparteien nicht mehr als "Regierungstruppen" und "Rebellen" unterschieden; erst unter starkem Druck Italiens entschloß sich anfangs 1938 der Kanzler die Beziehungen zu Valencia-Barcelona endlich vollständig zu lösen. Aber selbst Italien erreichte nichts gegen den stumm beharrlichen Widerstand des Ballhausplatzes in der immer dringenderen Frage einer Neuorientierung zu Jugoslawien, wie dies der Politik der Achse entsprochen hätte. Trotz eines entsprechenden Absatzes in dem Venediger Schluß-Kommuniqué unterblieb jede Annäherung an Stojadinovic, als ob sich seit 1934 die Welt zwischen Adria und Donau in ihrer politischen Ausrichtung gleich geblieben wäre. So sehr man in Belgrad auch weiterhin das Bollwerk gegen Restaurationspläne fürchtete, so leicht wickelte sich durch Umgehung dieses heiklen Punktes der Verkehr mit dem Prag der Benesch, Hodza und Krofta ab, wo die Angst vor Hitler und Henlein alles andere überschattete. Schuschnigg verrannte sich geradezu in die Idee einer Dreieckkonstruktion Budapest-Wien-Prag, womit die angeblich völkerverbindenden Mission des österreichischen Separatismus unter Beweis gestellt sein würde. Ganz Europa konnte auf der Budapester Zusammenkunft der Romprotokollstaaten Januar 1938 bemerken, wie der Kanzler des "zweiten deutschen Staates" ungeachtet seines Versprechens vom vorletzten Juli sogar beim Trinkspruch zum Unterschied von Graf Ciano eine Nennung Deutschlands unterließ. Da Italien bei der Neuordnung seiner Wirtschaftsbeziehungen nach dem Sanktionenkrieg Österreich nicht mehr die abnormen, einseitig zu seinen Ungunsten sich auswirkenden Vorzugszölle von 1934 gewähren konnte, wäre Wien um so mehr auf eine Anlehnung an den reichsdeutschen Vierjahresplan und die großen, daraus sich ergebenden Möglichkeiten angewiesen worden. Die von Göring unterstützten

Pläne und Vereinbarungen einer Ausweitung des Handelsvolumens hätten zur Überwindung der Zahlungsschwierigkeiten, u. a. die Steigerung des deutschen Fremdenverkehrs nach Österreich verlangt, die aber der Bundesregierung im Grunde ebenso unerwünscht war wie jede umfassende Bindung an das weit überlegene Wirtschaftssystem des Reiches. So konnte freilich die Überwindung der tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten nicht von der Stelle rücken. So näherte man sich auch von dieser Seite, wenn auch mit noch so zweifelhaftem Erfolg, der Linie Prag-Paris. Dazu gehörte schließlich nicht zuletzt die Anhänglichkeit an die Genfer Liga selbst dann, als ihr Italien endgültig den Rücken kehrte und Deutschland sich für immer davon lossagte. Es sollte schon als Beweis guten Willens gelten, wenn der österreichische Vertreter mit anderen Repräsentanten von Kleinstaaten und im Sinne Englands die Trennung der Völkerbundssatzungen von den Friedensdiktaten verlangte. Die Bevormundung durch das Genfer Finanzkomitee, die die Zionswächter der Unabhängigkeit so willig hingenommen hatten, war allerdings durch eine Reihe Zufälle sehr verringert worden. Der von den Auslandsgläubigern eingesetzte Direktor van Hengel, der mit der Leitung der einzigen übrig gebliebenen und aus Steuergeldern wiederhergestellten Großbank den Griff auf die ganze österreichische Wirtschaft gelegt hatte, verunglückte bei einem Besuch seiner holländischen Heimat tödlich, und sein aus ganz anderem Holz geschnitzter Landsmann und Kollege Rost van Tonningen verabschiedete sich aus eigenem Antriebe von seiner Stelle als Finanzberater, um sich politischen Aufgaben zu Hause zuzuwenden - und zwar zur peinlichen Überraschung der Wiener Herren auf Grund seiner bei ihnen gewonnenen Erfahrungen in einem dem Nationalsozialismus verwandten Sinne. Die so unverdient eingetretene Befreiung von den Genfer Fesseln - denn nun konnte der französische Berater der Nationalbank schlechterdings nicht allein in Wien zurückbleiben - bedeutete angesichts des Niederganges dieser noch 1935 so großsprecherischen Einrichtung der Weltdemokratie allerdings nicht mehr viel für das Prestige dieser Regierung Schuschnigg, die mit ihrer "unabhängigen" Außenpolitik in immer unmöglichere Gesellschaft geraten war.

Wohin sollte aber die Reise in der Innenpolitik gehen? An der Oberfläche war der Parteienstaat abgeschafft und die Allgegenwart der V. F. hergestellt. Der Machttrieb ihres Generalsekretärs Zernatto verfolgte, ohne das von Starhemberg kompromittierte Wort Fascismus zu wiederholen, viel folgerichtiger als es bisher in Österreich geschehen war, die Übertragung größerer Vorbilder. Da wurde ein V.-F.-Werk Neues Leben aufgezogen, das gleichzeitig mit *Dopo lavoro* und Kraft durch Freude den Wettbewerb aufnehmen sollte; durch monopolartige Vergünstigungen bei Urlaubsreisen u. ä. sowie Pflege von politisch-"neutralem" Volksbrauch suchte man immer weitere Kreise, die an sich gar nichts mit der politischen Vaterländerei zu tun haben wollten, in gesellschaftliche Abhängigkeit zu ziehen. Die NS.-Volkswohlfahrt fand ihre Nachahmung in dem Mutterschutzwerk der V. F., in dem Kinderferienwerk und der Winterhilfe der Bundesregierung. Wie ernst Schuschnigg die Aufgaben der Mütterhilfe auffaßte, das hatte er schon, wie wir wissen, durch die Belassung Starhembergs als Protektor bewiesen, und hierher gehört auch seine höhnische Behandlung aller Anregungen auf Verbesserung der Lage kinderreicher Familien, selbst wenn sie ihm von geistlicher Seite nahegebracht wurden. Das Kinderferienwerk selbst erhielt sich hauptsächlich als eine schon von Dollfuß eingeleitete Aktion zur Unterstützung vaterländischer Alpenwirte, denen ihre Sommergäste ausgeblieben waren. Für die Winterhilfe aber, die sich schon im Titel als Sache der Regierung statt des Volkes repräsentierte, waren die Briefe bezeichnend, die im Herbste 1937 zu Zehntausenden den Haushaltungen zugestellt wurden, und in denen der Kanzler durch seine Drohungen gegen Säumige die sonst durch Subventionen aus öffentlicher Hand verschleierten Mißerfolge der Vorjahre zugab. Wie hätte erst das Österreich so wohlwollende Ausland gestaunt, wenn die Ziffern des "illegalen" Hilfswerkes (Leiter: Langoth-Linz) zu entsprechendem Vergleich hätten bekanntgegeben werden können! Von einem Unstern verfolgt blieb die groteske Konkurrenz der etwa vierfach stärkeren illegalen Hitler-Jugend, das V.-F.-Werk Österreichs Jungvolk, mochten auch noch soviel Steuergelder ohne Befragung der Bevölkerung hineingepumpt werden. Da nach dem Konkordat die Aufrechterhaltung der konfessionell katholischen Jugendbünde außer Zweifel stand, blieben so die eigentlichen Sturmtruppen des christlichen Ständestaates seiner eigenen Staatsjugend fern. Angesichts des natürlichen Rassengefühls der deutschen Jugend hier, der sonst tolerierten Borniertheit der jüdischen Jugend dort, mußte sich auf diesem Felde wenigstens die Regierung zu einer "konfessionel-

len" Scheidung bequemen, die aber den sonstigen Grundsätzen der jüdisch finanzierten V. F. stracks zuwider lief. Verlegte sie sich auf den Beitrittszwang, wie er sonst üblich war, auch bei der Jugend, so leistete sie nur der nationalsozialistischen Durchdringung unfreiwillig Vorschub; begnügte sie sich mit der Freiwilligkeit, so konnte sie nur auf die kindlichsten Jahrgänge zählen, während die älteren abseits der im Jungvolk dargebotenen Gelegenheiten ihr "illegales" Jungenleben zu führen wußten.

Unter solch unausrottbaren Widersprüchen litt auch die Entfaltung der österreichischen Turn- und Sportfront, einer Nachahmung der reichsdeutschen nationalen Zusammenfassung der Leibesübungen, für die bis zuletzt Starhemberg verantwortlich zeichnete, wenn er auch mit der immerhin unumgänglichen fachlichen Arbeit herzlich wenig zu tun hatte. Für diese Teilfront blieb die zionistische Hakoah eine wichtige Stütze, indessen die nationalen Bünde wie Alpenverein und Turnerbund nur dank dem Juli-Abkommen gerade noch zugelassen blieben. Ein Schlaglicht wirft auf diese Verhältnisse die Geschichte von den Hakoah-Sportlerinnen, die, als Vertreterinnen Österreichs für die Olympiade bestimmt (!), sich weigerten, nach Hitler-Deutschland zu reisen und deshalb gemaßregelt werden mußten. Unterstützt von der jüdischen Sportpresse war der Fußballkapitän Hugo Meisl eifrig beflissen, das volkstümliche Rasenspiel als Unterlage für eine Art österreichischen Nationalgefühls zu mißbrauchen, wie das insbesondere bei der alljährlichen Veranstaltung des Mitropacups zum Ausdruck kam, wobei zwar Italien, aber nicht Deutschland zu Mitteleuropa gezählt wurde. Begreiflich, daß der Sportler Meisl ebenso wie der Versicherungsspekulant Berliner zu den "großen Österreichern" gezählt, und auch an seinem Ehrengrabe der Israelitischen Kultusgemeinde entsprechende Ehrungen dargebracht wurden. Bei anderen Sportzweigen wie Skilauf und Handballspiel war freilich alle Liebesmüh und Drohung des Obersten Turn- und Sportführers nicht ausreichend, um den braunen Einschlag auch nur oberflächlich verschwinden zu lassen. - Die Organisationssucht der V. F. und die unbedenkliche Übertragung "ausländischer" Errungenschaften aber erstreckte sich über kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen schließlich sogar auf die Erfassung der "Auslandsösterreicher", die man den Auslandsdeutschen als selbständige Gruppen zur Seite zu stellen wagte; für die Übertragung von auslandösterreichischen Rundfunksendungen nahm man einen "neutralen" holländischen Kurzwellensender zum Vermittler an, wie um sogar vor aller Welt die Unnatur dieses V.-F.-Apparates zu demonstrieren.

So stand es um die Adoption nationalsozialistischer Gemeinschaftsschöpfungen im Rahmen der V.F. ähnlich wie um stattlich emporschießende Wassertriebe, die trotz ihrer Größe den Kenner nicht über ihre Nichtsnutzigkeit hinwegzutäuschen vermögen. Aber konnte den originellen Schöpfungen des Ständestaates Besseres nachgesagt werden? Die V. F. selbst sollte als Ganzes nichts mit dem Einparteiprinzip des Nationalsozialismus und Fascismus zu tun haben, sondern eine Überwindung des Parteistaates überhaupt und die Anbahnung einer berufsständischen Demokratie durch die einzig zulässige Zusammenfassung aller patriotisch gesinnten Staatsbürger zur politischen Willensbildung darstellen. Tatsächlich erreichte sie auf dem bewährten Doppelwege der Anwendung äußersten behördlichen Druckes einerseits und der Geringfügigkeit der verlangten Leistungen anderseits die Ansammlung von rund drei Millionen Namen in ihren Mitgliederkarteien. Entfiel davon allein fast eine Million auf Wien, so verzichtete man nach den Erfahrungen des Schmelzer Aufmarsches dennoch auf die Wiederholung von Massenkundgebungen und begnügte sich mit gelegentlichen Aufzügen von Amtswaltern. Nach langen Vorankündigungen wurde im Zusammenhang mit der Ernennung der volkspolitischen Referenten endlich eine Mitgliedersperre eingeführt; aber auch dabei ist es bezeichnend gewesen, wenn noch jede Anmeldung durch Postkarte mit dem Stempel wenigstens vom 31. Oktober 1937 als Eintrittsbillett in diese "Front" genügte.

Das war denn freilich eine sehr fragwürdige Grundlage für die Verwirklichung der Ständeverfassung, die deshalb Jahr um Jahr hinausgeschoben wurde. Die einzigen berufsständischen Wahlen, die gleichsam probeweise im Herbste 1936 stattfanden, galten der Landwirtschaft und haben keine Nachfolge mehr gefunden. Das Wagnis fiel anscheinend zufriedenstellend aus, aber eben wieder nur an der Oberfläche betrachtet. Denn die vom Pfarrhof beeinflußten Bauern bildeten seit je die Kader der Christlichsozialen und waren nun die Mitglieder der V. F., während die anders gesinnten Land-

wirte viel eher als die städtische Bevölkerung sich dem Eintritt in die Front entziehen konnten. So entfielen zwar wirklich ansehnliche Mehrheiten auf die der V. F. genehmen, berufsständischen Kandidaten, aber es stand entgegen dem einfachsten Sinn einer ständischen Ordnung nur mehr ein Bruchteil der in dem Berufe tätigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dahinter. Obwohl den bäuerlichen Wahlen bald die gewerblichen folgen sollten, blieb die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht aus, da eben eine Trennung der berufsständischen Durchbildung von dem politischen Aufbau sich als unerfüllbar erwies und die Forderungen der V. F. wieder von vornherein die berufsständische Forderung kompromittierten. Auch um die Jahreswende 1937/38 war noch kein Ende dieses Kreislaufes abzusehen und die provisorische Verfassung mit ihren grenzenlosen Machtvollkommenheiten für die Regierung dauerte fort, da der berufsständische Aufbau leider noch nicht vollendet sei. Der Bundespräsident Miklas blieb ohne irgendwelche Umstände im Amte, obwohl sein unter ganz anderen Verhältnissen verliehenes Mandat längstens mit dem Dezember 1936 erloschen gewesen wär, und die stattliche Zahl von Staats-, Bundeskultur-, Bundeswirtschafts- und Länderräten hinderte Schuschnigg nicht, bei jeder ihm passend erscheinenden Gelegenheit das ganze Haus der Bundesgesetzgebung zu übergehen und die Gesetze auf kurzem Wege autoritär herauszugeben. Mit welcher Skrupellosigkeit die angeblichen Fanatiker eines verfassungsgemäß verankerten Rechtsstaates ihrer eigenen Schöpfung spotteten, beweist vielleicht, daß ein schon lange vorbereitetes Tierschutzgesetz nicht in Kraft treten konnte, weil die Gutachten von Bundeswirtschafts- und -kulturrat einander widersprachen und die Regierung dadurch ihre Hände für gebunden erklärte; als aber ein in die Rechtsverhältnisse unzähliger Österreicher eingreifendes Gesetz über Verwaltungsstrafverfahren in Diskussion stand, und von vielen Seiten auf seine Bedeutung für die innere Befriedung verwiesen wurde, da ließ Schuschnigg den ihm genehmen Entwurf ohne Befragung der Kammern, ja mit Übergehung der Voten des Ministerrates einfach während der Urlaubszeit als Gesetz veröffentlichen. Welcher Achtung sich diese Verfassungskünste bei der nie darüber befragten Bevölkerung erfreuten, verriet der einstige Verfassungsminister Dr. Ender selbst durch seinen Vorschlag, das künstliche Fünf-Kammer-System zu vereinfachen.

Doch wichtiger noch als das Versagen der V. F. und der Verfassung ist für die Beurteilung der Schuschnigg-Ära ihr Verhalten in den zwei gerade in Österreich zu brennender Bedeutung emporgestiegenen Forderungen an jede den liberalen Parteienstaat überwindende Volksordnung: Unter dem Eindruck der deutschen Rassengesetzgebung regten sich schon 1933 im vaterländischen Lager Stimmen (z. B. Kunschak), die eine "christliche" Lösung der Judenfrage, etwa wie sie später in Ungarn versucht wurde, zur Debatte stellten. Auch die Bekämpfung des Marxismus konnte als Reaktion der bodenständigen Bevölkerung im Sinne Luegers gedeutet werden. Aber wir bemerkten schon, wie nacheinander das "gutgesinnte", bisher liberale Judentum, und nach dem 12. Februar sogar ein großer Teil der vielfach erst in den letzten zwanzig Jahren aus dem Osten zugewanderten Anhänger des Roten Rathauses, sich dem neuen System anbequemten; die große Wiener bürgerliche Presse ist für die erste Gruppe, die von Prag finanzierte Orbis-Gruppe (z. B. *Der Wiener Tag*) für die zweite bezeichnend gewesen. Die letzte Zurückhaltung fiel aber mit der Kanzlerschaft des Herrn von Schuschnigg hinweg, dem jüdischer Umgang persönliches Bedürfnis war, der sich von Krenek und Jaromir Weinberger Opern widmen ließ, und der den noch schwach glimmenden Antisemitismus der Christlichsozialen mit den Worten abtat: "Wer sich zum Vaterland bekennt, ist uns willkommen!" - kein Wunder, wenn es in der Leopoldstadt hieß, Dollfuß sei gut gewesen, Schuschnigg jedoch sei aus Gold! Anläufe des Bürgermeisters Schmitz, durch Neuaufnahme junger Ärzte aus dem CV. die ganz verjudeten Spitäler Wiens etwas "christlicher" zu machen, oder durch Absonderung der Katholiken von den übrigen Konfessionen (also der Juden und der protestantischen Deutschen!), für die Schulen dasselbe zu tun, konnten von den Betroffenen kaum ernst genommen werden. Der Vertreter der "Israeliten" im Wiener Stadtrat hatte allerdings die Stirn, selbst darüber große Beschwerden zu führen, und eine recht bescheidene Aktion des Vizebürgermeisters Kresse "Christen kauft bei Christen!" in der Vorweihnachtszeit 1937 löste bis zur Rücktrittsforderung gesteigerte Drohungen der sonst überall bevorzugten Judenschaft aus. So blieb die "Toleranz", die Nachdenken und Verantwortlichkeit sich ersparte und die Judenfrage ignorierte, der Ausweg des christlichen Ständestaates und der staattragenden V. F.

Ganz unmittelbar steigerte sich die Unfähigkeit des Systems aber in der chronischen Arbeitslosigkeit und in dem Kinderschwund zu einer völkischen Lebensbedrohung. Der Verfassungsbruch von 1933 und die Heranziehung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes sollten nach Angabe der Urheber des Staatsstreiches in der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Aufrichtung Österreichs begründet sein. Bis Mitte 1934 schwebte aber das Land gerade infolge dieser Politik fortwährend zwischen offener und verdeckter Revolution und ihre unvermeidlichen Begleiterscheinungen mußten nun als Begründung für das Ausbleiben greifbarer Erfolge herhalten. Auch in den folgenden Jahren änderte sich angesichts der Erleichterung durch die Römischen Protokolle und trotz der oberflächlich eingetretenen Ruhe nichts an der Verelendung weitester Volksschichten, sowohl der Industriearbeiter wie der Gebirgsbauern. Neben den in der Kleinstaatlichkeit Österreichs seit Anbeginn dieser traurigen Schöpfung fortwirkenden Ursachen kam die seit 1922 zum alleinigen Gesetz der Währungspolitik erhobene Sicherung des Schillings um jeden Preis und unter gleichzeitiger Auflockerung der Devisenbestimmungen hinzu. Die ungeheure Passivität der Handelsbilanz baute man seit Dollfuß so planmäßig ab, als ob der forcierte Außenhandel die innere Kaufkraft der Bevölkerung nicht nur noch mehr schwächen müßte. Schuschnigg aber erstickte, wovon besonders seine Neujahrskundgebungen zeugen, jede noch so berechtigte Aktion zur inneren Befriedung immer wieder mit dem Hinweis, die Wirtschaft gehe voran, der wirtschaftliche Aufbau dürfe nicht durch "Politisieren" gestört werden! Gerade die Erfolglosigkeit der bisherigen Bemühungen (mit Einschluß der inneren Anleihen von 1933 und 1937) galt als Freibrief dafür, das System noch ein weiteres Jahr fortzusetzen. Jede Zeitung brachte Listen von Zahlungseinstellungen, die wieder neues geschäftliches Unheil nach sich zogen. Nur mehr die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen wurden bekanntgegeben, indessen die weit größere Klasse der einer gänzlichen Verelendung preisgegebenen "Ausgesteuerten" und der regelmäßigen Beschäftigung überhaupt entzogenen Jungarbeiter sogar der Regierung unbekannt blieb. Jetzt wissen wir von einem Verhältnis von einem Arbeitslosen auf zehn Köpfe der Bevölkerung nach fünf Systemjahren, was dem Zustand des noch weit mehr industrialisierten Reiches im Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme gleichkommt.

Nach all dem nimmt es nicht wunder, wenn dieses Österreich, das den Rekord in der europäischen Selbstmordstatistik erreichte, nach der Zahl der Eheschließungen und insbesondere der Geburten einer förmlichen Bevölkerungsschrumpfung entgegensah. In der Bundeshauptstadt war dieser vom individuellen zum generellen Selbstmord fortschreitende Zustand sogar schon eingetreten, selbst die monatlichen statistischen Anzeigen, für die es hier keine solchen Rettungsmittel wie bei der Verschleierung der Erwerbslosigkeit gab, stellten noch mehr als je vorher ein erschreckendes Mißverhältnis von Wiegen und Särgen fest. Dabei war schon vor 1933 die Entwicklung nach unten auf einem Punkt angelangt, daß eine Wiener Volksschule nach der anderen wegen Schülermangel schließen mußte. Und doch kam in diesen Zahlen ja nicht einmal die andauernde Überfremdung Wiens durch das Ostjudentum und das Vordringen von Slowaken und Tschechen in dem vielfach verjudeten Grundbesitz des Wien benachbarten Marchfeldes zum Ausdruck. Auf die betonte Gleichgültigkeit Schuschniggs gegenüber solchen an das Mark des so oft genannten Vaterlandes greifenden Vorgängen haben wir schon verwiesen. Eine geradezu klassische Kritik aber haben sie in den Briefen eines ungenannten "Landarztes" an die Linzer Tagespost gefunden. Mochten die Zeitungsblätter alsbald nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt werden, so war der Eindruck dieser Darstellung nicht mehr zu verwischen, die maschinenschriftlich weit über den gewöhnlichen Leserkreis des Provinzblattes hinaus Verbreitung fand. Jenseits von aller Tagespolitik wies der "Landarzt" darauf hin, wie in der Frage der Volkserhaltung und -vermehrung im modernen Staate sich die Spiegelbilder seines wahren moralischen und materiellen Zustandes begegneten und zugleich die privatesten und die öffentlichsten Verhältnisse hiermit einer letzten Bewährungsprobe unterlägen. Gelinge der von den österreichischen Staatsmännern so oft und laut verkündeten neuen Gesellschaftsordnung die große Wende, die der Liberalismus versäumte, nicht in dem Ausmaß, wie es im Dritten Reiche alsbald zutage trat, dann müßte sich zwangsläufig die Annahme durchsetzen, daß ihr Weg nicht zu Ende gegangen werden könne. Denn was bedeutete schließlich die "Unabhängigkeit" des Landes, wenn der Bevölkerungsüberdruck nichtdeutscher Nachbarn zwangsläufig über kurz oder lang sich Eintritt in den geschichtlichen Raum des Alpendeutschtums zu verschaffen wissen werde?

Aber konnte das System überhaupt noch mit weitgestreckten Zeiträumen rechnen, sobald der Bogen überspannt wurde? Vergebens war eine von hoher deutscher Stelle ausgegangene, in gemessener Form und öffentlich erfolgte Warnung aus dem Spätherbst 1937 verhallt. Die dem Auswärtigen Amt nahe stehende *Diplomatische Korrespondenz* wies an der Hand der - wie die Legitimisten erklären konnten - von Schuschnigg gebilligten Erklärung des Prinzen Fürstenberg nach, daß nicht die Unabhängigkeit und der Legitimismus die zwei Grundpfeiler der österreichischen Staatlichkeit bilden könnten, sondern nach dem Juli-Vertrag die Unabhängigkeit und der deutsche Charakter des Staates einander entsprechen müßten. Leider, so hieß es etwa weiter, verlege die österreichische Regierung noch immer ganz einseitig den Nachdruck ihrer Maßnahmen auf Wahrung dessen, was sie als "Unabhängigkeit" ansehe, indessen die schwersten Verstöße gegen die deutsche Verpflichtung des Staates unbeachtet blieben... Die Ausfälle Schuschniggs in seinem Kanzler-Buche, in seinem Abgrund-Interview und auf der Budapester Konferenz bildeten trotz jenes rechtzeitig ergangenen Warnungsschusses für seine Hilfstruppen das Signal für eine jede Vorsicht außer acht lassende neue Kampagne. Am Neujahrsmorgen 1938 verkündeten schwarz-gelbe Plakate mit dem Doppeladler einen Versammlungssturm des Eisernen Ringes "für die Unabhängigkeit Österreichs" mit dem Aufgebot seiner sämtlichen Redner (darunter der üble Emigrant Professor von Hildebrand) an allen größeren Plätzen des Landes und in einem Zeitpunkt, der mit der Budapester Römer-Protokoll-Konferenz absichtsvoll zusammenfiel. Wider Erwarten der Veranstalter wurden ungeachtet aller polizeilichen Aufgebote diese 50 Veranstaltungen aber geradezu eine Gelegenheitsmacherei für die "Illegalen", die überall die Straßen und teilweise auch die Versammlungslokale selbst erfüllten. Die Erregung darüber war noch wach, als ein Empfang italienischer Militärschüler in Wien der "verbotenen" Hitler-Jugend Gelegenheit bot, sich in großen Kundgebungen vor dem Westbahnhof den Ausländern zu zeigen und sie mit aufklärenden Schriften zu versehen.

Nun ging noch im Januar ein besinnungsloser Rachefeldzug der Behörden und der V. F. los. Man verhaftete den Dr. Tavs von der bisher polizeilich anerkannten nationalsozialistischen Landesleitung, durchsuchte die Büroräume der Teinfaltstraße und erklärte auch den uns seit dem Februar 1937 bekannten Siebenerausschuß für aufgelöst. Es hagelte nur so Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. War mit der Auflösung des Siebenerausschusses der Notsteg zur Landesleitung des Hauptmanns Leopold abgebrochen, so rüttelte man auch an der von der Regierung selbst in der zweiten Hälfte des Vorjahres eingerichteten, schmalen Brücke. Nach Berufung des rücksichtslosen Legitimisten Zellburg zum Gendarmeriegeneral behauptete Zernatto bei einer Versammlung in Salzburg sogar, die Aufgabe der volkspolitischen Referenten sei nicht die Verständigung mit der nationalen Opposition, sondern vielmehr deren Bekämpfung! Abgesehen von der Herausforderung, dies gerade in dem Bundeslande zu erklären, wo dem zuständigen Referenten Dr. Reiter eine gute Fühlungnahme mit der Opposition schon geglückt war, hatte Schuschniggs Vertrauensmann, da nur eine nachträgliche Verschleierung, aber kein Widerruf dieser Erklärung erfolgte, so das Zusatzabkommen vom Juli 1936 formal beseitigt; denn dort hatte sich ja die Bundesregierung zur Heranziehung der nationalen Opposition ausdrücklich verpflichtet, wenn dem Kanzler auch die Auswahl der Mittelsmänner überlassen blieb. Tatsächlich erbat Dr. Seyß-Inquart sofort seine Beurlaubung als Staatsrat und reiste ins Reich. Am 30. Januar glaubten die regierungsnahen Blätter Anlaß zu haben, die Verschiebung der Reichstagssitzung mit der Erschöpfung der Reichspolitik zu erklären, wie auch Hitler sich künftig hauptsächlich der Architektur zuwenden würde. Die ausländischen Korrespondenten ließen sich dahin instruieren, daß das Ende der Befriedungsversuche gekommen sei, und die Unabhängigkeitspolitik vor einem Siege auf der ganzen Linie stehe.

Der Durchbruch der Volkserhebung (12. Februar bis 11. März 1938)

Das Maß war endlich voll. Die am 4. Februar vorgenommenen Personaländerungen im obersten Reichsdienst sahen auch die Abberufung des Botschafters von Papen vor. Während die Wiener Blätter Kombinationen über seine Nachfolge anstellten, wurde er noch einmal zum Führer nach Berch-

tesgaden berufen und ihm eine letzte Aufgabe innerhalb seiner Wiener Mission anvertraut. Er hatte über Guido Schmidt dem Bundeskanzler die unveränderte Absicht der Reichsregierung mitzuteilen, auf dem Boden des Juli-Abkommens zum Frieden mit Österreich und in Österreich zu gelangen; würde dies aber durch das Verhalten der Bundesregierung, wie es jetzt schien, endgültig unmöglich, dann hätte sie mit den Folgen eines offenen Bruches zu rechnen. Obwohl nun der Bundeskanzler als Hauptverantwortlicher selbst diese Lage herbeigeführt hatte und der "vaterländische" Radikalismus, den er großgezogen, ihn zu den äußersten Folgerungen seiner Handlungsweise drängte, nahm er, vor eine offene Entscheidung gedrängt, doch eine neue Schwenkung vor. Er entschloß sich nach kurzem Bedenken zur Annahme der durch Papen überreichten Einladung, um eine erste persönliche Aussprache mit dem Führer zu ermöglichen, die endlich den in Wien seit über anderthalb Jahren großgezogenen Mißverständnissen des Juli-Abkommens ein Ziel zu setzen hatte.

Am 10. Feber war noch "Frontball", am 12. Feber fuhr Schuschnigg in Begleitung von Schmidt und Papen nach Salzburg, und von da im Auto auf den Obersalzberg, wo es zu einer sehr lebhaften und entschiedenen Aussprache kam. Der Führer sagte seinem Gaste auf den Kopf zu, daß die Verfolgung der Nationalisten in Österreich sofort ein Ende nehmen müsse. Schuschnigg konnte noch ein letztesmal wählen, ob diese Befriedung mit oder ohne ihn sich vollziehen würde. Für einen etwa sich ergebenden Ernstfall hatte sich das Reich, wie er aus der Anwesenheit militärischer Autoritäten entnehmen konnte, diesmal vorgesehen. Bejahte aber der österreichische Machthaber das Abkommen, dann hatte er die bisher noch immer ausständigen Maßnahmen zur Befriedung des Landes unverzüglich zu setzen: Anerkennung der Freiheit zum nationalsozialistischen Bekenntnis, Ausrichtung der Außen- und Wehrpolitik entsprechend dem Wesen des "zweiten deutschen Staates", bedingungslose Amnestie und Neutralisierung des Sicherheitsdienstes. Wenn solcherart die erste Entspannung erreicht und der österreichische Nationalsozialismus aus der ihm widerrechtlich aufgezwungenen "Illegalität" herausgehoben sei, dann sei die Partei ihrerseits bereit, der österreichischen Bewegung weitestgehende organisatorische Selbständigkeit zu gewähren, um alle internationalen Reibungsflächen zu beseitigen. Neben der selbstverständlichen Entfernung des deutschfeindlichen Generalstabschefs Jansa ist Seyß-Inquarts Ernennung zum Innenminister mit Polizeigewalt persönliche Bedingung gewesen, und gerade von ihm aus war ein entsprechender Befriedungsplan vorbereitet, wonach z. B. die Hitler-Jugend in die endlich wieder aufzurichtenden Jugendriegen des Deutschen Turnerbundes eingegliedert würde. Die Vereinigung ernstester Entschlossenheit mit großzügigem Entgegenkommen, sobald sie am Platze war, schien ihren Eindruck auf Schuschnigg nicht verfehlt zu haben. Er nahm die Vorschläge des Führers an und kehrte nach anscheinend befriedigendem Abschluß der Unterredungen am Abend des 12. Februar nach Österreich zurück, wo er bis Mitternacht sich noch mit dem stets zum Kompromiß neigenden Salzburger Landeshauptmann Dr. Rehrl besprach. Von nun an zählte jeder Tag, der zum Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten fehlte.

Das Reich beobachtete ruhig und entschlossen die nun in Wien anhebende Entwicklung darauf, ob seine klar umrissenen billigen Forderungen in die Tat umgesetzt würden. Alles andere blieb auch noch jetzt als rein innenpolitische Angelegenheit des Nachbarlandes respektiert. Ein, zwei, drei Tage vergingen nach Berchtesgaden mit Auseinandersetzungen im innersten Bereich der Systemführung, welche die Ungeduld aller Bevölkerungskreise, gleich wo sie standen, aufs äußerste anspannten. Dann hatte wohl die Vernunft gesiegt. Man vollzog endlich die allgemeine Amnestie. Wöllersdorfer Häftlinge, "lebenslänglich" Eingekerkerte, wurden jetzt, nachdem zu den 1936 nicht Entlassenen noch Tausende neue Opfer hinzugekommen waren, binnen weniger Tage ihrer Familie wiedergegeben; wie jedoch schon in jenem hoffnungsvollen Juli legte die Regierung darauf Wert, die Amnestie auf die marxistischen, freilich der Zahl nach viel geringeren Gefangenen zu erstrecken. Nicht ohne einige Verzögerung und mit einer irreführenden Erläuterung der V. F. erschien dann die in Berchtesgaden festgelegte grundsätzliche Erklärung, daß von nun an das Bekenntnis zum Nationalsozialismus frei sei - damit war die "Illegalität" von ihren Urhebern schweren Herzens auf das Formale des künftigen Verhältnisses der Nationalsozialisten zur V. F. zurückgedrängt. Von diesem Tage an begann die von der ersten Vorfrühlingssonne losgebrochene Lawine unaufhaltsam ihren

Lauf. Während die bisherigen Machthaber noch berieten, in welcher vom Parteiabzeichen abweichenden Form das Hakenkreuz allein zugelassen werden könne, wußten sich schon ungezählte Hunderttausende das Siegeszeichen Adolf Hitlers wenigstens in einfacher Prägung zu verschaffen und selbst in der verjudeten Millionenstadt Wien grüßte jeder Hakenkreuzträger den anderen in aller Öffentlichkeit mindestens mit dem stummen deutschen Gruß. Die bisher beiseite gestellten und jedem Angriff der vaterländischen oder jüdischen Radikalinskis preisgegebenen Volkspolitischen Referenten waren mit einem Schlage die interessantesten Personen im Lande und rückten endlich in die ihnen früher vorenthaltene Mittlerstellung ein, Regierung und V. F. dagegen erschienen zum erstenmal in die Verteidigung gedrängt und um den Kern der "illegalen" Kader scharten sich schon die vom System enttäuschten und bedrückten Massen. Sogar für die Wiener Ravag, die einen Pembaur noch nicht ans Mikrophon gelassen hatte, kam jetzt die Stunde, wo der Minister Seyß-Inquart offen zu den österreichischen Nationalsozialisten sprechen konnte und ihnen eine friedliche, disziplinierte Entwicklung verhieß, wo sogar der von Dr. Seyß zum Volkspolitischen Referat herangezogene Dr. Jury, ein ehemaliger Wöllersdorfer Häftling, die Idee Adolf Hitlers vor den erwartungsvoll gespannten Hunderttausenden als Notwendigkeit für den Umbau des Staates vertrat. So sehr diese verantwortlichen Männer die weiterbestehenden Beschränkungen für die Bewegung auch betonten und an das Verständnis und die Disziplin ihrer so lange für rechtlos erklärten Anhänger sich mit Erfolg wandten, so eifrig liefen die Vorbereitungen für die in naher Zukunft in Aussicht gestellten Deutschen Tage in Wien und den Landeshauptstädten weiter. Auf ihnen wollte der österreichische Nationalsozialismus die jahrelange Periode der "Illegalität" friedlich beenden und das Tor zur Weltöffentlichkeit öffnen, die jetzt halb wider Willen ihrer bisherigen Selbsttäuschung bewußt wurde. Doch dazu kam es wider alle berechtigte Erwartung nicht mehr.

Der Bundeskanzler hatte zum Unterschied vom Juli 1936 die nun genauer festgelegten Verpflichtungen vom 12. Februar zunächst eingehalten und die Folge mußte zwangsläufig ein wesentlicher Umbau des bisherigen Zwangsstaatswesens sein. Die politische Kräfteverteilung des "Gegenreiches" war unhaltbar geworden. Nichtsdestoweniger verstrickte sich Schuschnigg in diesen alles entscheidenden Wochen erst recht in die einst bewußt herbeigeführte Unnatur des Systems, das auch seinen Namen trug. Er konnte auf sein Doppelspiel mit Gegengewichten nicht mehr verzichten, auch als die Zeit dafür abgelaufen war. Mag es sich in der Erinnerung noch so widersinnig ausnehmen, so besteht geschichtlich die Tatsache, daß Schuschnigg gleichzeitig mit der Heranziehung von Seyß-Inquart auch mit seinem eigenen, einzigen Rivalen um die Macht in der V. F., dem Bürgermeister Schmitz, zum Abschluß kam; und zwar mit einem Schmitz, der in Verleugnung seines einstigen bürgerlich-radikalen Antimarxismus Seipelscher Prägung bei volksfrontartigen Plänen angelangt war als dem letzten Rettungsmittel gegen den bösen Nationalsozialismus. Doch dieser konnte nun nach dem 12. Februar nicht mehr einfach als "illegal" gelten und ließ sich ohne blutige Katastrophe nie wieder in die Rechtlosigkeit zurückstoßen. Schon die durch Berchtesgaden notwendig gewordene Kabinettsumbildung vollzog sich offenbar nur unter großen Schwierigkeiten und Hemmungen. Neben Seyß-Inquart als dem neuen Mann, auf den alle Welt blickte, verblieben Glaise-Horstenau und Guido Schmidt, die Männer des 11. Juli. Auch die Zuziehung des Versicherungsfachmanns Dr. Fischböck, der die Auffangorganisation für den eingegangenen jüdischen Phönix geschaffen hatte, als wirtschaftlichen Staatssekretärs entsprach dem angenommenen Versöhnungs- und Befriedungsprogramm und war für die mit dem Reiche bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen wichtig. Handelsminister selbst aber wurde der früher auch in der Heimwehr unangenehm aufgefallene Führer des christlichsozialen Gewerbebundes (Ing. Raab), der persönlich für Berliner Verhandlungen untragbar gewesen wäre; sogar Seyß erhielt den bisherigen obersten Chef der Sicherheit, die Systemgröße Skubl, als Staatssekretär zugewiesen, und Zernatto erfuhr noch eine Rangerhöhung zum Minister - also wieder das alte, seit dem Juli 1936 durchexerzierte Verfahren der Arbeits- und Verantwortungsteilung, das die Bevölkerung nach Berchtesgaden für endgültig abgewirtschaftet hielt. Gerade weil Seyß mit der Kontrolle über das gesamte Sicherheitswesen die Hand an der Wurzel des ganzen, seit fünf Jahren praktizierten Systems hielt, stattete der Bundeskanzler die neue Regierung erst recht auch mit Widersachern der Befriedung aus, und die internationale Sensation der Berufung von Nationalsozialisten wurde fast überboten durch die förmliche

Anerkennung des bisher in der Reserve gehaltenen Krypto-Marxismus in der Ernennung eines alten Freigewerkschaftlers (Watzek) zum Staatssekretär für Arbeiterschutz. Dieser Herr drohte gleich bei seiner ersten Kundgebung unter Berufung auf die Zustimmung Schuschniggs mit dem Generalstreik, falls die "Freiheit" gefährdet sein würde. Für die Bundeshauptstadt, Schmitzens unmittelbare Domäne, sollte eine der Regierungsumbildung entsprechende Neuregelung eintreten, wobei das rote Element aber noch mehr hervorgestochen wäre. Auch in den Bundesländern begannen überall für Landes- und Gemeindevertretungen Verhandlungen, die sowohl der Beteiligung der "nationalen Opposition" als der "Arbeiterschaft" galten. Diese laut verkündigte Großzügigkeit der alten Christlichsozialen gleich nach zwei Seiten hin, wirkte um so bedenklicher auf den Kenner der Verhältnisse, als sie in tatsächlichen Zugeständnissen von einer höchst unzeitgemäßen Zurückhaltung blieben und durch einen aufgenötigten Kuhhandel um einzelne Mandate die Bewegung kompromittieren konnten. Der Ausdehnung der Berchtesgadener General-Amnestie auf die Roten (mit Einschluß der Anarchisten!) zur Seite gingen die Forderungen von Gewerkschaftsbund und Sozialer Arbeitsgemeinschaft, als ob ihnen jedes Zugeständnis für nationale Vereine und Gliederungen mit Gegenleistungen schmackhaft gemacht werden müßte. Tatsächlich legten die bisherigen Machthaber bei jeder sich bietenden Gelegenheit ebensoviel Widerwillen in der Ausführung der Berchtesgadener Zusagen als Verständnis für die völlige "Gleichberechtigung" der roten Arbeiterschaft an den Tag - Schuschnigg selbst hatte die Stirn, dieses von ihm entfesselte, anhebende Chaos als Konzentration aller aufbauwilligen Kräfte fürs Vaterland zu bezeichnen!

Die große Führerrede vom 20. Februar, die als erste von den österreichischen Sendern übernommen und öffentlich verbreitet werden durfte, stellte in Ernst und Würde vor der gespannt aufhorchenden Welt noch ein letztenmal die Österreich gebotene Alternative heraus. Sie unterstrich die von Schuschnigg am Obersalzberg zur Wiederherstellung des Friedens im deutschen Volke eingegangene Verpflichtung, die als solche mit Dank quittiert wurde. Gleichzeitig erfolgte die feierliche und bald nachher in die Weltgeschichte eingegangene Erklärung des Führers, daß das Reich nicht mehr länger zusehe, wie 10 Millionen Deutsche an seinen Grenzen nur ihres deutschen Bekenntnisses wegen gequält und verfolgt werden.

Wie einst im Mai 1935 fand der Bundeskanzler es auch jetzt für gut, einige Tage nach dem Führer, am 24. Februar, das Wort zu einer Art Gegenrede vor seinem Bundestag-Scheinparlament zu ergreifen, wieder dieselbe Verengerung des Horizonts von einer gewaltigen Darlegung nationalsozialistischer Leistung und Forderung dort, zu einer kleinlichen Abrechnung mit dem bösen braunen Mann, der das arme kleine Vaterland nicht zur Ruhe kommen lasse, hier. Denn trotz vieler Umschweife, die schon durch die Übertragung auf einige reichsdeutsche Sender und durch die Zulassung des nationalsozialistischen Publikums im eigenen Lande sehr geboten waren, ließ sich auch diese Schuschnigg-Kundgebung auf den alten Nenner bringen. Schon in der Einleitung vermied er eine Vorstellung seines neuen Innenministers, der doch eine neue Ära einzuleiten bestimmt war. Seine geschichtlichen Erinnerungen erstreckten sich bis ins Jahr 1866 als dem Ausgangspunkt des Bruderkrieges, verweilten immer wieder bei dem unseligen Andenken von Dollfuß, dessen Büste vor dem Rednerpult aufgestellt war, gelangten zu der abgedroschenen Versicherung von dem friedlichen Charakter des immer wieder mißverstandenen, vaterländischen Regimes und seiner unentbehrlichen, deutschen Sendung, wieder kam die falsche Vorspiegelung, die schon so viel Unheil angerichtet hatte, als ob Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs und die Gültigkeit seiner augenblicklich bestehenden staatlichen Einrichtungen im Juli 1936 oder irgendeinmal später bedingungslos anerkannt und etwa gar den österreichischen Nationalsozialisten entsprechende Aufträge gegeben hätte. Dagegen wog das wiederholt angewandte Wort vom Deutschen Frieden wenig, zumal es von der merkwürdigen Seitenbemerkung begleitet war, es hätte nach fünfjährigem Streit, für den "Österreich" alle Schuld zurückweise, noch des einen "harten" Tages von Berchtesgaden bedurft. Überhaupt war der Sprechton seiner Ausführungen noch unversöhnlicher als später die gedruckte Rede verriet, denn man hatte zur Unterstreichung gewisser Stellen für ein darauf eingespieltes Publikum von Sturmkorps-Männern u. ä. gesorgt. Die nach Berlin gerichteten Bemerkungen über eine (sehr verspätete) Ablehnung der Kriegsschuldthese und über die Amnestie und die beginnende Heran-

ziehung der nationalen Opposition wurden mit Schweigen übergangen. Die als Pfeile gegen die NSDAP. abgelassenen Redensarten, etwa daß nicht Nationalismus, nicht Sozialismus die Parole sei, sondern Patriotismus oder das rhetorische Bis hierher und nicht weiter!, sie wurden mit minutenlangem Beifall der Claque überschüttet; eine Bemerkung, Österreichs Aufbau könne nicht mit Wunderzahlen aufwarten, fand bereitwilliges Gelächter, wie das der selbstgefällige Redner wohl beabsichtigt hatte. Der Gesamteindruck der "flammenden Freiheitsrede" (wie sie das dafür zuständige *Prager Tagblatt* sogleich nannte, indessen die reichsdeutschen Zeitungen sich begreiflicherweise eines Kommentars enthielten) war der, daß ein unverbesserlicher Krypto-Legitimist die Hand des Führers nur zum Schein ergriffen und wieder zurückgestoßen hatte. - Aber wenn es schon am 20. Februar nach dem öffentlichen Gemeinschaftsempfang der Führerrede allenthalben zu machtvollen Kundgebungen gekommen war, so zeigte der 24. Februar ganz deutlich, wie trotz alledem die Braunen mit elementarer Wucht die Oberhand gewannen. An allen Orten Österreichs, wo Vereinbarungen über die Veranstaltung von Fackelzügen zwischen V. F. und NSDAP. getroffen waren - es hätte programmgemäß ja ein winterliches Friedensfest werden sollen -, da konnten die bisherigen "Illegalen" weit größere Massen auf die Straße bringen als diejenigen, die mit Hilfe der Bajonette jahrelang ein Monopol darauf in Anspruch genommen hatten. Geradezu überwältigend wurde für Freund und Feind der nationalsozialistische Fackelzug in Linz, der Jugendstadt des Führers, der weit mehr Teilnehmer zeigte als vor Beginn der Verfolgungen die Partei dort Anhänger aufgewiesen hatte. In Graz aber, wo die Braunen mit Erfolg sogar den Hauptplatz für sich in Anspruch genommen hatten, machten sie, als der Lautsprecher auf dem Rathause so Unerfreuliches zum besten gab, einfach kehrt und ließen die Sprechmaschine allein. Hier zogen ja in Zivil mit Armbinde schon SA.-Wachen vor den Dienstgebäuden der "Illegale" auf.

Jene "weithin hallenden Akkorde der Kanzlerrede", an deren Entwurf wohl der Literat Franz Werfel beteiligt war, hatten den Rest an Vertrauen aufgezehrt und im Widerspruch mit ihrer Phrase vom deutschen Frieden einen letzten Kampf um die Macht in unmittelbare Nähe gerückt. Bestimmend für den Ablauf der nun einander jagenden letzten Ereignisse wurde die strategisch nicht unwichtige Tatsache, daß mit Graz in den Alpen südlich Wien und Linz westlich am Oberlauf der Donau die zwei nach Wien wichtigsten Städte für die Bundesregierung nur mehr mit dem Einsatz bewaffneter Macht zu halten waren. Der wie eine Naturgewalt selbst die Widerstrebenden mitreißende Durchbruch kam hier bei den Besuchen von Minister Seyß-Inquart zu überwältigendem Ausdruck. Was bedeutete es schon viel, wenn in den Landhäusern über die Zahl von ein oder zwei Regierungssitzen verhandelt wurde, welche die bisherigen Machthaber abzutreten bereit seien? Oder was hatten die Dutzende Vorbehalte des Kanzlers und seines Ministers Zernatto zur Legalisierung des Nationalsozialismus für eine Zukunft? Linz stand geradezu im Kreuzfeuer der europäischen Berichterstattung, als Seyß, von Zehntausenden umjubelt, unter denen die noch immer "illegale" ᛋᛋ den Ordnungsdienst aufrecht erhielt, am 5. März eintraf, um in einer über alle österreichischen Sender verbreiteten Rede vor den führenden Nationalsozialisten Oberösterreichs ein für das neue Verhältnis von Staat und Bewegung grundlegendes Programm bekanntzugeben. Jedermann empfand, daß die hier noch anerkannten Einschränkungen allesamt gering wogen gegen die eine Tatsache der öffentlichen Anerkennung der bisher freventlich geleugneten Volksbewegung und gegen die Feststellung des Ministers über die Ersetzung der "Unabhängigkeit" im Sinne von St. Germain durch eine deutsch gemeinte Funktion Österreichs im Sinne des richtig verstandenen Juli-Vertrages. Der ebenso die Volksmenge aufwühlende Besuch von Seyß in Graz hatte seine große Bedeutung in praktischer Hinsicht. Zum erstenmal seit fünf Jahren, in denen der Haß der "Nazis" die beste Empfehlung für politische Streber war, wichen zwei Größen des Systems - in diesem Falle die lokalen Hauptpersonen der Steiermark - dem Zorn des Volkes und der bündigen Versicherung der nationalsozialistischen Führung, daß sie für die Befriedung des Landes untragbar seien. Ganz Österreich lachte, als ein Druckfehlerkobold in der damals mit Riesenauflage eingeführten *Essener* (Nationalzeitung) die Grazer Siegesnachricht noch durch den Zusatz verschönte, der mit den Roten so befreundete, bisherige Landesführer der V. F., Dr. Gorbach sei nach Wien in das Amt des "Volksfrontführers" (statt Frontführers) Schuschnigg einberufen worden. Bald folgte ihm der Landeshauptmann Dr. Stepan nach. Anderseits berief die Regierung von sich aus den vaterländischen Grazer Bürgermeister

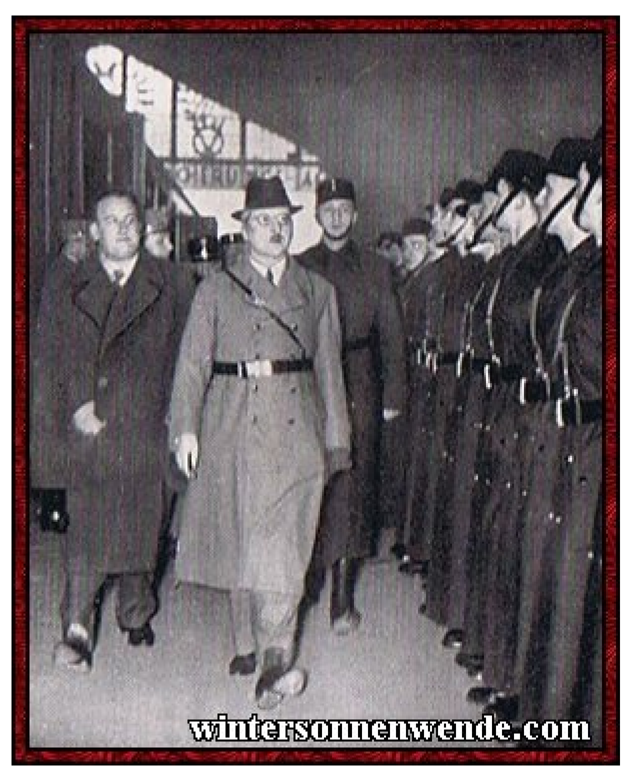
Schmidt ab, weil er wohl in Witterung eines nahenden Umschwungs dem Begehren auf Hissung einer Hakenkreuzfahne am Rathaus nachgegeben hatte.

Aber schon am 27. Februar erging durch die amtliche *Wiener Zeitung* eine feierliche Warnung an die (vom SA.-Führer Dr. Uiberreither ausgezeichnet organisierte) Steiermark, die angeblich den deutschen Frieden gefährde, und gewisse militärische Maßnahmen gegen die seit dem 20. Februar als fast aufständisch geltende Hauptstadt an der Mur kündigten an, daß man gegebenenfalls auch Kanonen und Bomber für die Erhaltung des Systems einzusetzen bereit sei. Es galt also bei der Partei, Entschlossenheit mit Vorsicht vereint für die dicht bevorstehende Entscheidung einzusetzen. Aber selbst die *Reichspost* stellte fest, daß z. B. im Ennstal die öffentliche Gewalt schon auf die S. A. übergehe und ein dortiger Bezirkshauptmann in Umkehrung des bisher Gewohnten bereits gegen die störende Einmischung der "Vaterländischen" nach Graz protestierte. Im Landhaus legte das volkspolitische Referat Listen auf, in die sich fast die gesamte Beamtenschaft dieser Zwingburg des Systems als gesinnungsverwandt eintrug. - Dagegen erwies sich der zuerst im In- und Ausland laut verkündete Plan des jetzt sehr regsamen Zernatto, eine "Lawine" von 3000 V.-F.-Versammlungen unter dem Titel "Mit Schuschnigg für Österreich!" abrollen zu lassen, schon als undurchführbar. Denn auf Grund der gewonnenen Gleichberechtigung verlangten die volkspolitischen Referenten entweder die Teilnahme nationalsozialistischer Redner an den Frontveranstaltungen oder die Abhaltung eigener Versammlungen unter demselben gesetzlichen Schutze - eine für das System katastrophale Alternative. In die Winde verhallten die Klagen des Generalsekretärs über mangelnde Durchorganisierung der V. F., wo doch gemessen an ihrer wirklichen Anhängerschaft darin viel zu viel geschehen war. Auch der sonst geschäftstüchtige Dichter Zernatto verlor über den Ereignissen, die er nicht mehr übersehen konnte, den Kopf und zog sich durch ein in dem Märzheft seines *Neuen Leben* erscheinendes Lied den Fluch der Lächerlichkeit zu, da er Klage führte, daß kein Hund auf der Straße mehr seiner Spur folge! Er hatte damals, freilich ohne es sich zugestehen zu wollen, für sein *Neues Leben* in jeder Hinsicht ausgesorgt.

Vorurteilslose Fremde stellten damals schon fest, Österreichs politisches Antlitz habe sich in den paar Wochen seit dem 12. Februar vollkommen verändert. Das galt vor allem für die Städte der Bundesländer, wo das Heil Hitler! in keiner Hinsicht mehr unterdrückt werden konnte; das galt aber auch für Wien, dessen Bürgermeister noch immer Schmitz hieß. Doch hier, in der einst unter blutigen Kämpfen niedergebrochenen Hochburg des Austro-Marxsmus setzte Schuschnigg den Hebel zu einem verzweifelten Versuch der Machtbehauptung an, zu der jene Ernennung des Gewerkschafters Watzek den ersten Schritt gebildet hatte. Noch die Berichte über eine unmittelbar nach Berchtesgaden abgehaltene, im Zeichen der werdenden Volksfront abgehaltene Massenversammlung mit dem Wiener Bürgermeister und einem "ehemaligen" sozialdemokratischen Funktionär als Rednern sind im Inland unterdrückt worden. Doch angesichts der Vorgänge in den Bundesländern gelangte ein förmlicher Pakt zwischen Kanzler und marxistisch ausgerichteten Arbeiterführern zum Abschluß, der sich der Zustimmung der gesamten, auch bisher bürgerlichen Judenschaft erfreute. Die Scheinherrschaft der christlichsozialen Häupter im Gewerkschaftsbund wurde preisgegeben, die Freiheit der Arbeiterpresse und einer entsprechenden "kulturellen" Betätigung wurde zugesichert, ja sogar die Wiederherstellung des Schutzbundes unter der leichten Tarnung eines Wehr- und Sportverbandes zugesagt. Hinsichtlich der Heranziehung von Marxisten in die Vertretungskörper der theoretisch noch immer festgehaltenen Mai-Verfassung vereinbarte man, daß sie mindestens nicht schlechter als die Nationalsozialisten gestellt sein dürften. So sah nach außen die "Gleichberechtigung" der roten Arbeiterschaft, die Sühne für den Februar 1934, aus. Wie diese Vereinbarungen eigentlich gemeint waren, das sagte in erschreckender Deutlichkeit ein Aufruf der jetzt überaus regen Sozialen Arbeitsgemeinschaften der V. F., wonach alle in der Arbeiterschaft bestehenden Anschauungen - also auch die kommunistische und anarchistische! - in ihnen freien Ausdruck finden könnten - mit alleiniger Ausnahme der nationalsozialistischen! Die Drahtzieher dieser sogenannten neuen Arbeiterbewegung schämten sich nicht, neben den Arbeitern in den Betrieben sogar die beklagenswerten sozialen Opfer des bisherigen Systems, die Dauer-Arbeitslosen, zur Unterschriftensammlung für die "Freiheit" Österreichs zu pressen. Dabei erhielten sie allerdings aus vie-

len Betrieben sehr unerwartete Antworten; besonders aus Ober-Österreich hagelten Protesttelegramme herein, indessen die Wiener Kolportagepresse von Millionen Unterschriften fabelte, wie in diesen für jeden Österreicher aufregenden Tagen die Gefahr eines vollkommenen Chaos, einer verschlechterten Wiederkehr des Parteienstaates anstieg, aus dem vielleicht die schwarzen Desperados letzten Endes als Schiedsrichter wieder hochzukommen hofften, das zeigt die Unruhe, die sogar die abgewirtschafteten Heimwehrhäuptlinge ergriff. Auch sie, voran Fey und Starhemberg, wollten angesichts des allgemeinen Aufbruchs aller politischen Geister mit ihren letzten Mannen und dazu noch jeder für sich, irgendwelche Abenteuer vorbereiten. Selbstverständlich zerfiel darüber die von Schuschnigg erst vor ein paar Wochen zusammengestellte Regierung innerlich, wenn auch die Nationalsozialisten nicht daran dachten, ihre eben gewonnene Schlüsselstellung freiwillig zu räumen.

Da spielte der Bundeskanzler entgegen dem Sinn und Wortlaut aller mit dem Führer bzw. Seyß-Inguart eingegangenen Bindungen seinen letzten Trumpf aus. Kraft seiner Gewalt als Frontführer der V. F. setzte er zunächst in tiefem Geheimnis eine der so hochgepriesenen Dollfuß-Verfassung widersprechende und sogar vom Bundespräsidenten Miklas abgelehnte "Volksbefragung" (staatlich verankerter Volksentscheid war es ja nicht) ins Werk! Er fand es für gut, Mussolini von seinem Plan Mitteilung zu machen; aber die ernste Warnung des Duce, diese Bombe könnte leicht in seiner Hand platzen, schlug er in den Wind. Dagegen setzte er seinen Innenminister Seyß erst von dem bereits dank Zernattos verblendetem Zuspruch unumstößlich gewordenen Entschluß in Kenntnis; wurden ja damals nebst Millionen Flugzetteln auch schon falsche Abstimmungsergebnisse am laufenden Bande hergestellt. So fuhr Schuschnigg zu einer Rede, die seine letzte sein sollte, am 9. März nach Innsbruck, wo er an die Frontkundgebung vom vergangenen September anknüpfen wollte. Er begann mit einer nochmaligen Beschwörung von Dollfuß und einer sehr unangebrachten Erinnerung an Tirols Landeshelden **Andreas Hofer** - die Hoferworte "Mander, s' ischt an der Zeit!", die er gebrauchte, wurden sofort in einem ganz anderen Sinn als sie gemeint waren, in ganz Österreich weitergegeben. Daraufhin verkündete er, höhnisch wie immer, die große Überraschung, daß am kommenden Sonntag, 13. März, die Volksabstimmung "gemacht" werde, nach der so lange gerufen worden sei; er allein verantworte sie und er stehe und falle mit ihr! Zugleich erschien ein recht wortreicher Aufruf mit der Aufforderung an das Volk Österreichs, sein Votum für die "Freiheit" des Vaterlandes und für die Führung Schuschniggs abzugeben. Aus durchsichtigen taktischen Gründen erfuhr der "deutsche Friede" eine deutliche Erwähnung, als ob das Ja für Schuschnigg ihn bekräftigen hieße, eine Ablehnung dieser fragwürdigen Volksabstimmung mit seiner Verneinung gleichbedeutend wäre; von der so vielgenannten berufsständischen Ordnung, um derentwillen angeblich auch das Blut der beiden Bürgerkriege von 1934 geflossen war, hörte man plötzlich nichts mehr.



Dr. Schuschnigg und Minister Zernatto schreiten die Front des S. K. (Sturmkorps der V. F.) bei der Ankunft in Wien nach der Rede in Innsbruck ab. 10. 3. 1938.

Die nationale Opposition und ihre Vertrauensmänner in Regierung und V. F. aber hatten sich in der gedrängtesten Frist von Tagen und Stunden vor allem mit der geplanten Art der Abstimmung, ihrem politischen und formalrechtlichen Charakter auseinanderzusetzen. Denn damit sollte offensichtlich die Entscheidung über ihr eigenes Schicksal vorweggenommen werden. Die Durchführungsbestimmungen nun waren wenigstens für Europa beispiellos zu nennen. Die Abstimmung würde nicht un-

ter der unmittelbaren Verantwortung von Regierung und Behörden, sondern von Landeshauptleuten und Amtswaltern der V. F. veranstaltet. Nur die V. F.-Leute dürften in den Wahllokalen verbleiben, wodurch auch bei der Auszählung der Stimmen jede Kontrolle weggefallen wäre. Es gebe aber auch keine Wählerlisten; jeder Wahlberechtigte könnte sich mit irgendeinem Personalausweis vorstellen, den die Wahlkommission abstempeln sollte. Hätte jemand angeblich keine Legitimation zur Hand - da schon der polizeiliche Meldezettel ausreichend war, hätte dieser Fall mit Fug und Recht als ausgeschlossen gelten können! -, so genügte schon die Zustimmung des Wahlleiters ihn zur Abstimmung zuzulassen. Diese selbst sollte nicht in Zellen stattfinden, sondern je nach Selbsteinschätzung des Wählers offen oder geheim, d. h., wer nicht sein Bekenntnis, wie erwartet, offen durch Gebrauch des vorgedruckten Stimmzettels ablegen würde, der könnte auf einem Stück Papier etwas anderes schreiben und von dem Vorsitzenden einen Umschlag dazu verlangen. Nur die reiferen Jahrgänge von 1914 aufwärts durften überhaupt antreten; in Wien aber schloß der Bürgermeister mit einer Durchführungsverordnung auch fast alle Vierundzwanzigjährigen aus. Die oberste V. F.-Leitung ordnete noch zusätzlich an, daß alle öffentlichen Angestellten an ihrem Dienstort bereits am Vortage abzustimmen hätten, und dies unter keinen Umständen auf den allgemeinen Wahltag verschieben dürften. Doch eben all das öffnete auch dem schlichtesten Manne alsbald die Augen über die Falle, die da ausgestellt war: Taten die Braunen mit, dann legten sie sich selbst die Schlinge um den Hals, die Schuschnigg dann jederzeit unter Berufung auf das Votum für seine Person und sein Prinzip zuziehen konnte; blieben sie fern, wie es ihnen Herz und Verstand nahelegte, dann waren sie, wie es schon verlautete, "Meuterer" gegen den "deutschen Frieden" und durch einen organisierten Wahlschwindel sondergleichen einer fiktiven Mehrheit ausgeliefert, hinter der schon bestimmte schwarze und rote, jüdische und freimaurerische Interessenten auf den vernichtenden Streich warteten. Dem Beamten in der Kanzlei und dem Arbeiter im Betriebe drohte die Entlassung, wenn er am kommenden Montag nicht die Wahlbestätigung nachweise, während die dazu Willigen sich wohl mehrere solche leisten konnten. In Wien, wo die feindlichen Mächte am sichtbarsten waren, breitete sich selbst unter der in die Bereitschaft der Gliederungen einrückenden Jugend eine trotzige Entschlossenheit aus, die nicht mehr nach dem Siege fragte; unterlag der eine oder andere der Berufstätigen dem Druck der Stunde, so wandten sich noch mehr, die bisher zur Bewegung nicht gefunden hatten, von einem ihnen bisher in besserem Lichte oder als gleichgültig erschienenen System wie nach einer Demaskierung ab und vollzogen zunächst für sich den Schlußstrich unter die Täuschungen der letzten fünf Jahre. In den Ländern jedoch, wo die wahre Machtverteilung sich in den letzten Wochen schon geklärt hatte, da stellte sich der neuerdings in seiner friedlichen Legalisierung bedrohte Nationalsozialismus sofort zum Widerstand mit all seinen Folgerungen bereit.

Der sowohl für die öffentliche Sicherheit als für den Berchtesgadener Kurs verantwortliche Minister Seyß-Inquart gab sich über die Unhaltbarkeit der von Schuschnigg überfallsartig heraufbeschworenen Lage und ihren eigentlichen Hintergrund keinem Zweifel hin. Während von zwei auseinanderliegenden Stellungen her Legitimismus und Marxismus unter Abwerfung ihrer bisherigen Verkleidungen zum Angriff auf den entfesselten Nationalsozialisinus vordrangen, indessen in kunterbunter Reihe die Vertreter der in Österreich vorhandenen Internationalismen sich aus dem Gegensatz zur völkischen Freiheitserhebung heraus in "Treue"-Kundgebungen und Wahlaufrufen ein letztesmal zum Worte meldeten und etwa der Präsident der reichen Wiener Israelitischen Kultusgemeinde dem Generalsekretär der V. F. ein Vermögen zur freien Verfügung einhändigte, rang Seyß mit Schuschnigg um Zurückziehung oder wenigstens um Aufschub des Pseudo-Volksentscheides. Mit des Ministers Zustimmung ließ Dr. Jury die Parole der Stimmenthaltung hinausgehen, die eine unanfechtbare, rechtliche Begründung enthielt; durch das sogar die eigene Mai-Verfassung übergehende und das berufsständische Grundgesetz der V. F. verleugnende Verhalten des Bundeskanzlers sei es überhaupt unmöglich, eine politische Vertrauensgrundlage festzuhalten und, was an formalen Bindungen ihm gegenüber eingegangen sei, bestehe nicht mehr. Vergebens die Anstrengungen Schuschniggs, durch Beschlagnahme des Aufrufs von Jury und die Zumutung an Seyß, diesen seinen wichtigsten Mitarbeiter fallen zu lassen, dem unaufhaltsam anrückenden Verhängnis zu entgehen. Als am 11. März früh Glaise-Horstenau zurückkam, der einige Tage zuvor ohne Wissen von der bevorstehenden Wendung nach Stuttgart und erst von da spontan nach Berlin gereist war, konnte er Seyß

nicht allein sein bedingungsloses, persönliches Einverständnis mitteilen, sondern auch die Tatsache, daß das Reich den in Berchtesgaden erwogenen Ernstfall eingetreten sehe. Auf der Schuschnigg-Front dagegen riß ungeachtet der nun alle Straßen übersäenden Millionen Flugzettel (darunter solche mit der wahrhaft das Schicksal herausfordernden Bemerkung, die "Nazis" würden am Sonntag alle Schuschnigg wählen, damit die Welt nicht sehe, wie wenige ihrer seien) eine von Stunde zu Stunde sich steigende Nervosität ein. Radio-Wien verkündete zwar immer wieder, die Sonntagabstimmung finde unter allen Umständen statt, aber einmal wurde diese, dann wieder jene Durchführungsvorschrift unter dem Druck der aufgewühlten öffentlichen Meinung geändert. Freitagvormittag berief man sogar den eben von der Wahl ausgeschlossenen Jahrgang 1915 zu ihrem "Schutze" ein, in Wahrheit um die jungen Leute in die Kasernen zu bringen und einen Teil von ihnen als Bürgerkriegsreserve zu verwenden. Die meisten Garnisonen blieben ohnedies "konfiniert" und selbst auf Zuwarten und Abhören des Rundfunks angewiesen, indessen der Wiener Bürgermeister mit der Verteilung von Waffen an die zweifelhaftesten "Freiheitskämpfer" begann, und die noch immer gegen Graz eingesetzten "zuverlässigen" Truppen einen neuen Versuch zur Zernierung der Stadt machten. Hier gelang der Jugend der erste unblutige Sieg über offene Gewalt, als die Buben und Mädel der höheren Schulen als Protest gegen die Absetzung eines beliebten Lehrers allesamt ihre Klassenzimmer verließen und die Hauptstraßen gegen den Vorstoß der Bewaffneten mit ihren Leibern abriegelten. Auch in Wien stellte in den Nachmittagsstunden die Polizei den Kampf gegen die z. B. die Kärntner Straße mit ihren Sprechchören beherrschende Hitler-Jugend ein. Die Zahl der Hakenkreuzträger wurde in dem Maße Legion, als die vaterländischen Zwangsabzeichen von der Bildfläche verschwanden und da und dort Versuche mit Drei-Pfeilen oder gar mit dem Sowjet-Stern stattfanden. Das "Deutsche Eck" der Reichsbahn-Werbestelle vor der Oper passierten Zehntausende Wiener, um vor dem in Blumen versinkenden Führerbild die Hand öffentlich zum Deutschen Gruß zu erheben. Die SA. und ϟϟ der Bundeshauptstadt versammelte sich, der großen Stunde gewärtig, zum entscheidenden Appell. Dazwischen nahmen sich die noch immer zettelstreuenden und "wir wählen Schuschnigg!" schreienden, bezahlten V. F.-Männer auf ihren Lastkraftwagen in Umkehrung jahrelanger Verhältnisse selbst als die "Unentwegten" aus, was sie freilich nur unter dem Schutze der augenblicklich noch geltenden Gesetze markierten. Wie schon bei den Kundgebungen des braunen Wiens am 20. Februar tauchten mit sinkenden Abend Hakenkreuzarmbinden, ja -fahnen auf. Was bedeuteten da noch ein paar Verhaftungen durch übereifrige Wachorgane oder die Verteilung von Extrablättern, die alle Arbeiter zur Treue für das "freie Österreich" aufforderten oder eine letzte Ausgabe des jüdischen *Telegraf,* der sich aus England melden ließ: "Österreichs Volk erhebt sich für Unabhängigkeit!"?

Denn auch im Ballhauspalais ging der Kampf der fünf Jahre an diesem 11. März zu Ende. Das System entsprach nur dem Gesetz, wonach es angetreten, wenn der von einem Besuch bei seinen englischen Freunden im österreichischen Wintersportgebiet eilends nach London zurückgekehrte Gesandte Baron Frankenstein noch nach einer Intervention der Westmächte sondierte, nachdem die Italiens ausblieb. Außenminister von Ribbentrop, der eben auf Abschiedsbesuch an der Themse weilte, konnte mit entsprechenden Aufklärungen auch dort dienen, wo man nur ungern auf eine Einmischung in die mitteleuropäische Neuordnung verzichtete. Der Bundeskanzler selbst hatte sich, nachdem der Nationalsozialismus den Griff nicht mehr locker ließ, in dem kunstvollen Netz seiner jahrelang geübten Widersprüche unrettbar gefangen. Er wußte, daß schon die bloße Verschiebung der Volksabstimmung so oder so sein politisches Ende herbeiführe, und zog sie Stunde um Stunde hinaus. Er glaubte aber auch den Rücktritt von Glaise und Seyß nicht herbeiführen zu können, da dann vor aller Welt der Bruch des Juli- und des Februar-Abkommens offenbar gewesen wäre. Er hieß noch immer Frontführer und mußte sich endlich eingestehen, daß von einem Einsatz dieser auf dem Papier drei Millionen zählenden V. F. im Ernstfalle ja gar nicht die Rede sein konnte, und die von ihm in der Form der verschiedenen Referate eingerichteten Gegengewichte nun zur völligen Desorganisation führten. So blieb ihm als letzter Ausweg nur seine Abdankung in die Hände der Garanten der nationalen Befriedung übrig, wollte er nicht das vollgerüttelte Maß seiner Schuld durch Entfesselung des blutigen Chaos zum Überlaufen bringen. Diesmal hatte sich die Bewegung in dem einen Monat seit dem Berchtesgadener Gespräch ganz anders als 1934 sammeln können,

und stand auch die europäische Politik im Zeichen der Achse Berlin - Rom, in der kein Platz mehr für den Dollfuß-Separatismus war. So fiel denn das Los eindeutig, als um etwa 4 Uhr nachmittags die Abstimmung für "aufgeschoben" erklärt wurde. Minister Seyß, in dessen Hände zwangsläufig die eigentliche Regierungsgewalt überglitt, ließ bereits die SA. als Hilfspolizei antreten und vereint mit der Wiener "illegalen" SA. vollzog die ϟϟ-Standarte 89 als Sühne für die einst von ihr getragene mißglückte Juli-Erhebung eine neuerliche Besetzung des Bundeskanzleramtes und seiner Umgebung. Nach 7 Uhr abends verkündete Schuschnigg endlich seinen Rücktritt durch den Rundfunk. Wenn er damit einer geschichtlichen Notwendigkeit Rechnung trug, so verlor auch dieser Schritt jede menschliche Größe durch kurz hervorgestoßene, unwahre Behauptungen, als ob er eigentlich nur einer auswärtigen Gewalt weiche, indessen die innere Lage dies gar nicht erfordert hätte. Erst als die nationalsozialistischen Kolonnen in allen Gauen sich bereits auf den Aufmarschstraßen sammelten, entschlossen, "sich ihr Recht selbst zu verschaffen", lief die Kunde vom Sturze des Bundeskanzlers durch den Äther.

Befreiung! (11. bis 15. März 1938)

Der verblendete Widerstand des Repräsentanten eines untergehenden Systems wurde, wie wir jetzt wissen, erst gebrochen, als Dr. Seyß-Inquart ihm entgegenhielt, er würde im Beharrungsfalle als der Mann in die Geschichte eingehen, der einen zweiten Weltkrieg und den österreichischen Bürgerkrieg entfacht habe.

Das also war die äußerste Folgerung aus dem auf Kosten der deutschen Einheit unterhaltenen, die Natur eines echt politischen Gemeinwesens verleugnenden Staates wider Willen! Zwanzig Jahre, nachdem das Weltkriegsende der Habsburgischen Vielvölkermonarchie ein Ziel gesetzt, ein erschöpftes und irregeführtes Volk gleichzeitig das "deutsche Kriegsreich" preisgegeben hatte, schloß sich der Ring der Ereignisse zur Erfüllung. Die in Versailles und St. Germain erzwungene, europäische Neuordnung hat nicht allein Millionen Deutscher des geschlossenen Volksgebietes durch Überantwortung unter eine fremde Herrschaft um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht und das Deutsche Reich selbst aufs schwerste mit lebensbedrohenden Verpflichtungen belastet. Darüber hinaus wurde die Fesselung Deutschlands an zwei Stellen, im nordwestlichen und im südöstlichen Mitteleuropa, durch völkerrechtliche Abnormitäten, wie sie die Geschichte bis dahin nicht kannte, verankert: Durch die dem Rheinlande einseitig aufgenötigte Trennung der politischen und der Wehrgrenze blieben dauernd 14 bis 15 Millionen Deutscher minderen Schutzes und daher minderen Rechtes im eigenen deutschen Vaterland! Jeder Versuch einer Änderung dieses Zustandes von seiten Deutschlands sollte als Angriff auf den "Weltfrieden" **(Artikel 44)** gelten, indessen der aus der Unnatur dieser Verhältnisse entspringende Separatismus nur an seiner eigenen Verwerflichkeit zugrunde ging. Die andere Verfügung betraf die 6 bis 7 Millionen Deutschösterreicher, die getrennt von ihren der Fremdherrschaft ausgelieferten, sudetendeutschen Brüdern vor den Toren des Reiches wider ihren feierlich erklärten Willen ein Staatsvolk bilden mußten - hier wurde alle zukünftige Entwicklung in einem Paragraphen vorweggenommen, der, scheinbar revisionistisch, in Wirklichkeit nicht weniger als jener über das Rheinland den Weltfrieden belastete. Die daraus hervorgehende Unnatur geißelte das gelegentlich gefallene Wort eines deutschösterreichischen Politikers der älteren Generation treffend: "Unser kleiner Staat, den man das eine Mal als das 'Herz', dann wieder als die 'Drehscheibe' von Europa, manchmal auch weniger freundlich bezeichnet hat, wurde wieder einmal mit einem neuen Epitheton als das 'Nervenzentrum' von Europa bezeichnet... Wir sind offenkundig das Zentrum der Nerven anderer!" (Ernst Streeruwitz, *Die Friedenssicherung*, Wien 1935.) Was galt den Erfindern solcher zweifelhafter Sendungsschlagworte das um den Sinn seiner Gegenwart betrogene deutschösterreichische Land und Volk selbst? Wenn es in der Zeit nach dem Julivertrag vorgekommen sein soll, daß bei sportlichen Veranstaltungen mit reichsdeutschen Gästen die eigene Mannschaft im Beifall der Zuschauer demonstrativ hinantgesetzt wurde, so hatten die damaligen Machthaber oder die gewissen ausländischen Freunde Österreichs sicher am wenigsten das

Recht, über die Unnatur solcher Vorkommnisse auf dem Kampffeld der Jugend zu klagen, weil dies nur ein bezeichnender Ausdruck mehr des Widersinns aller öffentlichen Verhältnisse war! Oder wie kläglich die immer wieder mißbrauchte Versicherung, der Reichsdeutsche selbst bewundere den Genius der Ostmark von **Walter von der Vogelweide** bis zu **Grillparzer** und Raimund, **Schubert** und **Strauß**, während der Österreicher gar nicht wisse, daß er Grund und Ursach' habe, sein Vaterland zu lieben! - eine gleisnerische Gleichsetzung der gottbegnadeten, ewig deutschen Heimat Österreich, mit dem Staat wider Willen. Trotz Wien fehlte ihm das politische Schwergewicht, das sich gerade für die echten Volksbewegungen immer wieder in die "Länder" verlagert hat.

Die Seipel-Schober-Formel vom "deutschen Volke in zwei Staaten", die der allgemein europäischen und der innerdeutschen Lage seit 1922/23 entsprach, hatte zunächst die vollkommene kulturelle und ideelle Freizügigkeit im ganzen 75-Millionon-Raum zur Voraussetzung ihrer Dauer, aber auch eine politische Haltung der österreichischen Regierung, die ungeachtet ihrer Neutralität zwischen den rivalisierenden außerdeutschen Mächtegruppen Europas den Interessen des Reiches gleichlief, ihre Erfolgsaussichten verstärkte und die letzten Entscheidungen offenhielt. Erst unter diesen beiden Bedingungen war die "Unabhängigkeit" der Republik Österreich ein erträgliches Provisorium. So hat gleich nach Überwindung der Kronen-Inflation eine vom hohen Beamten bis zur Volksschulklasse alle Berufsschichten umfassende Hilfsaktion für das von Ruhrkrieg und Markzerrüttung gequälte Reichsvolk unter den Augen des Generalkommissars der Genfer Protokollmächte ein ergreifendes Zeugnis deutscher Notgemeinschaft abgegeben! Mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus in die unmittelbare, geschichtliche Verantwortung mußte sich jedoch alsbald das Antlitz Europas verändern und mußte der Freiheitskampf Deutschlands auch die beiden machtlosen Vorfelder im Nordwesten und Südosten des Reiches erfassen. Inzwischen hatte der gescheiterte Versuch der Regierungen Ender-Schober und Brüning-Curtius, noch unter Respektierung von Versailles - St. Germain bzw. Locarno - Genf die deutsch-österreichische Zollunion zu errichten seine unerwarteten Fernwirkungen gezeigt. Denn gerade sein Mißlingen führte, unterstützt durch die sozialen Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise, binnen zweier kurzer Jahre das Ende der Briand-Periode für Westeuropa, des Weimarer Zwischenreiches für Deutschland und der Seipel-Schober-Periode für Österreich - in Summe also den Ausgang eines ganzen Zeitalters vermittelnder Nachkriegslösungen - herauf. Nach 1933 aber folgte der Wiederherstellung deutscher Wehrhaftigkeit und Bündnisfähigkeit durch den Führer mit blitzartigem Zugreifen im gegebenen Augenblick die volle Befreiung und Sicherung der Rheinlande und sie wieder ermöglichte zwei Versuche, unter Wahrung der außenpolitischen Erfordernisse die Lösung der zweiten, innerdeutschen Grundfrage, der deutschösterreichischen, in Angriff zu nehmen. Die wider besseres Wissen von den Parteigängern der österreichischen "Unabhängigkeit" noch bis heute ausgestreute Behauptung, als ob in den Juli- und dann in den Februar-Abmachungen bloß außenpolitische Verträge vorgelegen seien, verleugnet nicht allein deren Wortlaut, sondern wird auch durch die in ganz Europa hinlänglich bekannte Eigenart des in St. Germain künstlich geschaffenen Gemeinwesens Lügen gestraft, ja endlich widerlegt durch die Politik dieser Zionswächter selbst, die buchstäblich bis zur letzten Stunde mit der inneren auch die äußere deutsche Verpflichtung Österreichs übergingen und sowohl den Interessen des Reiches als Staat wie dem politischen Bekenntnis aller deutschbewußten Österreicher widerstrebten.

Noch 1932 konnte der Kampf gegen das entartete System, gegen Dollfuß-Starhemberg und auch gegen die Politik von Lausanne unter der Anwendung derselben "legalen" Methoden wie im Reiche vor sich gehen. Mit der durch die Machtergreifung im Reiche als Reaktion ausgelösten Diktatur aber veränderte sich mit einem Male die ganze politische Aufgabe der Bewegung in Deutschösterreich, für deren neue Lösungen nun in einem überaus schmerzlichen, opferreichen und nervenanspannenden Vorgang erst allmählich neue Männer und neue Methoden gefunden wurden. Wenn das System ganz offen bekundete, daß es seine internationale und innenpolitische Stellung dem Gegensatz zum Reich verdanke, so schöpfte der Nationalsozialismus hingegen immer neue Siegeszuversicht aus dem stolzen Aufstieg des Dritten Reiches, der immer wieder die Berechnungen seiner Unterdrücker verwirrte. Doch wenn der Führer zweimal vor Europa feierlich versichern konnte, daß dies politische und weltanschauliche Bekenntnis nur der deutschen Natur Österreichs folge und

nicht einer auswärtigen Propaganda bedürfe, so erkennen wir rückschauend sogar die der österreichischen "Illegale" durch die übergeordnete Rücksicht auf das Reich auferlegten Hemmungen. Als die Erhebung des Juli 1934 im Zentrum gescheitert war, mußte sie auch dort abgeblasen werden, wo sie erfolgreich blieb, da ein Eingreifen des Reiches vor der Rückgliederung der Saar und der offenen Aufrüstung ausgeschlossen werden mußte. Aber auch die ganze Nach-Juli-Politik des österreichischen Nationalsozialismus ist schwere dreieinhalb Jahre lang bis genau 24 Stunden vor dem Endsieg durch die Sorge um möglichste Distanzierung von der Reichspolitik mitbestimmt worden. Es gehörte zu denselben Nervenproben (die doch von den allermeisten durchgestanden wurden), wenn die "Illegalen" sich einmal als "Verräter" an der Heimat, die weiß Gott ihnen wie irgendeinem teuer blieb, vor der Welt beschimpfen lassen mußten, und das andere Mal zu hören bekamen, die Reichspolitik wolle gar nichts von den "Unentwegten" wissen und setze die "Unabhängigkeit" Österreich als feste Größe ein, ohne daß in beiden Fällen eine gebührende Gegenerklärung möglich gewesen wäre. In Wahrheit wurden Reich und Führer im Vertrauen auf das entschlossene Durchhalten der Deutschösterreicher nie enttäuscht, bis sie die Hände zur Lösung des ganzen Problems endlich frei bekamen. An die geschichtliche Leistung sowohl der im Rampenlicht der europäischen Öffentlichkeit stehenden Männer, der Glaise-Horstenau und Seyß-Inquart, und der volkspolitischen Referenten sowie der "illegalen" Führer, der Leopold und Reinthaller, der Klausner und Jury, der Kaltenbrunner, Lukesch und Rainer in der zentralen Leitung, der Gauleiter und der SA.-Führer in den Ländern ist daher ein Maßstab ganz eigenartiger Größe in einem einmalige Kampfe anzulegen.

Wie nach dem 11. Juli die Sorge von Glaise-Horstenau, so ist es nach dem 12. Februar die von Seyß-Inquart gewesen, auf einer sofort unternommenen Berliner Reise die inneren und äußeren Bedingungen des Kampfes in Österreich aufeinander abzustimmen, wobei stets die Österreicher der treibende, die Männer im Reiche der regulierende Faktor waren. Durch die geplante Überrumpelung mit der "Volksbefragung" in demselben Augenblick, da das System in den meisten Bundesländern schon sturmreif wurde, erreichte diese in Not und Verantwortungsbewußtsein erlernte Kunst der gelenkten Volksbewegung ihre dramatischen Höhepunkte. Minister Seyß mußte von dem Abend des 8. März angefangen, wo er zuerst durch den Kanzler selbst unvollständig und dann durch eine aus dem V. F.-Haus herausgeschmuggelte Information Dr. Jurys ganz über den bevorstehenden Betrug ins Bild gesetzt wurde, alles an Zeitgewinn setzen, um dem Führer eine Stellungnahme zu der neuen Lage zu ermöglichen. In nächtlichen Gesprächen, in denen beide Gegner ihr Letztes herausholten, drängte der Minister den Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Innsbruck zu Zugeständnis um Zugeständnis, die auf jeden Fall die Rolle des Nationalsozialismus in dem anhebenden Spiel auf Leben und Tod sichergestellt hätten. Erst in der Mitternacht zum 11. März kam der nach Berlin entsandte Bote (Odilo Globotschnigg vom Stabe des neuen Landesleiters Major Klausner) mit der Meldung zurück, daß die so heiß ersehnte Stunde des freien Handelns gekommen sei! Das Eis, das fünf Jahre lang die volle Entfaltung der Bewegung in Österreich überkrustete, schmolz und stürmisch brandete die Flut an die letzten Hindernisse zur Freiheit empor! Ehe der Freitagmorgen graute, konnte Seyß der im Hotel Regina versammelten nationalsozialistischen Führerschaft Deutschösterreichs Weisung zur Marschbereitschaft noch für den kommenden Nachmittag geben. Um 10 Uhr vormittags sagten er und der aus dem Reiche im Flugzeug zurückgekehrte Glaise dem Bundeskanzler den Bruch des Berchtesgadener Abkommens auf den Kopf zu und erweiterten ihre Forderungen auf Verschiebung der Wahl um vier Wochen mit voller Propagandafreiheit. Schuschniggs neues, stundenlanges Zögern und die darauf mit Miklas unmittelbar eintretenden Schwierigkeiten haben dann den Absturz der Lawine und den Durchbruch der Flutwelle herbeigeführt. In allen Gauen der Ostmark zogen zu vielen Zehntausenden die eigentlich noch immer "illegalen" Kolonnen der SA. und der HJ. in die Zentren der politischen Macht des Landes - fast alles noch im Weißhemd, in den kurzen Lederhosen und weißen Stutzen, der "Nazikluft" einer langen Verbotszeit, nur jetzt schon mit Hakenkreuzbinden am Arm und mit der endlich entrollten Fahne der Freiheit an der Spitze! Wie viele tausend Jahre Kerker hatten die papierenen Urteile des Systems über diese deutschen Männer und Jünglinge verhängt, wie viel Leid und Haß war in dieses Land gesät worden, wie um des so oft angerufenen Namens Christi zu spotten, und nun an der Schwelle der Macht kannten und wollten sie nur Eines: vollgültig in einer Reihe zu stehen mit denen, die bisher das Dritte Reich auf-

gebaut hatten und so der übel belehrten Welt die Beschaffenheit des deutschen Stammes zu zeigen, aus dem einst der Führer selbst hervorgegangen!

Das ganze, nationalsozialistische Wien strömte auf die Straßen, um, soweit es nicht unmittelbar an der Machtergreifung beteiligt war, Zeuge der Zeitenwende zu sein. In ganz Österreich zerfiel das Truggebilde der millionenstarken V. F. wie schillernder Seifenschaum. Während ihr Generalsekretär und Minister Zernatto über die Grenze bei Preßburg das Weite suchte, besetzten die Braunen, deren Unterwerfung oder Vernichtung letzten Endes dieses hohle Mammutgebilde gegolten hatte, widerstandslos alle Gebäude, angefangen von der Zentrale am Hof und dem Rohbau des geplanten Fronthauses am Ballhausplatz. Aber auch die bewaffnete und beamtete Vollzugsgewalt fand sich, wie man es ihr angewöhnt hatte, mit den vollzogenen Tatsachen ab und in allen Ländern und Gemeinden ging mit einer fast unbegreiflichen Disziplin der Übergang zum neuen Staat vor sich. Um Mitternacht hatte auch der Bundespräsident, der noch immer nach längst überholten Zwischenlösungen suchte, nachgegeben, und Seyß zum Bundeskanzler ernannt. Da dieser damit zugleich Frontführer der V. F. geworden wäre, hatte er es in der Hand, mit einem einzigen Federstrich der V. F. auch formal einwandfrei ein Ende zu bereiten und ihr Eigentum der nun offen anerkannten NSDAP. zu überantworten. Unter namenlosem Jubel stieg die erste Hakenkreuzfahne auf dem Balkon des Ballhauspalastes im nächtlichen Lichterschein in die Höhe und die neugebildete nationalsozialistische Regierung zeigte sich den auf dem weiten Rund des Heldenplatzes versammelten unübersehbaren Massen, die im Ablauf von 48 Stunden eine Wendung von der Vernichtungsdrohung bis zum vollständigsten Siege durchlebten.

Das Tor zum Dritten Reiche öffnete sich. Hatte selbst Schuschnigg noch in letzter Stunde an das Bundesheer die Weisung ausgegeben, den allenfalls einrückenden deutschen Truppen keinen Widerstand zu leisten, so richtete der neue Bundeskanzler einen Appell an die Reichsregierung, die durch eigene Kraft errungene neue Ordnung Österreichs in den starken Schutz des Reiches zu nehmen. In den ersten Vormittagsstunden des 12. März brausten die gewaltigen Geschwader der neugeschaffenen Luftwaffe Hermann Görings schon über Wien, breiteten ihren metallenen Flügel über befreites deutsches Land und warfen auf die grüßende Menge ihre Flugzettel mit dem Gruß des Reiches an die erste nationalsozialistische Regierung Österreichs! Wo waren zu dieser Stunde die von einer verblendeten Regierung in den Grenzgebieten da und dort aufgerichteten "Hindernisse" für einen deutschen Vormarsch im Sinne des berüchtigten Mobilmachungsplanes D hingekommen? Sein einziges Hindernis wurde die begeisterte Begrüßung des Volkes! Wer gedachte in dieser großen Stunde aber auch des Rufes, den noch vor dem Anschlußgesetz einst die deutschösterreichische Nationalversammlung um Waffenhilfe an das Reich gerichtet hatte und die mit dem Alpenkorps nur eintraf, um ein paar Tage später dem feindlichen Waffenstillstandsgebot wieder zu weichen. Durch fast zwei Jahrzehnte hieß es dann immer wieder nach einem Schritt vor zwei zurück tun; das war so bei der Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht und das war bei dem Versuch wirtschaftlicher Selbsthilfe und das wiederholte sich ärger denn je noch 1933 und 1934. Erst jetzt war wieder dem Siegfried das zerbrochene Schwert neu geschmiedet, mit dem er sich wie dort am Rhein nun auch hier an der Donau - niemandem zu Leide - sein Recht von den Sternen holte!

So verlas denn mittags Goebbels im Auftrage des Führers die Proklamation, daß deutsche Wehrmachtsverbände allenthalben die Grenze überschritten hätten. Ein paar Stunden darauf verbreitete sich die elektrisierende Meldung, der Führer habe bei seiner Geburtsstadt Braunau österreichischen Boden betreten und befinde sich, von unbeschreiblichen Kundgebungen seiner erlösten Landsleute begleitet, auf der Fahrt in seine Jugendstadt Linz. Dort verkündete dann vom Rathaus aus der Bundeskanzler Seyß-Inquart in Anwesenheit des Führers das Erlöschen des schmählichen Anschlußverbotes von St. Germain kraft des nunmehr für immer gesicherten Selbstbestimmungsrechtes der Österreicher. Am gleichen Abend aber sammelten sich hunderttausende Wiener abermals auf der Wiener *via triumphalis,* der Ringstraße, zu einem beispiellosen Fackelzug der aus fünfjähriger Not in einer Nacht zum Endsieg emporgestiegenen bisherigen "Illegale". Alles schien einem rauschartigen Freudentaumel hingegeben, wenn auch der Fahnenschmuck der Straßen noch sehr unvollkommen war, da gab es oft nur rot-weiß-rote Fahnen des Systems, auf die mit ungelenker Hand ein

Hakenkreuz gemalt war; und wieviel jüdischer Besitz, an dem Wien Überfluß hatte, blieb jedem Ausdruck der Freude verschlossen. Doch selbst vor den Ringstraßenhotels, wo die sensationslüsternen Publizisten des Auslands ihr lange mißbrauchtes Quartier hatten, staute sich unübersehbar, bis auf die mit Jugend besetzten Wipfel der Bäume hinauf die Menge. Jeder Mann der deutschen Luftwaffe, der sichtbar wurde, fand sich mit seinen ostmärkischen Kameraden in ein scheinbar lebensgefährliches Gedränge verwickelt, das sich wie alles an diesem 12. März, doch wieder in Harmonie auflöste. Es war doch ein Rhythmus, der diese Hunderttausende bewegte und immer mächtiger in den unaufhörlich emporbrandenden Sprechchören durchschlug; es war der elementare Aufschrei des Jubels und des Sieges, der Wiens wahre Seele mit dem letzten Alpendorf vereinigte: Ein Volk - Ein Reich - Ein Führer!



[Frontispiz] Der Führer, seine Mitarbeiter, Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart (Mitte) und Vizekanzler Dr. Glaise-Horstenau (ganz rechts) in Linz. 13. 3. 1938.

Der 13. März 1933 hätte in ruhigeren Zeiten zum Gedächtnis der Volkserhebung gegen die Metternichsche Reaktion und für ein erneutes Deutschland-Österreich aufgerufen. Nun verkündeten selbst Inschriften der V. F. auf dem Asphalt der Straßen, die in den letzten 24 Stunden noch nicht beseitigt werden konnten, daß am 13. März für Österreich die Entscheidung fallen müsse. Wirklich setzte dieser Tag den Schlußstrich unter die großdeutschen Hoffnungen und Enttäuschungen von Generationen, löschte den Verrat der letzten fünf Jahre aus und zog die stolze Summe des völkischen Kampfes der Ostmarkdeutschen mit ihrer Heimholung ins Dritte Reich durch den aus ihrer Mitte einst hervorgegangenen Führer. Über das schon in der Nacht vom 11. zum 12. März und noch vor dem Einmarsch der Wehrmacht des Reiches erreichte Zwischenziel der "Gleichschaltung" Österreichs, einer Art Danzigisierung ohne Veränderung des internationalen Status, drängte die so lange widernatürlich zurückgestaute Entwicklung mit elementarer und doch gelenkter Wucht zur letzten Entscheidung. Sobald der Nationalsozialismus nicht völlig rechtswidrig überhaupt von der politischen Willensbildung ausgeschlossen blieb, konnte er wie früher im Rahmen des Weimarer Zwischenreiches und, von anderen Beispielen abgesehen, kurz darauf in der Tschecho-Slowakei, so auch jetzt hier innerhalb der als Kampfinstrument wider ihn ersonnenen Dollfußschen Mai-Verfassung sein Ziel "legal" erreichen. Das Gesetz des Staates wider Willen erfüllt sich durch seine Selbstaufhebung. Das Zeitalter der österreichischen Widersprüche endet damit, daß die durch Verfassungsbruch einst "illegal" Gewordenen, nun doch nach dem Buchstaben dieser neuen Legalität zur Macht gelangen, juristisch aus ihr nur die äußerste Folgerung ziehen und so durch die Formenstrenge ihrer revolutionären Machtergreifung auch die Gegnerschaft des Auslandes mattsetzen.

Auch darin kann sich geschichtliche Größe bewähren. In diesem Sinne begann die Revolution mit

der rechtlich unanfechtbaren Begründung der Stimmenthaltung bei der Schuschniggschen "Volksbefragung", setzte sich in der Auswechslung des totalitären Anspruches der V. F. durch den der NSDAP. mit einem Willensakt des neuen Bundeskanzlers fort und erreichte ihren Höhepunkt in der mit dem Rücktritt des Bundespräsidenten Miklas am Nachmittag des 13. März gesetzmäßig erfolgten Vereinigung der gesamten Staatsgewalt in der Person dieses nationalsozialistischen Bundeskanzlers, der nun im Verein mit seinem Kabinett das letzte Bundesgesetz zeichnete. Es stimmte genau mit einem gleichzeitig aus Linz erlassenen Reichsgesetz überein und verkündete die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich - der durch die Nationalversammlung vom 12. November 1918 einseitig gesetzte und von der Geschichte übergangene Rechtsanspruch auf Selbstbestimmung des deutschösterreichischen Volkes ist nun unmittelbar auch Reichsrecht geworden, und sein politischer Vollzug ließ keine Stunde warten. Schlagartig ging die Übernahme der Bundesbehörden durch die entsprechenden Reichsämter vor sich, angefangen von der Polizei, wo sofort die ostmärkische ϟϟ zum Aufbau eingesetzt werden konnte, bis zur Unterstellung des österreichischen diplomatischen Apparates an das Deutsche Auswärtige Amt durch den letzten Außenminister Dr. Wilhelm Wolf und die Umgestaltung des Bundeskanzleramtes zur Reichsstatthalterei. Als Adolf Hitler nach einer unbeschreiblichen Fahrt auf den Straßen des vom jäh erwachten Frühling übersonnten Donaulandes am Montag, dem 14. März, in Wien zum erstenmal als Führer und Reichskanzler zur größten Vollzugsmeldung seines Lebens eintraf, da war mit dem Bundesstaat Österreich die letzte Phase reichsfremder Staatlichkeit des Ostmarkdeutschtums schon versunken und das Land Österreich im Dritten Reiche geschaffen. In weniger als einem Monat sollte dieser ins wunderbare reichenden Tat mit dem Volksentscheid vom 10. April das Siegel einer Legalität aufgedrückt werden, wie es allen vorausgegangenen Wirren und Irrungen zum Trotz schöner und fester kein Volk der Welt besitzt, zumal in ihm auch das Herzblut seiner besten Söhne enthalten ist.

Überwältigt von der Größe des geschichtlichen Moments hat der erste Reichsstatthalter von Österreich am 15. März die Geister aller dahingeschiedenen deutschen Generationen zum Zeugen dieses Werkes für alle kommenden Deutschen aufgerufen, als er den Führer auf dem wie im hohen Sommer strahlenden Heldenplatz ganz nahe dem Zufluchtsort der alten Reichskleinodien begrüßte. Es war ein makelloser Sieg ohne Rechtsbruch, ohne blutige Gewalt oder Vergeltung nach soviel Opfern der Vergewaltigung. Es war ein elementarer Sieg des Blutes über lebensfremde Doktrinen, über veraltete Lebensordnungen, ja sogar über die schleichende Gefahr der Volksüberfremdung und des langsamen Absterbens eines wertvollen Volksstammes. Es war ein überlegener Sieg des Geistes über die Verfälschung einer großen Geschichte und über die Verengerung des politischen und wirtschaftlichen Horizonts, Sieg des ursprünglichen Erbes über abgeleitete Forderungen und fremdartige Winkelzüge! Von hier und heute begann eine neue Epoche schöpferischer, rassen- und volksbestimmter Weltgeschichte aus dem Scherbenhaufen von Versailles und St. Germain, endlich sichtbar aller Welt, emporzusteigen. Sofort meldete sich die zwanzig Jahre lang in Terror erstickte, aber auch früher ungelöste **sudetendeutsche Frage** zu Wort; hatten ja an jenem 12. November auch die sudetendeutschen Abgeordneten ihr Votum für den Anschluß mitgegeben. Durch die Tatsache der neuen deutsch-ungarischen, deutsch-jugoslawischen und deutsch-italienischen Grenze gewann das Reich mit einem Male gewichtigsten Anteil an all den "österreichischen" Fragen, an deren zahllosen Reibungsflächen sich neuestens sogar wieder das Flämmchen Hoffnung der habsburgischen Restauration entzündet hatte. Doch damit eben ist die dynastische Vergangenheit des einst von Habsburg beherrschten Raumes erst endgültig abgeschlossen. Aber auch die Brüchigkeit der mit den raumfremden Namen Wilson und Clemenceau verbundenen Nachkriegslösungen, ja weit darüber hinaus der ganzen reichsfremden Ostraumpolitik des "ewigen Frankreich" ist nun bloßgelegt. Selbst in weltanschauliche Tiefen hinabreichende Lebensformen sind in diesem letzten Kampf um Österreich einer Feuerprobe unterlegen, die das Edle des Metalls unerbittlich von den Schlacken schied, bis dem von der Vorsehung berufenen genialen Meister der Guß gelang. Das Dritte Reich wurde schon sieben Monate nach der Wiedervereinigung Österreichs mit der Heimholung des Sudetengaus volklich fast vollendet; der Anerkennung des ewigen Volksrechtes war noch über den geschlossenen deutschen Raum hinaus Bahn gebrochen.

Die erstmalig von den Gästen aus Österreich am Breslauer Sängerfest 1937 ausgegebene, siegverkündende Losung: Ein Volk - ein Reich kennt nicht mehr den Gegensatz der alten groß- und kleindeutschen Forderung. Die Neuordnung des Nahen Ostens ist, seit der "Österreicher" selbst zum "Reichsdeutschen" wurde, der geeinten Nation anheimgegeben.

Von der Gründung Deutschösterreichs zum Anschluß 1918-1938. Eine Dokumentensammlung.

1. Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht

Der deutsche Volksrat für Österreich hielt am 6. Oktober unter dem Vorsitz seines Obmannes, Universitätsprofessor Dr. Rudolf **Geyer** eine Vollversammlung ab, die von den deutschen Volksräten von Böhmen, Mähren, Ost- und Westschlesien, Wien und Niederösterreich, Ober-, Mittel- und Untersteiermark, Salzburg, Kärnten, Krain, Tirol, Triest und dem Küstenlande, ferner von Galizien und der Bukowina beschickt war. Außerdem nahmen an der Tagung Präsident Dr. Groß und eine Anzahl Mitglieder des Abgeordnetenhauses (u. a. Dr. Lodgman und Dr. Waber) und Herrenhausmitglied Abt Helmer teil. Nach mehrstündigen Beratungen wurde ein Aufruf an das deutsche Volk in Österreich einstimmig beschlossen:

... In jedem Falle wird dieser Krieg eine völlige Veränderung in der Stellung unseres Volkes herbeiführen, die Zukunft unseres eigenen Volkes wird von nun an unsere ausschließliche Sorge sein. Einmütig und entschlossen fordern wir deshalb unser volles, uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht! Wir freuen uns, daß zur Durchsetzung dieser Forderung der Zusammenschluß aller deutschen Parteien angebahnt ist. Ein selbständiger deutschösterreichischer Staat soll entstehen; ihm sollen alle Deutschen Österreichs angehören. Keine deutsche Minderheit soll seines Schutzes entraten. Frei und nach eigenem Ermessen wollen wir die innere und äußere Gestaltung unserer Zukunft nunmehr selbst bestimmen...

In einer Entschließung wurden die Volksräte in den einzelnen Ländern aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Österreich zu treffen.

(Nach der *Ostdeutschen Rundschau* vom 8. Oktober 1918.)

2. Die Gründung des Staates Deutschösterreich

Beschluß der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten im Wiener Landhaus.

21. Oktober 1918.

Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarung mit ihnen zu regeln.

Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von deutschen Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen, wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarung mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

Das deutsche Volk in Österreich wird eine konstituierende Nationalversammlung wählen. Die konstituierende Nationalversammlung, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt, wird die Verfassung des deutschösterreichischen Staates festsetzen.

Bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung obliegt den Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke die Pflicht, das deutsche Volk in Österreich zu vertreten. Die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates bildet daher die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Die provisorische Nationalversammlung beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Österreich in den Friedensverhandlungen zu vertreten.

Die Vollversammlung der Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke beschließt daher:

1. Sich als provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich zu konstituieren;

2. einen Vollzugsausschuß von 20 Mitgliedern zu wählen, der der Nationalversammlung Anträge über die Verfassung des deutschösterreichischen Staates zu unterbreiten, bis zur Bildung der deutschösterreichischen Regierung das deutsche Volk in Österreich gegenüber der österreichisch-ungarischen und der österreichischen Regierung und gegenüber den anderen Nationen zu vertreten und die Stellung Deutschösterreichs bei den Friedensverhandlungen vorzubereiten hat.

2a. Erklärung des Abg. Hans Knirsch in derselben Sitzung

Wir nationale Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutschösterreichs zu einem Staatenbunde mit den aus dem alten Österreich entstehenden, slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Die Regelung der außenpolitischen und der Handelsbeziehungen zu den neu entstehenden Nachbarstaaten kann nur unter dem Gesichtspunkt der Interessen des Gesamtdeutschtums erfolgen, muß also Sache der im Deutschen Reiche vereinigten Bundesstaaten sein.

Nur im deutschen Einheitsstaat können wir Ostmarkdeutsche die baldige Verwirklichung jener staatsrechtlichen Grundsätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser 80-Millionen-Volk der Arbeit und Tätigkeit einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird.

Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!

(Nach der *Ostdeutschen Rundschau* vom 23. Oktober 1918.)

3. Deutschösterreichischer Appell um reichsdeutsche Waffenhilfe

Note an die Regierung Prinz Max von Baden.

30. Oktober 1918.

Da das k. u. k. Armee-Oberkommando und das k. u. k. Kriegsministerium, beide durch befugte Vertreter, auf die im Auftrage des Vollzugsausschusses der deutschösterreichischen Nationalversammlung gestellte Frage erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, die Unantastbarkeit des deutschösterreichischen Staatsgebietes zu sichern, und außerstande seien, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb des Staatsgebietes ausreichend zu sorgen, und daher Leib und Leben, Weib und Kind, Hab und Gut, Haus und Hof jedes deutschösterreichischen Bürgers der Willkür und dem Zugriff feindlicher Massen preisgegeben wären, richtet die deutschösterreichische Nationalversammlung an die Regierung des befreundeten Deutschen Reiches die dringende Bitte, im Einvernehmen mit dem deutschösterreichischen Staatsrate den Schutz des deutschösterreichischen Staatsgebietes zu übernehmen.

4. Anschlußverkündigung

Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.

12. November 1918.

Kraft Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung verordnet der Staatsrat wie folgt:

Artikel 1.

Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2.

Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich.

4a. Aus der Erklärung des Staatskanzlers Dr. Renner

... Notwendig aber ist dieser Beschluß (- des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform -) besonders in seinem Artikel 2, welcher sagt, daß die deutschösterreichische Republik ein Bestandteil der deutschen Republik ist, notwendig ist er im Verhältnis zu unserem Stammvolke. Unser großes Volk ist in Not und Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, **das Volk der Dichter und Denker** zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: **Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.** (Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Galerien.)

Der Artikel 2 ist ein Bekenntnis. Er ist einstweilen eine sogenannte *lex imperfecta,* die erst durch besondere Gesetze ihren Inhalt bekommen muß. Wie er ausgefüllt wird, darüber werden wir uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche beraten und darüber werden wir noch Beschlüsse fassen.

5. Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich

22. November 1918.

Die provisorische Nationalversammlung beschließt im Namen des deutschösterreichischen Volkes zur Sicherung seiner Wohnstätten wie seiner Stellung unter den anderen Staaten und Völkern die nachfolgende **Erklärung:**

1. Der Staat Deutschösterreich übt die volle Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisherigen im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder aus.

2. Die in den Siedlungsgebieten anderer Nationen eingeschlossenen, allein oder überwiegend von Deutschen bewohnten oder verwalteten Sprachinseln, Städte, Gemeinden und Ortschaften der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder bleiben bis zur verfassungs- und völkerrechtlichen Sicherstellung ihrer politischen und nationalen Rechte einstweilen unter der Hoheit des Staates Deutschösterreich und bilden dessen **zeitweiligen Rechtsbereich.**

Sie behalten ihre bisherige Vertretung in der provisorischen Nationalversammlung und bleiben den Gesetzen und Behörden von Deutschösterreich unterstellt.

6. Erneuerung des Anschlußgesetzes durch die neugewählte Nationalversammlung

12. März 1919.

Die Konstituierende Nationalversammlung wiederholt, bestätigt und bekräftigt feierlich die im Gesetze vom 12. November 1918. StGBl. Nr. 5, über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, niedergelegten Beschlüsse der provisorischen Nationalversammlung wie folgt:

1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.

2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.



6a. Erklärung des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer (gekürzt)

12. März 1919.

Nach jenem Beschluß vom 12. November regten sich manche Zweifel, ob die provisorische Nationalversammlung Beschlüsse von so großer Tragweite zu fassen befugt gewesen sei. Heute sollen diese Beschlüsse bekräftigt werden durch die Nationalversammlung, die berufen ist, die Verfassung, die staatliche Ordnung Deutschösterreichs festzusetzen, durch eine Nationalversammlung, die eben erst in freier und gesetzlicher Wahl von dem ganzen deutschösterreichischen Volke, von allen seinen Männern und Frauen, berufen worden ist.

....

Wir haben der deutschen Reichsregierung im wesentlichen ein Verhandlungsprogramm vorgelegt. Der Zusammenschluß, der wirtschaftliche und der staatsrechtliche Zusammenschluß, erfordert ja eine umfassende gesetzgeberische und organisatorische Arbeit. Darüber müssen die beiden Teile zunächst Verhandlungen führen, Verhandlungen über eine Anzahl der verschiedenartigsten Einzelfragen. Wir haben also der deutschen Reichsregierung vorgeschlagen, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen, und die deutsche Reichsregierung hat unseren Vorschlag ohne jede Änderung angenommen. Es ist in Aussicht genommen, daß eine große Reihe paritätisch zusammengesetzter Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentritt, die diese Einzelfragen besprechen sollen. Kommissionen, die für jede Einzelfrage gebildet werden aus Vertretern der zuständigen Reichsämter in Deutschland und der zuständigen Staatsämter hier, unter der Leitung der beiden auswärtigen Ämter. Diese Kommissionen sollen zusammentreten, sobald die notwendigen Vorarbeiten dafür in den Reichsämtern im Reiche und in den Staatsämtern hier abgeschlossen sind, und wir hoffen, daß die wichtigsten dieser Kommissionen noch in diesem Monat werden zusammentreten können. Sie sollen zum Teile in Berlin, zum Teile in Wien, je eine auch in München und in Leipzig zusammentreten.

Eine solche Kommission wird sich mit den rechtlichen Fragen, mit den Fragen der **Rechtsangleichung,** beschäftigen.

Eine zweite Kommission wird die **Unterrichtsfrage** behandeln.

Eine dritte Kommission wird sich mit der Übernahme der **deutschösterreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst** zu beschäftigen haben.

Eine weitere Kommission wird sich mit den **sozialpolitischen Fragen** zu beschäftigen haben.

Sehr ausführlich wurden in Berlin in den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs für Äußeres, Grafen Brockdorff-Rantzau, stattgefunden haben, die Fragen der **Handelspolitik** erörtert. Das Ziel ist selbstverständlich der **Eintritt Deutschösterreichs in das deutsche Zollgebiet.**

Wir haben gerade in diesen Fragen auch die größte Bereitwilligkeit in Berlin gefunden und ich bin voll überzeugt, daß die **zoll- und handelspolitische Kommission** in vergleichsweise kurzer Zeit

und mit vergleichsweise geringen Schwierigkeiten ihre Verhandlungen so wird beenden können, daß Deutschösterreich die Beruhigung haben wird, daß seiner Industrie aus dem Zusammenschlusse mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete kein Schaden erwachsen wird.

Mit ebensolcher Beruhigung sehe ich den Verhandlungen über die **verkehrspolitischen Fragen** entgegen, mit denen sich eine weitere Kommission beschäftigen soll.

Mit größeren Schwierigkeiten werden unleugbar zwei weitere Kommissionen zu kämpfen haben, die eine, die sich mit der **Währungsfrage** und die andere, die sich mit **staatsfinanziellen Fragen** beschäftigen wird. Die Schwierigkeiten liegen da in der Natur der Sache selbst. Sie sind um so größer, als ja weder das Deutsche Reich noch wir heute in der Lage sind, die Gestaltung unserer Staatsfinanzen in Zukunft mit Sicherheit zu beurteilen.

Eine besondere Kommission soll sich endlich mit den Fragen, die insbesondere die **Hauptstadt Wien** angehen, beschäftigen. Ich freue mich berichten zu können, daß ich gerade in dieser Frage auf reichsdeutscher Seite eine ganz besonders herzliche Bereitwilligkeit uns zu helfen gefunden habe.

Auf diese Weise ist zunächst ein Verhandlungsprogramm festgestellt. Die Kommissionen sollen zusammentreten und ihre Arbeit möglichst bald beginnen, das Ergebnis der Verhandlungen, die da geführt werden, soll in dem Anschlußvertrag niedergelegt werden. Dieser Anschlußvertrag, von den Regierungen vereinbart, soll dann den gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reich in der Nationalversammlung hier vorgelegt werden.

Nicht mehr als das **Recht auf Selbstbestimmung** fordern wir für Deutschböhmen und für das Sudetenland, für Deutsch-Südtirol, für Kärnten und Untersteiermark, für Südmähren und den Böhmerwaldgau.

(Wortlaut in Kurt Trampler, *Deutschösterreich 1918/20.*)

7. Teilnahme deutschösterreichischer Sachverständiger an der Verfassungsarbeit der Deutschen Nationalversammlung

Mitteilung des Staatskanzlers.[1]

24. April 1919.

An das
Präsidium der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Die deutsche Reichsregierung hat an die deutschösterreichische Staatsregierung die Einladung ergehen lassen, fünf Mitglieder der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden; diese Abordnung hätte die Aufgabe, an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

Der Kabinettsrat hat demgemäß in seiner Sitzung vom 22. April 1919 den Beschluß gefaßt, bei der Nationalversammlung die Wahl solcher Delegierter zu beantragen.

Die Staatskanzlei beehrt sich daher, namens der Staatsregierung das Ersuchen zu stellen, die Wahl der fünf Delegierten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zu stellen.

Dr. K. Renner.

Anmerkung: Diese Delegierten, darunter **Prof. Hugelmann**, wurden gewählt, erhielten aber nicht mehr praktische Gelegenheit zur Mitarbeit. ...zurück...

8. Artikel 80 des Versailler Diktats

28. Juni 1919.

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.

8a. Notenwechsel über Artikel 80 im Entwurf des Diktats

Deutscher Einspruch und die Verwahrung in der sogenannten Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919.

Im Artikel 80 wird die dauernde Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs in den durch den Friedensvertrag der Alliierten und Assoziierten Regierungen mit Deutschland festgelegten Grenzen verlangt. Deutschland hat nie die Absicht gehabt und wird sie nie haben, die deutschösterreichische Grenze gewaltsam zu verschieben. Sollte aber die Bevölkerung Österreichs, dessen Geschichte und Kultur seit tausend Jahren auf das engste mit dem deutschen Stammlande verbunden ist, wünschen, den erst in jüngster Zeit durch kriegerische Entscheidung gelösten staatlichen Zusammenhang mit Deutschland wieder herbeizuführen, so kann Deutschland sich nicht verpflichten, dem Wunsche seiner deutschen Brüder in Österreich sich zu widersetzen, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein und nicht lediglich zuungunsten Deutschlands gelten muß.

Ein anderes Verfahren würde den Grundsätzen der Kongreßrede des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1919 widersprechen.

Die alliierten und assoziierten Mächte nehmen Kenntnis von der Erklärung, durch die Deutschland versichert, "daß es niemals die Absicht gehabt hat und niemals die Absicht haben wird, mit Gewalt die deutsch-österreichische Grenze zu verändern".

9. Der Anschlußartikel der Weimarer Verfassung

Artikel 61, Absatz 2.

11. August 1919.

Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs beratende Stimme.

(Vgl. auch **Stück 7.**)



9a. Notenwechsel und Widerruf

Clemenceaus Forderung.

2. September 1919.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben von der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikel 61 Abs. 2. eine förmliche Verletzung des Artikel 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten.

Diese Verletzung ist doppelter Art:

1. Indem Artikel 61 die Zulassung Österreichs zum Reichsrat ausspricht, stellt er diese Republik den das Deutsche Reich bildenden "deutschen Ländern" gleich - eine Gleichstellung, die mit der Achtung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist.

2. Indem er die Teilnahme Österreichs am Reichsrat zuläßt, und regelt, schafft der Artikel 61 ein politisches Band zwischen Deutschland und Österreich und eine gemeinsame politische Betätigung in vollkommenem Widerspruch mit der Unabhängigkeit Österreichs.

Die alliierten und assoziierten Mächte erinnern daher die Deutsche Regierung an den Artikel 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des **Vertrages von Versailles** durch die Verfassung nicht berührt werden können, und fordern die Deutsche Regierung auf, die gehörigen Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unverzüglich durch Kraftloserklärung des Artikel 61, Abs. 2, zu beseitigen.

Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Weigerung und auf Grund des Vertrages selbst (namentlich des Artikel 429) erklären die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung, daß diese Verletzung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Mächte zwingen wird, unmittelbar die Ausdehnung ihrer Besetzung auf dem rechten Rheinufer zu befehlen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen, vom Datum der vorliegenden Note gerechnet, erfüllt ist.

Protokoll.

22. September 1919.

Der Unterzeichnete, gehörig bevollmächtigt und im Namen der Deutschen Regierung handelnd, erkennt an und erklärt, daß alle Vorschriften der deutschen Verfassung vom 11. August 1919, die mit den Bestimmungen des in Versailles am 23. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrags im Widerspruch stehen, ungültig sind.

Die Deutsche Regierung erklärt und erkennt an, daß demzufolge der Absatz 2 des Artikel 61 der erwähnten Verfassung ungültig ist, und daß namentlich die Zulassung österreichischer Vertreter zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages der Völkerbundsrat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreichs zugestimmt haben wird.

Die gegenwärtige Erklärung soll innerhalb von 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten gebilligt werden.

Geschehen in Versailles am 22. September 1919 in Gegenwart der unterzeichneten Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte.

Lersner.

10. Artikel 88 des Diktats von St. Germain

10. September 1919.

Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege, namentlich - bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes - im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte.

10a. Aus der Erklärung des Staatskanzlers Dr. Renner vor der Wiener Nationalversammlung

6. September 1919.

Das Gefühl dieser Verarmung und das Gefühl, als Bruchstück nicht selbständig leben zu können, zusammen mit dem unzerstörbaren Gefühl der nationalen und kulturellen Gemeinschaft mit den Deutschen des Reiches hat die Nationalversammlung bestimmt, zweimal in feierlicher Weise den Anschuß an das Deutsche Reich zu verkünden. Es gehört zu meiner schmerzlichsten Pflicht, dem Haus zu berichten, daß der Friedensvertrag uns die Freiheit dieser Entschließung nimmt. Wir müssen versuchen, zunächst allein zu stehen. Da wir es müssen, so müssen wir es auch sollen! Eines allerdings nimmt der Friedensvertrag in Aussicht: Auch in dieser Frage soll der Völkerbund entscheiden und das Ideal, das diesem Staatswesen von seiner Geburt eingeboren ist, das Ideal der Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, kann nur mehr vollzogen werden im Wege der Verhandlungen mit dem Völkerbunde, im Wege der Überzeugung der Großmächte von der Notwendigkeit dieses Anschlusses. Ich bin nicht berufen, die künftige Politik Deutschösterreichs vorher festzulegen, aber ich hege meine persönliche Überzeugung, daß Deutschösterreich diesen Weg zur gegebenen Zeit unter den geeigneten Umständen in loyalster Weise beschreiten wird.

10b. Aus der Erklärung der Nationalversammlung zur Unterzeichnung des Diktats

Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß, sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen andern Völkern gewährt, nicht dauernd vorenthalten werde.

In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluß der Alliierten und Assoziierten Mächte, **dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche** von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und **unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.**

Dennoch bleibt ihr keine Wahl: Land und Volk brauchen den endlichen Frieden, der ihnen die Welt moralisch und wirtschaftlich wieder öffnet...; sie brauchen den Frieden, der **die Kriegsgefangenen endlich den Ihrigen wiedergeben wird;** sie brauchen den Frieden, der die völkerrechtliche Anerkennung des Staates bewirken wird...

Es bleibt ihr auch deshalb keine Wahl, weil unser Land in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohlen und industriellen Rohstoffen wie in der Wiederherstellung seines Kredits und seiner Währung von den Großmächten abhängt.

10c. Gesetz über die Staatsform

(formaler Anschlußwiderruf).

21. Oktober 1919.

Artikel 1.

Deutschösterreich in seiner durch den Staatsvertrag von St. Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen "Republik Österreich". Die Republik Österreich übernimmt jedoch - unbeschadet der im Staatsvertrage von St. Germain auferlegten Verpflichtungen - keinerlei Rechtsnachfolge nach dem ehemaligen Staate Österreich, das ist den "im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern".

Artikel 2.

Wo in den geltenden Gesetzen von der Republik Deutschösterreich oder von ihren Hoheitsrechten die Rede ist, hat an Stelle dieser Bezeichnung nunmehr der Name "Republik Österreich" zu treten.

Artikel 3.

In Durchführung des Staatsvertrages von St. Germain wird die bisherige gesetzliche Bestimmung: "Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches" außer Kraft gesetzt.



11. Großdeutschland im Parteiprogramm der NSDAP

24. Februar 1920.

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain.

....

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920.

Gez.: Adolf Hitler.

12. Koalitionsvertrag zwischen den Christlich-sozialen und Großdeutschen

Mai 1922.

1. Aus den grundsätzlichen Bestimmungen (Auszug).

Die unterzeichneten Parteien schließen miteinander auf die Dauer laufender Legislaturperiode des Nationalrates eine Arbeitsgemeinschaft. Diese betrifft die Arbeit im Nationalrat und Bundesrat, soll jedoch dadurch ergänzt werden, daß die Parteien auch auf ihre Vertretung in den Ländern und Gemeinden dahin Einfluß nehmen, daß das Zusammenarbeiten der Parteien in diesen Vertretungskörpern in Übereinstimmung mit dem Zusammenarbeiten in Regierung und Nationalrat gebracht wird. Das ständige Einvernehmen beider Parteien über die allgemeine Richtung der Regierungspolitik und wichtige Schritte der Gesetzgebung oder der Außenpolitik wird durch die Vorstände der Abgeordnetenverbände herzustellen sein, denen auch die Aufgabe obliegt, bei auftauchenden Meinungs-

verschiedenheiten eine Einigung herbeizuführen.

Die bedrängte wirtschaftliche Lage des Staates und der Bevölkerung erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte, um auf diesem Gebiete Abhilfe und Gesundung herbeizuführen. Die Parteien sind sich bewußt, daß ihre Zusammenarbeit zur Erreichung dieses Zieles die Ausscheidung der Fragen, in denen sie sich programmatisch gegenüberstehen, bedingt. Sie sind daher übereingekommen, für die Dauer dieser Arbeitsgemeinschaft alle Streitpunkte, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betreffen, einstweilen zurückzustellen und an dem gegenwärtig bestehenden Zustand weder in der einen noch in der anderen Richtung eine Änderung vorzunehmen.

2. Äußere Politik.

1. Festhalten an der Anschlußpolitik, daher Vermeidung aller Schritte, die den seinerzeitigen Anschluß verhindern oder erschweren könnten. Herstellung und Aufrechterhaltung einer innigen Fühlungnahme mit der deutschen Reichsregierung über die gemeinsame Linie der Außenpolitik und Handelspolitik. Möglichste Heranziehung deutschen Kapitals. Rechtsangleichung.

2. Volle Freiheit der Großdeutschen Volkspartei in der Anschlußpropaganda.

3. Schutz der deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten: Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes bei den Verträgen mit den Nachfolgestaaten, moralische und finanzielle Unterstützung der deutschen Schulen im Auslande.

4. Abwehr der tschechischen Schulforderungen in Österreich.

5. Beschleunigte Liquidation des alten österreichischen Staates, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten unter Vermeidung aller Bindungen, die die Errichtung eines Donaustaatenbundes oder die Einbeziehung Österreichs in eine deutschfeindliche Mächtegruppe beinhalten oder fördern.

3. Innenpolitik (Auszug).

Wirksamer Schutz der einheimischen deutschen Bevölkerung gegen die zunehmenden schädlichen Einflüsse des Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Berücksichtigung des Grundsatzes der nationalen Erziehung bei der Schaffung der neuen Lehrpläne.

13. Aus der Programmrede des Bundeskanzlers Dr. Ignaz Seipel

31. Mai 1922.

Hohes Haus! Selten ist nach einer Regierung so lange und so laut gerufen wie nach jener, die heute hier gewählt wurde; und zwar rief nach ihr fast ausschließlich die Partei, die allein sie heute nicht mitwählte......

Ich glaube aber, nicht darauf kommt es an, wer bei einem Hoch auf die Republik lauter schreit, sondern wer in der Republik mehr arbeitet. Freilich um für einen Staat recht arbeiten zu können, muß man an seine Lebensfähigkeit glauben. In dieser Hinsicht sind aber die Ansichten unter uns sehr geteilt. Es gab vom Anfang unseres Staates an viele, die niemals an seine Lebensfähigkeit glaubten, noch mehr sind im Laufe der Zeit an ihr irre geworden. Ich rechne mit keinem von ihnen, wenn er nur seinen Pessimismus so weit in Schranken hält, daß er dem Staate nichts verweigert, was er braucht, um leben zu können, und vor allem, wenn er nicht aus bloßer Rechthaberei die Arbeitsfreude der anderen lähmt, die noch immer eine günstigere Auffassung von unserer Lage haben. Mit der Frage der Lebensfähigkeit unseres Staates hängt der Grad zusammen, in dem die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland betont wird. Das gegenwärtige Kabinett setzt sich aus christlichsozia-

len und großdeutschen Mitgliedern zusammen. Unter den Christlichsozialen bin ich als einer jener bekannt, die, aller bloßen Deklarationspolitik, der nicht alsbald die Tat folgen kann, überhaupt abhold, vor Jahr und Tag den Anschlußabstimmungen, die in einigen unserer Bundesländer veranstaltet oder doch vorbereitet wurden, entgegengetreten sind. Ich habe meinen Standpunkt in dieser Beziehung auch heute nicht geändert. Meine Partei hat es seinerzeit als notwendig erachtet, den Staatsvertrag von Saint-Germain parlamentarisch zu genehmigen und zieht daraus alle Folgerungen. Wenn dennoch die Großdeutsche Partei heute an meiner Wahl zum Bundeskanzler mitwirkte und einige ihrer Mitglieder in das von mir zu leitende Kabinett entsandte, so hat sie damit jedenfalls der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie einiges Vertrauen zu meiner nationalen Gesinnung hat und die Politik, die nach meiner Vergangenheit von mir zu erwarten ist, für zulässig hält. Anderseits gaben meine großdeutschen Ministerkollegen, was ich hier ausdrücklich feststellen will, nichts von ihrem Standpunkt auf; sie bekennen nur, daß sie es für die Zeit unserer voraussichtlichen Zusammenarbeit gleich mir als Pflicht erachten, dem Zusammenbruch des Bestehenden mit aller Kraft entgegenzuwirken. Und es ist ja in der Tat dasselbe: meint jemand, das deutsche Volk in Österreich werde in der ihm durch den Staatsvertrag von Saint-Germain zugesicherten Selbständigkeit weiterleben, oder glaubt er, es werde in eine größere nationale Einheit aufgehen, weiterleben muß es und wir, die wir alle zusammen Fleisch vom Fleische dieses Volkes sind und Blut von seinem Blute, müssen alles tun, was in unserer Macht steht, daß es lebe.

Ich habe soeben von unserer Selbständigkeit gesprochen. Wir wissen, daß diese nicht Unabhängigkeit bedeutet. In natürlicher Abhängigkeit stehen wir, wie alle Staaten, besonders von unseren Nachbarn, darunter an erster Stelle auch von unserem Brudervolke im Deutschen Reiche.

14. Appell Dr. Seipels an den Völkerbundsrat.

6. September 1922.

....

Meine Herren! Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen in kurzen ernsten, aber - wir ich versichern möchte - keineswegs übertreibenden Worten gesagt, wie sehr die österreichische Frage im gegenwärtigen Stand ihrer Entwicklung eine politische ist. Meine letzten Bemerkungen zeigen Ihnen, nachdem ich eine Zeitlang von finanziellen Dingen gesprochen habe, wieder, wie wenig sich die politischen Erwägungen von den finanziellen trennen lassen, ja, wie sogar durch die praktische Möglichkeit und den Wert aller Lösungsversuche deren politische Kehrseite mitbestimmt wird. Die Erkenntnis, daß die österreichische Frage, das heißt die Frage, ob unser Land politisch und auf die Dauer auch wirtschaftlich unabhängig erhalten werden kann, eine politische Frage ersten Ranges geworden ist, hat mich bewogen, vor einigen Tagen mehrere unserer Nachbarländer zu besuchen, um zu hören, was sie über Österreich denken, und weil ich nicht, ohne mit ihnen gesprochen zu haben, vor den Völkerbund treten wollte. Meine Reise hatte aber noch einen anderen Zweck. Ich gestehe offen: **Ehe das Volk Österreichs in seiner Absperrung zugrunde geht, wird es alles tun, um die Schranken und Ketten, die es beengen und drücken, zu sprengen. Daß dies ohne Erschütterung des Friedens und ohne die Beziehungen der Nachbarn Österreichs untereinander zu trüben, geschehe, dafür möge der Völkerbund sorgen!**

14a. Genfer Protokoll über Garantie, Internationale Anleihe und Kontrolle für Österreich

4. Oktober 1922.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät, die Regierung der Französischen Republik, die Regierung seiner Majestät des Königs von Italien und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik,

Einerseits,

Im Augenblick, wo sie es unternehmen, Österreich in seinem Werke der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung zu helfen,

Ausschließlich im Interesse Österreichs und des allgemeinen Friedens handelnd sowie in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen, die sie bereits übernommen haben, als sie einwilligten, Mitglieder des Völkerbundes zu werden,

Erklären feierlich:

Daß sie die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Österreichs achten werden;

Daß sie keinen besonderen oder ausschließlichen Vorteil wirtschaftlicher Art suchen werden, der diese Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre;

Daß sie sich jeder Haltung enthalten werden, die dem Geiste der Konventionen zuwider sein könnte, die gemeinschaftlich zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Österreichs vereinbart werden sollen, oder die den Garantien abträglich sein könnte, welche die Mächte zur Wahrung der Interessen der Gläubiger und der Garantiestaaten vereinbart haben werden;

Und daß sie sich gegebenenfalls, um die Achtung dieser Grundsätze seitens aller Nationen zu gewährleisten, in Gemäßheit der Bestimmungen des Paktes des Völkerbundes, sei es einzeln, sei es gemeinsam, an den Rat des Bundes wenden werden, damit er die zu ergreifenden Maßnahmen erwägt, und daß sie sich den Entscheidungen genannten Rates fügen werden.

Die Regierung der Bundesrepublik Österreich,

Andererseits,

Verpflichtet sich nach dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung enthalten, die diese Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre.

Diese Verpflichtung steht nicht im Widerspruch damit, daß Österreich vorbehaltlich der Bestimmungen des Vertrages von Saint Germain seine Freiheit auf dem Gebiete der Zolltarife und der Handels- oder Finanzabkommen sowie im allgemeinen für alles bewahrt, was sein Wirtschaftswesen oder seine Handelsbeziehungen betrifft, wobei indessen verstanden ist, daß sie seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht durch Gewährung einer Sonderbehandlung oder ausschließlicher Vorteile Eintrag tun kann, die diese Unabhängigkeit zu bedrohen geeignet sind.

Das gegenwärtige Protokoll bleibt zur Unterzeichnung für alle Staaten offen, die ihm beitreten wollen.

Urkund dessen haben die Unterfertigten, zu diesem Zweck gehörig bevollmächtigt, die gegenwärtige Erklärung unterzeichnet (Protokoll I).

Gefertigt zu Genf in einem einzigen Exemplar, das im Sekretariat des Völkerbundes niedergelegt bleibt und von ihm sofort registriert werden wird, am 4. Oktober eintausendneunhundertundzweiundzwanzig.

Balfour. **Seipel.**
G. Hanotaux.
Imperiali.
Kramář
Pospiśil.

15a. Beginn des Führerbuches "Mein Kampf"

1. Band verfaßt in der Festungshaft 1924, erschienen München 1925.

1. Kapitel.

Als glückliche Bestimmung gilt es mir heute, daß das Schicksal mir zum Geburtsorte gerade Braunau am Inn zuwies. Liegt doch dieses Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns Jüngeren als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint!

Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlicher Erwägungen heraus, Nein, nein; Auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte dennoch stattfinden. **Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich....**

15b. Aus dem Lager der Anschlußgegner: "Der österreichische Mensch", von Oscar A. H. Schmitz

> Diese 1914 erschienene Schrift eines reichsdeutschen Literaten zum Anschauungsunterricht für Europäer, insbesondere für Reichsdeutsche, die einer "europäischen Tafelrunde" gewidmet war, erhielt eine eingehende österreichische Widerlegung in dem Buche *Der deutsch-österreichische Mensch und der Anschluß* von Fr. **Kleinwächter** (Wien 1926.)

Auf viele heutige Österreicher, welche die Orientierung nach Wien verloren haben, übt München eine starke Anziehungskraft aus. Hier blüht jedoch nicht der deutsche Geist, mit dem sich Vermählung lohnt. Diese Atmosphäre hat eine krankhafte Anziehungskraft für wurzellose Menschen aller Art, daher auch für Österreicher, die den Sinn ihres Österreich verloren haben... Auf diese gründet sich auch der Ruhm Hitlers, dessen Nationalsozialismus stark in die österreichischen Alpenländer hinüberwirkt. Ja, es besteht die Gefahr, daß hier nachträglich ein neuer, sich "kerndeutsch" fühlender Typus entsteht, der noch einmal in Reinkultur alles das an deutschen Fehlern und Irrtümern zusammengefaßt, was unsere Kriegsgegner unter dem Wort *"boche"* der Verachtung aller bessern Geister, auch in Deutschland, preisgegeben haben... Das nationale Großdeutschtum ist nach der Sozialdemokratie das größte Hindernis am Neuaufbau Österreichs. Die revolutionäre Politik erreicht vorübergehende Klassenvorteile auf Kosten des Ganzen; das mag oft verbrecherisch sein, aber die völkische Politik ist schlimmer als verbrecherisch, sie ist dumm. Sie stellt den Gipfel des bekannten politischen Unverstandes der Deutschen überhaupt dar...

In den Vereinigten Staaten Europas wird Österreich eine besondere Rolle spielen als die natürliche Brücke zwischen Ost und West, die es in geringerem Maße und weniger bewußt immer gewesen ist. Bis dahin kann freilich noch viel Zeit vergehen. Was soll aber inzwischen dieses kleine, auf die Dauer allein nicht existenzfähige Land tun? Ein Anschluß wird über kurz oder lang nötig sein, aber welcher? Der an das Reich wäre, wie gesagt, die schlechteste Lösung, denn dabei würde Österreich seine Individualität verlieren... Zwar hat man den Gedanken einer Donauföderation fallen gelassen, aber es besteht die Möglichkeit, daß sich die Kleine Entente zu einem osteuropäischen Block ohne Rußland auswächst. Das wäre der politische Ersatz für die alte Monarchie. Hier sich anzuschließen, entspricht Österreichs alter Tradition wie seinem gegenwärtigen Interesse, solange der Augenblick noch nicht gekommen ist, in den Vereinigten Staaten Europas die deutschsprechende Mitte zu bilden.

(Gekürzter Schlußteil.)

16. Der Anschluß als Programmpunkt der parlamentarischen Parteien Österreichs

Veröffentlicht in der Monatsschrift *Der Anschluß* des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (Führung: Generaldirektor Dr. Ing. Hermann Neubacher, Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyß-Inquart, die Universitätsprofessoren Wilhelm Bauer, Hans Eibl u. a.) am **15. Februar 1927.**

Christlichsoziale Partei:

Insbesondere verlangt sie auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der europäischen Völkerfamilie und die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.

(Punkt 8 des Sylvesterprogramms 1926).

Sozialdemokratische Partei:

Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolutionen von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die Deutsche Republik.

Großdeutsche Volkspartei:

Der unverrückbare Leitstern unserer Außenpolitik ist der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Das Streben nach der Vereinigung aller Volksgenossen in einem staatlichen Verband liegt naturnotwendig im Wesen der Volksgemeinschaft. Denn soll sich die Volkskraft auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete voll entfalten, so ist hierfür die breiteste Grundlage, also die Heranziehung aller Volksgenossen und kräftigste Unterstützung und Förderung, wie sie nur die staatliche Macht zu bieten vermag, erforderlich.... Die Angleichung unsrer Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen haben den Anschluß vorzubereiten und zu erleichtern.

Landbund für Österreich:

Der Landbund will im deutschen Landvolk das natürliche Einheitsgefühl heben und vertiefen. Der Zusammenschluß aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einigen Deutschen Reich bildet sein unverrückbares, außenpolitisches Ziel.

(Zu den Novemberwahlen 1930 folgten auch Schober-Block und Heimat-Block [Starhemberg!] mit ähnlichen Erklärungen; 1933 unterstellten sich die Großdeutschen Hitler, während die anderen Parteien ihre Anschluß-Artikel strichen.)

17a. Entschließung des Nationalrates zur österreichisch-deutschen Rechts- und Wirtschaftseinigung

(Einstimmig angenommen.)

23. Mai 1928.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der begonnenen Angleichung des gesamten Eisenbahnrechtes an das reichsdeutsche durch ständige Fühlungnahme mit den deutschen Regierungsstellen weiter fortzufahren. Der Nationalrat erblickt in einer beschleunigten Angleichung österreichischer Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse an jene des Deutschen Reiches ein dringendes Gebot und eine unerläßliche Voraussetzung für eine günstige Zukunftsentwicklung Österreichs.

17b. Dr. Seipel über Mitteleuropa und Anschluß

Erklärung im Nationalrat.

27. Juli 1928.

Was wir, wenn solche (gegen den Anschluß gerichtete) Erklärungen (wie die des amtierenden jugoslawischen Außenministers Marinkovic) auch jetzt wieder abgegeben wurden, aus ihnen lernen können, ist, daß es nicht an der Zeit ist, mit einer Erfüllung des Anschlußgedankens zu rechnen, und daß es auch gar nicht an der Zeit ist, selbst diesen Gedanken in öffentlichen Aussprachen mehr in den Vordergrund zu rücken, als es notwendig ist, weil wir ja wissen, daß wir derzeit auf jede solche Äußerung ein Nein zur Antwort bekommen. Irgendein Versuch, uns zu veranlassen, daß wir etwa selbst auch uns zu diesem Nein bekennen, das die andern ausgesprochen haben, oder daß wir uns zur Hoffnungslosigkeit bekennen, als ob die künftige Entwicklung der europäischen Politik nicht irgendeinmal in anderer Richtung vor sich gehen könne, als sie durch ein solches Nein angedeutet ist, - ein Versuch, dahin zu bringen, ist nicht gemacht worden. Deshalb habe ich die Meinung, daß wir uns frei halten müssen, hineinzugehen in eine größere oder kleinere, eine europäische, mitteleuropäische, deutsche Lösung, sobald sich uns die Tür in dieses oder jenes größere Wirtschaftsgebiet öffnet. **Aber niemals werden wir glauben, daß die mitteleuropäische Frage gelöst ist, wenn der große Staat, der das eigentliche Mitteleuropa ausfüllt, das Deutsche Reich, bei dieser Lösung nicht dabei ist.**

18. Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Johann Schober

27. September 1929.

Es sei mir gestattet, nunmehr auch noch einige Worte über die Führung der auswärtigen Politik der Republik zu sagen. Sie hat nach dieser Richtung hin von der neuen Regierung keine Veränderung des nun schon traditionellen Kurses zu erwarten.

Unsere Politik ist erstens eine Politik der Freundschaft mit allen Staaten und ganz besonders mit unsern Nachbarn. Daraus folgt, daß sie zweitens eine Politik der Neutralität ist und bleiben muß. Wir treten keiner Staatengruppe bei und richten unsere Politik gegen niemanden. Wir wünschen außenpolitisch neutral zu sein und glauben damit nicht nur unseren Interessen, sondern auch denen aller andern europäischen Staaten zueinander weitaus am besten zu dienen.

Zum dritten ist unsere Politik eine friedliche. Sie lehnt in rückhaltloser Aufrichtigkeit den Krieg als Werkzeug staatlicher Politik ab und unterstützt alle Bestrebungen, die auch im Verhältnis der Staaten zueinander Gewalt durch Recht ersetzen und eine gerechte, vernünftige und friedliche Ordnung der Dinge in Europa herbeiführen wollen.

Wir wissen uns in dieser Politik eins mit dem Deutschen Reiche, dem wir in bösen wie in guten Tagen brüderliche Treue halten wollen.

18a. Telegramm des Bundeskanzlers an den amtierenden Reichskanzler Müller

Bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Republik Österreich ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Sie, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß mir und allen Mitgliedern der Regierung die Pflege und der Ausbau der innigsten Beziehungen zwischen dem deutschen Brudervolke und Österreich besonders am Herzen liegt.

19. Deutsches Studentenrecht in Österreich

Verordnung des Akademischen Senats der Universität Wien.

1. Die ordentlichen Hörer der Universität Wien, die gleicher Abstammung und Muttersprache sind und mindestens ein Prozent aller ordentlichen Hörer zählen, werden als eine Studentennation angesehen. Ordentliche Hörer einer Nation, welche wegen zu geringer Anzahl keine Studentennation darstellen oder eine solche wegen ihrer die Mindestzahl nur wenig überschreitenden Mitgliedzahl nicht zu bilden wünschen, können mit einer anderen Studentennation vereinbaren, daß diese ihre Vertretung übernimmt.

2. Die deutsche Studentennation wird Deutsche Studentenschaft genannt, die übrigen Studentennationen werden nach ihrer Volkszugehörigkeit bezeichnet.

3. Die ordentlichen Hörer, die wegen gemischter Abstammung keine Studentennation darstellen, bilden die Gemischte Studentenschaft.

Dem Akademischen Senat steht es jederzeit zu, die Anerkennung der Vertretung einer Studentenschaft mit Angabe der Gründe auf ein oder zwei Semester, höchstens vier Semester, aufzuheben. Als ausreichende Gründe gelten wiederholte Verstöße gegen die allgemeinen und akademischen Gesetze und für die Studentenschaft geltende Satzung, die Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen oder die Überschreitung der ihr zukommenden Rechte, die Verletzung der Interessen der Hochschule im allgemeinen, im besonderen Bestrebungen, die den deutschen Charakter der Hochschule beeinträchtigen.

Diese Studentenordnung wird auf Grund des Beschlusses des Akademischen Senates vom 20. März 1930 verlautbart.

Wien, 8. April 1930.
Der Rektor der Wiener Universität.
Gez.: Gleispach e. h.

20. Aus dem Anschlußgelöbnis auf der Klagenfurter Tagung des Österreichisch-deutschen Volksbundes: Alle Parteien einig!

Juni 30.
Der Volksbund erreichte damals einen Stand von
rd. 1 300 000 Mitgliedern durch korporativen Beitritt
von Gewerkschaften, Bünden usw.

Der Volksbund hat bei dieser Jahrestagung die gewaltigen Fortschritte feststellen dürfen, die er organisatorisch gemacht hat. Das deutsche Volk, das gesamte Ausland kann aus der Beteiligung so vieler bedeutender Männer und Frauen der Politik, Wirtschaft und Kunst feststellen, daß die Anschlußbewegung ständig im Steigen begriffen ist, daß der Anschlußwille sich mit aller Kraft für den Tag vorbereitet, an dem Deutschösterreich sein Selbstbestimmungsrecht ausüben wird.

Der Volksbund, der von allen vier Parteien des Nationalrates Zustimmung und Unterstützung findet, richtet an die parlamentarische Vertretung - sowohl an den Nationalrat wie an den Reichstag - die Aufforderung, es nicht bei Wünschen und Hoffnungen zu belassen, sondern zu jenen Taten zu schreiten, die heute möglich sind: **Wir fordern die doppelte Staatsbürgerschaft! Wir fordern die Zollunion!**

(Veröffentlicht im *Anschluß* vom 26. 6. 1930.)

Tatsächlich brachte die NSDAP. nach ihrem Wahlsiege am 17. 10. 1930 im Reichstag einen Antrag auf Abschluß einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit Österreich ein.

20a. Der Versuch einer deutschösterreichischen Zollunion

Das Wiener Protokoll, abgeschlossen zwischen Bundesminister Dr. Schober und Reichsaußenminister Dr. Curtius (Auszug).

19. März 1931.

Im Verfolg der Besprechungen, die Anfang März 1931 in Wien stattgefunden haben, haben die Deutsche Regierung und die Österreichische Regierung vereinbart, alsbald in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder auf Grund und im Rahmen der nachstehenden Richtlinien einzutreten:

I.

1. Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Staaten und unter voller Achtung der von ihnen dritten Staaten gegenüber übernommenen Verpflichtungen soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen zu machen.

2. Insbesondere werden beide Teile sich in dem Vertrage verbindlich dazu bereit erklären, auch mit jedem anderen Lande, auf dessen Wunsch, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten.

II.

1. Deutschland und Österreich werden ein Zollgesetz und einen Zolltarif vereinbaren, die übereinstimmend in beiden Zollgebieten mit dem Vertrage und für dessen Dauer in Kraft zu setzen sind.

2. Änderungen des Zollgesetzes und Zolltarifs können während der Dauer des Vertrages nur auf Grund einer Vereinbarung der beiden Teile vorgenommen werden.

III.

1. Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen während der Dauer des Vertrages keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden.

2. Die beiden Regierungen werden sich in dem Vertrage darüber verständigen, ob, für welche bestimmten einzelnen Warenkategorien und für welche Zeit Zwischenzölle sich als erforderlich erweisen.

20b. Der Haager Schiedsspruch

(Auszug des Rechtsgutachtens des ständigen Internationalen Gerichtshofes, nach Fritz Berber, "Das Diktat von Versailles," Bd. 1, 562 ff.)

5. September 1931.

Von den acht Richtern der Mehrheitsentscheidung haben sechs, nämlich die Richter Guerrero (San Salvador), Graf Rostworowski (Polen), Fromageot (Frankreich), Altamira (Spanien), Urrutia (Kolumbien), und Negulesco (Rumänien) erklärt, daß nach ihrer Ansicht das Zollunionsprojekt nicht nur gegen das Genfer Protokoll, sondern auch gegen den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain verstoße, weil es die Unabhängigkeit Österreichs auf wirtschaftlichem Gebiet zu bedrohen geeignet sei und deshalb einen Akt darstelle, der die Unabhängigkeit Österreichs in Gefahr zu bringen vermöge. Von den beiden anderen Richtern der Mehrheit war der Richter de Bustamente (Kuba) dagegen der Ansicht, daß das Zollunionsprojekt gegen Artikel 88 nicht verstoße. Daher bilden die obenerwähnten sechs Richter in diesem Punkt nicht die Mehrheit.

Die Richter Adatci (Japan), Kellogg (Vereinigte Staaten von Amerika), Baron Rolin-Jaequemyns (Belgien), Sir Cecil Hurst (England), Schücking (Deutschland), van Eysinga (Holland) und Wang (China) erklärten, der Mehrheitsentscheidung auch darin nicht beistimmen zu können, daß eine Unvereinbarkeit mit dem Genfer Protokoll vorliege.

Auch die dissentierende Meinung geht davon aus, daß Österreich sich seiner Unabhängigkeit nicht entäußern kann und sie auch nicht gefährden darf, es sei denn mit Zustimmung des Rates. Aber weder eine *"aliénation"* der Unabhängigkeit eines Staates, der auf seinem Gebiet alle Befugnisse eines unabhängigen Staates ausübe, liege in dem Projekt, noch sei der Tatbestand des *"compromettre"* gegeben; denn dieser Tatbestand liege nur vor, wenn die fortdauernde Existenz Österreichs als eines Staates, der auf seinem Gebiet alle Befugnisse eines unabhängigen Staates auszuüben vermag, gefährdet sei. Das Protokoll von 1922 habe die Verpflichtung des Vertrages von St. Germain wiederholt und nur ihren Ausdruck leicht verändert. Der Sinn des zweiten Absatzes des Protokolls sei der, klarzustellen, daß innerhalb der ihm verbliebenen Freiheit Österreich das Recht nicht verloren habe, Abkommen im Interesse seines Handels zu treffen. Der Zusatz, nach welchem solche Abkommen die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs nicht durch ein Sonderregime oder ausschließliche Vorteile zugunsten eines anderen Staates gefährden dürfen, stellt nach Ansicht der dissentierenden Richter keine Ausdehnung, sondern nur eine Bestätigung der im Vertrag von St. Germain übernommenen Verpflichtung dar.

Die dissentierenden Richter gehen davon aus, daß im allgemeinen eine Zollunion die Unabhängigkeit der vertragschließenden Staaten für die Zukunft nicht gefährde, und daß vollends keiner der Staaten seine Unabhängigkeit durch einen solchen Schritt einbüße. Da im vorliegenden Fall kein Einzelbeweis für die Gefährdung der Unabhängigkeit, abgesehen von jener allgemeinen Präsumption, erbracht sei, könne die im übrigen nicht begründete Ansicht der Mehrheit nicht zutreffen.

Ein begründetes Sondergutachten des Richters Anzilotti (Italien), in welchem er sich zwar der Entscheidung der Mehrheit anschließt, ihre Beweisführung aber durchaus ablehnt, verdient besondere Beachtung, da es die außenpolitischen Motive des Konfliktes offen behandelt.

20c. Verzichterklärung Dr. Schobers vor dem Völkerbundsrat

3. September 1931.

Der Unterausschuß der Wirtschaftsexperten hat in seinem Bericht in mutiger Weise die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, durch ein neues Konzept der europäischen Zusammenarbeit eine neue Sachlage zu schaffen, die geeignet wäre, gleichzeitig zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwunges wie des dauerhaften Friedens in Europa beizutragen. Der Unterausschuß hat u. a. die Bedingungen untersucht, denen Zollunionen unterworfen werden müßten, um das soeben erwähnte Ziel zu erreichen.

Da die österreichische Bundesregierung aus den Ereignissen der letzten Monate feststellen konnte, daß im Gegensatz zu ihren Absichten Schwierigkeiten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Völker aus der Durchführung des Zollprojektes entstehen könnten, erklärt sie, weil für sie das Interesse an dieser Zusammenarbeit eng mit den österreichischen Interessen verbunden ist, ihren Entschluß, das Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen.

Ich hoffe, daß diese Erklärung wesentlich dazu beitragen wird, die so notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine Stimmung zu schaffen, welche konstruktives Zusammenwirken der Regierungen ermöglichen wird. In den letzten Monaten hat sich aus sehr verschiedenen Ursachen, die den Gegenstand der Untersuchungen der wirtschaftlichen Organisation des Völkerbundes bilden, die Wirtschaftskrise nicht nur in Österreich und Deutschland, sondern in einem großen Teil der europäischen Staaten außerordentlich verschärft und ausgebreitet. Es ist eine weitreichende Vertrauenskrise entstanden, die die Grundlagen des europäischen Wirtschaftslebens erschüttert. Dem Zwecke, das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen, soll auch die Erklärung dienen, die ich soeben bei der ersten sich hierfür bietenden Gelegenheit abgegeben habe.

(Gleichzeitig erfolgte eine sinngemäße Erklärung des Reichsaußenministers.)

21. Lausanner Anleiheprotokoll

15. Juli 1932.

In Anbetracht,

daß die Regierung der österreichischen Bundesrepublik an den Völkerbund ein Unterstützungsgesuch gerichtet hat, um bei der Fortführung des Werkes des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues unterstützt zu werden, welches infolge der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 4. Oktober 1922 und der Unterzeichnung der drei Protokolle vom gleichen Datum unternommen wurde;

daß die österreichische Regierung von neuem ihren Willen versichert hat, ihren äußeren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen;

daß die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs, Italiens bereit sind, Österreich zu diesem Zwecke neue Hilfe zu bringen;

daß die vorerwähnten Regierungen, darunter die österreichische Regierung, erklären, diese Hilfe auf das am 4. Oktober 1922 unterzeichnete Protokoll Nr. 1 mit allen Verpflichtungen, die es mit sich bringt, gründen zu wollen; wird ein Protokoll aufgenommen, dessen Bestimmungen wie folgt lauten:

Die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs und Italiens einerseits und

die Regierung der Österreichischen Bundesrepublik andererseits,

haben in einmütigem Beschluß die folgenden Bestimmungen vereinbart:

Artikel I.

Um der österreichischen Regierung im Ausland die Erlangung einer frei und sofort verfügbaren Summe in fremder Währung zu erleichtern, deren Nettobetrag den Gegenwert von dreihundert Millionen österreichische Schilling, berechnet nach der gegenwärtigen gesetzlichen Goldparität, erreichen darf, verpflichten sich die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs, Italiens ohne Verzug die möglicherweise durch ihr inneres Recht geforderten Vollmachten einzuholen, sei es, um unter den untenstehenden Bedingungen einen Teil dieser Anleihe, Zinsen oder Kapital, garantieren zu können, sei es, um damit der österreichischen Regierung den Betrag auf andere Art zu verschaffen. Im Falle der Emission auf ihrem eigenen Markt erleichtern sie die Emission des Betrags, den sie garantiert haben.

Artikel 4.

Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben des Staates ohne Verzug wiederherzustellen und zu erhalten; sie verpflichtet sich gleichfalls, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um ohne Verzug das finanzielle Gleichgewicht der österreichischen Staatseisenbahnen wiederherzustellen und namentlich das Programm der Reform des Haushaltes und der Finanzen durchzuführen, wie es im Anhang II entworfen ist.

Artikel 5.

Die Währungspolitik Österreichs nimmt sich vor, in möglichst kurzer Frist und mit der nötigen Vorsicht den bestehenden Unterschied zwischen dem Wert des Schillings im Innern und im Ausland abzuschaffen, und wird folglich auf fortschreitende Aufhebung teils der gegenwärtig über die (Geld) Wechseloperationen eingeführten Kontrolle, teils der Hindernisse des internationalen Austausches gerichtet sein.

Artikel 5.

I. Es ist vereinbart, daß die Regelung der Frage der Kreditanstalt ein Teil des finanziellen Reform-

programms sein soll, das den Gegenstand dieses Protokolls bildet.

II. Die österreichische Regierung wird ohne Aufschub alle Anstrengungen machen, um zu einer Vereinbarung mit den ausländischen Gläubigern der Kreditanstalt zu kommen, einer Vereinbarung, die der Notwendigkeit Rechnung trägt, zu vermeiden, daß ein übermäßiger Druck auf den Schilling ausgeübt wird.

III. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die Schuld der Kreditanstalt gegen die Nationalbank zu ordnen und in möglichst kurzer Zeit eine oder mehrere innere Anleihen zu emittieren, deren Gesamtbetrag nicht unter 200 Millionen Schilling liegt und für die teilweise Rückzahlung der Schuld des Staates bei der Nationalbank verwandt wird.

Artikel 7.

Die österreichische Regierung fordert den Völkerbund auf, einen Vertreter des Völkerbundes zu ernennen und einen Beirat für die österreichische Nationalbank zum Zwecke der Fortsetzung der Zusammenarbeit zu ernennen, die mit der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers vom September 1931 wie durch die Bestimmungen dieses Protokolls und seiner Anhänge ins Auge gefaßt worden ist.

Artikel 8.

Der Ausschuß der garantierenden Staaten wird seine Tätigkeit bis zur vollständigen Rückzahlung der im gegenwärtigen Protokoll vorgesehenen Anleihe ausüben.

22a. Volksdeutsches Bekenntnis der jungen Generation

Sommer 1932.

Aus der Einführung des Sammelwerkes *Bekenntnis zu Österreich.*
(Hg.1932 im Volk- und Reich-Verlag Berlin unter Mitarbeit von
A. Böhm, F. Riedl, O. Brunner, H. Neubacher, F. Flor, R. Lorenz u. a.)

In diesen Wochen wandern aus allen deutschen Siedlungsgebieten junge deutsche Menschen nach Österreich, nach Eisenstadt im Burgenland, an die Stätte, an der **Josef Haydn** das Lied der Deutschen geschaffen hat. Sie tragen Erde ihrer Heimat als Zeichen der Verbundenheit aller Deutschen über alle Grenzen, als Verpflichtung und Gelöbnis zum gemeinsamen Handeln in der kommenden Zeit.

So wie die Erde aus Ost und West, Nord und Süd zusammenfließen wird, aus Preußen und Österreich, aus Bayern und Schleswig-Holstein, aus Südtirol und Memel, dem Korridor und von der Saar, von den Ufern der Ostsee bis hinauf nach Narwa, von Ödenburg bis hinunter zu den letzten Sprachinseln im unteren Donauraum, zusammenfließen wird zu einer Erde des Vaterlandes deutschen Lebens - so ineinander muß der Pulsschlag jener Jugend fließen, die das Reich will, das alle Deutschen eint und das den Raum der Mitte Europas führt, leitet, aufbaut und entscheidet.

Bekenntnis zu Österreich haben wir das Buch genannt, das junge Menschen schrieben über Erbe und Aufgabe ihres Landes. Bekenntnis zu Österreich tut not in einer Zeit, in der die Enge des Raumes, den uns der Feind gelassen, die Bitternis der Gegenwart, die Not des täglichen Gebens uns in eine Resignation zu treiben droht. Sie verwirrt, sie läßt verzichten, sie trübt den Blick, das Ganze zu sehen und weiß nichts um die große Pflicht und um das Gesetz der Freiheit des Reiches aller Deutschen.

Bekenntnis zu Österreich ist das Bekenntnis, alle Halbheit und allen Verzicht in uns zu überwinden, uns allen hinzugeben, die Streiter sein wollen um eine kommende Gemeinschaft.

Bekenntnis zu Österreich ist das Bekenntnis zum Deutschen Reich, zu dem unsere Sehnsucht uns treibt als unsere letzte Erfüllung, ist das Bekenntnis zu dem Dienst und der Herrschaft in dem Raume, um den durch die Jahrhunderte unser Blut floß und unsere Seelen rangen.

Dieser Bereitschaft, die unser ganzes Sein umschließt, ist dieses Buch gewidmet mit dem Gelöbnis:

Deutschland, Deutschland über alles!

22b. Landesleiter der NSDAP., Alfred Proksch: Heim ins Reich!

Beitrag in dem Sammelband: "Deutscher Geist in Österreich," hg. Karl Wache (Dornbirn 1933, alsbald nach Erscheinen beschlagnahmt).

Jahreswende 1932/33.

Als im Spätherbst 1918 mit dem Zusammenbruch der Front die alte Donaumonarchie zerfiel und aus dem großen Österreich-Ungarn sich Nationalstaaten bildeten, da hätten die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die insbesondere die Deutschen gebracht hatten, noch Sinn und Zweck bekommen können, wenn statt der Reden, die über den Anschluß der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich gehalten und statt der Beschlüsse, die dazu gefaßt wurden, sofort eine Tat gesetzt worden wäre, eine Tat, die der geschichtlichen Größe des Augenblickes würdig, mit der staatengründenden Entschlossenheit anderer Völker auf einer Linie und der großen Hoffnung der Deutschen des zerbrechenden alten Österreichs entsprechend gewesen wäre.

Es blieb leider bei Reden und Beschlüssen, bis der große Augenblick vorbei und das Anschlußverbot von den Feinden ausgesprochen war. Deutschösterreich stand damals zur Umsturzzeit geschlossen auf dem Boden des Anschlusses und hat seinen Heimkehrwillen aus der Bevölkerung heraus auch in der Folge unausgesetzt bekundet, ja es führte länderweise noch Abstimmungen selbst gegen den Willen der Regierung durch.

Wir wissen, daß wir Schweres zu schaffen haben, denn wir kennen die Kräfte, die diesem Ziele entgegenstehen, und wir kennen die Mittel, die angewendet werden, um zu verhindern, daß es erreicht wird.

Wir wissen vor allem, daß es den Anschlußfeinden darum zu tun ist, Gegensätze zwischen den Deutschen in Österreich und denen im Reiche, besonders zu den Preußen, zu schaffen. Wir wissen, daß man gerne das Selbstbewußtsein des Österreichers anruft und es beschwört, ja nicht früher dem Anschlußwillen Geltung zu verschaffen, als nicht im eigenen Hause Ordnung gemacht ist, da doch der Österreicher nicht als Habenichts und Bittender heimkehren könne.

Wir wissen, daß man gerne von Nichtswürdigen oder gar vom Verlust unserer Stammeseigenart im großen Reiche redet und von der Unterjochung des Österreichers durch die schnauzigen Norddeutschen. Und wir wissen schließlich, daß man von der Gefährdung der katholischen Religion durch den im Reiche herrschenden Protestantismus spricht, um zu erreichen, daß die gut katholische Bevölkerung im Anschlusse an das Reich eine Auslieferung an Glaubensvernichter erblickte.

All diesen sogenannten zwingenden Gründen, die nur zur Verschleierung der Absicht aufgetischt werden, den Anschlußwillen in der Bevölkerung auszutilgen und dafür den Willen zu setzen, die christlichsozial-legitimistischen, franzosenfreundlichen Pläne verwirklicht zu sehen, muß begegnet werden.

Am 20. August v. J. brachte der *Bauernbündler*, die Zeitung des christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbundes, einen Leitartikel zur Rechtfertigung der Lausanner Politik, jener besonderen Leistung zur Verhinderung des Anschlusses, in dem er erst vermeldet, daß er nicht gern bei jeder Bierrunde von nationaler Pflicht redet, "...weil wir sie täglich und stündlich erfüllen".

Gleich aber setzt er fort: "Nun ist heute der hehre Anschlußgedanke zum Schlagwort geworden. Wer die preußische Anmaßung je kennen oder gar fühlen lernte, jene Überheblichkeit, die durch die Hakenkreuzbewegung zum Superlativ gesteigert wurde, wer das 'Vergnügen' schon erlebte, mit Ostelbiern und Brandenburgern darüber zu reden, der weiß, wie diese immer 'von aus dem Drecke ziehen' zu reden wissen. So werten sie den Anschluß. Anders wohl die Süddeutschen. Sinn und Art und Denken ist bei denen loyal, aufrichtig; sie reden auch darum geflissentlich von einem 'Zusam-

menschluß'. Und wir sind schon so: wenn wir wo bei einer Türe hineingehen, so dort am liebsten, wo uns die heimatliche Kost wartet und nicht Weißbier und Himbeersaft..."

So also sieht der Anschlußwille der Christlichsozialen aus. Die wenigen Sätze sprechen für ihre famosen Absichten Bände. Damit aber für dieses edle Bekenntnis eine Maske gefunden wird, heuchelte man weiter: "Wir... wünschen ein großes, einiges Reich. Doch wollen wir als Gleichberechtigte dort gelten, wollen unsere Kultur und Brauchtum gesichert wissen. Daher heißt es vorerst im eigenen Hause Ordnung zu machen. Und der Vertrag von Lausanne soll uns Gesundung und Belebung unserer Wirtschaft bringen. Und soll einst der große Tag eines Zusammenfindens in einem großen Mutterreiche möglich sein, dann binden nicht papierene Verträge. Nicht als zerlumpte, herabgekommene Bettler wollen wir dann bei der Mutter Germania uns einfinden, sondern als gesunde, starke und stolze Österreicher, als Ostmärker, als getreue Partisane deutscher Kultur im gefährdeten Osten."

Höher geht die Heuchelei wirklich nicht mehr. Was soll das schöne Reden vom großen Reiche, wenn man mit dem Weißbier und Himbeersaftverzehren einfach nicht will, was bedeutet alle Rede von Stolz, Gesundheit und Stärke, wenn wir vor den Franzosen am Bauche kriechen, um Anleihe betteln und uns damit zu Bettlern machen und in diesem Zustand um Gesundheit auf allen Gebieten bringen lassen?

....

Wir Österreicher werden, das steht fest, im Reiche das bleiben, was wir sind, eben Deutsche der Ostmark, und wir werden unsere Eigenart so wahren, wie die stammesverwandten Bajuwaren und Franken, treu der ererbten Scholle und unbeirrbar in Erfüllung der uns gesetzten Aufgaben.

Wir wollen uns aber wehren gegen die Feinde der Heimkehr, gegen die Verräter an unserer Zukunft, die nur im großen, starken, alle deutschen Stämme umfassenden Reiche liegen kann.

23. Die Parteien vor der Entscheidung

3. März 1933.

Die *Reichspost* (christlichsozial):

"... Der Staat mag in Fransen gehen, wenn nur die Partei profitieren kann. Der Marxismus vergißt, daß dieser Profit seine Grenzen hat. Sein Weg muß zwangsläufig zur Vernichtung der Freiheit um der Selbsterhaltung des Volkes willen führen! Beweis: Die deutsche Entwicklung des Hitlerismus übersieht, daß Österreich trotz Not und Wirtschaftskrise nicht der geeignete Raum ist, um mit akustischem Tenor allein sich durchsetzen zu können. Mag sein, daß Betäubungserfolge zu erwarten sind. Beide vergessen, daß Revolution in Österreich die Brücke in eine neue deutsche Zukunft gefährdet. Alles steht auf dem Spiele! - So nicht! Man darf in Österreich heute nicht mit einem Generalstreik drohen wollen. Wer es dennoch tut, aus Kurzsichtigkeit oder Prestigemotiven, der befördert die ohnedies kranke Demokratie endgültig in die Geschichte. Der Hakenkreuzler mag sich dann am Ziele seines Wunschtraumes sehen. Ob er mehr als ein bloßer Beckmesser ist, wird die Zukunft weisen. Vorderhand werden jedenfalls um uns nur Trümmer sein.

Die Christlichsozialen aber mögen die Zeichen der Zeit nicht übersehen. Der Umbau des Staates wird zwangsläufig kommen müssen. Es ist nicht wahr, daß die Demokratie nicht zu retten ist, daß Diktatur und alles, was damit zusammenhängt, zur unvermeidlichen Ablöse in den Kampf genommen werden muß. Demokratie und Parlamentarismus dürfen nur nicht verfälscht sein...

Aufgabe der Christlichsozialen wäre es, dies klar zu erkennen und ebenso klar sich zum unerläßlichen Umbau des Staates sich zu bekennen. Ihre Parole müßte daher lauten: Im Zeichen der Autorität für wahre, dauernd gesicherte Freiheit und für geläuterte Demokratie. Es geht um das geistige Antlitz und um die Freiheit Österreichs!"

Die *Arbeiterzeitung* (sozialdemokratisches Hauptorgan): Die Christlichsozialen am Scheidewege.

"... In der Tat, das österreichische Bürgertum überhaupt und die Christlichsoziale Partei vor allem stehen am Scheidewege. Sie werden sich nun entschließen müssen, welche Schlüsse sie aus den Ereignissen im Deutschen Reiche ziehen wollen. Es ist eine Entscheidung von allergrößter Tragweite. Zwei Wege öffnen sich hier:

Die eine Möglichkeit ist die folgende: Dir fascistische Diktatur in Deutschland wird sehr bald abwirtschaften... Die große Enttäuschung wird kommen. Gerade wenn Hitler regiert, wird der Nationalfascismus in einem Jahre jede Anziehungskraft verloren haben, nicht nur in Deutschland sondern auch in Österreich.

Die Christlichsoziale Partei könnte sich also entschließen, eine Politik zu treiben, die es ihr ermöglicht, das Schwinden der Anziehungskraft der Nazi in Ruhe abzuwarten. Was wäre das für eine Politik? Sie müßte hierzulande eine Zeitlang alle Herausforderungen vermeiden, allen großen politischen Kämpfen ausweichen, das Einvernehmen mit der großen Partei der Arbeiterklasse suchen...

Die Christlichsozialen können aber aus den Ereignissen im Deutschen Reiche auch einen andern Schluß ziehen... Sie können versuchen, Hitler zu kopieren. Sie können mit den Nazi einen Wettbewerb im 'Antimarxismus', eine Konkurrenz in Angriffen auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten aufnehmen. Das scheint die Politik des Herrn Dollfuß zu sein..."

23a. Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz als politisches Fundament

Amtliche Mitteilung, veröffentlicht im NS.-Organ "Deutsch-Österreichische Tageszeitung" unter dem Titel "Kalter Putsch der Regierung Dollfuß".

8. März 1933.

Gestern fand ein Ministerrat statt, der sich mit der durch die Parlamentskrise verursachten politischen Lage befaßte. Der Ministerrat beschloß den Text eines Aufrufes an das österreichische Volk. Darin wird von einem Versammlungs- und Aufmarschverbot, gültig bis auf weiteres, für das Bundesgebiet, Mitteilung gemacht und die Erlassung einer Verordnung mit gesetzändernder Kraft betreffend presserechtliche Bestimmungen angekündigt. Als Begründung wird die wirtschaftliche Notlage angegeben.

Wie die amtliche Mitteilung weiter angibt, begab sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß nach dem Ministerrat zum Bundespräsidenten, um ihm die Demission des Kabinetts mitzuteilen. Der Bundespräsident hat jedoch die Demission nicht zur Kenntnis genommen, die Regierung seines Vertrauens versichert und sie ersucht, die Geschäfte mit ruhiger Festigkeit fortzuführen und die innenpolitischen Verwicklungen möglichst im Geiste der Verfassung zu entwirren.

Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz (24. Juli 1917):

Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und andern Bedarfsgegenständen zu treffen.

---

24. Aufruf des Landesleiters der NSDAP., Alfred Proksch

9. März 1933.

Die Regierung Dollfuß hat die vom Landesleiter der NSDAP. Österreichs (Hitlerbewegung) an sie gerichtete Aufforderung, zurückzutreten, den Nationalrat aufzulösen und damit die Voraussetzungen zur Bildung einer starken, nationalen Regierung zu schaffen - eine Forderung, die am 6. März in über 1000 Massenversammlungen in ganz Österreich von Hunderttausenden von Volksgenossen

einmütig und mit Nachdruck unterstützt wurde - damit beantwortet, daß sie unter Bruch der Verfassung auf unbegrenzte Zeit alle politischen Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche verbot, die Pressefreiheit aufhob und damit die gesamte Opposition, d. h. zwei Drittel des Volkes mundtot machte und politisch entrechtete. Diese Gewaltmaßnahmen der Regierung sind gedacht und richten sich praktisch ausschließlich gegen die NSDAP. Sie sollen den Durchbruch der großen, deutschen Freiheitsbewegung in Österreich verhindern und einer Regierung das Leben sichern, die von der überwältigenden Mehrheit des Volkes abgelehnt wird. Dagegen erhebt die NSDAP. Österreichs vor der ganzen Nation leidenschaftlichen Protest...

Sie empfindet es als eine unerhörte Schmach, von der Regierung Dollfuß - durch die Berufung auf das Vorbild des Reiches - gleichgestellt und gleich behandelt zu werden mit dem landesverräterischen Marxismus; sie sieht aber weiter aus dieser Haltung und Betätigung der Regierung Dollfuß die ungeheure Gefahr einer Entfremdung zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche entstehen, deren Folge nur ein erneutes und verstärktes Abgleiten Österreichs in das Fahrwasser der französischen Politik sein kann...

Die NSDAP. wird daher ihren Kampf um die Befreiung Österreichs und seinen Zusammenschluß mit dem Reiche - d. h. den Kampf gegen Dollfuß, Starhemberg und Winkler, gegen den Legitimismus innerhalb und außerhalb der Regierung - mit verdoppelter Kraft und Zähigkeit weiterführen, im Bewußtsein, daß der Sieg nur eine Frage kurzer Zeit sein kann, da noch immer in der Geschichte die Kraft einer großen Idee... gesiegt hat.

25. Die auswärtige Presse und die "Österreichische Mission" von Marcel Dunan

Aus einem Beitrag des Wiener französischen Presseattachés in der Reichspost.

16. Juli 1933.

"Der österreichische Gedanke, der zwar nie gestorben war, aber doch schlummerte, ist gleichsam unter dem Schock der Geschehnisse in gewissen Nachbarstaaten in der großen Masse des Volkes erwacht. Der österreichische Mensch, der liebenswürdige, künstlerisch und träumerisch veranlagte Kulturträger Zentraleuropas, ist sich in der letzten Zeit immer mehr, immer deutlicher bewußt geworden, welche bedeutende Rolle er zu spielen hat. Das Volksbewußtsein sagt es allen, die es gern oder ungern hören wollen: 'Wir sind Menschen, denen die geschichtliche Entwicklung seit vielen Jahrzehnten eine ganz besondere Mission auferlegt hat: Mittler zu sein zwischen Ost und West, Nord und Süd. In unserm Blut, unserm Geist treffen sich soviel verschiedene Eigenheiten, so viele Eigentümlichkeiten, daß wir ohne Anstrengung, ganz von selbst die andern Völker verstehen können, besser oft als sie selbst sich untereinander. Darum wollen wir bleiben, was wir waren, was wir sind, selbständige Österreicher!'

So spricht heute Österreichs Volk durch den Mund zahlreicher mutiger, unerschrockener und vaterlandstreuer Männer, allen voran: Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der Chef der Christlich-sozialen Partei, General Vaugoin, Justizminister Dr. Schuschnigg und vieler anderer. Jedem, der dieses Land liebt, muß bei diesem Ausdruck des echten Volksbewußtseins das Herz höher schlagen! Auch ich empfinde aufrichtigste und innigste Freude darüber... Habe ich doch für den österreichischen Gedanken gekämpft und geschrieben, als das Ausland ihn für erledigt hielt und als selbst so mancher Österreicher verzagt und entmutigt war und viele mich für einen Utopisten hielten..."

(Dunans Schrift *Österreich* erschien 1921, deutsch übersetzt 1922, wurde von der *Academie française* preisgekrönt!)

25a. Aus der Programmrede des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß

In der Versammlung der V. F. auf dem Wiener Trabrennplatz.

11. September 1933.

"Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber; die Zeit marxistisch-materialistischer Volksführung und Volksverführung ist nicht mehr! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab. Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung! Die äußeren Organisationsformen der berufsständischen Vertretung neu zu gestalten, ist die Aufgabe dieser Regierung in den nächsten Wochen und Monaten...

Ich habe bei allen Gelegenheiten, wenn ich im Auslande über unsere Heimat zu reden und für sie zu werben hatte, niemals unterlassen zu sagen, daß wir Österreicher sind und daß wir ein deutsches Land sind. Diese Tatsache hat niemanden abgestoßen und war niemandem Anstoß. Wir haben uns in der Welt Freunde erworben und ich erkläre, manche verstehen nicht, warum wir in dem Kampf, der in sehr übler Weise von einer Partei über die Grenze hereingetragen wurde (!), nicht schärfer zugegriffen haben.

......

So ist die Vaterländische Front heute eine Bewegung und nicht eine Addition von zwei oder drei Parteien, sondern eine innen unabhängige, große, vaterländische Bewegung, die alle, die sich zu Österreich als ihrem deutschen Vaterlande bekennen, in sich schließen will, eine Bewegung, die jeden, der das Abzeichen der V. F. trägt, dazu verpflichtet, das Einigende zu betonen, das Trennende beiseite zu schieben und keiner Bewegung anzugehören, die den Klassenkampf oder den Kulturkampf zum Ziele hat. Das sind die Grenzen, die wir stecken, und so soll der Gedanke der Gemeinschaft von heute ausgehen und mit organisatorischer Gewalt über ganz Österreich hinbrausen."

---

26. Führererklärung zur österreichischen Frage

30. Januar 1934.

Zum großen Bedauern der Deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reichs zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht allein auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein, es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja, dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein, **und dessen Soldaten noch im Weltkrieg Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten.** Aber auch davon abgesehen ist diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistigen, revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der Französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde. Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch selbst für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen.

Die deutsche Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der derzeitigen österreichischen Regierung ge-

gen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick gewisse Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden. Es kann der Deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken. So wenig wir auf einen amerikanischen oder englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig würde es die Deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird; denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches! Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten. Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst den einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindlich gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufig Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich und bedenklich wären; denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausende politische Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nahmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzustellen. Wenn die österreichische Regierung sich über eine politische Propaganda beklagt, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht über die politische Propaganda beklagen, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird. Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Bevölkerung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern...

Sie hat diese innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Wollen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einmengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen.

Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch das eine sagen zu müssen: nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine ernste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung, und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfe. Ich glaube meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. Möchte das Schicksal es fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.

27. Drei-Mächte-Garantieerklärung für Österreichs Unabhängigkeit

17. Februar 1934.

Die österreichische Regierung hat sich an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um ihre Auffassung über die Akten einzuholen, die sie vorbereitet hat, um die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs festzustellen, und die sie ihnen übermittelte. - Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen hierüber stattfanden, haben zu einer übereinstimmenden Auffassung über die Notwendigkeit geführt, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten.

27a. Genfer Garantieerklärung für Österreich

27. September 1934.

Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben von neuem die Lage Österreichs geprüft und sind übereingekommen, im Namen ihrer Regierungen anzuerkennen, daß die Erklärung vom 17. Februar 1934 im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Österreichs aufrechtzuerhalten, im Einklang mit den bestehenden Verträgen ihre ganze Kraft behält und auch weiterhin für ihre gemeinsame Politik maßgebend sein wird.

28. Aus den Römischen Protokollen

Österreichische Ausfertigung.

17. März 1934.

Der Bundeskanzler der Republik Österreich,
Der Regierungschef Seiner Majestät des Königs von Italien,
Der königlich ungarische Ministerpräsident.

In dem Bestreben, der Erhaltung des Friedens und dem wirtschaftlichen Aufbau Europas auf der Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates zu fördern,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen den drei Regierungen die realen Vorbedingungen einer breiteren Korporation mit andern Staaten zu schaffen vermag,

verpflichten sich zwecks Erreichung der oben angegebenen Ziele:

Über jene Fragen, welche sie im besondern angehen, sowie über die Fragen allgemeinen Charakters zu dem Zwecke, das Einvernehmen zu pflegen, um im Sinne der bestehenden Freundschaftsverträge zwischen Italien und Österreich, Italien und Ungarn und Österreich und Ungarn, welche auf der Erkenntnis vom Bestehen zahlreicher gemeinsamer Interessen beruhen, ihre auf die Förderung einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas und insbesondere zwischen Italien, Österreich und Ungarn gerichtete Politik aufeinander abzustimmen. Zu diesem Behufe werden sich die drei Regierungen, so oft zumindest eine derselben es für zweckmäßig erachten sollte,

gemeinsam beraten.

Dieses Protokoll ist in drei Exemplaren, in deutscher, italienischer und ungarischer Sprache verfaßt. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text maßgebend.

Zu Urkund dessen haben die Unterfertigten vorliegendes Protokoll unterzeichnet.

Rom, den 17. März 1934.

Dollfuß, Mussolini, Gömbös.

(Die Protokolle II und III enthalten im Sinne der Stresa-Konferenz von 1932 und des italienischen Donau-Memorandums vom September 1933 die Ankündigung von baldigst abzuschließenden zweiseitigen Verträgen über die Erleichterung des gegenseitigen Exports und eine stufenweise Ergänzung ihrer nationalen Wirtschaften. Im besonderen wird für Italien und Österreich ein System von Vorzugszöllen "zugunsten einer großen Anzahl von zur Einfuhr nach Italien bestimmten, in Österreich erzeugten und aus Österreich stammenden Produkten" festgelegt werden.)

29. Die sogenannte Gesetzwerdung der "Maiverfassung 1934"

Nach Mitteilungen des Abg. Dr. Ernst Hampel an den Schriftleiter Hans Ambroschitz der "Wiener Neuesten Nachrichten".

30. April 1934.

Am 30. April 1934 fand nach einer unfreiwilligen Pause von vierzehn Monaten die letzte Sitzung des österreichischen **Rumpf-Nationalrats** statt, dem die damalige Regierung Dollfuß die Aufgabe zugedacht hatte, 471 auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnungen, darunter die neue **Maiverfassung 1934,** zu sanktionieren.

War schon die Ausschaltung des Nationalrats - dessen drei Präsidenten am 4. März 1933 ihre Ämter niederlegten, ohne daß der letzte derselben, Dr. Sepp Straffner, die Sitzung geschlossen hätte, ein Verfassungsbruch, begangen dadurch, daß die Regierung den Nationalrat am 15. März 1933 durch Brachialgewalt am Wiederzusammentritt hinderte, so war die pflichtwidrige Nichtaktivierung des Nationalrats ein weiterer Verfassungsbruch.

Nach dem Verbot der NSDAP. und der Ausschaltung der Sozialdemokraten nach dem Februarputsch 1934 war durch Aberkennung der Mandate der Nationalrat nicht mehr vollzählig, er zählte nur mehr etwa drei Fünftel der seinerzeit gewählten 165 Abgeordneten. Davon gehörten gegen 70 der Christlichsozialen Partei an, der Rest entfiel auf die Großdeutschen, Landbündler und Heimatschutzabgeordneten. Einer der Wortführer der Großdeutschen in der für den 30. April einberufenen Sitzung des Rumpf-Nationalrats war der Abgeordnete Dr. Ernst Hampel, der gestern einem Schriftleiter unseres Blattes Mitteilungen über den Verlauf der Sitzung machte, über die seinerzeit in der Presse nur höchst mangelhafte Berichte erschienen waren, da Bundeskanzler Dr. Dollfuß höchstpersönlich den Zensurstift gehandhabt und insbesondere von den oppositionellen Reden nur einige wenige, den Sachverhalt entstellende Sätze zur Veröffentlichung freigegeben hatte.

"Worauf, Herr Doktor, kam es den Vertretern der nationalen Opposition bei dieser Sitzung vor allem an?"

"Uns war es vor allem darum zu tun", erwiderte Doktor Hampel, "die Zahl der im Sitzungssaal anwesenden Abgeordneten unter der Ziffer 83 zu halten. Denn, abgesehen von der an und für sich verfassungswidrigen Einberufung der Sitzung selbst, waren geschäftsordnungsmäßige und verfassungsändernde Beschlüsse nur gültig, wenn von den 165 Abgeordneten des österreichischen Nationalrates wenigstens die Hälfte, also 83, anwesend waren und von diesen wieder eine Zweidrittelmehrheit den Beschlüssen zustimmte.

Im vollen und stetigen Einvernehmen mit der Landesleitung der NSDAP. mußten deshalb die nationalen Abgeordneten an diesem Tag außerhalb des Sitzungssaales bleiben, da im Fall ihrer An-

wesenheit eben mehr als 83 Abgeordnete anwesend gewesen wären. So konnten bloß der Parteiobmann der Großdeutschen, Abg. Hermann Foppa, der jetzt in den Großdeutschen Reichstag gewählt worden ist, und ich als Klubvorsitzender namens der nationalen Opposition ihre feierlichen Rechtsverwahrungen vor der ganzen Welt abgeben."

"Welche Vorlagen hatte die Bundesregierung dem Rumpfnationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt?"

"Die sogenannte Maiverfassung 1934, in die das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl eingebaut war, und 470 weitere Verordnungen, die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen worden waren. Also etwas viel für eine einzige Sitzung."

"War es nicht möglich, diese Sitzung überhaupt zu verhindern?"

"Das Parlament, selbst die Couloirs vor dem Sitzungssaal, waren zum förmlichen Polizeilager geworden. Der Versuch die Sitzung zu behindern, wäre schon aus diesem Grund unausführbar, ja auch vollkommen unzweckmäßig gewesen. Galt es doch, den eklatanten Eid- und Verfassungsbruch der Dollfußregierung eindeutig und klar vor der ganzen Welt aufzuzeigen und zu beweisen."

"Wurde in der Sitzung selbst darauf hingewiesen, daß die Einberufung gesetzwidrig erfolgte?"

"Selbstverständlich! Gleich zu Beginn der Sitzung legte ich a!s erster Sprecher der nationalen Opposition unter Heranziehung der betreffenden Verfassungsbestimmungen dar, daß auf Grund der Argumentation der Dollfuß-Regierung selber die Einberufung dieser Parlamentssitzung vollkommen gesetzwidrig sei, daß einzig und allein nur der Bundespräsident durch Auflösung des alten Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen der Verfassung entsprechen könne."

"Welche Gründe führten Sie ins Treffen?"

"In erster Reihe den klaren und eindeutigen Wortlaut des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes selbst, weiters aber den ebenso klaren Wortlaut des Notverordnungsrechtes des Bundespräsidenten, die beide jede Änderung verfassungsrechtlicher Bestimmungen ausschlossen."

"Wie verhielt sich der 'Präsident' (Dr. Ramek) zu Ihren verfassungsrechtlichen Einwendungen?"

"Der *ad hoc* bestellte 'Präsident' machte sich die Sache mehr als einfach. Er erklärte mir, daß er sich meinen Rechtsausführungen nicht anschließen könne, weil die Regierung am 27. April eine Verordnung erlassen und diese im Bundesgesetzblatt veröffentlicht habe, mit der diese Sitzung einberufen worden sei. Diese Verordnung sei deshalb für ihn und die anderen Abgeordneten bindend. Mit mehr Schamlosigkeit hat man sich wohl noch nie in einem Staat der Welt über eine Staatsauffassung hinweggesetzt!"

"Sie erwähnten früher, daß die Regierung dem Rumpfnationalrat nicht weniger als 471 Verordnungen zur Genehmigung vorlegte, darunter auch die umfangreiche und inhaltsschwere Verordnung über die Mai-Verfassung 1934. Da hat der Verfassungsausschuß, dem ja diese Vorlagen zur Vorberatung überwiesen werden mußten, wohl tagelange Sitzungen abgehalten, um diese Riesenarbeit zu bewältigen?"

"Gar keine Spur! Der Rumpf-Verfassungsausschuß erledigte diese 471 Vorlagen in wenigen Minuten in Bausch und Bogen. Die nationale Opposition legte natürlich auch im Ausschuß Protest ein, doch wurde er ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen."

"Es war also nunmehr der Weg frei zur 'Verhandlung' im Rumpf-Nationalrat selbst. Was tat die nationale Opposition in diesem Stadium?"

"Nun trat der zweite Oppositionsredner, Abg. Prof. Hermann Foppa in Aktion. Namens der großdeutschen Abgeordneten gab er eine feierliche Erklärung ab, in der er vor dem deutschen Volk, vor der ganzen Welt Einspruch erhob gegen das Regime, das mit der Brachialgewalt der Bajonette den wahren Volkswillen zu beugen versuchte. Er erhob feierlichen Einspruch gegen die verfassungs- und gesetzwidrigen Beschränkungen der geistigen und körperlichen Freiheit, gegen die maßlosen Verfolgungen unschuldiger Menschen, gegen die willkürliche Vernichtung von Existenzen, gegen

das jeder Humanität hohnsprechende Geiselverfahren, gegen das System der Anhaltelager und gegen das Denunziantenwesen, Einspruch gegen die verfassungswidrige Tagung des Parlaments, das verfassungswidrig in seiner Zusammensetzung, gar nicht in der Lage sei, einfache Beschlüsse, geschweige denn verfassungsmäßig zu qualifizierende Beschlüsse, zu fassen, Einspruch dagegen, daß der Artikel 44 der Verfassung 1929, der für eine Gesamtänderung der Verfassung eine Volksabstimmung vorsehe, durch ein illegales Parlament und eine illegale Abstimmung beseitigt werden solle."

"Welche Gegenvorschläge machte Abg. Prof. Foppa?"

"Er warnte die Regierung, das Konkordat mit dem heiligen Stuhl oder andere Staatsverträge (das Konkordat war bereits in die vorliegende Mai-Verfassung eingebaut) auf dieser ungesetzlichen Grundlage zu schließen, da solche Staatsverträge schon heute und für alle Zukunft als null und nichtig angesehen werden müßten. Er appellierte in letzter Stunde an den Bundespräsidenten, diesem beabsichtigten Eid- und Verfassungsbruch der österreichischen Regierung die Bestätigung zu versagen und forderte ihn auf, das deutschösterreichische Volk zur Abstimmung darüber aufzurufen."

"'Was sagte Abg. Professor Foppa über die Beziehungen Österreichs zum Deutschen Reich?"

"Professor Foppa schloß seine denkwürdige Rede nach einem Hinweis auf den am 12. November 1918 vom Parlament einmütig gefaßten Beschluß: 'Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik' mit folgenden Worten:

'Wir erklären daher feierlich, vor aller Welt, daß es das unveräußerliche Naturrecht unseres Volkes ist, seine Beziehungen zum Deutschen Reich so innig zu gestalten, wie es seinen völkischen Zielen und seinem nationalen Selbstbestimmungsrecht entspricht.

Wir grüßen in dieser entscheidenden Stunde als freigewählte österreichische Volksvertreter mit dem Bekenntnis unserer Treue und leidenschaftlichen Liebe zu unserer österreichischen Heimat trotz aller Not, doch frohen Mutes unsere Brüder im Deutschen Reich und geloben, auf unserem völkischen Vorposten auszuharren, bis die Lebensforderung des österreichischen Volkes erfüllt ist: **Keine Lösung der österreichischen Frage ohne das Deutsche Reich, keine Lösung des mitteleuropäischen Problems ohne Deutschland.'"**

"Ergriffen auch Pro-Redner das Wort, um das Ermächtigungsgesetz zu verteidigen?"

"Außer dem Berichterstatter Ing. Winsauer sprach noch Abg. Dr. Aigner, der mit wenigen Sätzen die zustimmende Auffassung der Christlichsozialen zum Ausdruck brachte."

"Von der nationalen Opposition ergriff vor der Abstimmung selbst niemand mehr das Wort?"

"Doch, ich selbst! Ich stellte abermals fest, daß das österreichische Parlament 165 Abgeordnete zähle. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten, zumeist hinter Schloß und Riegel, also durch Brachialgewalt, verhindert seien, ihrer Abgeordnetenpflicht zu entsprechen, ja, selbst wenn man sich wieder den Standpunkt der Regierung zu eigen machte, daß deren Mandate als ungültig anzusehen seien, müßte bis zur entsprechenden Ersatzwahl jederzeit das Haus formal mit 165 Stimmen und die Mindestzahl eines beschlußfähigen Hauses für verfassungrechtliche Beschlüsse unter allen Umständen mit einer Anwesenheit von mindestens 83 Abgeordneten angenommen werden. Ich beantrage deshalb die Auszählung des Hauses."

"Wurde diese vorgenommen?"

"Ja. Sie ergab eine Präsenz von nur 76 Abgeordneten. Aber der Vorsitzende erklärte mit frecher Stirn, daß das Haus aus 91 Mandataren bestehe und daß daher mehr als die Hälfte der Mitglieder des Nationalstes anwesend seien."

"Und welches Ergebnis hatte die Abstimmung?"

"Der Vorsitzende erklärte die neue Verfassung, das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl und die 471 Gesetze mit 74 gegen 2 Stimmen (Foppa und Doktor Hampel) als angenommen. Ich verlangte nochmals das Wort zur Abstimmung, doch wurde es mir verweigert, worauf Prof. Foppa und ich mit

einem feierlichen Protest gegen diesen offenen Verfassungsbruch und die ganze ungesetzliche Abstimmung den Sitzungssaal verließen. Noch im Abgehen erhielt ich einen Ordnungsruf."

30. Die Juli-Tragödie. (Wie Planetta und Holzweber starben.)

Aus dem Augenzeugenbericht von Ward Price in der "Daily Mail".

4. August 1934.

So schrecklich auch die Ermordung des Bundeskanzlers und der damit verbundene Hochverrat waren, so wird doch keiner, der der Verhandlung beiwohnte, bestreiten, daß Planetta, der den Bundeskanzler erschoß, und Holzweber, der die ganze Aktion gegen das Bundeskanzleramt leitete, beide sehr tapfere Männer waren, vor denen jeder Achtung haben muß. Ich habe dem ganzen Ablauf des Verfahrens gegen sie von Anfang bis zum bittern Ende beigewohnt und sah keinen von beiden auch nur den geringsten Augenblick durch eine Miene, durch einen Ton, eine Bewegung oder durch einen sonstigen Ausdruck auch nur das geringste Zeichen von Furcht oder Zurückweichen verraten, obwohl sie von Anfang an wußten, welcher Würgetod sie in dem düstern, kleinen Hof hinter den Fenstern des mit Menschen vollgestopften Saales erwartete, in dem die Verhandlung (des Militärgerichtssenates) vor sich ging. Die letzten Worte, die sie in die Öffentlichkeit mit scharfer militärischer Stimme und strammster militärischer Haltung sprachen, werden mir für meine Lebzeit unvergeßlich bleiben.

"Ich glaube kaum", sagte Otto Planetta zum Gerichtshof, "ob ich die Sonne von morgen noch werde aufgehen sehen. Aber ich bin kein feiger Mörder und nichts lag mir ferner, als den Bundeskanzler zu töten. Die unmotivierten Bewegungen, die er mit seinen Armen machte, die unruhigen Schatten, die dadurch hervorgerufen wurden, und die ungeheure Aufregung, in der ich mich befand, haben vielleicht die Schüsse hervorgerufen. In meiner Absicht lagen sie nicht und dies ging auch dem schärfsten Befehl zuwider, den wir erhalten hatten. Ich bedaure den tödlichen Ausgang und bitte hier in aller Öffentlichkeit, der Witwe des Kanzlers mein schmerzliches Bedauern zu übermitteln." Planetta sprach in lautem Ton und überzeugte wohl alle, die ihn hörten.

Dann sprach Holzweber auch, lebhaft, wie während den ganzen Verhandlung... "Alles, was ich getan habe, tat ich für mein Vaterland. Getreu dem Grundprinzip des Führers aller Deutschen habe ich die Aufgabe der Besetzung des Bundeskanzleramtes nur unter der Bedingung und Voraussetzung übernommen, daß sie nicht mit Blut befleckt sein dürfe. Ich mußte auch annehmen, daß das gesamte Ministerium versammelt und vor allem, daß Dr. Rintelen zur Stelle sei. Denn wir gingen von der Voraussetzung aus, daß Dr. Rintelen uns als neuer Kanzler mit seiner Autorität schützen würde. Als ich festgestellt hatte, daß der neue Kanzler nicht anwesend war, besprach ich mit dem Minister Fey ganz freundlich die Wege, auf denen wir die Aktion ohne Blutvergießen abblasen könnten. Ich sagte ihm, daß ein großes Mißverständnis vorliegen müsse und daß ich nun nicht mehr wüßte, was ich ohne Gefährdung einerseits meiner Leute, andererseits der verhafteten Minister zu tun hätte. Minister Fey gab uns sein Ehrenwort als Offizier, daß uns nichts passieren würde. Wenn er dieses Wort bricht, wird es sich an ihm rächen..."

Franz Holzweber fuhr dann mit erhöhter Stimme fort: "Alles, was ich getan habe, tat ich für mein Vaterland! Ich bin ganz und gar darauf gefaßt, die nur offenbaren Konsequenzen meiner Handlungsweise auf mich zu nehmen..."

Drei Stunden später fand die Vollstreckung des Urteils statt, die um 4.30 Uhr nachmittags angesetzt war... Dem Urteil entsprechend mußte Holzweber als erster sterben. Er wurde in Begleitung eines evangelischen Geistlichen auf den düsteren Hof geführt. Festen Schrittes bestieg er das Gerüst und sagte mit weithin schallender Stimme: "Ich bitte doch, daß die militärischen Richter uns wenigstens die ehrliche Kugel des Soldaten gegönnt hätten. Die Schande des Hängens fällt nicht auf uns, sondern auf sie zurück. Ich sterbe für die Zukunft des deutschen Volkes. Heil Hitler!"

Dieser Ruf schallte wie durch ein Wunder von den Mauern des Gefängnisses zurück und in der Auf-

regung bemerkte ich erst nach einigen Sekunden, daß er eine vielseitige Antwort durch die Ventilationslöcher der Mauer gefunden hatte. Wahrscheinlich durch die Antworten angeregt, wiederholte auch Holzweber diesen Nazi-Gruß noch viele Male. Und es war das grauenhafte Erlebnis, von den toten Mauern des Gefängnisses, an denen man kein menschliches Wesen sah, diesen widerhallen zu hören...

Als Holzweber endlich nach einer entsetzlich langen Zeit vom Galgen gelöst war, bestieg Planetta das Gerüst. Er stieß die Henker, die sich seiner bemächtigen wollten, beiseite und sagte mit lauter Stimme: "Ich bete im Gnadenschutze zu Gott. Es lebe Deutschland! Es lebe Hitler!"

Als alles zu Ende war, suchte ich den Priester auf. Es ging ein Leuchten von ihm aus, nicht so, als ob er soeben erst einem Hingerichteten den letzten Trost der Kirche gespendet hätte. Ich fühlte, daß die Kraft des Glaubens stärker ist als der Tod.

(Sonderabdruck der *Leipziger Neuesten Nachrichten,* 5. August 1934.)

30a. Der Sinn der Befriedungsaktion Ing. Reinthaller

Aus der Sonderausgabe "Stunden der Entscheidung" der Zeitschrift "Der Weg," hg. Frauenfeld-Stuppäck (polizeilich eingestellt im Dezember 1934).

August 1934.

In der Beurteilung der unglückseligen Vorgänge der letzten Wochen (Juli-Aufstand) hat die Öffentlichkeit vornehmlich die persönliche und die moralische Seite der Ereignisse behandelt... Die politischen Wirrnisse, in die wir uns seit mehr als zwei Jahren verwickelt finden, können in ihrer völligen Bedeutung nur dem offenbar werden, der die Einmaligkeit der österreichischen Situation begreift und es aufgibt, nach politischen Analogien in der Zeitgeschichte zu suchen...

Es möchte ein zeitraubendes und überflüssiges Unternehmen bedeuten, die psychologische Verfassung des österreichischen Stammes seit dem Kriegsende und die aus ihr entsprungene Einstellung des Österreichers zu seinem Staate zu beleuchten, wenn nicht gerade diese längst entschieden geglaubten Dinge durch die politische Entwicklung der letzten Zeit in den Kern des Problems getragen worden wären. Aber selbst wenn die Frage, ob die österreichische Selbständigkeit auch noch aus andern als lediglich vernunftpolitischen Gründen erhaltenswert sei, unerörtert bleiben könnte, müßten die Verteidiger dieser Selbständigkeit zumindesten das entscheidende Zugeständnis machen, daß ihrer Argumentation alle Voraussetzungen fehlen würden, wäre dem auf den Anschluß gerichteten Kardinalwunsch des österreichischen Volkes und seiner Vertretung im Jahre des Friedensschlusses entsprochen worden. Auch die folgenden Jahre bezog der Grundsatz der Unabhängigkeit dieses Landes seine zwingende politische Kraft weder aus dem Willen der österreichischen Bevölkerung noch aus dem seiner oft wechselnden Regierungen. Seine Verankerung war keine zentrale, sondern eine periphere; die Wirksamkeit des Axioms war durch den Willen der im Weltkrieg siegreich verbliebenen Mächte bestimmt, die dem großösterreichischen Staate ein Ende gemacht und die Selbständigkeit des kleinösterreichischen wahrlich nicht deshalb dekretiert hatten, damit er in irgendeiner Form die Traditionen und den Beruf seines Vorgängers fortsetze. Das Anschlußverbot wurde von diesen Mächten in der richtigen Erkenntnis verhängt, daß die Zertrümmerung der Monarchie für das mit nichts als ihrem Namen ausgestattete Restgebiet eine politische und ideologische Neuorientierung notwendig mache, deren unerwünschte Richtung man zur Kenntnis zu nehmen indes nicht geneigt war. Es mußte damit auch dem überzeugtesten Anhänger der österreichischen Selbständigkeit ein bedenklicher Schönheitsfehler, wenn schon nicht ein organisches Gebrechen seiner Idee sein, daß gerade jene Kräfte, die der altösterreichischen Sendung, in welcher ja schließlich auch der kleinösterreichische Gedanke restlos verwurzelt ist, ein Ende bereitet hatten, die Schöpfer und Garanten der Unabhängigkeit des restösterreichischen Staates waren. Tatsächlich hatte diese Überlegung bis vor kurzem auch das Ergebnis, daß nur jener geringe Teil der Bevölkerung, der mit vollem Bewußtsein die Wiedererrichtung der Monarchie, und zwar mit einem größe-

ren, über die Grenzen des gegenwärtigen Staates hinausreichenden Umfange, erstrebte, in der Ablehnung des Anschlusses eine programmatische Angelegenheit erblickte. Und auch dieser Teil fußte nicht deshalb auf dem Grundsatz der österreichischen Unabhängigkeit, weil er in ihm ein Idealprogramm von zeitlos gültiger Dauer erblickte, sondern weil er ihn zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer auf größere Ziele gerichteten Politik für geeignet erachtete. Daß sich mit Ausnahme dieser bedeutungslosen Gruppe alle Parteien, auch jene, deren Programm eher alle andern Züge als die eines betonten Nationalismus aufwies, dem Anschlußgedanken verpflichtet glaubten, beweist, daß sie in ihm den politischen Zentralgedanken des österreichischen Volkes sahen, dessen Verwirklichung zwar angesichts der widrigen Umstände zeitlich nicht bestimmbar war, der aber nach Möglichkeit doch auch den ideellen Mittelpunkt aller Gegenwartspolitik bilden sollte. Durch die Stimmen des österreichischen Volkes und seiner Vertretungen wurde oft und unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Einheit des Volkstums in den beiden deutschen Staaten die Beseitigung der politischen Grenzen zwischen ihnen fordere. Aus solchen Manifestationen durfte ein Recht abgeleitet werden, die Beziehungen der beiden Staaten unter andern Gesichtspunkten, als denen einer formalistischen Außenpolitik zu betrachten. Wer - aus welchen Gründen immer - darüber anderer Meinung wurde, mußte dartun (wollte er seine Auffassung zur offiziellen machen), daß die allgemeine Mentalität von dieser Gesinnungswandlung in der gleichen Breite ausgefüllt werde, wie sie von dem nunmehr verworfenen Grundsatz bisher besessen worden war.

In dem Gegensatz der deutschen zur österreichischen Auffassung streitet im wesentlichen ein Grundsatz gegen eine Aufgabe. Der Grundsatz, daß das Gemeinsamkeitsgefühl des Deutschtums letzten Endes auch die Verwirklichung der politischen Einheit fordert, steht gegen die Aufgabe, das reale Leben des abgetrennten deutschösterreichischen Volksteiles unter Beachtung der gegebenen politischen Verhältnisse zu fristen. Diese beiden Auffassungen sind untereinander durchaus des Kompromisses fähig. Erst als das durch die ungeheure Entwicklung einer überwältigenden Massenbewegung gesteigerte Nationalempfinden den Grundsatz der künftigen politischen Einheit als eine ehestens lösbare Aufgabe zu betrachten begann und die mit wichtigen Fragen der Gegenwartspolitik befaßte Regierung des österreichischen Volksteiles in der Reaktion auf diesen Standpunkt die von ihr zu lösende Aufgabe zu einem auch für die Zukunft verpflichtenden Programm erhob, war der Zwist zwischen den beiden deutschen Bruderstaaten gesät... Sofern nur dieser Standpunkt (der Regierung) es nicht unternimmt, durch seine Behauptung in der Gegenwart die auf die Zukunft gegründeten Rechte des andern zu bestreiten, ist er legitimiert, den gegenwärtigen Gang der Dinge zu beherrschen und den Nöten der Zeit durch die Mittel des Augenblicks abzuhelfen. Konstituiert er sich aber unter Verdrängung des auf eine künftige nationale Einheit gerichteten Programms als oberster Staatsgrundsatz, so überschreitet er das Maß, und entfacht in jener gehobenen Sphäre der Politik, in der alle Mitglieder eines Gemeinwesens einig sein sollen, einen Kampf, den auch nur mit äußern Mitteln zu bestehen, alle Mittel materieller Macht dauernd aufgeboten werden müssen.

31. Der Staatsbesuch des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in Rom

Österreichisches Kommuniqué vom 21. November 1934.

In den Unterredungen (mit Mussolini) wurden... die Voraussetzungen erörtert, unter welchen das politisch und wirtschaftlich gefestigte Österreich, unterstützt durch die Freundschaft Italiens und Ungarns, in die Lage versetzt werden könnte, in vollem Maße wieder der ihm zukommenden historischen Aufgabe gerecht zu werden, die darin besteht, dem Ausgleich der im Donauraum zusammentreffenden Kräfte zu dienen... Als nützlich wurde schließlich erkannt, die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch den Abschluß neuer Vereinbarungen über die Gründung beiderseitiger Kulturinstitute in Rom und Wien zu vertiefen.

31a. Das Ergebnis von Stresa. (Im Zeichen der Paktpolitik und "Nichteinmischungs"frage.)

Nach dem Schlußcommuniqué vom 14. April 1935.

Punkt 3 (Österreich). Die englisch-französisch-italienischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934 sind neuerlich bestätigt worden. Hinsichtlich des im französisch-italienischen Protokoll vom 7. Jänner 1935 (Laval-Besuch in Rom!) und im englisch-französischen Communiqué vom 3. Februar 1935 (Flandin-Laval in London) aufgenommenen Beschlusses einer gemeinsamen Beratung im Falle der Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs ist vorgeschlagen worden, eine Konferenz aller beteiligten Regierungen ehestens nach Rom einzuberufen. (Als Termin geben die Zeitungen den 20. Mai an.)

(Vgl. *Keesings Archiv der Gegenwart,* Jg. 1935.)

31b. Zweite Führer-Erklärung über Österreich

Aus der Reichstagsrede.

21. Mai 1935.

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volk überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird. Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volk verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozentsatz auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist, und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Wir Deutsche haben aber allen Anlaß, zufrieden zu sein, daß sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zum hohen Teile deutschen Bevölkerung bei großer innerer Festigkeit und im Besitze einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet. Die deutsche Regierung bedauert die durch den Konflikt mit Österreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einen Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegensätze besitzen.

31c. Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg

Aus der Rede im Bundestag.

30. Mai 1935.

... Daß Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes erforderlich seien, beweisen nicht nur die bitteren Erlebnisse des vergangenen Jahres. Sie sind auch in der Tatsache begründet, daß immer noch, wenn auch zahlenmäßig unbedeutend (!) und in versteckter Weise agitierend, Kräfte im Lande am Werke sind, die ihre Aufgabe darin erblicken, nach Möglichkeit Unruhe zu erzeugen. Eines sei vorweggenommen: Die Wehrkraft Österreichs ist auch heute stark genug, um jede Abenteuerlust (!), sofern sich eine solche zeigen sollte, im Keime zu ersticken. Weil das allgemein bekannt ist, halte ich jede Befürchtung in dieser Richtung für vollkommen unzutreffend und ich hoffe, daß wir einem ruhigen Sommer entgegengehen. Ich gebe der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß dem Lande jede weitere Wunde erspart bleiben möge...

Der weiter kundgegebenen Auffassung, daß das Regime in Österreich nicht vom Volke getragen sei,

muß entgegengehalten werden, daß diese Auffassung als sachlich unzutreffend, größtes Befremden zu erregen geeignet ist. Abgesehen davon handelt es sich hierbei um eine typische, rein innerösterreichische Angelegenheit, die einer offiziellen Beurteilung oder Wunschmeinung dritter Stellen niemals unterliegen kann... Aber auch weitere, gegen das neue Österreich erhobene Argumente vermögen einer sachlichen Prüfung nicht standzuhalten, so der Versuch einer künstlich großgezogenen Propaganda für eine Volksabstimmung. Mancher österreichischer Nationalsozialist rechnet vielleicht darauf, bei den parlamentarisch-demokratisch orientierten Mächten mit einer solchen Forderung auf Sympathie und Verständnis zu stoßen. Aber hier gilt das Gleiche: Zu spät! wir hatten Volksabstimmung am 25. Juli!... Seither gibt es fast Sonntag für Sonntag landaus, landein keine Gemeinde, in der nicht aus Erz und Stein der Stimmzettel Dollfuß-Platz, Dollfuß-Straße, Dollfuß-Gedächtnis zu finden sind...

So möchten wir, gerade wir, die wir aus eigenem Erleben einmal schon den Verlust des Vaterlandes mitgemacht haben, uns an die Zeit des Zusammenbruchs erinnernd, niemals vergessen, daß es auf uns und auf uns in erster Linie ankommt, daß eine Wiederholung eines ähnlichen Vorgangs in unserem Lande vermieden werde; daß es darauf ankommt, trotz aller Schwierigkeiten alles zusammenzufassen, was aufrichtig österreichischen Willens ist...

---

32. Aufruf der österreichischen "illegalen" Nationalsozialisten

In Flugzetteln und Plakaten in ganz Österreich verbreitet.

17. Januar 1936.

Im Namen des deutschen Volkes von Österreich erheben wir Nationalsozialisten vor aller Welt unsere Stimme, um folgendes festzustellen, zu fordern und zu erklären:

Wir stellen fest, daß die Regierung des derzeitigen österreichischen Regimes durch Rechtsbeugungen und Verfassungsbrüche den Boden der Legalität verlassen, den Volkswillen ausgeschaltet und damit die den Staat tragende Rechtsgrundlage zerstört hat.

Wir stellen fest, daß das derzeitige System sich nur mit Mitteln gewaltsamer Unterdrückung und mit fremder Hilfe an der Macht erhält. Tausende der Besten des Volkes, die für Freiheit und Recht der Nation eintraten, werden verfolgt, entrechtet und in die Gefängnisse geworfen.

Wir stellen fest, daß das derzeitige Gewaltsystem zur Erhaltung seiner eigenen Macht gegen den Willen des Volkes ungeheure Summen sinnlos verschleudert, während es der immer mehr um sich greifenden Verelendung des Volkes nicht zu steuern vermag.

Wir stellen fest, daß die Regierung des gegenwärtigen Systems, indem sie vorgab, zum Besten des gesamten Deutschtums Österreichs Unabhängigkeit zu wahren, diese längst völlig preisgegeben hat zugunsten fremder Mächte, die den deutschen Staat Österreich als Werkzeug ihrer deutschfeindlichen Politik mißbrauchen.

Wir stellen fest, daß die vom gegenwärtigen Regierungssystem mißbräuchlich durchgeführte Vermischung von Religion und Staat das Ansehen der Kirche weitgehend herabgesetzt hat.

Im Bewußtsein dessen, daß das deutsche Volk von Österreich aus diesen Gründen in seiner überwältigenden Mehrheit das derzeitige System mit aller Schärfe ablehnt, hat dieses es bisher ängstlich vermieden, sich offen einer Volksbefragung zu stellen. Wir Nationalsozialisten Österreichs fordern aber im Namen des unterdrückten Volkes vor aller Welt: Recht, Freiheit und Frieden durch Volksbefragung!

Wir fordern: Wiederherstellung eines unanfechtbaren Rechts- und Verfassungszustandes in Österreich. Wir bekämpfen die Aufspaltung der Volksgemeinschaft in eine Minderheit von Bevorrechteten und eine Mehrheit von Rechtlosen.

Wir fordern restlose Einstellung der Rachepolitik nach den beiden Volkserhebungen vom Februar

und Juli 1934 und die Wiedergutmachung ihrer Auswirkungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir fordern eine freie, allgemeine und geheime Abstimmung zur Ermittlung des unverfälschten Volkswillens. Durch sie soll eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung an die Macht gebracht werden, deren Aufgabe es sein wird, im Innern Arbeit und Brot für jeden Volksgenossen zu schaffen und die wahre deutsche Volksgemeinschaft zu verwirklichen und nach außen eine Politik gesamtdeutscher Solidarität zu treiben, die in Ablehnung jeder volksfremden Abhängigkeit aus dem bisherigen Unruheherd Österreich ein Element der Sicherheit und des Friedens im Herzen Europas schafft.

Unerschütterlich auf dem Boden des nationalsozialistischen Programms stehend, erklären wir österreichischen Nationalsozialisten uns entschlossen, in eigener Verantwortung und aus eigener Kraft bis zur äußersten Grenze der Zurückhaltung mit den Waffen des Geistes und Charakters dafür zu kämpfen, daß die kostbarsten nationalen Güter - Vaterland, Volkstum, Heimat, Religion, Freiheit, Ehre und Recht - dem eigennützigen Mißbrauch der Gegenwart entzogen und in einer größeren Zukunft Gemeingut aller deutschen Volksgenossen in Österreich sein werden!

(Abdruck jetzt auch bei Fritz Berber,
Das Diktat von Versailles, Bd. 1, S. 588 ff.)

33. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen

a) Der öffentliche Staatsvertrag.

11. Juli 1936.

In der Überzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reichs und des Bundesstaates Österreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die Römer-Protokolle *ex* 1934 und deren Zusätze *ex* 1936 sowie die Stellung Österreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmaßnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

b) Punkt 5 des Gedächtnisprotokolls vom 10./11. Juli 1936.

Der Bundeskanzler erklärt, daß er bereit ist mit dem Zweck eine wirkliche Befriedung zu fördern, in dem geeigneten Zeitpunkte, der für eine nahe Zeit in Aussicht genommen ist, Vertreter der bisherigen sogenannten nationalen Opposition zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers genießen und deren Auswahl er sich vorbehält. Hierbei besteht das Einverständnis darüber,

daß die Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers mit der Aufgabe betraut sein werden, nach einem mit dem Bundeskanzler zuvor festgelegten Plan für die innere Befriedung der nationalen Opposition und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung in Österreich zu sorgen.

c) Telegrammwechsel Schuschnigg - Mussolini.

11. Juli 1936.

Es gereicht mir zur Freude, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich soeben mit dem deutschen Gesandten, der hierzu vom Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches bevollmächtigt ist, ein Übereinkommen unterfertigt habe, das dazu bestimmt ist, die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Bei diesem Anlaß erinnere ich mich gern der wiederholten, so überaus wertvollen Gespräche mit Euer Exzellenz, zuletzt in Rocca delle caminale. Ich bin überzeugt, daß Euer Exzellenz meine Befriedigung über das erzielte Abkommen teilen werden, das einen wertvollen Beitrag zum allgemeinen Friedenswerk darstellen soll. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Euer Exzellenz neuerlich meiner aufrichtigen Freundschaft und meiner Entschlossenheit zu versichern, mit dem unter der starken und erfolgreichen Führung Euer Exzellenz stehenden Italien auf Grund der bewährten Römer-Protokolle auch weiterhin im Einvernehmen mit Euer Exzellenz zusammenzuarbeiten.

von Schuschnigg.

Ich danke Euer Exzellenz für Ihr freundliches Telegramm. Das Abkommen, das Euer Exzellenz mit dem Vertreter des Führers und Reichskanzlers unterzeichnete, muß von allen, denen die Sache des Friedens am Herzen liegt, mit Befriedigung begrüßt werden. Das Abkommen bedeutet einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege des Wiederaufbaues Europas und der Donauländer. In diesem Geiste wurde, wie Sie sich entsinnen, die Frage in Rocca delle caminale besprochen und ferner auf dem Boden der italienisch-österreichisch-ungarischen Abkommen geprüft.

Mussolini.

d) Aufruf der "illegalen" Landesleitung Österreich (Hauptmann Leopold) an die Nationalsozialisten.

Juli 1936.

Wir Nationalsozialisten Österreichs haben den Führer verstanden. Wir werden in unerhörter Disziplin uns einfügen in die Lage, die er geschaffen hat, und dabei gern unsere Wünsche zurückstellen gegenüber den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Wir wollen darüber hinaus dem großen Friedenswerk des Führers ein Hüter sein. Wir werden den Vertrag, den er schloß, Punkt für Punkt genauestens befolgen, werden aber solches auch vom Gegner verlangen. Ehrlicher Friede und gerechte Verständigung kann nie diktiert werden, kann immer nur durch Recht und Freiheit garantiert und bewiesen werden. Soll der Friede dauerhaft sein, so muß er der Tatsache des Bestehens einer geschlossenen, unzerreißbaren nationalsozialistischen Bewegung und Gesinnungsgemeinschaft in Österreich Rechnung tragen. Jede Täuschung darüber oder Fortsetzung der Verfolgungen würde nur erneut Unfrieden und eine zu jedem Kampf entschlossene Abwehr hervorrufen. Wir stehen zu unsern Forderungen und Friede oder Kampf wird von der Ehrlichkeit der österreichischen Regierung abhängen.

(Wiederabdruck in der *Essener National-Zeitung*, 13. 3. 1939.)

34. Der 11. Juli in der Auffassung des Vizebürgermeisters Dr. E. K. Winter

Aus dem Buche "Monarchie und Arbeiterschaft" (erschienen September 1936).

Das neue Österreich ist nicht gerade arm an erschütternden Daten. Der 7. März 1933 (Ausschaltung der gewählten Volksvertretung), der 12. Februar 1934 (die sozialistische Revolte), der 25. Juli 1934 (die nationalsozialistische Erhebung) haben das österreichische Volk politisch und menschlich aufs

tiefste aufgewühlt. Nach diesen Ausbrüchen folgte bleierne Apathie. Der 11. Juli traf auf ein vielfach apathisches Volk. Eben deshalb war er möglich. Aber nun scheint es fast genug. Nach unserer Auffassung ist der 11. Juli, falls es bei ihm bleibt, der endscheidendste Tag der österreichischen Geschichte seit dem 12. November 1918. Wenn diese Auffassung richtig ist, dann wird das österreichische Volk aus der politischen Apathie, in die es versunken ist, in den nächsten Monaten überraschend erwachen! Die politischen Kräfte in diesem Lande rüsten sich zum letzten Absprung. Mitreißen werden nur diejenigen Kräfte das Volk, die sich der historischen Stunde bewußt sind: Entweder *finis Austriae* oder eine *nuova creatura,* eine Neuschöpfung Österreichs, durch die wir der Mittelpunkt des Weltkampfes gegen das Dritte Reich werden! Ein Drittes gibt es nicht!...

Österreich ist erfüllt vom Ringen zweier Prinzipien, die vor dem Forum rationalen Denkens unvereinbar sind... Der eine Standpunkt betrachtet Österreich als deutsches Schicksal, das österreichische Volk als deutschen Stamm, die österreichische Kultur als ein Stück Deutschtum, den österreichischen Staat als eine deutsche Aufgabe. Der andere Standpunkt hingegen sieht das historische Gesetz der Auseinanderentwicklung Österreichs und Deutschlands in den Jahrhunderten. Das Heraustreten Österreichs aus Deutschland. Nicht wie das Kind aus dem Mutterleibe herauswächst, sondern wie sich Schicksale scheiden, die ein historisches Mißverständnis vorübergehend verkettet hatte... Es setzt sich nun ein integrales Österreichertum durch, das mit der verhängnisvollen Zuneigung zu Deutschland radikal bricht und die Idee des österreichischen Volkes, der österreichischen Kultur, des österreichischen Staates kompromißlos zu Ende geht.

(Auszug in der Schrift *Wie es kommen sollte!* von Dr. Anton Fellner, Linz 1938.)

35. Ein Neujahrsbrief des Thronprätendenten Otto

Überreicht Neujahr 1937 an die Bürgermeister sämtlicher österreichischer "Kaisergemeinden".

25. Dezember 1936.

Nach mir wird gerufen, weil die Heimat in Not ist!

....

Die Zeiten sind vorbei, wo wir es an Wünschen und Erwartungen genug sein lassen konnten. Was wir in diesen flüchtigen Stunden versäumen, bringt keine Ewigkeit zurück.

Darum zu dieser ernsten Jahreswende ein ernstes Wort!

Kommt meine Herrschaft zur rechten Zeit, so wird sie Österreich, soweit es an mir liegt - die Erfüllung seiner berechtigten Hoffnungen bringen. Von den Gefühlen schwerer Verantwortung vor dem Ewigen Richter durchdrungen, werde ich die Pflichten getreulich erfüllen, die mir durch die Wiederherstellung des am 12. November 1918 verletzten Rechtes zufallen werden.

Ich will Österreich den Frieden geben, den Frieden nach außen und im Innern...

Unser Vaterland muß endlich die Brücke über die Kluft finden, die der 12. November 1918 zum namenlosen Unglück Österreichs aufgerissen hat. Die Revolution kann zur Erinnerung werden, **wenn die Gemeinden, die mich zu ihrem Ehrenbürger erwählt haben, sich nunmehr fest zusammenschließen** und ihrem Geiste immer neue Gemeinden gewinnen. In der Eintracht liegt die Kraft, die Wünsche Wirklichkeit werden läßt...

Allen Ihren Gemeindegenossen übersende ich, lieber Bürgermeister, meinen bewegten Gruß mit dem heißen Wunsch:

Auf baldiges Wiedersehen in der geliebten Heimat!

In der Fremde. Am Weihnachtstag 1936. Otto.

(Aus der legitimistischen Wochenzeitung *Der Österreicher* vom 8. 1. 1937.)

35a. Die Antwort des Bundeskanzlers auf die legitimistische Forderung

"Grundsätzliches zu einer wichtigen Frage" in der amtlichen "Wiener Zeitung".

10. Februar 1937.

Es ist durchaus zu verstehen, wenn manche annehmen, die Zusammenführung zu einer neuen Form der Friedens- und Rechtsgemeinschaft würde leichter vor sich gehen, wenn Österreich seine außenpolitische Sendung, die ihm durch die Geschichte und durch die geographische Lage gewiesen ist, durch die legitimistische Lösung der Staatsform mit einem gewissen Nimbus umgeben würde.

Deutet man auf diese mannigfachen Fragen hin, so appelliert man auch schon an das Verständnis dafür, daß die Neubegründung der Monarchie nicht als spontaner Akt, sondern nur als eine Folge der hierfür gereiften Verhältnisse vor sich gehen kann. Ein Monarch, der sich für seine Aufgabe legitimiert fühlt, braucht nicht wie ein Usurpator auf Hintertreppen oder durch Gewalt in sein Erbe zurückkehren. Er wird sich niemals durch die Ungeduld jener hinreißen lassen, die ihn zu einem voreiligen und damit verhängnisvollen Schritte bereden möchten... Nicht die Monarchie hat den "Revolutionsschutt" zu beseitigen. Dieser muß erst weggeräumt sein, bevor ein Monarch in sein Erbe wiederkehren kann. Ist es einerseits gewiß, daß die staatspolitische Entwicklung Österreichs die Vertiefung des autoritären Gedankens fordert, so ist auch daran nicht zu zweifeln, daß wir die letzte Etappe noch nicht erreicht haben. Gerade darum darf die Staatsführung von jenen Kräften, die für Autorität und Tradition wirken wollen, eine eifrige Mitarbeit in der V. F. erwarten, weil nur in der V. F. und nirgendwo anders eine tatsächlich einflußreiche politische Willensbildung möglich ist.

36. Vor dem Neurath-Besuch

Drei Neujahrsgrüße nach Berlin.

1. Januar 1937.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg:

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich seit dem 11. Juli läßt erkennen, daß die Wiederherstellung des freundnachbarlichen Verhältnisses auf beiden Seiten als Entlastung empfunden und mit Befriedigung begrüßt wird. Ein beiderseits als unnatürlich beurteilter Zustand ist beseitigt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, gemeinsame Interessen im gegenseitigen Einverständnis wahrzunehmen und alle Kräfte zum Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaues und der Erhaltung des Friedens zu vereinen.

Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horstenau:

Trauervolle Jahre liegen hinter uns wie ein böser Traum. Eine tausendjährige Gemeinschaft schien zerrissen zu sein. Nun ist der Alpdruck von uns gewichen. Die Lehre war bitter genug. Nie mehr soll neuer Zwist uns trennen!

Staatssekretär Dr. Guido Schmidt:

Dankbar gedenken wir an der Jahreswende des österreichischen Bundeskanzlers und des deutschen Reichskanzlers, die durch das Werk vom 11. Juli das Herzstück in die Friedenskarte Europas eingefügt haben: Das ist die Versöhnung der beiden deutschen Staaten.

(Auszug nach *Wiener Neueste Nachrichten* vom 1. 1. 1937, bzw. *Berliner 12-Uhr-Blatt* vom 31. 12. 1936.)

36a. Ein Zwischenspiel um die innere Befriedung

Aus dem Informationsdienst der "Essener National-Zeitung".

Die *Linzer Neue Zeit*, die häufig von Bundesminister Neustädter-Stürmer inspiriert wird, schreibt unter der Überschrift **"Der deutsch-soziale Bund in Österreich"**:

In der Rede des Herrn Bundeskanzlers (vom 14. Feber) wurde der Gründung des Vereins Deutsch-sozialer Bund Erwähnung getan. Wir haben bisher über die Vereinsgründung keine nähern Daten mitgeteilt, da uns bekannt war, daß der Streit um die Vereinsgründung die Öffentlichkeit in der nächsten Zeit nicht mehr beschäftigen soll. Soviel uns bekannt ist, wurde dieser Wunsch des Bundeskanzlers der gesamten österreichischen Presse bekanntgegeben. Wir sind nicht besonders erstaunt, daß jene Blätter, welche sich seit jeher eindeutig als gegen die Befriedung gerichtet gezeigt haben, den Wunsch des Bundeskanzlers mißachtet und nunmehr die Diskussion über die Gründung des Vereins in gehässiger Weise aufgenommen haben. Unter diesen Umständen kann man auch von uns nicht verlangen, daß wir uns weiter schweigend verhalten, und wir sind daher gern bereit, die Neugierde, die in gewissen Blättern geäußert wurde, weitgehend zu befriedigen:

Nach den Statuten setzt sich der Verein die Aufgabe, die nationalkulturellen und sozialen Interessen des deutschen Volkes in Österreich, namentlich aber auch die kulturelle Gemeinschaft mit dem gesamten deutschen Volk zu pflegen und den Gedanken der Volksgemeinschaft insbesondere durch soziale Werke zu verwirklichen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben steht der Verein auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Was die Bedeutung der als Proponenten unterschriebenen Personen anlangt, so glauben wir der Sache am besten zu dienen, wenn wir die Namen der Betreffenden veröffentlichen.

Es folgt nun auf vier Seiten eine Auswahl wahrhaft klingender Namen von 493 Persönlichkeiten aus allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und des Kulturlebens - darunter Hauptmann Leopold als Führer der "nationalen Opposition".

(Schon im folgenden Monat entließ Schuschnigg den Minister Neustädter-Stürmer und die *Linzer Neue Zeit* verfiel der Einstellung.)

36b. Das Ergebnis des Neurath-Besuches

Amtliche österreichische Mitteilung.

24. Februar 1937.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat in Erwiderung des Besuches des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt in Berlin am 22. und 23. d. M. der österreichischen Regierung einen Besuch abgestattet. Der zweitägige Aufenthalt des Reichsministers in Wien hat den beteiligten Staatsmännern Gelegenheit zu eingehenden Aussprachen, die sich in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre abwickelten, geboten.

Diese betrafen in erster Linie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß sich das Abkommen vom 11. Juli 1936 als eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung eines vertrauensvollen und freundschaftlichen Verhältnisses erwiesen hat und geeignet erscheint, eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Abschluß des letzten Wirtschaftsabkommens vom 27. Jänner l. J. hingewiesen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die hierdurch erzielte Anbahnung eines regeren Austausches im Güter- und Fremdenverkehr sich günstig auf die allgemeine Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auswirken werde.

In kulturpolitischer Hinsicht wurden die einzelnen vordringlichen Fragen des gegenseitigen kulturellen Verkehrs eingehend erörtert und der bereits anläßlich des Berliner Besuches des Staatssekre-

tärs Schmidt in Aussicht genommene Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland bestellt, der bereits am 25. l. M. seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Hieran schlossen sich naturgemäß auch Aussprachen über die gegenwärtig im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehenden Fragen der europäischen und insbesondere der mitteleuropäischen Politik, wobei völlige Übereinstimmung über die der Außenpolitik beider Regierungen zugrunde liegenden gleichartigen Bestrebungen zur Erhaltung und dauernden Sicherung des allgemeinen Friedens festgestellt werden konnte.

37. Das Ausbleiben der inneren Befriedung

Aus den Briefen eines "Landarztes" in der Linzer "Tagespost".

22. Mai 1937.

Unser Lebensraum muß durchflutet sein von einer lebensbejahenden Idee, die aus dem Volke wie aus tiefstem Borne emporsteigt. Eine Idee aber, die das Volk mit Glauben und Vertrauen an seine Zukunft erfüllen soll, muß wurzelverbunden mit der Heimaterde sein. Was nicht wurzelecht ist, verdirbt im rauhen Klima unserer Berge, okulierte Rosen sterben in der Strenge unserer Winter. Leidvolle Jahre hat Österreich hinter sich. Bruder stand gegen Bruder, der Sohn gegen den Vater. Die Ideen der Welt kreuzten sich im Schnittpunkt Österreich. Diese Zeit hat der Geburtenentwicklung mehr geschadet als die Zeit des Marxismus. Was soll ich Mutter sein, wenn mein Sohn gegen den Vater steht? Es ist töricht, sich und der Welt vorzumachen, daß diese Zeit abgeschlossen ist. Noch steht Bruder gegen Bruder, noch steht Vater gegen Sohn, wenn auch meist auf einer Seite der Kampf nur verbissener Ingrimm und heimlich in der Tasche verkrampfte Faust ist. Aber der latente, der schleichende Kampfzustand ist da und hindert das deutsche Weib an das Graserl für sein Haserl zu glauben. Tief in des Volkes Seele, wurzelecht und wurzelverbunden mit dem Heimatboden ist die Idee des innern Friedens längst erstanden. Die Idee muß nur arm am Boden ranken, weil tausend Wichtigtuer mit Justamenten und Prinzipien und Klauseln ihr das Dasein verargen. Die Idee der innern Befriedung erstand nicht im Interesse derer, die sich gegen die Regierung des Staates stellten und dafür büßen. Sie erstand im Interesse des Staates. Der Staat kann nur dann in die Jahrhunderte ragen, wenn ihm seine Mütter Kinder schenken. Sie schenken ihm Kinder aber nur dann, wenn sie an ihn glauben. Sie glauben aber nur dann an ihn, wenn ihnen **alle** sagen, daß der Glaube begründet ist. Es sagen ihnen aber nur dann alle das, wenn **alle** von dem Geist der Eintracht und des Friedens im Dienste der Heimat erfüllt sind.

Man kann mir nun sagen, der Wunsch sei Vater des Gedankens, weil mir die innere Befriedung gerade in meinen Kram passe. Es wird an Stimmen nicht fehlen, die sagen, Geburtenzuwachs und innere Befriedung hätten nichts mitsammen zu tun. Sie haben aber mitsammen gar sehr zu tun. Den Beweis dafür kann ich freilich erst erbringen, wenn die innere Befriedung noch Jahr und Tag ausbleibt und als Folge davon, die Lawine des Geburtenrückgangs in ein beschleunigtes Tempo kommt. Dann wird es allerdings zum Erkennen zu spät sein. Der Beweis würde sich schließlich von selbst erbringen, wenn die innere Befriedung kommt und als Ausdruck dafür, daß nunmehr der Glaube an unseres Volkes Zukunft ein allgemeiner ist, die Zahl der Kinder steigt. Als in Deutschland und in Italien der Glaube an den Staat ein fanatischer und vom ganzen Volke getragener wurde, da stieg die Geburtenzahl sofort, denn da wußten die Mütter: Gibt Gott ein Haserl, so gibt er auch das Graserl!

38a. Staatsrat Dr. Seyß-Inquart über nationale und soziale Aufgaben in Österreich

Ansprache in der Union auswärtiger Journalisten.

6. Oktober 1937.

Nationale Aufgaben sind soziale Aufgaben und es gibt keine sozialen Aufgaben, die nicht nationale sind. National sein heißt heute die Erkenntnis besitzen von der Bedeutung des Volkstums, in dem wir stehen, heißt fühlen, was wir sind, und umfaßt alles, was in den Kräften des Volkstums gelegen ist.

Was heißt sozial sein? Einordnung des einzelnen und seiner Kräfte in die Volksgemeinschaft ist die Grundhaltung jeglichen sozialen Denkens. Das, was wir sind, erfließt aus dem Volkstum und daraus ergibt sich die Verpflichtung, das, was wir aus dem Volkstum geworden sind, für die Volksgemeinschaft einzusetzen.

Meine Auffassung ist eine absolut gesamtdeutsche. Wir haben unsere Aufgabe hier im Donauraum zu erfüllen, aber immer als Deutsche.

Was nun die Unabhängigkeit Österreichs betrifft, so ist diese ausschließlich eine Sache des deutschen Volkes. Der einzige Garant für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs ist das deutsche Volk in Kenntnis seiner Aufgaben im deutschen Raum. Alle übrigen sind nur Interessenten an der Unabhängigkeit. Wenn ich das sage, möchte ich feststellen, daß nicht erst der 11. Juli die gesamtdeutsche Schicksalsgemeinschaft hergestellt hat, sondern daß es das gesamtdeutsche Schicksal war, das zum 11. Juli führte.

(Gekürzte Wiedergabe nach *Die Warte,* Oktober 1937.)

38b. Programm des Volkspolitischen Referats

Dr. Walter Pembaur: "Die Aufgabe", abgedruckt in den "Wiener Neuesten Nachrichten".

17. Oktober 1937.

Nach der Errichtung des jüngsten Referats im Rahmen der Front stellten sich von allen Seiten die Fragen ein: was bringt das Volkspolitische Referat, welche sind seine Aufgaben und Ziele, wie lautet sein Programm, und wird es die Hoffnung erfüllen, die man bei seiner Gründung schöpfte? Den berechtigten Fragen ließ ich bisher keine Beantwortung zuteil werden, ich widerstand jeder Verlockung, mich als Prophet zu versuchen. Diese Zurückhaltung hatte ich mir hauptsächlich deshalb auferlegt, weil ich der Überzeugung bin, daß die Bevölkerung nicht Worte hören, sondern Taten sehen will, und weil es mir nicht um die Betonung meiner Person, sondern um die Durchführung der Sache zu tun ist.

Nun hat das Volkspolitische Referat einen ersten grundlegenden Schritt getan, und dieser gibt den berechtigten Anlaß, von den Aufgaben des Referates zu sprechen. In jedem Lande wurde im Rahmen der Landesführung der Vaterländischen Front ein Referat bestellt. Dadurch steht das Volkspolitische Referat auf breiterer Grundlage, seine Verankerung einerseits in der Führung der Vaterländischen Front, andererseits in weitesten Kreisen des Volkes, ist eine wesentlich stärkere geworden. Es wird nun die nötigen Verbindungen herstellen können, das bisher bestehende Mißtrauen muß mit der Betätigungsmöglichkeit der neu bestellten Landesreferenten behoben werden. Gewiß werden auch einzelne der Persönlichkeiten, deren Auswahl der Herr Bundeskanzler bestätigte, noch der Kritik von dieser oder jener Seite ausgesetzt sein; indessen wird man dem Referat und allen seinen Mitarbeitern die Zeit gönnen müssen, sich zu bewähren und die Absicht aufrichtiger, zielbewußter und rückhaltloser Arbeit unter Beweis zu stellen.

Die Aufgaben, die durch den Namen Volkspolitik umfaßt werden, sind groß, bedeutsam und darum nicht minder verantwortungsvoll. Die Errichtung des Referates bezweckt zunächst die Lösung jener innerpolitischen Spannungen, die sich immer wieder zum Nachteil des ganzen Volkes in Österreich

auswirkten. Die Gegensätze hatten sich verkrampft und der positiven Aufbauarbeit stand eine verbitterte Opposition gegenüber; aus den Erfahrungen der letzten Jahre muß aber endlich die Erkenntnis reifen, daß sich eine negative Einstellung zum Staate in erster Linie zum Nachteil der Nationalen selbst ausgewirkt hat. Es muß darum den Nationalen wieder zum Bewußtsein kommen, daß sie in Österreich, ihrem Vaterlande, eine deutsche Aufgabe zu erfüllen haben!

Soll es aber möglich sein, die bisher abseits stehenden Kreise zu einer legalen Mitarbeit heranzuziehen, müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen sein: wir wollen in die Front, die durch Gesetz als Träger der politischen Willensbildung bestimmt ist, mit loyaler Gesinnung und mit offenem Visier eintreten; wir wollen uns der gegebenen Verfassung einordnen. Aber wir dürfen auch erwarten, daß wir in dem Augenblick, da wir den Willen zu positiver Mitarbeit erwiesen haben, auch als gleichberechtigte Bürger betrachtet werden. Das Kriterium der Wertung soll nicht mehr das sein, was einer einst gewesen, sondern was er ist, und was er leistet.

Über die vielen Fakten, die eine traurige Zeit der Zerklüftung der Deutschen in Österreich über uns gebracht, muß sich endlich das milde Vergessen senken. Das Volkspolitische Referat wird sich in seiner Arbeit nicht darin erschöpfen dürfen, für hunderte von Einzelfällen eine versöhnende und verzeihende Einstellung zu erwirken, es wird vielmehr seine Aufgabe darin zu erblicken haben, für die Zukunft jene Richtlinien zu erstellen, die eine Wiederholung der überwundenen Gegensätze für immer verhindern.

Die Heimatliebe ist in ganz besonderem Maße dem deutschen Volk eigen; aus der Heimatliebe erwuchs erst in neuerer Zeit das wache Bewußtsein der Volkszusammengehörigkeit. Wer die Heimatliebe austilgen wollte, schüfe darum kein stärkeres Volksbewußtsein. Deshalb muß auch dem deutschbewußten Österreicher klar werden, daß er in diesem Lande seiner Väter eine nationale Aufgabe besitzt; in der Pflege der heimischen Scholle, der heimischen Kultur wird er seine deutsche Sendung finden. Unsere schöne österreichische Heimat war ja auch immer das erste Ziel der Wandersehnsucht der Deutschen aus dem Reich. Wenn uns die Möglichkeit einer legalen Arbeit für unser Volk im Rahmen der Heimat offen steht, dann, glaube ich, wird jeder von uns wieder bekennen müssen: wir lieben dieses Land, denn in ihm ist unsere deutsche Aufgabe geborgen, wir lieben Österreich, weil wir Deutsche sind!

Das kommende Jahr soll das der Verwirklichung der Verfassung sein. Das Volkspolitische Referat wird in seinem Rahmen daran mitzuarbeiten haben, daß die Tüchtigen und Berufenen, die positiven Kräfte nach den Grundlagen der ständischen Verfassung zum Dienst am Staat herangezogen werden. Unser Bundeskanzler hat beim großen Appell am Rathausplatz seinem letzten Gruß das Wort Freiheit eingefügt. Wir alle, die wir als aufrechte Deutsche unser Vaterland Österreich bewohnen, freuen uns dieses Wortes; Freiheit nach außen soll dem Staate werden, Freiheit im Inneren allen denen, die des guten Willens sind. Dann wird Österreich seiner Aufgabe gerecht werden, die eine deutsche ist!

39. Ein "Katechismus der Führenden"

Aus der Einleitung des Buches: "Österreich im Prisma der Idee" von Baron Leopold Andrian.

Graz 1937.

Das weitere Schicksal des Buches aber ist unzertrennbar von jenem der österreichischen Idee. Ist dieser nach Gottes Ratschluß Untergang und dem Volke, das ihr Träger ist, Verlust des Eigendaseins bestimmt, so wird die Geschichtsschreibung der Zukunft seiner nur als literarischer Seltsamkeit, als Zeugnis der Geisteshaltung seit langem entschwundener Kämpfer für eine besiegte Sache Erwähnung tun. Wenn aber Kaiser Karl auf Madeira und Engelbert Dollfuß im Wiener Ballhauspalast nicht umsonst ihr Leben für Österreichs Auferstehung und Triumph geopfert haben, dann wird dieser vaterländische Katechismus von künftigen österreichischen Geschlechtern als klassisches Denkmal aus der Zeit ferner heroischer Daseinskämpfe, als eine der ersten Offenbarungen des

sehend gewordenen Patriotismus, als eines jener grundlegenden Ahnenwerke, welche jede Generation der nachfolgenden ehrfürchtig überliefert, gepriesen werden.

... Dieses Buch ist keine Apologetik, es richtet sich nicht an die Ungläubigen, vielmehr an die österreichischen Patrioten, die gefühlsmäßig und über alle Worte hinaus dasjenige erfaßt haben, was den duftartigen Reiz ihres Vaterlandes und ihres Volkes ausmacht... Die österreichische Nation zu sichern ist der gegenwärtigen Generation erste Pflicht; sie ihr einzuprägen, ist dieses Buch geschrieben worden... Unersetzlich kostbar für Deutschland ist eine in voller Eigenpersönlichkeit lebende, das zartschimmernde Gewebe ihrer Kultur aus sich herausspinnende österreichische Volksgemeinschaft. Denn nur eine solche vermag außer den eigenen die größten deutschen Werte einer Welt, die sie sonst verloren geben würde, zu vermitteln und steigert solchermaßen die Wirkungsfähigkeit des deutschen Geistes ins Unberechenbare.

Der Erhaltung und Ausgestaltung der österreichischen Volkswesenheit, durch die allein die österreichische Sendung verwirklicht werden kann, haben die Patrioten dieser Zeit, derselben Aufgabe auch hat nach dem Vorsatze des Verfassers (der auch eine "österreichische" Sprache propagiert) dieses Buch zu dienen.

(Im weiteren gliedert sich das Buch in drei Kapitel - ein philosophischer, ein geschichtlicher und ein politischer Abend - die durch Wechselreden zwischen einem Adligen, einem Jesuitenpater, einem Dichter und einem jungen Heimwehroffizier ausgefüllt werden und in einem gemeinsamen Hoch auf den - Kaiser ausklingen. Hier nur eine kurze Testprobe aus dem politischen Abend: "Man relegiert ein paar hochverräterische Studenten, pensioniert wohl einmal auch einen allzu offenkundig hochverräterischen Professor. Aber die Ideologien, deren Frucht der Verrat ist, werden ungestraft vorgetragen, weil sie sich wissenschaftlich verkleiden. Ich habe mir von Fakultäten erzählen lassen, in denen sich keiner habilitieren kann, der österreichischer Gesinnung verdächtig ist. Sicherlich kann das österreichische Kulturwerk nicht zu gutem Ende gebracht werden, solange die Phalanx seiner Feinde die Hochschulen hält...")

39a. Schuschniggs Kanzlerbuch "Dreimal Österreich"

Ende 1937.

In dem Abriß altösterreichischer Geschichte betont der Verfasser besonders, daß der Kaiserstaat als Hort deutscher Kultur und nationaler Mission anzusehen war, und daraus schöpft er seine Ideologie für das dritte Österreich.

Ausführlicher kommt er auf die legitimistische Bewegung zurück und erneuert eine frühere Erklärung, wonach die Staatsform als eine rein innerösterreichische Angelegenheit zu betrachten sei, "die keine Einmischung von dritter Seite zulasse". Er zieht dann auch die Grenzen für die monarchistische Agitation.

An anderer Stelle wiederholt er eingehend diese Grundtendenzen seiner Ideologie und seiner Ziele: Diese (österreichische) vermittelnde Aufgabe ist auf wirtschaftspolitischem wie auf kulturpolitischem Gebiet gelegen; sie unterscheidet sich von früher dadurch, daß sie dem machtpolitischen Bereich entrückt bleibt.

Zu dem Vorwurf, das Juli-Abkommen sei von Österreich nicht restlos eingehalten worden, heißt es u. a.: "Das Jahr (1937) hat nicht alles gehalten, was 1936 versprochen hatte. Demnach wäre es ungerecht, den Fortschritt zu übersehen. Aber wir sind der Lösung, zumindest doch der Klarheit über die Lösungsmöglichkeiten, näher gekommen."

Im Schlußwort zitiert Schuschnigg ein Wort Hammerstein-Equords (Kulturreferent der Regierung, früher Sicherheitsdirektor und -staatssekretär!) aus dem Jahre 1935, daß es nicht leicht sei, die österreichische Geschichte zu verstehen, schwerer aber noch die österreichische Idee faßbar zu machen. Auf die Frage, was Österreich sei, könne man witzige Antworten hören, kaum eine erschöpfende und befriedigende, manche zweifelnde, und ich fürchte, keine, die eine rechte Glau-

bensstärke sprüht. Aber kommen nicht manchem von uns immer wieder in trüben Stunden auch heute noch Zweifel an Österreich? Ob es noch einen Sinn hat, ob es sich wird behaupten können? Ob es dafür steht, sich weiter als Österreicher zum österreichischen Vaterland zu bekennen? Der Bundeskanzler will als Antwort nur ein tausendfaches Ja!

(Auszüge nach *Die Warte*, Dezember 1937.)

39b. Schuschniggs Neujahrs-Interview 1938

5. Januar 1938.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat einem Sonderkorrespondenten des *Daily Telegraph*, Kees van Hoek, ein ausführliches Interview gewährt, das bemerkenswert ist wegen der scharfen Ablehnung des Nationalsozialismus für Österreich. "Ein Abgrund trennt Österreich vom Nationalsozialismus", erklärte der Kanzler, "wir sind nicht für willkürliche Gewalt, wir wollen, daß Recht unsere Freiheit bestimmt, wir lehnen eine Zentralisation ab und halten an dem Gedanken der Autonomie fest. Das Christentum ist in dem Boden unseres Staates fest verankert, wir kennen nur einen Gott, das ist nicht der Staat oder die Nation oder der dehnbare Begriff Rasse. Unsere Kinder sind die Kinder Gottes, die nicht vom Staate mißbraucht werden dürfen. Wir verabscheuen den Terror. Österreich ist immer ein humanitärer Staat gewesen. Als Volk sind wir von Natur aus tolerant."

Auf die Frage des Korrespondenten, ob der Bundeskanzler für die Wahrung des *Status quo* sei, erwiderte Dr. Schuschnigg, ich war es nicht 1918, aber ich bin es heute. "Jede Änderung könnte nur zum Schlechten sein. Unsere Außenpolitik, so wie sie durch unsere besondere Zivilisation und unsere geographische Lage bestimmt ist, hat nur einen Zweck: Sie will unserm Volke ermöglichen zu leben und ihm seinen Anteil an einem allgemeinen Wohlstand sichern. Dieses Ziel kann im Rahmen unseres jetzigen Staates erreicht werden. Ich scheue mich nicht zuzugeben, daß ich eine große Sympathie für Mussolini habe, indem ich anerkenne, daß er niemals den leisesten Versuch gemacht hat, sich in unsere auswärtigen oder inneren Angelegenheiten einzumischen. Die Behauptung aber, daß wir uns im Schlepptau Italiens befinden, ist reine Erfindung."

Auf die Frage, ob der Kanzler für die Wiederherstellung der Monarchie eintrete, erwiderte Dr. Schuschnigg: "Ich bin der Tradition und meiner Überzeugung nach ein Monarchist. Ich kann aber nicht vorgehen, wie es einige meiner Anhänger wünschen würden. Eine Restauration ist zur Zeit unmöglich. Die Rückberufung Ottos würde heute zu ernsthaften Schwierigkeiten führen, nicht nur mit der Kleinen Entente und mit Deutschland, sondern würde den Vorwand zu einer allgemeinen Konflagration in Europa bieten. Die Bedingungen müssen langsam geschaffen werden. Jeder Patriot muß sich mit dem Regime abfinden, das die geringsten Widerstände bietet. Die Habsburgerfrage darf nicht die Rekonstruktion von Zentraleuropa hintanhalten. Die Beziehungen zwischen den Donauländern sind seit 1918 niemals so erfreulich gewesen wie heute und ich hoffe, daß die wachsende Einsicht in die Gemeinsamkeit unserer Interessen eines Tages Resultate zeitigen werde, die etwas für die Zukunft des Friedens in Europa bedeuten."

Der Bundeskanzler setzte abschließend auseinander, daß Österreich sich der Bindung an Deutschland wohl bewußt sei. Indem wir die historische Mission Österreichs in Zentraleuropa erfüllen, sagte Dr. Schuschnigg, werden wir auch weiterhin dem deutschen Volke als Ganzem einen großen Dienst leisten, aber nicht im Wege des Anschlusses, durch den Österreich ein zweites Bayern werden und zum Range einer Provinz herabsinken würde, sondern **als selbständiger Staat.**

(Nach Mittagausgabe des *Neuen Wiener Tagblatt*.)

40. Die Verfolgung des Nationalsozialismus

Aus dem Salzburger Strafregister.

Januar 1938.

Das *Salzburger Volksblatt* veröffentlichte einen Auszug der politischen Strafen, die das Salzburger Landesgericht in der Verbotszeit gegen Nationalsozialisten fällte. In dieser Bilanz sind nur die gerichtlichen Strafen, nicht aber die unzähligen Verwaltungsstrafen und Parallelstrafen enthalten. Auch die zahllosen Geldstrafen und Geiselinhaftierungen sind hierin nicht erwähnt.

Aus dem Strafregister des Salzburger Handesgerichtes sind drei große Gruppen ersichtlich: Jugend-Schöffengericht, Einzelrichter und Schöffen- und Schwurgericht.

Vor dem Jugend-Schöffengericht standen 176 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Das Jugendgericht fällte Strafen im Ausmaße von 20½ Jahren, 223 Monaten, 244 Wochen und 24 Tagen. Die Monats- und Wochenstrafen dominieren also, wenngleich auch die Jahresstrafen in diesem Ausmaß für Jugendliche ganz erklecklich sind. Die meisten Strafen vor dem Jugendgericht fielen im Jahre 1937 mit 112. Vor den Einzelrichter wurden 300 Nationalsozialisten gezerrt. Er verhängte Strafen von insgesamt 401½ Monaten, 502 Wochen und 446 Tagen. Die meisten Fälle (159) standen 1934 zur Verhandlung, 1937 gab es nur zwei Fälle. Anscheinend war der Einzelrichter dem System zu human, denn er wurde im Laufe der Jahre immer seltener. Der ganze Sadismus des Systems tobte sich vor dem Schöffen- und Schwurgericht aus. Hier wurden 748 Fälle "verhandelt". Die meisten Verurteilungen (342) erfolgten im Jahre 1937. Das Höchstmaß der Strafen wurde 1934 verhängt: 206¼ Jahre, 239½ Monate, 111 Wochen, 23 Tage.

Zum Tode durch den Strang wurden im Salzburger Landesgericht 30 Parteigenossen verurteilt. Im Jahre 1934 neun, im Jahre 1935 21 Parteigenossen. Einer von diesen wurde zu lebenslänglichem schweren Kerker, 29 zu Kerkerstrafen von insgesamt 405 Jahren "begnadigt".

Sehr aufschlußreich wird diese traurige Statistik, wenn man die Gesamtziffer betrachtet. Insgesamt wurden in dem kleinen Land Salzburg 1224 Nationalsozialisten vor Gericht verurteilt. Sie erhielten 1042 Jahre, 8 Monate und 23 Tage. Das Höchstausmaß der Strafen fiel im Jahre 1934 mit 487 Jahren, 2 Monaten und 17 Tagen. Die meisten Verurteilungen (456) erfolgten jedoch im Jahre 1937. In dem Jahre nach dem Abkommen vom 11. Juli 1936! So sah Schuschniggs "Befriedungsaktion" aus! Bedingt wurden von 1224 nur 139 Verurteilungen ausgesprochen, wobei jedoch 98 Fälle allein dem Jugendgericht gutzuschreiben sind.

Welchen Schwung sich das System für 1938 nahm, geht daraus hervor, daß allein im Jänner 1938 nicht weniger als 124 Parteigenossen vor dem Salzburger Gericht standen und in diesem einen Monat allein vier Jahre, 284 Monate und 173 Wochen ausfaßten.

(Das Bundesland Salzburg zählte, was bei der richtigen Einschätzung dieser von den *Wiener Neuesten Nachrichten* am 30. April 1933 als Beispiel vorgenommenen Veröffentlichung zu beachten ist, rd. 250 000 Einwohner!)

41. Das Berchtesgadener Abkommen mit Schuschnigg

Amtliche Mitteilung, erschienen nach der Wiener Regierungsumbildung. Außerdem erfolgte bis 19. Feber eine Amnestieerklärung und im Zuge der sogen. "Liquidierung der Illegalen" die Zusicherung der nationalsozialistischen Gesinnungsfreiheit.

Wien, 15. Februar 1933.

In der Aussprache, die am 12. Februar zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich eingehender Erörterung unterzogen. Ziel dieser Aussprache war, die bei Durchführung des Abkommens vom 11. Juli 1936

aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen.

Es ergab sich Übereinstimmung darüber, daß beide Teile an den Grundsätzen dieses Abkommens festzuhalten entschlossen sind und dasselbe als den Ausgangspunkt einer befriedigenden Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betrachten.

In diesem Sinne haben nach der Unterredung vom 12. Februar 1938 beide Teile die sofortige Durchführung von Maßnahmen beschlossen, die Gewähr leisten, daß ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht.

Beide Staatsmänner sind der Überzeugung, daß die von ihnen beschlossenen Maßnahmen zugleich ein wirksamer Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europäischen Lage sind.

(In Berlin erschien ein gleichlautendes Communique.)

41a. Abschiedsworte des Botschafters von Papen

Aussprache in der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft (Vorsitz: Friedrich Tilgner und Richard Riedl).

18. Februar 1938.

Wenn ich nach dem Befehl des Führers in wenigen Tagen diesen Posten verlassen werde, so glaube ich, dies mit gutem Gewissen gegenüber meinem Auftraggeber und den Interessen des deutschen Volkes zu tun. Mein Streben in dieser Zeit war es gewesen, dem Gedanken der deutschen Einheit auf friedlichem Wege Raum zu schaffen, zu verhindern, daß die Tragik der deutschen Geschichte um eine weitere Katastrophe vermehrt werde.

Der 11. Juli war nur ein Anfang und Sie werden sich erinnern, daß ich an dieser Stelle vor Jahresfrist die Ansicht ausgesprochen habe, dem Sturm über Österreich (hier liegt ein Wortspiel vor - so hieß das haßerfüllte, Schuschnigg nahestehende Wochenblatt der Ostmärkischen Sturmscharen) werde ein neuer Frühling folgen. Kommen aber werde er, so sicher wie die Welt sich um ihre Achse dreht. Die am 12. Februar auf dem Obersalzberg stattgehabte Besprechung der beiden führenden Staatsmänner wird ein weiterer Markstein in der Geschichte der deutschen Frage sein.

Ein selbständiges Österreich kann seine Aufgabe nur sehen im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung und nur als Mitwirkender und Mitgestalter an dem großen Geschehen dieser Tage, an der Wiedererringung der Stellung und des geistigen Einflusses des Reiches im Abendlande...

41b. Aus der Erklärung der V. F. zur neuen Lage

19. Februar.

Wenn ein aus dem früheren (!) nationalsozialistischen Lager stammender Österreicher heute von der Möglichkeit der legalen Tätigkeit Gebrauch machen will, so steht ihm die legale politische Betätigung offen. Das wurde von österreichischer Seite auch in der letzten Zeit immer wieder betont (!). Ebenso wie es möglich ist, daß einzelne Mitglieder einen bestimmten andern Programmpunkt der Front bei voller Aufrechterhaltung aller als ihre besondere Herzenssache betrachten, so kann auch etwa der nationale und soziale Gesichtspunkt bei Anerkennung aller Gesichtspunkte besonders betont werden. Aus der Ablehnung der Sektionierung der Front kann die absolute Unteilbarkeit des Programms logisch gefolgert werden. Das ehrliche Bekenntnis zur Unteilbarkeit des Programms ist die unerläßliche Voraussetzung für die weitgehende politische Toleranz der Front im einzelnen. Für den Fall, daß diese großzügige Aktion, die von wirklichem Versöhnungswillen zeugt, doch von einzelnen gestört würde, ist vorgesehen, solche Elemente neben den gesetzlichen Straffolgen dazu zu veranlassen, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen (!).

42. Dritte Führer-Erklärung über Österreich

Aus der Reichstagserklärung über das Südostdeutschtum.

20. Februar 1938.

Ich bin glücklich, Ihnen, meine Abgeordneten, mitteilen zu können, daß in den letzten Tagen eine weitere Verständigung mit dem Lande erzielt wurde, das uns aus vielerlei Gründen besonders nahesteht. Es ist nicht nur das gleiche Volk, sondern vor allem es ist eine lange gleiche Geschichte und eine gemeinsame Kultur, die das Reich und Deutschösterreich verbinden.

Die Schwierigkeiten, die sich im Vollzug des Abkommens vom 11. Juli ergeben hatten, zwangen dazu, einen Versuch zu unternehmen, Mißverständnisse und Hindernisse für eine endgültige Aussöhnung beiseite zu räumen.

Denn es war klar, daß eine an sich unerträglich gewordene Lage eines Tages gewollt oder ungewollt die Voraussetzungen für eine sehr schwere Katastrophe hätten bilden können. Es liegt dann meist nicht mehr in der Macht der Menschen, einem Schicksal Einhalt zu gebieten, das durch Nachlässigkeit oder Unklugheit erst einmal ins Rollen gekommen ist.

Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß diese Erkenntnisse auch den Auffassungen des österreichischen Bundeskanzlers, den ich um einen Besuch bat, entsprachen. Der Gedanke und die Absicht waren dabei, eine Entspannung unserer Beziehungen dadurch herbeizuführen, daß dem nach seiner Auffassung und Weltanschauung nationalsozialistisch denkenden Teil des deutsch-österreichischen Volkes im Rahmen der sonst gültigen Gesetze die gleichen Rechte gegeben werden, wie sie auch den anderen Staatsbürgern zustehen.

In Verbindung damit sollte eine große Befreiungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten durch ein nunmehr engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer möglichen politischen, personellen und sachlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli.

Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse beider Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand.

Ich glaube, daß wir damit auch einen Beitrag zum europäischen Frieden geleistet haben.

......

Allein zwei der an unsern Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von 10 Millionen Deutschen. Sie waren bis 1866 mit dem deutschen Gesamtvolk noch in einem staatsrechtlichen Bund vereinigt. Sie kämpften bis 1918 im Großen Kriege Schulter an Schulter mit den deutschen Soldaten des Reiches. Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche verhindert worden. Das ist an sich schmerzlich genug. Über eines aber darf in unsern Augen kein Zweifel bestehen:

Die staatsrechtliche Trennung vom Reiche kann nicht zu einer politischen Rechtlosmachung führen, d. h. die allgemeinen Rechte einer volklichen Selbstbestimmung, die übrigens in den **14 Punkten Wilsons** als Voraussetzung zum Waffenstillstand zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden, weil es sich hier um Deutsche handelt. **Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder aus ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltanschauung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wird.**

43. An der Schwelle des Bürgerkrieges

Schuschniggs Mobilisierungsbefehl "D".

11. März 1938.

Armeebefehl des Bundeskanzlers und Landesverteidigungsministers:

1. Konsignierung aller Truppen ab 11. März, 6 Uhr früh.

2. Einberufung des Reservejahrganges 1915, soweit mindestens 10 Monate gedient, zur sofortigen Waffenübung auf 14 Tage. Einberufung von Evidenzoffizieren im nötigen Ausmaß für die Truppe. Dabei ist Bedacht zu nehmen, daß nur vaterländische Personen einberufen und national Gesinnte ferngehalten werden. **Mit einer auswärtigen Verwendung der Truppen muß gerechnet werden.**

3. Die gesamte Miliz (sogen. V. F. Miliz) wird mit sofortiger Wirkung aufgeboten.

Nach außen sind diese Maßnahmen als zur Durchführung der Abstimmung notwendig zu bezeichnen. In Wirklichkeit jedoch ist der Mobilisierungsfall "D" angeordnet und durchzuführen. Die Mobilisierung ist eine vollständige, weil der Jahrgang 1915 der einzige ausgebildete Reservejahrgang ist.

Die Gegenarbeit des nationalsozialistischen Soldatenrings:

Am 9. März erging für Oberösterreich und Salzburg folgende Weisung für die Schuschnigg-Wahl (schriftlich durch Kurier):

1. Wahlenthaltung.

2. Auf allen Kasernen am Wahltag früh Hakenkreuzfahnen hissen! (Beistellung von SA. und NS.-Frauenschaft).

3. Zu Assistenzen eingesetzte Truppen: Schußbefehl verweigern, ansonsten mit Demonstranten sympathisieren, Durchmarsch für SA. und SS. bei Absperrungen freigeben!

Meldungen vom 11. März: Die Parteiführung kann sich darauf verlassen, daß in Oberösterreich das Militär sicher auf Seite der NSDAP. steht. Ab Mittag waren die wichtigsten Wachen von NSR.-Mitgliedern besetzt; alle Telephonzentralen in den Kasernen von NSR.-Soldaten besetzt, so daß die in den Kasernen führenden nationalsozialistischen Offiziere laufend unterrichtet wurden. Verbindung zwischen den Kasernen durch Frauen.

14 Uhr: Bei Befehlsausgabe der SA. im Hotel Wolfinger Verlautbarung, daß 4. Division mit Oberst Sinzinger verläßlich auf Seite der Partei steht.

15 Uhr hat Sicherheitsdirektor hiervon Kenntnis.

18 Uhr: Weisung an Kasernen, offene Propaganda für NSDAP. machen! Erfolg durchschlagend! Bald wehen auf den Kasernen die für den nächsten Tag vorbereiteten Hakenkreuzfahnen. Kommandogewalt zur Gänze in den Händen nationalsozialistischer Offiziere.

Aus *Österreichischer Beobachter* (hg. vom Gaupropagandaleiter Oberdonau Dr. Fellner).
1. Märzfolge 1939.

---

44. Landesleiter der NSDAP. Major Klausner an das Volk Österreichs

Nächtliche Rundfunkansprache nach der Bildung der Regierung Seyß-Inquart.

11./12. März 1938.

In tiefer Bewegung verkünde ich in dieser feierlichen Stunde, Österreich ist frei geworden, Österreich ist nationalsozialistisch!

Durch das Vertrauen des ganzen Volkes emporgetragen, ist eine neue Regierung gebildet worden,

die nach den Grundsätzen unserer herrlichen, nationalsozialistischen Bewegung ihre ganze Kraft für Glück und Frieden für das ganze Land einsetzen wird.

Arbeit und Brot für alle Volksgenossen zu schaffen, wird ihre erste Aufgabe sein.

Wieder ist eine nationalsozialistische Erhebung in unglaublicher Disziplin verlaufen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß uns die Macht im Staate gebührt, so war es diese einzigartige, spontane Erhebung und Machtergreifung. Niemand wurde etwas zu Leide getan. Dafür danke ich und dankt das ganze deutsche Volk in Österreich vor allem den Kameraden der SA. und SS.

In dieser Stunde gedenke ich in tiefer Dankbarkeit und in Liebe unseres Führers Adolf Hitler. Nun wehen die Hakenkreuzfahnen über seiner Heimat. In Ehrfurcht gedenken wir der Toten der Bewegung, die im Kampf um Österreich fielen. Ihre Opfer fanden nun höchste Erfüllung. An euch, deutsche Volksgenossen und Parteigenossen, aber ergeht mein Ruf: An die Arbeit! Unser Ziel ist erreicht:

Ein Volk, ein Reich, ein Führer!
Heil unserm Führer! Heil Hitler!

45. Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart: Bitte um reichsdeutschen Waffenschutz

11. März 1938.

Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wiederherzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.

Seyß-Inquart.

45a. Gruß der Wehrmacht an Österreich

Flugzettel, abgeworfen von den Geschwadern der Luftwaffe.

12. März 1938.

Das nationalsozialistische Deutschland grüßt sein nationalsozialistisches Österreich und die neue nationalsozialistische Regierung!

In treuer unlösbarer Verbundenheit! Heil Hitler!



45b. Die neue Bundesregierung

12./13. März 1938.

Dr. jur. Arthur **Seyß-Inquart,** Rechtsanwalt in Wien (Bundeskanzler),
Dr. phil. h. c. Edmund **Glaise-Horstenau,** Direktor des Kriegsarchivs (Vizekanzler),
Dr. phil. Wilhelm **Wolf,** Ministerialrat (Außenamt),
Dr. jur. Franz **Hueber,** Rechtsanwalt in Mattsee (Justiz),
Dr. phil. Oswald **Menghin,** Univ.-Professor (Unterricht),
Dr. med. Hugo **Jury,** Arzt in St. Pölten (Soziale Verwaltung),
Dr. jur. Rudolf **Neumayer** - Wien (Finanzen),
Ing. Anton **Reinthaller,** Gutsbesitzer im Attergau (Landwirtschaft),
Dr. jur. Hans **Fischböck** - Wien (Handel und Verkehr).

Die Belassung des Wiener Polizeipräsidenten Michael Skubl als Staatssekretär für Sicherheitswesen

war nur ein ganz kurzes Provisorium. Schon am 13. März erfolgte die Abrundung der Liste durch Ernennung des Majors d. R. Hubert **Klausner** - Klagenfurt zum Minister für politische Willensbildung und der Staatssekretäre Dr. jur. Ernst **Kaltenbrunner** - Linz für Sicherheitswesen, Dr. jur. et phil. Friedrich **Wimmer** - Wien für den Dienst beim Bundeskanzler und des Majors Maximilian **Angelis** für das Heereswesen.

Am 14. März übergab der Minister Dr. Wilhelm **Wolf** sein Amt an den in Wien eingetroffenen Reichsaußenminister von Ribbentrop mit folgenden Worten: "Als letzter österreichischer Außenminister übergebe ich, in tiefster Seele erfreut, die Geschäfte des österreichischen Außenamtes in Ihre Hände. Wir Österreicher haben nur ein Vaterland und das ist Deutschland!"

46. Das Führermanifest

Verlesen von Reichsminister Dr. Goebbels.

12. März 1938.

Deutsche! Mit tiefem Schmerz haben wir seit Jahren das Schicksal unseres Volkes in Österreich erlebt.

<u>Eine ewige geschichtliche Verbundenheit,</u> die **<u>erst durch das Jahr 1866 gelöst</u>** wurde, **<u>im Weltkrieg aber eine neue Besiegelung erfuhr,</u>** fügt Österreich seit jeher ein in die deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft. Das Leid, das diesem Lande erst von außen und dann im Innern zugefügt wurde, empfanden wir als unser eigenes, so wie wir umgekehrt wissen, daß für Millionen Deutschösterreicher das Unglück des Reiches die Ursache der gleichen Bekümmernis und Teilnahme war!

Als in Deutschland die Nation dank dem Siege der nationalsozialistischen Idee wieder den Weg zu dem stolzen Selbstbewußtsein eines großen Volkes fand, begann in Österreich eine neue Leidenszeit bitterster Prüfungen. Ein Regime, dem jeder legale Auftrag fehlte, versuchte seine von der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes abgelehnte Existenz durch brutalste Mittel des Terrors, der körperlichen und wirtschaftlichen Züchtigung und Vernichtung aufrechtzuerhalten. So konnten wir es als großes Volk erleben, daß mehr als sechs Millionen Menschen unserer eigenen Herkunft von einer ziffernmäßig kleinen Minorität unterdrückt wurden, die es einfach verstanden hatte, sich in den Besitz der hierzu notwendigen Machtmittel zu bringen.

Der politischen Entrechtung und Knebelung entsprach ein wirtschaftlicher Verfall, der im furchtbaren Gegensatz stand zur Blüte des neuen Lebens in Deutschland.

Wer konnte es diesen unglücklichen Volksgenossen verdenken, daß sie ihre Blicke sehnsüchtig nach dem Reiche richteten? Nach jenem Deutschland, mit dem ihre Vorfahren durch so viele Jahrhunderte verbunden waren, mit dem sie einst im schwersten Kriege aller Zeiten Schulter an Schulter fochten, dessen Kultur ihre Kultur war, in der sie selbst auf so vielen Gebieten höchst eigene Werte beigesteuert hatten.

Diese Gesinnung unterdrücken, hieß nichts anderes als Hunderttausende von Menschen zu tiefstem Seelenleid zu verdammen.

Allein wenn vor Jahren dieses Leid noch geduldig ertragen wurde, dann war mit dem steigenden Ansehen des Reiches der Wille, die Unterdrückung zu beseitigen, immer heftiger geworden.

Deutsche!

Ich habe in den letzten Jahren versucht, die früheren Machthaber in Österreich vor diesem Weg zu warnen. Nur ein Wahnwitziger konnte glauben, durch Unterdrückung und Terror den Menschen die Liebe zu ihrem angestammten Volkstum rauben zu können auf die Dauer. Die europäische Geschichte beweist es, daß in solchen Fällen nur ein um so größerer Fanatismus gezüchtet wird. Dieser Fanatismus zwingt dann die Unterdrücker, zu immer schärferen Methoden der Vergewaltigung zu greifen, und diese wieder steigern den Abscheu und den Haß der davon Betroffenen. Ich habe wei-

ter versucht, die dafür verantwortlichen Machthaber zu überzeugen, daß es auf die Dauer aber auch für eine große Nation unmöglich, weil unwürdig ist, fortgesetzt zusehen zu müssen, wie Menschen gleicher Volkszugehörigkeit nur wegen ihrer Abstammung oder ihrem Bekenntnis zu diesem Volkstum oder ihrer Verbundenheit mit einer Idee unterdrückt, verfolgt und eingekerkert werden. Über 40 000 Flüchtlinge hat allein Deutschland bei sich aufnehmen müssen, 10 000 andere sind in diesem kleinen Lande durch die Gefängnisse, Kerker und Anhaltelager gewandert, Hunderttausende sind an den Bettelstab gebracht worden, sind verelendet und verarmt. Keine Nation der Welt würde auf die Dauer diese Zustände an ihrer Grenze dulden können, außer denn sie verdiente es nicht anders, als selbst mißachtet zu werden! Ich habe mich im Jahre 1936 bemüht, irgendeinen Weg zu finden, der die Aussicht bieten könnte, die Tragik des Schicksals dieses deutschen Bruderlandes zu mildern, um so vielleicht zu einer wirklichen Aussöhnung gelangen zu können.

Das Abkommen des 11. Juli wurde aber nur unterzeichnet, um im nächsten Augenblick schon wieder gebrochen zu werden. Die Rechtlosigkeit der überwältigten Mehrheit war geblieben, ihre unwürdige Stellung als Paria in diesem Staat wurde in nichts gehoben. Wer sich zum deutschen Volkstum offen bekannte, blieb verfolgt, ganz gleich, ob er nationalsozialistischer Straßenarbeiter oder alter verdienter Heerführer des Weltkrieges war.

Ich habe nun noch ein zweites Mal versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Ich bemühte mich, dem Repräsentanten dieses Regimes, der mir selbst als dem vom deutschen Volk gewählten Führer ohne jedes eigene legitime Mandat gegenüberstand, ich bemühte mich, ihm verständlich zu machen, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar sein würde, da die steigende Empörung des österreichischen Volkes nicht mit steigender Gewalt ruhig niedergehalten werden könnte, daß hier von einem gewissen Augenblick an es auch für das Reich untragbar sein würde, einer solchen Vergewaltigung noch länger stillschweigend zuzusehen. Denn, wenn heute schon koloniale Lösungen von Fragen des Selbstbestimmungsrechtes der davon betroffenen niederen Völkerschaften abhängig gemacht werden, dann ist es unerträglich, daß 6½ Millionen Angehörige eines alten und großen Kulturvolkes durch die Art eines Regimes praktisch unter diese Rechte gestellt sind.

Ich wollte daher in einem neuen Abkommen erreichen, daß in diesem Lande allen Deutschen die gleichen Rechte zugewiesen und die gleichen Pflichten auferlegt würden. Es sollte diese Abmachung eine Erfüllung sein des Vertrages vom 11. Juli 1936. Wenige Wochen später mußten wir leider feststellen, daß die Männer der damaligen österreichischen Regierung nicht daran dachten, dieses Abkommen sinngemäß zu erfüllen. Um aber für ihre fortgesetzten Verletzungen der gleichen Rechte der österreichischen Deutschen sich ein Alibi zu verschaffen, wurde nun ein Volksbegehren ersonnen, das bestimmt war, die Mehrheit dieses Landes endgültig zu entrechten! Die Modalitäten dieses Vorganges sollten einmalige sein. Ein Land, das seit vielen Jahren überhaupt keine Wahl mehr gehabt hat, dem alle Unterlagen für die Erfassung der Wahlberechtigten fehlen, schreibt eine Wahl aus, die innerhalb von knapp dreieinhalb Tagen stattfinden soll.

Es gibt keine Wählerlisten, es gibt keine Wählerkarten, es gibt keine Einsichtnahme in die Wahlberechtigung, es gibt keine Verpflichtung zur Geheimhaltung der Wahl, es gibt keine Garantie für die unparteiische Führung des Wahlaktes, es gibt keine Sicherheit für die Auszählung der Stimmen usw. Wenn dies die Methoden sind, um einem Regime den Charakter der Legalität zu geben, dann wären wir Nationalsozialisten im Deutschen Reich 15 Jahre lang nur Narren gewesen! Durch hundert Wahlkämpfe sind wir gegangen und haben uns mühselig die Zustimmung des deutschen Volkes erobert. Als mich der verewigte Herr Reichspräsident endlich zur Regierung berief, war ich der Führer der weitaus stärksten Partei im Reich. Ich habe seitdem immer wieder versucht, mir die Legalität meines Daseins und meines Handelns vom deutschen Volke bestätigen zu lassen, und sie wurde mir bestätigt. Wenn dies aber die richtigen Methoden sind, die Herr Schuschnigg anwenden wollte, dann war auch die Abstimmung im Saargebiet einst nur eine Schikane eines Volkes, dem man die Heimkehr in das Reich erschweren wollte.

Wir sind hier aber einer anderen Meinung! Ich glaube, wir dürfen alle stolz darauf sein, daß wir gerade auch anläßlich dieser Abstimmung im Saargebiet in so unanfechtbarer Weise vom deutschen

Volk das Vertrauen erhalten haben.

Gegen diesen einzig dastehenden Versuch eines Wahlbetruges hat sich endlich das deutsche Volk in Österreich selbst erhoben.

Wenn aber diesmal das Regime es nun wieder beabsichtigte, mit brachialen Mitteln die Protestbewegung einfach niederzuschlagen, dann konnte das Ergebnis nur ein neuer Bürgerkrieg sein. Das Deutsche Reich duldet es aber nicht, daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihrem Bekenntnis zu bestimmten Auffassungen. Es will Ruhe und Ordnung! Ich habe mich daher entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich nunmehr die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. Seit heute morgen marschieren über alle Grenzen Deutschösterreichs die Soldaten der deutschen Wehrmacht!

Panzertruppen, Infanteriedivisionen und die ϟϟ-Verbände auf der Erde und die deutsche Luftwaffe am blauen Himmel werden - selbst gerufen von der neuen, nationalsozialistischen Regierung in Wien - der Garant dafür sein, daß dem österreichischen Volk nunmehr endlich in kürzester Frist die Möglichkeit geboten wird, durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten. Hinter diesen Verbänden aber steht der Wille und die Entschlossenheit der ganzen deutschen Nation! Ich selbst als Führer und Kanzler des deutschen Volkes werde glücklich sein, nunmehr wieder als Deutscher und freier Bürger jenes Land betreten zu können, das auch meine Heimat ist. Die Welt aber soll sich überzeugen, daß das deutsche Volk in Österreich in diesen Tagen Stunden seligster Freude und Ergriffenheit erlebt. Es sieht in den zu Hilfe gekommenen Brüdern die Retter aus tiefster Not. Es lebe das nationalsozialistische Deutsche Reich! Es lebe das nationalsozialistische Deutschösterreich!

Berlin, den 12. März 1938. Adolf Hitler.

47. Der Widerruf des Anschlußverbotes

Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Seyß-Inquart beim Führerempfang in Linz.

Mein Führer! März 1938.

In einem für das deutsche Volk und in seinen Fernwirkungen für die Gestaltung der europäischen Geschichte bedeutsamen Augenblick begrüße ich und mit mir die ganze Heimat Sie, mein Führer und Reichskanzler, zum erstenmal wieder in Österreich! Die Zeit ist da, in der trotz des Friedensdiktates Zwang, Mißgunst und Unverständnis einer ganzen Welt endgültig Deutsche zu Deutschen gefunden haben...

Sie, mein Führer, haben Volksnot und Volksleid als Sohn der Grenzmark erfahren. Aus diesem Wissen erwuchs in Ihnen der große Gedanke, alles einzusetzen, um das deutsche Volk aus seiner schwersten Niederlage herauszuführen. Sie haben es herausgeführt. Sie sind der Führer der deutschen Nation im Kampf um Ehre, Freiheit und Recht. Jetzt haben wir Österreicher uns für alle Zeiten frei und offen, deutsch und unabhängig zu dieser Führung bekannt, indem **wir zugleich in feierlicher Weise den Artikel 88 des Friedensvertrages als unwirksam erklären.**

47a. Führer-Ansprache an das Volk vom Rathaus in Linz

12. März 1938.

Deutsche! Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Herr Bundeskanzler! Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßungsworte. Ich danke aber vor allem euch, die ihr hier angetreten seid und die ihr Zeugnis ablegt dafür, daß es nicht der Wille und der Wunsch einiger wenigen ist, dieses große volksdeutsche Reich zu begründen, sondern daß es der Wunsch und der Wille des deutschen Volkes selbst ist. Möchten doch an diesem Abend hier einige unserer bekannten internationalen Wahrheitsforscher die Wirklichkeit nicht nur sehen, sondern später auch zugeben. Als ich einst aus dieser Stadt auszog,

trug ich in mir genau dasselbe gläubige Bekenntnis, das mich heute erfüllt. Ermessen Sie meine innere Ergriffenheit, nach so langen Jahren dieses gläubige Bekenntnis zur Erfüllung gebracht zu haben.

Wenn die Vorsehung mich einst aus dieser Stadt heraus zur Führung des Reiches berief, dann muß sie mir damit einen Auftrag erteilt haben, und es kann nur ein Auftrag gewesen sein, meine teure Heimat dem Deutschen Reich wiederzugeben. Ich habe an diesen Auftrag geglaubt, habe für ihn gelebt und gekämpft, und ich glaube, ich habe ihn jetzt erfüllt, und ihr seid Zeugen. Und ihr alle seid Zeugen und Bürgen dafür! Ich weiß nicht, an welchem Tage ihr gerufen werdet. Ich hoffe, es ist kein ferner. Dann habt ihr einzustehen mit eurem eigenen Bekenntnis, und ich glaube, daß ich vor dem ganzen anderen Deutschen Volk dann mit Stolz auf meine Heimat werde hinweisen können. Es muß dieses Ergebnis dann der Welt beweisen, daß jeder weitere Versuch, dieses Volk zu zerreißen, ein vergeblicher sein wird.

So wie ihr dann verpflichtet sein werdet, für diese deutsche Zukunft euren Beitrag zu leisten, so ist ganz Deutschland bereit, auch seinen Beitrag zu leisten, und es leistet ihn schon am heutigen Tage. Sehen Sie in den deutschen Soldaten, die aus allen Gauen des Reiches in dieser Stunde einmarschieren, opferbereite und opfergewillte Kämpfer für des ganzen großen, deutschen Volkes Einheit, für unsere Freiheit, für unseres Reiches Macht, für seine Herrlichkeit jetzt und immer. Deutschland, Sieg Heil!

47b. Mitteilungen des Führers über die Entscheidung

an den Publizisten Ward Price in Linz.

14. März 1938.

Ich versichere Ihnen in aller Aufrichtigkeit, daß ich vor vier Tagen keine Ahnung von alledem hatte, was sich heute hier ereignen sollte, oder daß Österreich ein deutsches Land werden würde wie Bayern oder Sachsen. Ich habe dies getan, weil ich von Herrn Schuschnigg getäuscht wurde und Verrat ist etwas, was ich nicht dulden werde... Ich hatte mich mit Herrn Schuschnigg darüber geeinigt, daß er seine Unterdrückung der Mehrheit des Volkes in seinem Lande einstellen sollte. Ich befaßte mich mit ihm völlig fair in meiner Reichstagsrede... Statt dessen versuchte Herr Schuschnigg diesen Volksentscheid durchzudrücken, den er für sein Land geplant hatte.

Zunächst konnte ich die Nachricht gar nicht glauben; ich schickte einen Abgesandten (von Keppler) nach Wien, um festzustellen, ob sie wirklich wahr sein könnte. Dieser teilte mir mit, daß es wirklich wahr sei, und daher beschloß ich zu handeln, und zwar so, daß ich an dem gleichen Tage, an dem Schuschnigg seinen Volksentscheid abhalten wollte, die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche verwirklichte. Diese Vereinigung wird einem andern, einem nationalen Volksentscheid unterworfen werden. Sie werden das Ergebnis sehen. Es wird eine überwältigende Mehrheit sein wie an der Saar.

Hier ist meine Heimat. Lange habe ich darunter gelitten, das Volk, zu dem ich durch Geburt gehöre, unterdrückt und leiden zu sehen. Mehr als 2000 von ihnen haben ihr Leben gelassen. Viele sind im Gefängnis gewesen. Einige von ihnen sind wegen ihrer politischen Anschauungen und wegen ihres Glaubens an ihre Ideale gehängt worden. Eine Minderheit von 10 Prozent hat eine Mehrheit von 90 Prozent unterdrückt. Dem habe ich ein Ende gesetzt. Ich habe verhindert, daß die Mehrheit sich an ihren Unterdrückern rächte. Ich hoffe, daß die Welt verstehe, daß das ein Friedenswerk ist, was ich hier geleistet habe. Wenn ich nicht interveniert und wenn die Schuschnigg-Regierung versucht hätte, ihren Trick-Volksentscheid durchzuführen, dann würde es hier eine blutige Revolution gegeben haben. Österreich hätte dann sehr gut ein zweites Spanien im Herzen Europas werden können.

---

48. Das Anschlußgesetz

13. März 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1:

Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1935 wird hiermit Deutsches Reichsgesetz; es hat folgenden Wortlaut:

"Auf Grund des Artikels III, Absatz 2 des Bundesverfassungsgesetzes über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung BGB. I Nummer 255/1934 hat die Bundesregierung beschlossen:

Artikel I: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Artikel II: Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche statt.

Artikel III: Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel IV: Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Bundesverfassungsgesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Artikel V: Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Wien, den 13. März 1938."

Artikel II:

Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechtes in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder den von ihm dazu ermächtigten Reichsminister.

Artikel IV:

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.
Linz, den 13. März 1938.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.

Der Reichsminister der Luftfahrt
Göring, Generalfeldmarschall.

Der Reichsminister des Inneren
Frick.

Der Reichsminister des Äußeren
von Ribbentrop.

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß.

48a. Telegrammwechsel Hitler - Mussolini

13. März 1938.

Der Führer an den Duce:

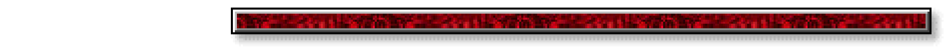
Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen!

(Amtliche Mitteilung dazu: Das Danktelegramm, das der Führer am frühen Nachmittag von Linz aus an Mussolini richtete, galt der hervorragenden Haltung Mussolinis während der Tage der nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich.)

14. März.

Antwort des Duce an den Führer:
Hitler, Wien. Meine Haltung ist durch die Freundschaft unserer in der Achse verbündeten Länder bestimmt.

Mussolini.



49. Vollzugsmeldung des Führers

15. März 1938.

Deutsche! Männer und Frauen!

In wenigen Tagen hat sich innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft eine Umwälzung vollzogen, die wir heute wohl in ihrem Umfange sehen, deren Bedeutung aber erst spätere Geschlechter ganz ermessen werden.

Es ist in den letzten Jahren von den Machthabern des nunmehr beseitigten Regimes oft von der besonderen "Mission" gesprochen worden, die in ihren Augen dieses Land zu erfüllen hätte. Ein Führer der Legitimisten hat sie in einer Denkschrift genau umrissen. Nach ihr war es die Aufgabe dieser sogenannten Selbständigkeit des Landes Österreich, die in den Friedensverträgen fundiert und von der Gnade des Auslandes abhängig war, die Bildung eines wahrhaft großen Deutschen Reiches zu verhindern und damit den Weg in die Zukunft des deutschen Volkes zu verriegeln.

Ich proklamiere nunmehr für dieses Land seine neue Mission. Sie entspricht dem Gebot, das einst die deutschen Siedler aus allen Gauen des Altreiches hierher berufen hat. Die älteste Ostmark des deutschen Volkes soll von jetzt ab damit das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches sein.

Jahrhundertelang haben sich in den unruhevollen Zeiten der Vergangenheit die Stürme des Ostens an den Grenzen der alten Mark gebrochen, jahrhundertelang für alle Zukunft soll sie nunmehr ein eiserner Garant sein für die Sicherheit und Freiheit des Deutschen Reiches und damit ein Unterpfand für das Glück und für den Frieden unseres großen Volkes.

Und ich weiß: die alte Ostmark des Deutschen Reiches wird ihrer neuen Aufgabe genau so gerecht werden, wie sie die alte einst gelöst und gemeistert hat.

Ich spreche im Namen der Millionen Menschen dieses wunderschönen deutschen Landes, im Namen der Steirer, der Nieder- und Oberösterreicher, der Kärntner, der Salzburger, der Tiroler, und vor allem im Namen der Stadt Wien, wenn ich es den in diesem Augenblick zuhörenden 68 Millionen übrigen deutschen Volksgenossen in unserem weiten Reich versichere: dies Land ist deutsch, es hat seine Mission begriffen, es wird diese erfüllen und es soll an Treue zur großen deutschen Volksgemeinschaft von niemandem jemals überboten werden.

Unsere Aufgabe aber wird es nun sein, durch Arbeit, Fleiß und gemeinsames Einstehen und Zusammenstehen die großen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, vor allem aber Österreich immer mehr zu einer Trutzburg nationalsozialistischer Gesinnung und nationalsozialistischer Willenskraft zu entwickeln und auszubauen.

Ich kann diesen Appell an Sie aber nicht schließen, ohne nun der Männer zu gedenken, die es mir mit ermöglicht haben, die große Wende in so kurzer Zeit mit Gottes Hilfe herbeizuführen.

Ich danke den nationalsozialistischen Mitgliedern der Regierung, an ihrer Spitze dem neuen Reichsstatthalter Seyß-Inquart. Ich danke den zahllosen Parteifunktionären, ich danke aber vor allem den ungezählten namenlosen Idealisten, den Kämpfern unserer Formationen, die in den langen Jahren der Verfolgung bewiesen haben, daß der Deutsche, unter Druck gesetzt, nur noch härter wird.

Diese Jahre der Leidenszeit haben mich in meiner Überzeugung vom Werte des deutschösterreichischen Menschen im Rahmen unserer großen Volksgemeinschaft nur bestärkt. Die wunderbare Ordnung und Disziplin dieses gewaltigen Geschehens ist aber auch ein Beweis für die Kraft der diese Menschen beseelenden Idee. Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volk die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstatten.

Als Führer und Reichskanzler der Deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.

Deutschland und sein neues Glied, die Nationalsozialistische Partei und die Wehrmacht unseres Reiches
Sieg Heil!

49a. Reichsstatthalter Dr. Arthur Seyß-Inquart an den Führer und Reichskanzler

auf dem Heldenplatz in Wien.

15. März 1938.

Mein Führer!

Als letztes oberstes Organ des Bundesstaates Österreich melde ich dem Führer und Reichskanzler den Vollzug des gesetzmäßigen Beschlusses nach dem Willen des deutschen Volkes und seines Führers: **Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches!**

Dem deutschen Volke und der ganzen Welt verkündige ich, daß Adolf Hitler als Führer und Reichskanzler zur Stunde in die Burg der alten Reichshauptstadt, der Hüterin der Krone des Reiches, eingezogen ist.

Wonach Jahrhunderte deutscher Geschichte gerungen, wofür ungezählte Millionen der besten Deutschen geblutet haben und gestorben sind, was im heißen Ringen letztes Ziel, was in bittersten Stunden letzter Trost war, heute ist es vollendet. Die Ostmark ist heimgekehrt (Sprechchöre: Wir danken unserm Führer!). Das Reich ist wieder erstanden, das Volksdeutsche Reich ist geschaffen.

Mein Führer! Die Kräfte aller Generationen des deutschen Volkes sind in Ihrem Willen zusammengeballt und Sie, mein Führer, schufen das Werk für alle Generationen der deutschen Zukunft! Heute grüßen alle Deutschen aus der Ewigkeit den Führer als den Vollender, heute grüßt der Führer das neue, ewige Deutschland!

Mein Führer! Wir kennen nur eins: Wir danken dem Führer, wir sagen Dank, den Dank, der restlose Liebe und bedingungslose Treue ist.

Mein Führer! Wie immer der Weg führt, wir folgen nach.

Heil! Mein Führer!

50. Aus Adolf Hitlers Aufruf zum Großdeutschen Reichstag

Zugleich letzte Führer-Erklärung über Österreich im Reichstag.

18. März 1938.

Ich habe nun schon in meiner Rede am 20. Februar ausgeführt, daß es eine allseits befriedigende Regelung der völkischen und territorialen Verhältnisse in Europa kaum geben wird. Allein es gibt staatliche Konstruktionen, die den Charakter des bewußten und gewollten nationalen Unrechts so sehr in sich tragen, daß auf die Dauer ihre Aufrechterhaltung nur durch die brutalste Gewalt möglich sein kann. So war z. B. die Bildung des neuen österreichischen Rumpfstaates eine Maßnahme, die die nackte Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts von 6½ Millionen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit bedingte. Diese Vergewaltigung wurde mit zynischer Offenheit zugegeben.... Ja, als man sich damals in Österreich trotzdem entschloß, Abstimmungen für den Anschluß vorzunehmen - und dies möchte ich besonders den Herren Demokraten in London und Paris in das Gedächtnis zurückrufen - in einer Zeit, da weder in Deutschland noch in Österreich ein Nationalsozialismus existierte, und diese Abstimmungen nun über 95 v. H. aller Stimmen für die Vereinigung ergaben, da wurde von den Aposteln des neuen Völkerrechtes einfach mit Hilfe der Macht, der brutalen Gewalt auch diese friedliche Demonstration des wahren Willens der unglücklichen, von ihrem Volk getrennten Menschen, kurzerhand verboten. Dabei war das tragische, daß dieser Staat Österreich von vornherein ein vollkommen lebensunfähiges Gebilde darstellte. Die wirtschaftliche Not war dementsprechend grauenhaft. Die jährliche Sterblichkeitsquote stieg erschreckend. Allein in einer Stadt wie Wien sind im letzten Jahr auf 10 000 Geburten 24 000 Todesfälle gekommen. Ich sage dies nicht in der Meinung, auf die demokratischen Weltbiedermänner damit Eindruck zu machen, denn ich weiß, daß ihr Herz solchen Dingen gegenüber vollständig gefühlsroh ist... Daß sich später auch innere Handlanger fanden, die bereit waren, durch ihre persönliche Unterstützung einer solchen, von außen aufgezogenen, scheinbar unabhängigen Souveränität sich selbst die Stellung von Regierenden auf Kosten ihres unglücklichen Volkes zu sichern, nimmt den, der einen Einblick in die so oft feststellbare moralische und geistige Unzulänglichkeit der Menschen besitzt, nicht wunder. Allein es darf ebensowenig wundernehmen, daß sich in der Masse der dadurch betroffenen national denkenden Menschen allmählich eine empörte Verbitterung zu verbreiten begann, und daß eine fanatische Entschlossenheit entstand, eine solche naturwidrige und empörende Mißhandlung eines Tages zu beseitigen und an die Stelle einer demokratisch-lügenhaft verbrämten Volksvergewaltigung die heiligeren Rechte des ewigen, volklichen Lebens zu setzen...

Meine Parteigenossen! Abgeordnete! Männer des Reichstages!

Ich glaube, daß in diesen großen geschichtlichen Stunden, da dank der Kraft der nationalsozialistischen Idee und der aus ihr neuerstandenen Stärke des Reiches ein ewiger Traum der deutschen Menschen verwirklicht wurde, nicht ein einzelner Teil unseres Volkes berufen sein kann, durch seine Zustimmung das gewaltige Ereignis der endlichen Gründung eines wahrhaft großen deutschen Volksreiches zu bestätigen. Am 10. April werden Millionen Deutschösterreicher vor der Geschichte ihr Bekenntnis ablegen zur großen deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft. Sie sollen schon auf diesem ersten Wege im neuen Deutschen Reiche nicht mehr vereinsamt sein.

Ganz Deutschland wird sie von jetzt ab begleiten. Denn vom 13. März dieses Jahres ist ihr Weg gleich dem Wege aller anderen Männer und Frauen unseres Volkes. Es soll daher am 10. April zum erstenmal in der Geschichte die ganze deutsche Nation, soweit sie sich im heutigen großen Volksreich befindet, antreten und ihr feierliches Bekenntnis ablegen. Nicht 6½ Millionen werden befragt, sondern fünfundsiebzig.

Und zweitens: ich löse damit den Reichstag des alten Deutschen Reiches auf und verfüge die Wahl der Vertretung Großdeutschlands. Ich bestimme als Termin ebenfalls den 10. April. Nahezu 50 Millionen Wahlberechtigte unseres Volkes rufe ich damit, indem ich sie bitte, mir jenen Reichstag zu schenken, mit dem es mir unter der gütigen Hilfe unseres Herrgotts möglich sein wird, die neuen großen Aufgaben zu lösen...

Wenn wir die Erfüllung kühnster Träume vieler Generationen heute vor uns sehen, dann empfinden wir das Gefühl grenzenloser Dankbarkeit gegenüber all jenen, die durch ihre Arbeit und vor allem durch ihre Opfer mitgeholfen haben, dieses höchste Ziel zu erreichen. Jeder deutsche Stamm und jede deutsche Landschaft, sie haben ihren schmerzlichen Beitrag geleistet zum Gelingen dieses Werkes. Als letzte Opfer der deutschen Einigung aber sollen in diesem Augenblick vor uns auferstehen jene zahlreichen Kämpfer, die in der nunmehr zum Reich zurückgekehrten alten Ostmark die gläubigen Herolde der heute errungenen deutschen Einheit waren und als Blutzeugen und Märtyrer mit dem letzten Hauch ihrer Stimme noch das aussprachen, was von jetzt an uns allen mehr denn je heilig sein soll:

Ein Volk! Ein Reich! Deutschland!

Sieg Heil!

50a. Generalfeldmarschall Hermann Göring über den Kampf Österreichs

Einleitung seiner Wiener Wahlrede über die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark in den Vierjahresplan.

27. März 1938.

Es ist wirklich wie ein Wunder! Träumt man oder ist es wahr, daß jetzt endlich auch im deutschen Wien eine Versammlung von Nationalsozialisten in diesem Ausmaß stattfinden kann? So wird man begreifen, was ich in diesem Augenblick empfinde, wo ich dieses grandiose Bild nun wirklich vor mir sehe und wie aus innerstem Herzen heraus mein Gruß kommt: Ich grüße euch, die ihr frei geworden seid in Österreich!

Ich bin unsagbar glücklich, heute hier vor euch sprechen zu können. Ich habe in den vergangenen Jahren nicht nur mit euch Österreichern gefühlt, sondern auch für Österreich praktisch gearbeitet. Erstens kenne ich seit meiner frühesten Jugend dieses Volk. Ich habe selbst unter diesem Volke gelebt und habe zu ihm enge Bindungen, so daß ich auch persönlich immer wieder Anteil nehmen mußte an den Leiden und der Not des deutschen Menschen in Österreich. Zweitens mußte ich Jahre hindurch das furchtbare Leid miterleben, das den Führer erfüllte, wenn er mit sehnsüchtigen Augen von dem Haus am Berg in die österreichischen Gaue hinüberblickte, wenn wir sahen, wie dieses Land sich in seinen Mienen widerspiegelte, wie innerer Grimm ihn erfüllte, wenn immer wieder Meldungen von Leid, Terror und Not über unsere Brüder in Österreich eintrafen. Drittens, und dies ist die tiefste Ursache für mein Miterleben und Mitfühlen: Der Glaube an die Mission des Führers, daß Gott ihn nicht umsonst in Österreich zur Welt kommen ließ. Es war seine Mission als Österreicher, Österreich zu Deutschland zu bringen! Und nun, meine Volksgenossen, hat sich das Wunder vollzogen und wir haben es erlebt: Österreich ist frei und gehört wieder dem Reich!

Wenn ihr, meine Volksgenossen, den Ablauf der Ereignisse der letzten vierzehn Tage betrachtet, so werdet ihr mit mir empfinden, daß es unsere Pflicht ist, in tiefer Demut und Dankbarkeit hinzuknien und dafür zu danken, daß diese Wandlung in so kurzer Zeit geschehen konnte. Was alles ist in diesen vierzehn Tagen geschehen, von dem Augenblick an, als der Schrei der Erlösung durch die Gaue Österreichs ging, bis zum heutigen Tage!

Auch vor zwei Wochen war eine Wahl in Österreich angekündigt, auch damals sollte das Volk Österreichs an die Urne treten, um angeblich über sein Schicksal zu bestimmen. Heute stehen wir auch vor einer Wahl. Aber welch ein gewaltiger Unterschied! Welch eine völlig andere Lage! In den vergangenen Jahren mußten wir erleben, wie man hier in Österreich versuchte - weil man die Macht besaß - all das zu unterdrücken, was deutsch hieß und deutsch fühlte, wie man mit Haß und Widerwillen sich gegen alles sträubte, was aus dem großen Reiche kam. Man machte uns vieles nach, äußerlich schien es vielleicht dasselbe, aber innerlich war es gottlob grundverschieden. Eine kleine Clique bildete sich ein, über das Volk herrschen zu können! Die Regierung in Österreich aber stützte sich nicht auf das Volk, sondern sie stützte sich auf fremde Bajonette gegen das eigene Volk und

unterdrückte es mit allen Mitteln.

....

Eine völlige Einmütigkeit bestand zwischen dem Führer und den nationalsozialistischen Vertrauensleuten Österreichs. Auch nach ihrer Meinung war jetzt die Stunde des Handelns gekommen, aber sie glaubten, nicht mehr mit demokratischen Methoden verhandeln zu können, sondern sie nahmen das Gesetz des Handelns in ihre eigenen starken Hände und zwangen die anderen zurückzutreten!

Wenn die nationalsozialistische Erhebung so rasch, so durchgreifend und so unblutig zum Durchbruch kam, so ist dies vor allem auch das Verdienst der ruhigen, festen, klugen und entschlossenen Haltung des jetzigen Reichsstatthalters Seyß-Inquart und seiner Vertrauensmänner gewesen. Das bewies aber auch die Richtigkeit der vorher betriebenen Politik. Denn wären unsere Vertrauensmänner nicht in der Regierung gewesen, so wäre dieser Ablauf nicht möglich geworden.

So begann die nationalsozialistische Erhebung Österreichs.

50b. Adolf Hitler am Tage des Großdeutschen Reiches

9. April 1938.

Am 9. April proklamierte Reichsminister Dr. Goebbels vom Wiener Rathaus aus den Tag des Großdeutschen Reiches. Am Abend beendete der Führer seine Wahlwerbung in der Nordwestbahnhalle zu Wien.

Der Führer legte sein Recht dar, heute hier zu stehen und zu sprechen:

1. Dieses Land hier ist ein deutsches Land und seine Menschen sind deutsch. Das Reich hat einst diese Ostmark begründet. Seine Menschen sind hierhergezogen und haben in Jahrhunderten ihre Aufgaben der Ostmark des Reiches erfüllt. Sie sind dabei nicht nur deutsch geblieben, sie sind geradezu die Schildträger Deutschlands gewesen!

2. Dieses Land kann auf die Dauer ohne das Reich nicht leben. Was bedeuten heute 84 000 Quadratkilometer? Was bedeuten sechseinhalb Millionen Menschen? Sie werden nicht beachtet. Hier gilt die Erkenntnis, daß jeder deutsche Stamm für sich allein jederzeit gebrochen werden kann, aber alle vereint sind sie unüberwindbar...

3. Dieses Volk wollte sich auch gar nicht vom Reiche trennen. Im Augenblick, in dem seine Mission als führendes Volk im großen Reiche erloschen war, erhob sich sofort die innere Stimme des Blutes. Nach dem Zusammenbruch 1918 wollte Deutschösterreich sofort wieder zum Reiche zurück. Die demokratische Umwelt verhinderte den Anschluß Deutschösterreichs. Das Volk aber hat sich gegen diese Welt gewendet und in der Zeit, in der in Deutschland das nationalsozialistische Banner emporstieg, da hat man auch hier immer mehr nach dem Zeichen geblickt; Hunderttausende haben ihm innerlich angehört. Dann wurde dieses Volk mißhandelt von einer Gruppe, die weder zahlen- noch wertmäßig ein Recht hatte, dieses Volk in diesem Lande zu führen.

4. Wem auch dieser Grund nicht genügt, dem muß ich sagen: Es ist meine Heimat!... **Ich habe gekämpft als anständiger deutscher Soldat** und als der Krieg zu Ende ging, bin ich nach Deutschland gezogen und habe dieses Land, dieses liebste, teuerste Land mir erobert.

5. Wen auch das noch kalt läßt, dem muß ich sagen: Ich stehe hier, weil ich mir einbilde, mehr zu können als Herr Schuschnigg.

Ich glaube, daß es auch Gottes Wille war, von hier aus einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben, um es ihm zu ermöglichen, seine Heimat in das Reich hineinzuführen. Es gibt eine höhere Bestimmung und wir alle sind nichts anderes als ihre Werkzeuge. Als am 9. März Herr Schuschnigg sein Abkommen brach, da fühlte ich in dieser Sekunde, daß nun der Ruf der Vorsehung an mich ergangen war, und was sich dann abspielte in drei Tagen, war nur denkbar im Vollzug eines Wunsches und Willens dieser Vorsehung.

In drei Tagen hat sie der Herr geschlagen!

Und mir wurde die Gnade zuteil, am Tage des Verrats meine Heimat in das Reich eingliedern zu können!

Wenn wir einmal nicht mehr sein werden, dann sollen die kommenden Generationen mit Stolz auf diesen Tag einer Bestätigung der deutschen Gemeinschaft durch ein großes Volk blicken. Für dieses Reich haben in der Vergangenheit Millionen deutscher Männer ihr Blut gegeben. Eine gnädige Führung des Schicksals hat es uns ermöglicht, ohne jeglichen Schmerz dieses Reich heute zu bilden.

Deutsches Volk, stehe jetzt auf, unterschreibe es, halte es fest in deinen Händen!

Ich möchte denen danken, die mich zurückkehren ließen in meine Heimat, auf daß ich sie nun hineinführe in mein Deutsches Reich! Möge am morgigen Tage jeder Deutsche die Stunde erkennen, sie ermessen und sich in Demut verbeugen vor dem Allmächtigen, der in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat!

50c. Der 10. April 1938 und die tausendjährige, gesamtdeutsche Geschichte

Professor Heinrich Ritter von Srbik zum Volksentscheid in der Ostmark.

Der Wiener Historiker hatte drei Monate vorher, unter ganz anderen Verhältnissen, in einem Vortrag über Mitteleuropa vor dem Österreichisch-Deutschen Volksbund der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß vom deutschen Gesamtvolk aus das Gestaltungsprinzip für die durch Schicksalsgemeinschaft verbundene gesamte Erdteilsmitte, die bisher volklich unvollendet war, ausgehen müsse. Nun steuerte er für die Wahlwerbefolge der neubegründeten Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* einen Aufsatz "1000 Jahre Deutschland", mit folgendem Schluß bei:

Als ein unschätzbarer Gewinn erwuchs auf den blutgetränkten Schlachtfeldern die Saat des gesamtdeutschen Volksbewußtseins. Immer wird man im Weltkrieg die Wurzel des ganz großen Neuen erkennen: des Verlangens, den Staat nicht auf den bisherigen Herrschaftsfaktoren der Einzelmenschen oder der "oberen" Klassen aufzubauen, sondern den Staat zur wahren politischen Lebensgestaltung des Volkes zu machen.

Dieser Volksstaatsgedanke erlebte in Not, Schwäche, Demütigung und Zerspaltung der Nachkriegszeit trotz aller Widerstände sein Aufwachsen zur unüberwindlichen Kraft. Aus kleiner Zelle unter einem Führer, dessen Mission anfangs nur wenige, dann eine immer größere Masse erkannte, ist das Dritte Reich entstanden. In ihm hat das neue Zeitalter der Volksgemeinschaft, ihrer Reinheit des Blutes und ihres stolzen Selbstbewußtseins, ihrer Freiheit nach außen und ihrer Geschlossenheit nach innen, der Sicherheit ihres Bodens und nicht zuletzt der sozialen Idee die größte Verkörperung der Weltgeschichte erfahren. Der Vorsehung gebührt unser tiefster Dank, daß dem deutschen Volke ein Führer in der Größe eines begnadeten Menschen geschenkt wurde. Aber noch war das Dritte Reich zunächst auf den gekürzten Rahmen des Zweiten Reiches beschränkt. Noch fehlte ihm die Ausweitung auf Österreich, den eigentlichen Erben des Ersten Reiches, zu jenem Wesen eines Reiches, in dem sich der alte Sinn der Erhabenheit, der Großräumigkeit und der Vielheit in der Einheit vereinigt mit dem Gedanken des nationalen Staates, den das Zweite Reich zum Teil verwirklicht hatte.

Das ist die unermeßliche Bedeutung des 13. März und des 10. April 1938: **Das Großdeutsche Volksreich,** geboren aus dem Willen der Nation und geschaffen durch die Tat eines genialen Deutschen, und in ihm fügt sich das bleibende Erbe der Geschichte des Ersten und Zweiten Reiches nach einem Jahrtausend zu einer großen und, wie wir heiß ersehnen, gesegneten Einheit mit dem Neuen zusammen.

Professor Karl Alexander von Müller zum Volksentscheid im Altreich

7. April 1938.

...Und so begrüßen wir sie denn endlich wieder in **einem** Staat, die treuen Steiermärker und die tapferen Kärntner, das alte Land Tirol und das herrliche Salzkammergut, die gottgesegneten Marken und Städte an der alten Nibelungenstraße der Donau entlang, Ober- und Niederösterreich, das Burgenland und das einzige Wien! - Dies deutsche Volk bekennt sich zu sich selbst und zu seiner Zukunft... wenn es am 10. April als seine Antwort auf die Frage, die ihm vor der Geschichte gestellt ist, vom Rhein zur Donau und von den Alpen zum Meer den Ruf aufnimmt, der vor 20 Jahren in dieser Stadt hier zuerst der Zuruf einiger weniger Getreuer war, der dann der Kampfruf der Bewegung wurde, und der jetzt zum Kampfruf und Dankruf geworden ist von 75 Millionen Deutschen: Adolf Hitler - Sieg Heil!

(Aus der Rede des Münchener Historikers vor der Dozentenschaft der Hauptstadt der Bewegung am 7. April 1938, gedruckt im Verlag F. Bruckmann.)

50d. Meldung des Reichskommissars Gauleiter Bürckel über den Volksentscheid und Erwiderung des Führers

10. April 1938.

Reichskommissar Gauleiter **Bürckel:**

Sie, mein Führer, waren einst der unbekannte Meldegänger im Großen Kriege. Sie wurden zum Meldegänger des Schöpfers. Sie sind der Meldegänger des Herrgotts zum deutschen Herzen! Und Sie haben nicht nur so vielen das Leben gerettet oder entscheidende Wendungen im kleinen herbeigeführt, nein, jetzt haben Sie ein ganzes Volk befreit und es dann so groß, so herrlich und so stark gemacht, es zu einer Gemeinschaft geschmiedet, die sich zuerst selber gehört, keinen Teufel zu fürchten braucht und die deshalb auch der Herrgott mit seiner Gnade segnet. Sie, mein Führer, haben allen Deutschland, das Vaterland, erobert. Vor allem aber haben Sie jenen wieder ein Vaterland geschenkt, die keines mehr besaßen und von denen ich in dieser Feierstunde sagen möchte: Mein Führer, diese braven Arbeiter in den Stadtvierteln von Wien und sonst im Lande haben Ihnen heute treuesten Dank ausgesprochen. Mein Führer! Sie wissen nicht, wie glücklich dieses Volk heute ist. Ich möchte im Namen aller Österreicher, die glücklich sind, aus übervollem Herzen Ihnen, mein Führer, zurufen: **Du bist der deutscheste aller Österreicher, sei nun du ihr Schirmherr! Denn sie lieben dich doch über alles, weil du ihnen ein großes Vaterland geschenkt hast!**

Der Führer:

Ich habe von meiner Heimat viel erhofft. Die Ergebnisse dieser Abstimmung aber übertreffen nun doch, wie im ganzen übrigen Reich, meine Erwartungen. Ich bin so glücklich über die damit endlich bewiesene, wahre Gesinnung Deutschösterreichs und über das mir geschenkte Vertrauen. **Denn diese nunmehr vom ganzen deutschen Volke vollzogene geschichtliche Bestätigung der Vereinigung Österreichs mit dem Reich bedeutet zugleich die höchste Rechtfertigung meines Handelns. Für mich ist diese Stunde damit die stolzeste meines Lebens.** Ich kann nicht anders, als dem ganzen deutschen Volk und vor allem meiner eigenen teuren Heimat aus meinem tiefsten Herzen danken.

Das ziffernmäßige Ergebnis von Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag:

Von 49 580 072 Stimmberechtigten stimmten 48 850 452 für die Führer-Liste (99,08%); davon in Österreich allein 4 484 475 Berechtigte und 4 453 772 Ja-Stimmen (99,73%).

Nachwort

Nicht nur dank einem organischen Wachstum der großdeutschen Idee, sondern wie mit einem Schlage war nach der Überwindung des Staates wider Willen das Großdeutsche Reich als gewappnete Athene in die Welt getreten. Ohne Umschweife sah sich diese plötzlich vor Entscheidungen gestellt, denen sie beim Fortbestand des politischen Homunkulus von St. Germain noch jahrzehntelang auszuweichen hoffte. Aber auch der Reichsdeutsche selbst wurde alsbald gewahr, daß dieses große Ereignis, das ganzen Generationen als geschichtliche Erfüllung ihrer letzten Sehnsucht gegolten hätte, keine Zeit zu bedachtsamem Genießen der Ernte einleite. Und gar der Deutschösterreicher selbst, der in den Monaten nach dem März 1938 erstaunlich rasch zum Ostmärker innerhalb des Reiches wurde, er sah nun das neue Haus, das auch das seine war, so hoch hinaufgeführt, daß es in die Zone stärkster Stürme ragte und den Blick auf alle europäischen Verhältnisse veränderte.

Das übermächtige Schicksal eines Jahrhunderts hatte die Österreicher trotz Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde und dann zum mitteleuropäischen Bündnis mit dem unaufhaltsam sinkenden Habsburgerreich und dann gar mit dem Zwangsstaat von St. Germain fast unauflöslich verkettet. Der gewaltsam unterdrückte Drang zu der dem Österreicher als Träger einer deutsch-europäischen Großmachtbildung eigen gewesenen, großen politischen Linie konnte ihn gefährlich irreführen. Er war wohl z. B. sogar mitbeteiligt an krankhaft wuchernden Mißbildungen wie dem sogen. "Austro-Marxismus", der im Wiener Wohnbau ein Modell für Europa schaffen und eine eigene "Internationale Zweieinhalb" von hier aus begründen wollte; ja auch das großkapitalistische und "patriotische" Judentum hat wieder in seiner Art dabei den Hebel angesetzt, um über seine Parasitenrolle hinwegzutäuschen. So war hier wirklich die Versuchung gegeben, daß die Politik den Charakter in Gefahr bringe - wie es auch Millionen aus dem Lebens- und Kampfbuch des Mannes wissen, der nach langjährigem, persönlichem Verzicht auf die geliebte Heimat jene problematisch gewordene Staatlichkeit durch seine Tat schließlich entwurzelte und überwand. Auch im Rahmen dieses Buches fehlt nicht tiefer Schatten, zumal nicht die Geschichte des ostmärkischen Freiheitskampfes an sich oder gar der großdeutschen Idee in ihrer Reinheit sein Gegenstand ist, sondern die Frage nach der Struktur und den äußeren Lebensbedingungen des fast 20 Jahre sein Leben fristenden Staates wider Willen.

Jedes Verständnis für Österreich muß eben vom Hintergründigen einer einmaligen, geschichtlichen Lage ausgehen. Wenn aber schon die herkömmliche Staatstreue des Alt-Österreichers oder seine beginnende Distanzierung von der Dynastie immer irgendwie von der Bindung an das Gesamtdeutschtum mitbestimmt war, so ist die im Grunde heroische Selbstbehauptung des Deutschösterreichers nach 1918 (wie die des Sudetendeutschen) überhaupt nur dem nie ganz untergegangenen gesunden, volklichen Selbstbewußtsein des einzelnen, der Gruppen, der Gesamtheit zu danken. Das bestand, wenn auch im leidigen politischen oder wirtschaftlichen Alltag mit dem "Anschluß" als einer greifbaren Münze anscheinend gar nicht mehr gerechnet wurde. Daher ist etwa die allgemein anerkannte Stellung der Deutschen Gesandtschaft in Kulturpolitik und Gesellschaft von Wien bis in die Diktaturjahre hinein doch durchaus nicht mit der irgendeiner anderen, diplomatischen Auslandsvertretung zu vergleichen gewesen, denn sie vertrat gleichsam den Kernstaat in dem Vorfeld des Reiches auch in seiner unglücklichsten Zeit. Daher auch die unverhohlene Enttäuschung des Auslandes über Männer, deren nationaler Einsatz nichts weniger als folgerichtig war, deren letzte Ziele überhaupt nicht durch die Stimme des Blutes bestimmt schienen, sobald sie unversehens vor die letzte Frage an Österreich gestellt wurden. So auch bei Ignaz Seipel - trotz des ihm im Juni 1925 vertraulich in die Schweiz übermittelten Wunsches des Wiener französischen Gesandten weigerte er sich, seiner in Zürich gefallenen Äußerung über den unvermeidlich positiven Ausgang einer allfälligen (deshalb freilich von ihm noch nicht gewünschten) Volksabstimmung zur Anschlußfrage eine dem Quai d'Orsay genehmere Deutung zu geben bzw. sie zu dementieren, was um so schwerer wog, als unter dem Druck ständiger Wirtschaftskrisen die damals im Amt befindliche Regierung Ramek und besonders ihr Außenminister Dr. Mataja Donauföderationsplänen nicht unzugänglich blieb. Sogar die persönlich so zerfahren wirkende Politik des unglückseligen ersten Diktatur-Kanzlers ist sicher auch durch den innerlich niemals überwundenen Bruch mit seiner eigenen anschlußfreundlichen

Vergangenheit zu erklären. Allein die Überlistung und nackte Gewalt ermöglichten die Herrschaft von Elementen, die schon durch ihre blutsmäßige Herkunft oder durch vollkommene Entartung jedes Funkens völkischer Verantwortung bar gewesen sind. Die geschichtliche Entscheidung selbst konnten freilich nicht die Anschlußartikel der demokratischen Parteien Österreichs, ja nicht einmal die vielfach geleistete, "überparteiliche" Erziehungsarbeit zum Anschluß erreichen, sondern sie fiel dem Manne zu, der wie keiner die Einigung aller Deutschen zur politisch und sozial umwälzenden Idee zu gestalten wußte und der eine Bewegung entfesselte, die für sich überhaupt nicht mehr die rot-weiß-roten Grenzpfähle anerkannte und daher als einzige, auch reichsdeutsche die Anschlußforderung zentral enthielt. Diese steht an der Spitze ihres verbindlichen Parteiprogramms von 1920, ihres Führerbuches von 1925 und ihrer Reichstagsanträge von 1930 (hier in der Form der Forderung nach Zollunion). Und seit der Machtergreifung läßt sich an den Führerreden Jahr um Jahr verfolgen, wie im Zuge des weltpolitischen Aufstieges des Reiches die Anschlußfrage bis zu ihrer überlegen gemeisterten Lösung abgewandelt wird.

Sobald die totale Bewegung der NSDAP. aber einmal das Problematische im engeren "österreichischen" Raum überwunden hatte, mußte wie mit Urgewalt die gesammelte Volkskraft weiterströmen und der bisherige Opfergang des Österreichers für das Gesamtvolk vereinigte sich mit einem Siegeszug des Reiches ohnegleichen. Die volle Eingliederung der Ostmarkgaue in die Ordnung des Dritten Reiches, die teilweise sogar für künftige, im Altreich erst zu treffende Maßnahmen richtungweisend sein sollte, ging dank der volksverbundenen Mittlerstellung Josef Bürckels, des Saarpfälzers, als Reichskommissar reibungslos und umfassend vor sich. So konnte der Führer schon auf dem **"Reichsparteitag Großdeutschland" im September 1938** das volle Gewicht des nunmehrigen 75-Millionen-Reiches in die Waagschale der notwendig werdenden, weltpolitischen Entscheidungen werfen. Noch stand Nürnberg, dem Wien die alten Reichskleinodien als Morgengabe dargebracht, im Banne des Einzuges der sieggekrönten Ostmarkkämpfer, als **die sudetendeutsche Frage** unabdingbar ihr Recht verlangte und **dieses hier zum erstenmal durch den Führer vor aller Welt verkündet wurde.** Den heimrollenden Kolonnen der Parteitagsteilnehmer folgte alsbald der Aufmarsch gegen die widerspenstig gemachte Tschecho-Slowakei, und zwanzig Jahre nach Weltkriegsende zogen nun neben den Jungen auch altösterreichische Kriegsteilnehmer als Reservisten den Rock des deutschen Soldaten an. Der starke, sudetendeutsche Einschlag machte sich belebend geltend; hatten zu ihrem Leidwesen ja in Wien allein Zehntausende mit tschecho-slowakischer Zwangsstaatsbürgerschaft nicht an dem Volksbekenntnis des 10. April teilnehmen können. Durch die Münchener Entscheidung vollzog sich nun in friedlich-rechtlicher, wenn auch machtgetragener Weise die Vereinigung der Sudetendeutschen mit Großdeutschland, so wie sie in großen Zügen zwanzig Jahre früher trotz Wilsons "Selbstbestimmungsrecht" vergeblich angestrebt worden. Der damalige Znaimer Kreis und Böhmerwald-Gau kamen nun wirklich an die Reichsgaue Nieder- und Oberdonau, während Österreich allein bei der "befreundeten" Tschecho-Slowakei auch nur die Rückgabe der dem historischen Kronland Niederösterreich entrissenen Grenzstreifen nie hätte zur Sprache bringen können. Und schon am 2. November sah das im Ruhme Eugens strahlende Wiener Belvedere eine zwischenstaatliche Konferenz, die als erste in und um Nachkriegs-Österreich nicht der Abwandlung eines Siegerdiktats galt, sondern einem von Ungarn und der Tschecho-Slowakei gemeinsam angerufenen Schiedsspruch Deutschlands und Italiens zur Regelung der Grenzen auf dem Boden der ehemaligen Länder der Stephanskrone. Ist Wien und sein Vorfeld im September, der dem Anschluß folgte, in die kritische Zone der Weltpolitik gerückt gewesen, die damals über der Linie London - Paris - Prag - Moskau mit unheilschwangeren Entladungen drohte, fügte sich der Wiener Schiedsspruch dagegen in die anhebende Rolle der zweitgrößten Stadt des Reiches als Tor Deutschlands zum Südosten Europas ein, so konnte schon der März 1939 nicht mehr nur im Zeichen friedlicher Besinnung anläßlich der ersten Wiederkehr des Anschlußtages stehen. In der Reichstagssitzung vom 30. Jänner hatte der Führer in dankbarer Freude nach den erwählten österreichischen, auch die sudetendeutschen Abgeordneten begrüßt und in ergreifenden Worten zugleich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß mit der Heimholung dieser zehn Millionen Südostdeutschen die nationale Einheit auf Grund des Selbstdestimmungsrechtes ohne Schuß und Streich kraft ihrer inneren Stärke im wesentlichen vollendet sei; Mißverständnisse und Gegensätze, die so viele

Generationen unseres großen Volkes spalteten und schwächten, dürfen sich in die höhere Einheit eines neuen gesamtdeutschen Geschichtsbildes einordnen. Die Frage aber, ob der so vollendete Nationalstaat im Wege nachbarlicher Bindung oder durch unmittelbaren Einsatz der Reichsgewalt die über den deutschen Volksboden hinausgreifende mitteleuropäische Ordnung vollenden könne, sie erhielt durch den anhebenden inneren Zerfall der Nach-Münchener Tschecho-Slowakei eine gefahrdrohende Wendung, bei der sich für die Ostmark neue Reichssorgen und ererbte Interessen unauflöslich verschlangen. Von Wien aus wurde den Slowaken, die sich nach dem Recht der Notwehr die volle Geltung als Staatsvolk errangen, wertvolle politische Hilfe zuteil. Unsere Soldaten aber zogen wieder nordwärts und diesmal ins innere Böhmen und Mähren hinein, woher Jahrzehnte hindurch so viele tschechische Parlamentarier und Bürokraten samt ihrem zahlreichen Anhang nach Wien geströmt waren, um die Regierung des Völkerstaates nach ihrem Sinne zu beeinflussen. Über der alten Kaiserburg an der Moldau ging am 15. März 1939 die Führerstandarte hoch, ein Vorgang, dessen ungeheure, sinnbildliche Bedeutung wohl nirgends besser als in den jüngsten Gauen des Reiches verstanden wurde.

Im Zuge der Reaktion einer überalterten Welt gegen die natürliche Neubildung Mitteleuropas und **der von den Polen daraufhin herausgeforderten, blutigen Entscheidung** aber erweiterte sich der politisch-historische Horizont des Ostmärkers in den geschichtlich Preußen zugehörigen Teilbereich Großdeutschlands hinein als einer jetzt auch für ihn unmittelbar mitbestimmenden Schicksalsgemeinschaft. Zugleich fand er bei dem nun unvermeidlich eingetretenen blutigen Ernstfall die seinen Weltkriegsteilnehmern so vertrauten Spuren der Feldzüge zwischen Karpaten, Weichsel und Bug, Krakau und Przemysl, ja bis vor Lemberg wieder; **in einem achtzehntägigen, stürmischen Siegeszug dieses September 1939** gewannen unsere Soldaten - manchmal geradezu an den Gräbern der Väter und Brüder aus dem großen Kriege vorbei - die nördlichen Hauptkampffelder Österreich-Ungarns dem Einflußbereich des neuen Deutschland. Daran nicht genug, traf die Ostmärker wie einst in der preußisch-österreichischen Kameradschaft der Freiheitskriege von 1813/15 der Ruf zum Waffengange mit Frankreich! Verblendet von den Aussichten seines Bündnisses mit England und auf den unauslöschlichen Spuren Richelieus, erhob es die Forderung nach der "Befreiung" der Polen, Tschecho-Slowaken und der - Österreicher in einer Linie. Verspätete Revanche für die vollzogene Bildung Großdeutschlands! Auch die letzte Warnung des Führers zu Beginn des Jahres 1940 - Herr Daladier würde seine Ostmärker noch kennenlernen! - riß es nicht mehr aus den Illusionen, die ihm ein volksentfremdetes Emigranten-Häuflein als letzter Repräsentant des untergegangenen Staates wider Willen vorgaukelte. Wie nur je seit **den Tagen Prinz Eugens und des Türkenlouis,** hielten sich Ost- und West-, Rhein- und Donauschicksal der Nation wieder die Waage, als nunmehr auch stattliche, ostmärkische Divisionen einen langen, harten Winter hindurch die Wacht am neuen Westwall bezogen, während die Heimat, endlich dem harten Los der Arbeitslosigkeit und der politischen Verfolgung entrissen, wie jede andere deutsche Landschaft in Selbstzucht durchhielt. Als mit dem Frühjahr 1940 aber die letzten Entscheidungen "für 1000 Jahre" unwiderruflich wurden, da stellten innerhalb der einzigartig entfalteten Wehrkraft des neuen Achtzig-Millionen-Reiches die Ostmärker vor der ganzen Welt ihren Mann - wie in wunderbarer Verwandlung der Dinge, wenn wir noch einen Augenblick an ihre Kleinstaaterei vor kaum drei Jahren zurückdenken dürfen. Ihre **Gebirgsjäger trugen weiter, als es irgend sonst deutschen Soldaten in der Geschichte vergönnt war, des Reiches Fahne nach Norden sogar über den Polarkreis hinaus und errangen im merkwürdigsten aller Heldenkämpfe dieses Krieges vor Narvik** gegen schließlich sechsfache Überlegenheit dank ihrer Kameradschaft mit den Marinern von der Waterkante einen vollkommenen Sieg. Wenn die Churchill, Chamberlain, Daladier usw. über das Wesen der großdeutschen Einigung schlecht unterrichtet waren, dann wird ihnen, wie der Führer abschließend feststellen konnte, gerade der Einsatz ostmärkischer Gebirgsjäger in dieser nördlichsten Front unseres Freiheitskampfes die nötige Aufklärung beigebracht haben. Und während die Alpensöhne im Schein der Mitternachtssonne noch mit dem Briten die Klinge kreuzten, warfen andere Divisionen verwandten Stammes als Glieder der großdeutschen Wehrmacht den gallischen Hochmut nieder, der ihnen einmal in der haßerfüllten Fratze des greisen Clemenceau von St. Germain und dann wieder in der unerwünschten Gönnermiene der Protektoren legitimistischer Umtriebe ihre gottgewollte, deutsche

Bestimmung verweigern wollte. Als die ganze Welt durchhallende Antwort darauf marschierten am 14. Juni ostmärkische Regimenter unter den ersten Deutschen in Paris ein, um auf den Wahrzeichen der Seine-Kapitale die Hoheitszeichen des nun allen gemeinsamen Reiches zu hissen!

Aber auch zu großen volkspolitischen und staatsmännischen Aufgaben sieht sich der Ostmärker berufen, Aufgaben, zu denen ihm der Staat wider Willen ungeachtet alles nichtsnutzigen Geredes von Österreichs wahrer Sendung in der Systemzeit nur den Weg versperrt hätte. Zwei Monate nach dem 13. März 1938 war der Führer als Gast des König-Kaisers und des Duce in der Ewigen Stadt und es wurde schon damals sichtbar, daß erst der Anschluß im Gegensatz zu allen mißgünstigen Vorhersagen die Gelegenheit bot zu einer vollständigen Abstimmung der Politik Deutschlands und Italiens, des neu geschaffenen Großdeutschen Reiches und des nun klar zur Mittelmeerherrschaft aufgerichteten Römischen Imperiums, aufeinander. Und die gesammelten Kräfte der nahtlosen Nord-Süd-Achse Berlin - Rom ermöglichen erst wieder den Neuaufbau Europas nach den Maßen des seiner selbst bewußt gewordenen 20. Jahrhunderts und in einer sinnvollen Ordnung der rassisch und räumlich und wirtschaftlich zusammengehörigen Lebenskreise unseres Erdteils. Was da die Ostmark im Verhältnis des Reiches einerseits zu den Südoststaaten und -völkern, andererseits zur böhmischen Zitadelle des mittleren Europa bedeutet, bedarf keiner weiteren Begründung. Der deutsche Österreicher nach vielhundertjähriger Erfahrung Pionier im Völkerleben, ja hierin wohl mehr als ein anderer Stamm auch Erbe des Ersten Reiches der Deutschen, gehört nun einem Weltvolke an, das ganz steil in die neue Mittaghöhe seiner tausendjährigen Geschichte eingetreten ist - mit dem Worte, alle Generationen unserer Geschichte grüßen den Führer und der Führer grüßt das neue, ewige Deutschland, ist denn auch Adolf Hitler am 15. März 1938 auf dem Boden der Hauptstadt seiner Heimat empfangen worden! Über den engeren nachbarlichen Kreis strebt nun auch längst nicht nur die in der großdeutschen Wehrmacht gesammelte Wehrkraft des Südostdeutschtums hinaus. "Illegale" Kämpfer von einst wirken heute am Einsatz Deutschlands im polnischen Generalgouvernement mit, Wiens Bürgermeister wurde vom Führer eine für das Reich höchst wichtige Sondermission in einer Balkanhauptstadt anvertraut, und in den Niederlanden ist der einstige Reichsstatthalter in Österreich selbst der erste Repräsentant der Reichshoheit geworden.

Gewaltigeres aber wird keine Jugend mehr erleben als die, die noch selbst das Joch des Staates wider Willen kämpfend abgeschüttelt hat. Ihr Marsch durch die Nacht hat wirklich, wie es einer ihrer Dichter (Wilh. Granner) vorausahnend verkündete, in der Morgenwende ein neues Volk geboren! Sie vollendete die Revolution, welche die Stärksten vor ihr dies- und jenseits der heimatlichen Grenzen vor zwanzig Jahren begannen.

Zum Außerordentlichen hat der Führer die Kraft und den Blick des Deutschen dieser Zeit aus tiefstem Fall heraus erhoben und außerordentlich - weit über die bloß staatliche Bedeutung des "Anschlusses" hinaus - ist auch der Beitrag zugemessen, den die befreite und befriedete Ostmark an der beginnenden europäischen Neuordnung durch und mit dem "Reiche" leistet.

Einige Bücher zum Thema:

Gebiets- und Bevölkerungsverluste
des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs
nach dem Jahre 1918

Der Österreich-Anschluß 1938: Zeitgeschichte in Farbe

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, Vollständiger Vertragstext, Gegenvorschläge der deutschen Regierung

Mehr aus unserem Archiv:

Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung

Deutsches Land: Das Buch von Volk und Heimat,
besonders das Kapitel
"Die Deutschen im alten Österreich."

Deutschland, wir kommen!
Stimmen aus dem geistigen Deutsch-Österreich für den Anschluß an Deutschland

Deutschtum in Not: Österreich

Das Grenzlanddeutschtum: Deutsch-Österreich und die Anschlußfrage

Österreich und der Anschluß

Österreichs Blutweg
Ein Vierteljahrtausend Kampf um Großdeutschland

Zehn Jahre Versailles,
besonders Bd. 3, das Kapitel
"Gebietsverlust durch erzwungene Abtretung oder Verselbständigung:
Deutsch-Österreich und seine Grenzgebiete."